

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXI, No. 2–2005

ALTERNATIVE ENTWICKLUNGEN IN LATEINAMERIKA

Schwerpunktredaktion:

Markus Auinger, Franziska Herdin, Johannes Jäger,
Bettina Köhler, Bernhard Leubolt, Barbara Nothegger

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Einleitung: Alternative gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika heute – Konzeptionelle Aspekte
- 21 BETTINA KÖHLER
Ressourcenkonflikte in Lateinamerika
Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser
- 45 MARKUS AUINGER
Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien
- 64 IRMI SALZER
Der MST und sein alternatives Projekt: Die politische und gesellschaftliche Rolle der brasilianischen Landlosenbewegung
- 83 BARBARA NOTHEGGER
Die zapatistische Autonomie und Medien –
Beispiel Radio Insurgente
- 100 FRANZISKA HERDIN
Der bolivarianische Prozess in Venezuela – eine Alternative zum Neoliberalismus?
- 125 ALFREDO ALEJANDRO GUGLIANO
Demokratie als Raum für die Entwicklung einer BürgerInnenschaft
Ein Vergleich zwischen dem Partizipativen Budget von Porto Alegre und der Partizipativen Dezentralisierung von Montevideo
- 149 Rezension
- 153 Autoren und Autorinnen
- 155 Informationen für Autoren und Autorinnen

Einleitung: Alternative gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika heute: Konzeptionelle Aspekte

Eine Strategie der Verwirklichung der anderen, möglichen Welt, kann nur erfolgreich sein, wenn die sozialen Akteure auf „drei Hochzeiten tanzen“: in der alternativen Ökonomie, in den Bewegungen der Zivilgesellschaft, aber auch auf die Macht in Gesellschaft und Staat zielend. (ALTVATER 2004: 4)

1. Neoliberale Transformation als umkämpfter Entwicklungsprozess

Die Mechanismen und Auswirkungen der neoliberalen Umstrukturierungen Lateinamerikas wurden in den letzten Jahren schon vielfach behandelt (vgl. u.a. Laurrell 1992; Fiori 2001; Journal für Entwicklungspolitik 2002; Journal für Entwicklungspolitik 2003a; Soares 2003). Beginnend mit dem Militärputsch in Chile 1973, wurden nach und nach zahlreiche lateinamerikanischen Staaten vom nationalen „bürgerlichen Entwicklungsstaat“ (Evers 1977) hin zu außenorientierten Staaten nach neoliberalen Vorbildern transformiert. Einige Folgen dieser Entwicklungen waren tiefe Wirtschafts- und Finanzkrisen, verstärkte Polarisierung von Vermögen und Einkommen, zunehmende Armut und Rückgang der Industrialisierung, bei sinkendem Lebensstandard für einen großen Teil der Bevölkerung (Schui 2003).

Oftmals wurden die negativen sozialen Auswirkungen (vgl. Jäger/Melinz/Zimmermann 2001) als unausweichliche Folgen der „Globalisierung“ dargestellt. Diese wurde dabei als eine „naturwüchsige“ Realität fetischisiert, die keine anderen Alternativen zulasse als die einer neoliberalen Umstrukturierung (vgl. Novy 2000). Die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder die Öffnung der Märkte in Entwicklungsländern wurden jedoch oft mit erheblichem wirtschaftlichem aber auch militärischem und politischem Druck durchgesetzt. Deutlich wird hier, dass neoliberale Politik nicht eine Konsequenz abstrakter Marktgesetze, Sachzwänge und globaler Verstrickungen ist, sondern Folge durchaus bewusster politischer Entscheidungen (vgl. Sader/Gentili 1999; Harvey 2004; Petras 2003; Petras/Veltmeyer 2003, 2004; Zeller 2004a).

Die jüngsten Veränderungen in Lateinamerika, wie die Krisen in Argentinien oder Bolivien oder aber Debatten um alternative Staatsprogramme in Venezuela zeigen jedoch, dass Entwicklungsmodelle immer auch Brüche aufweisen. Um alternative Entwicklungsansätze und Praxen werden an unterschiedlichen Stellen und mit wechselnden Auswirkungen Auseinandersetzungen geführt. Denn Entwicklung ist immer ein umkämpfter Prozess. Die Kapitalseite ist weder homogen noch hat sie – wie von verkürzenden strukturalistischen Ansätzen häufig unterstellt – das alleinige Definitionsrecht über die Realität. Besonders in Lateinamerika nehmen in den letzten Jahrzehnten, seit dem Zusammenbruch der Militärdiktaturen, zahlreiche soziale Bewegungen an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über diese Definition teil (vgl. Boris 1998, 2003; Kaltmeier/Kastner/Tuider 2004; siehe dazu auch die Beiträge in diesem Heft). Gerade vor dem Hintergrund neoliberaler Politikmuster besteht jedoch bei der Betrachtung dieser Bewegungen die Gefahr, in voluntaristisch verkürzende Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung zu verfallen. Nicht jede beliebige Veränderung ist möglich, dem stehen gesellschaftliche Interessen und verfestigte Strukturen entgegen.

Entwicklung ist damit immer Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, vor dem Hintergrund multipler Strategien unterschiedlichster gesellschaftlicher AkteurInnen. Diese sind in besonderer Weise auch als Klassenauseinandersetzungen zu begreifen und als Ergebnis von gesellschaftlichen Strategien basierend auf spezifischen Kräfteverhältnissen zu verstehen (vgl. Poulantzas 1980, 2002; Giddens 1984). Was wir auf hohem Abstraktionsniveau als neoliberale Transformation in Lateinamerika begreifen ist demzufolge ein widersprüchlicher Entwicklungsprozess in welchem Strukturen und gesellschaftliche Positionen im Rahmen der Etablierung einer geänderten Konstellation der Kräfteverhältnisse verschoben werden.

Diese Strategien von AkteurInnen werden im Folgenden vor dem Hintergrund abstrakter Entwicklungskonzepte wie „Freiheit“ und „Aneignung“ diskutiert, die in der gegenwärtigen Diskussion eine relativ breite Rezeption erfahren. In einem weiteren Kapitel werden diese Konzepte um eine theoretische Konkretisierung der strukturellen Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse ergänzt. Im abschließenden Teil wird der Versuch unternommen, die einzelnen Beiträge dieses Heftes innerhalb der entwickelten theoretischen Struktur zu verorten. Wenn nach „alternativen gesellschaftlichen Entwicklungen“ gefragt wird geht es uns nicht um fertige Modelle, sondern vor allem darum, unterschiedliche Ansatzpunkte aufzuspüren: Terrains auf denen Auseinandersetzungen ausgefochten werden, Praxen auf unterschiedlichen Ebenen, die in das herrschende Kräftegleichgewicht intervenieren.

2. „Freiheit“ als strategischer Begriff

Alternative Entwicklungswege sind nicht nur möglich, sie werden auch begangen. In unterschiedlichen Ausprägungen und Bereichen werden gerade in Lateinamerika, einem Kontinent, der seit den 1970er Jahren viele gesellschaftliche und wirtschaftliche Rückschritte erleiden musste, alternative Projekte vorangetrieben. Eine wichtige Rolle spielt hier oft die Forderung nach der Verwirklichung von mehr Freiheit für die Menschen. Allerdings operiert auch neoliberale Politik sehr prominent mit dem Begriff Freiheit, jedoch in einer gänzlich anderen Perspektive. Diese strategische Bedeutung des Freiheitsbegriffs macht daher eine Beschäftigung mit ihm wichtig.

Zentraler Angelpunkt für heutige kritische Auseinandersetzungen muss daher auch der verkürzte Freiheitsbegriff neoliberaler Politik sein. Proklamiert wird dort mehr Freiheit für Individuen und die Abkehr von bevormundenden staatlichen Strukturen (vgl. Schui 2003). In diesem Punkt trifft der neoliberale Freiheitsbegriff auf die Forderungen sozialer Kämpfe der 1960er bis 1980er Jahre, die sich genau gegen dieses bevormundende, teilweise autoritäre System richteten und mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit forderten (vgl. z.B. Dagnino 2002: 288; Leubolt 2004: 143 ff.; Stütze/Dyk 2004). Offensichtlich ermöglicht diese Überlagerung ehemals emanzipativer und neoliberaler Kritik auf der Ebene der Rhetorik die Schaffung breiter gesellschaftlicher Akzeptanz für die Durchsetzung neoliberaler Umstrukturierungen. Beispiele dafür sind die Auslagerung von Bereichen gesellschaftlicher Daseinsfürsorge in den privaten Zuständigkeitsbereich und die breite Akzeptanz für Selbsthilfe und den Ersatz von *Welfare*- durch *Workfare*-Programme (vgl. Mayer 2003a; Küblböck 2004).

Was jedoch auf den ersten Blick als die Umsetzung früherer emanzipativer Forderungen scheinen mag, kann treffender als Teil neuer *governance*-Strukturen bezeichnet werden (vgl. Mayer 2003b). Im Rahmen selbiger werden die Folgen der oftmals bewusst erzeugten oder hingenommenen gesellschaftlichen Spaltungen, unter aktiver Einbeziehung der Benachteiligten, gemanagt. So wurden viele soziale Bewegungen von neoliberalen Politikmustern vereinnahmt, nicht zuletzt durch das Engagement internationaler Finanz- und Entwicklungsorganisationen (vgl. Schwank 2003). Programme der Weltbank zur Armutsbekämpfung beinhalten heute damit häufig auch explizit zivilgesellschaftliche Konsultationsprozesse (Knoke 2003). Obwohl offiziell in diesen Prozessen alle Teile der Zivilgesellschaft gleiche Stimmgewichte haben sollten zeigt sich dennoch, dass bestimmte – etwa von der Weltbank vorgegebene – Rahmenbedingungen nicht zur Disposition stehen, diese aber das Ergebnis

wesentlich vorherbestimmen (vgl. Burchardt 2003). Damit erlangen internationale Institutionen wesentlichen Einfluss auf wichtige Felder der staatlichen Politik. Überdies werden nicht zuletzt in diesem Zusammenhang Begriffe, die aus dem Umfeld der sozialen Bewegungen kamen, wie beispielsweise „Dezentralisierung“ (vgl. Burchardt 2001) oder „Empowerment“ in einer Weise umdefiniert und mit Begriffen wie „Ownership“ verbunden (Vögel/Obrovsky 2003) die diese weitestgehend ihres demokratischen Inhalts entleert.

Ein emanzipatorischer Freiheitsbegriff muss daher weiter gefasst werden. Amartya Sen (2003) entwickelt einen komplexeren Begriff von Freiheit, der eine materielle und formelle Dimension einschließt und voraussetzt. Er definiert Entwicklung als Freiheit. Diese schließt sowohl formelle wie auch materielle Aspekte ein. Der materielle Aspekt der Freiheit bezieht sich dabei auf den Zugang zu Gütern, die für die Freiheit des Menschen notwendig sind. Der Zugang zu adäquaten öffentlichen Bildungseinrichtungen, Gesundheitsvorsorge und anderen sozialen Einrichtungen – unabhängig vom Einkommen – stellt demnach eine zentrale menschliche Freiheit dar. Um dies zu ermöglichen, ist die Existenz qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter notwendig. Habermas erweitert diese Definition des materiellen Aspekts noch um die Verteilungsfrage. Demnach lässt sich eine Politik des Ausgleichs der ungleichen Verteilung der in einer Gesellschaft verfügbaren Güter als „Staatsbürgerqualifikationspolitik“ rechtfertigen (Habermas 1992: 504).

Der formelle Aspekt der Freiheit bezieht sich auf die Ermöglichung der Mitgestaltung der Öffentlichkeit für alle BürgerInnen. Sen zufolge widerspricht besonders die Idee der Fürsorge grundlegend der Definition von Entwicklung als Freiheit, denn „in dieser Perspektive müssen wir die Menschen als aktive Subjekte ihres eigenen Schicksals behandeln und ihnen die entsprechenden Spielräume zubilligen, statt in ihnen passive Empfänger der Früchte ausgeklügelter Entwicklungsprogramme zu sehen. Staat und Gesellschaft kommt die große Verantwortung dafür zu, die menschlichen Verwirklichungschancen zu erweitern und zu schützen. Doch ihre Aufgabe ist es lediglich, die nötigen Hilfestellungen zu geben, nicht aber Fertiglösungen anzubieten“ (Sen 2003: 70).

In Sens Definition von Freiheit können jedoch zwei zentrale Schwachpunkte ausgemacht werden. Zum einen weist Sens Theorie einen „stark ‚smithianischen‘ Zug“ (2003: 304) auf. In wirtschaftlicher Hinsicht stellt somit die liberale Freiheit der KonsumentInnen am Markt das oberste Ideal dar. Jedoch handelt es sich dabei um einen negativen Freiheitsbegriff – Freiheit besteht bloß darin, bestimmte Produkte nicht zu kaufen. Die positive Freiheit, das eigene Leben und die Welt gestalten zu können, ist darin nicht eingeschlossen (Novy 2002: 12 f.). Vielmehr definiert sich diese Freiheit primär durch Besitz.

Eine (zahlenmäßig kleine) Klasse spricht sich dabei selbst das Recht auf das Monopol des Mehrhabens zu. Paulo Freire demaskierte diese Arten von Freiheiten als Mythen der besitzenden Klasse zur Beherrschung der unterdrückten Masse: „Dazu zählt zum Beispiel der Mythos, dass die unterdrückerische Ordnung eine ‚freie Gesellschaft‘ sei – der Mythos, dass alle Menschen die Freiheit haben zu arbeiten, wo sie wollen, so dass, wenn sie ihren Vorgesetzten nicht mögen, sie ihn verlassen und sich nach einem anderen Job umsehen können – der Mythos, dass diese Ordnung die Menschenrechte respektiert und deshalb der Achtung wert ist – der Mythos, dass jeder Fleißige selbst ein Unternehmer werden kann“ (Freire 1984: 118).

Zum anderen kann der Sens Freiheitsbegriff zugrunde liegende Individualismus kritisiert werden, denn gerade die Verknüpfung von Freiheit und Individualismus ist zentraler Bestandteil neoliberaler Ideologie. Begriffe wie „Partizipation“, „Demokratisierung“, „Dezentralisierung“, „Stärkung lokaler Mitbestimmung“ sind inzwischen fester Bestandteil jedes politischen Programms, von der kommunalen Ebene bis zu Projekten der Weltbank. Es ist jedoch die Verknüpfung mit Begriffen wie „Ownership“ oder „KonsumentInnenwahlfreiheiten“, die die offiziell vorgegebenen Intentionen in ihr Gegenteil verkehren. In vielen Fällen dient Freiheit und die Betonung von mehr Eigenverantwortlichkeit dabei als Ansatzpunkt für die Ausgliederung von Risiken und Mängeln aus der gesellschaftlichen Verantwortung und als Begründung ungleicher Verteilung von Chancen und Mitteln (Journal für Entwicklungspolitik 2003; Schwank 2003). Besonders deutlich wird diese Problematik in Verbindung mit der Forderung nach Autonomie der sozialen Bewegungen (vgl. Kaltmeier/Kastner/Tuider 2004). Eine aktuelle Studie der chilenischen Frauenbewegung (Schild 2004), die unfreiwillig in das neoliberale Regime kopiert wurde, verdeutlicht diese Problematik. Der Freiheitsbegriff, der Fällen wie diesem zugrunde liegt, ist unserer Ansicht nach daher problematisch bzw. verkürzt.

Die Verkürzung liegt unter anderem darin, dass Freiheit nicht umfassend als „die positive Freiheit, das eigene Leben und die Welt zu gestalten“ (Novy 2002: 12f.) verstanden wird. Als solche ist zum einen die konsequente Verknüpfung von materieller und formeller Dimension Voraussetzung. Zum anderen ist die Ausstattung jeglicher formeller Freiheit mit tatsächlichen Entscheidungs- und Kontrollfunktionen nicht nur für den individuellen Alltag, sondern auch im Bezug auf die konkreten strukturellen Rahmenbedingungen unverzichtbar.

Damit zeigt sich auch die Ambivalenz des Freiheitsbegriffs. Da er häufig mehr oder weniger explizit handlungsleitend ist, scheint es umso wichtiger,

diese Ambivalenzen und auch Fallstricke in der Diskussion zu verdeutlichen. Der Begriff scheint uns brauchbar, wenn seine Dimensionen und Reichweiten nicht verkürzt vorgegeben sondern wieder Gegenstände einer öffentlichen politischen Diskussion werden, die dazu beitragen kann, den im Neoliberalismus bestimmenden Individualismus (vgl. Fiehler 1999) zu überwinden.

3. Gesellschaftliche Aneignung und radikaler Reformismus

Ein theoretischer Ansatz zum praktischen Erreichen der Verbindung von formellen und materiellen Freiheiten wird von Esser, Görg und Hirsch (1994) vorgebracht. Sie verweisen auf das Konzept des radikalen Reformismus. Reformismus bezeichnet dabei die Auflösung der institutionalisierten Machtbeziehungen, jedoch nicht schlagartig, sondern durch langwierige Praxis-, Erfahrungs-, Lern- und Selbstaufklärungsprozesse. Radikal meint, dass emanzipatorische Politik von Anfang an auf die Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Formen und ihrer institutionellen Ausprägungen abzielen muss (Esser/Görg/Hirsch 1994: 227). Somit will der radikale Reformismus eine „Kulturrevolution, die nicht nur Bewusstseinsinhalte, sondern vor allem gesellschaftliche und politische Beziehungen und Praktiken umgreift“ (Hirsch 2002: 202). Es handelt sich jedoch nicht um den kompletten und plötzlichen Sturz der politischen Macht durch eine Revolution, sondern um einen revolutionären Prozess, der schrittweise vorgeht. Das Ziel ist jedoch nicht bloß den Kapitalismus menschlicher zu gestalten, sondern ihn Zug um Zug zu überwinden (Coutinho 2000: 47, 133). Die Analyse historischer Erfahrungen mit vielfach gescheiterten radikalen demokratischen Emanzipationsprojekten in Lateinamerika wirft jedoch die Frage auf, unter welchen Bedingungen radikaler Reformismus möglich ist.

Weitere strategische Überlegungen werden mit dem seit kurzem breiter rezipierten Konzept der gesellschaftlichen Aneignung gefasst (vgl. Zeller 2004b; Pelizzari 2003). Ausgangspunkt für die Ausarbeitung dieses Konzepts bildete die Kritik der aktuellen Entwicklung, die durch die vermehrte Enteignung vormals öffentlichen Eigentums gekennzeichnet ist (vgl. Harvey 2004; Zeller 2004a). Aufbauend auf dem Konzept des politischen und sozialen BürgerInnenrechts (französisch: *citoyenneté*, portugiesisch: *cidadania*) stellt gesellschaftliche Aneignung in erster Linie die Umwandlung gesellschaftlicher Bedürfnisse in einforderbare Rechte dar. Damit schließt Zeller an Konzepte der „Veröffentlichung“ des Staates bzw. zur Schaffung von Öffentlichkeit an (vgl. Habermas 1990, 1992; Dagnino 2002), denn „weit davon entfernt, die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, ist vielmehr die Sozialisierung des Staates und

der gesamten Wirtschaft anzustreben. Das heißt, die BürgerInnen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand“ (Zeller 2004b: 304) – die Gesellschaft soll also zu einem Gemeinwesen werden. Zentrale Bedeutung hat in diesem Ansatz die Frage des Eigentums, was neben der Frage nach der Organisation der öffentlichen Dienste auch die Arbeitsorganisation und die Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse sowie die gesellschaftliche Aneignung von Investitionen und Wissen inkludiert. Das Konzept der Aneignung beinhaltet somit eine strategische Dimension des Freiheitsbegriffs. Zeller diagnostiziert, dass der Ansatz der gesellschaftlichen Aneignung über den des radikalen Reformismus aus drei Gründen hinausreicht. Erstens wird die Eigentumsfrage stärker betont, was auch die Frage der Aneignung der gesellschaftlichen Produktion durch die BürgerInnen mit einschließt. Zweitens stellt sich so auch die Machtfrage deutlicher – die Mobilisierung der Zivilgesellschaft alleine ist demnach zu wenig und muss durch die Ausweitung der Demokratie in die Ökonomie mit neuen Strukturen der Gegenmacht und Selbstverwaltung ergänzt werden. Drittens wird die Frage der gesellschaftlichen AkteurInnen deutlicher gestellt, wodurch auch die Notwendigkeit von kollektiven Organisationsformen – z.B. Parteien, Interessensvertretungen oder sozialen Bewegungen – klarer betont wird (Zeller 2004b: 305ff.).

Trotz der dargestellten Unterschiede zum Konzept des radikalen Reformismus lässt sich diagnostizieren, dass gesellschaftliche Aneignung im Prozess eines radikalen Reformismus erfolgen kann. Beide konkreten Ansätze können als in der Tradition des historischen Materialismus stehend betrachtet werden. In dieser Sichtweise „[...] stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werden begriffen sind“ (Marx 1972: 4). Demgemäß muss Gesellschaftsveränderung Schritt für Schritt, ausgehend vom Bestehenden, stattfinden. Hirsch bezeichnet diesen Prozess als Reformismus und Zeller stimmt dem zu, denn „die hier vorgeschlagenen Schritte haben einen Doppelcharakter. Sie sind Reformen, zugleich verfügen sie über eine inhärente Logik, die der Logik des Kapitalismus widerspricht, eine Logik der gesellschaftlichen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung und privaten Unterwerfung. Die Vorschläge laufen darauf hinaus, die Demokratie radikal auszuweiten. Sie zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen und ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie“ (Zeller 2004b: 312). In diesem Sinne stellt sich auch das Konzept der gesellschaftlichen Aneignung als ein radikal-reformistischer Ansatz dar, der die Demokratiefrage deutlicher in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt. Kritisch

wird zum Begriff der Aneignung von Görg (2004) jedoch angemerkt, dass im Konzept der Aneignung übergangen wird, dass diese zu einem wesentlichen Teil über die Abschöpfung von Mehrwert zustande kommt. Insbesondere in der gegenwärtigen Epoche kapitalistischer Entwicklung in der die Schaffung absoluten Mehrwerts – etwa in der Form der Ausdehnung der Arbeitszeit – eine zentrale Tatsache darstellt, darf diese Dimension der Aneignung nicht ausgeblendet bleiben.

4. Strukturen, Strategien und Entwicklungsprozesse

Produktion von Freiheit, Aneignung und radikaler Reformismus stellen auf hoher Abstraktionsebene wichtige Orientierungspunkte für emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungsstrategien dar. Soziale AkteurInnen agieren jedoch nicht unabhängig oder losgelöst von Strukturen sondern sind in diese eingebettet. Strukturen werden dabei nicht nur als beschränkend, sondern auch als soziales Handeln ermöglichend begriffen (vgl. Giddens 1984). Die Strukturen selber – bzw. genauer Strukturmomente – werden als potenziell veränderbar verstanden.

Daher kommt der Analyse der konkreten Strukturen im Sinne eines „Ausgangspunkts“ auch strategische Bedeutung zu. Zur Analyse von Strukturen kann konzeptionell auf konkretere politökonomische Konzeptualisierungen wie etwa von Poulantzas (2002) oder Gramsci (1995) zurückgegriffen werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass konkrete gesellschaftliche Verhältnisse zwar in einem wichtigen Ausmaß durch ökonomische Strukturen bestimmt werden, zugleich aber auch wesentlich als Ergebnis eines Prozesses des Aufeinandertreffens unterschiedlicher AkteurInnen zu begreifen sind. Verdinglicht werden diese Prozesse auch im Staat, den Poulantzas (2002: 183) als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ begreift. Der Staat ist dabei jedoch nicht nur als Ausdruck sozialer Kräfteverhältnisse zu verstehen, sondern auch als Akteur der „durch seine bestehende Materialität“ bzw. seine „materiellen Apparate“ wiederum (de-)stabilisierend auf soziale Verhältnisse wirkt (vgl. Brand 2005). In diesem Sinne bleibt der Staat immer auch ein wichtiger Bezugspunkt für emanzipatorische Veränderungen. Radikale Reformen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht kann es nicht geben, wenn nicht gleichzeitig auch eine radikale Veränderung der materialisierten staatlichen Apparate sowie eine „Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Terrain des Staates“ (Poulantzas 2002: 288) stattfinden. Auseinandersetzungen um die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind demzufolge nicht als „außerhalb des Staates“ stattfindend zu denken: „auch wenn sie sich außerhalb des physischen

Raums des Staates situieren: Sie sind jedenfalls immer in sein strategisches Feld eingegliedert“ (Poulantzas 2002: 288). Dies erfordert sowohl die Transformation der repräsentativen Demokratie wie auch die Entwicklung von Formen der direkten Basisdemokratie. Damit wird einer instrumentalistischen Sichtweise vorgebeugt, dass es nur eine emanzipatorisch denkende Avantgarde braucht, die für die „passive Masse“ der Bevölkerung lenkt. Die Strategie besteht vielmehr darin, „die innerhalb der staatlichen Netzwerke verstreuten Widerstandszentren der Massen zu entfalten, verstärken, koordinieren und zu leiten, sowie neue Zentren zu schaffen und zu entwickeln“ (Poulantzas 2002: 286). Die demokratische Kontrolle der Staatsapparate ist damit ein zentraler Ansatzpunkt dieses Konzepts.

Diese politökonomischen theoretischen Zugänge sind zwar ursprünglich für die Analyse eines kapitalistischen Staates konzipiert, können aber auch für die Untersuchung nicht weitgehend durchkapitalisierter Gesellschaften bzw. peripherer Ökonomien fruchtbar gemacht werden. Anleihen können dabei etwa bei dependenztheoretischen Herangehensweisen genommen werden (vgl. Cardoso/Faletto 1976, Evers 1977, Salazar 2003). Die dialektische Methodik im Rahmen dieser historisch-geographischen Analysen ist etwa für die Untersuchung von Beziehungen und Auseinandersetzungen zwischen in- und ausländischen Klassenfraktionen besonders fruchtbringend. In diesem Zusammenhang muss auch berücksichtigt werden, dass Handlungsspielräume in peripheren Staaten erheblich von „externen Restriktionen“ strukturiert werden, die sowohl in ihrer Handlungsdimension als auch über ökonomische Strukturen wirken. Die Analyse der sich manifestierenden internationalen Abhängigkeitsstrukturen können über dependenztheoretische Analysen hinaus auch um Neo-Gramscianische Ansätze (vgl. Gill 1993) ergänzt werden. Diese erlauben es, über weltstheoretisch orientierte Zugänge hinaus, strategische Aspekte internationaler Verflechtungen explizit zu berücksichtigen. Damit können Entwicklungsprozesse als das dialektische Zusammenwirken von Strukturen und Strategien begriffen werden (vgl. Novy 2002).

5. Alternativen in Lateinamerika heute

Dieser oben nur rudimentär skizzierte theoretische Rahmen bietet Anhaltspunkte für das Aufspüren und die Analyse von Ansatzpunkten alternativer gesellschaftlicher Entwicklungen in Lateinamerika heute. Ausgehend von der These, dass die aktuelle Form globaler kapitalistischer Entwicklung durch „eine zutiefst umstrittene Reorganisation und Reterritorialisierung der kapitalistischen Räumlichkeit und der Machtverhältnisse über eine ganze Span-

ne von räumlichen Dimensionen und institutionellen Orten“ (Keil/Brenner 2003: 259) geprägt ist, sind solche Ansatzpunkte auf sehr unterschiedlichen Ebenen zu denken und zu verorten. Ansätze, in die herrschenden Kräfteverhältnisse zu intervenieren richten sich auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen, auf Projekte, die auf eine Transformation der in den staatlichen Apparaten verdichteten Strukturen abzielen. Die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse findet, nach Lefebvre, jedoch auch in den Alltagspraxen statt, als diejenige Ebene, wo ökonomische Prozesse mit individuellen Lebenserfahrungen zusammentreffen (vgl. Keil 2002; Ronneberger 2002). Eine Vielzahl von Ansätzen sieht in dieser Linie, ausgehend von ihren konkreten Erfahrungen und Praxen, die Veränderung des alltäglichen Lebens als wichtigen Beitrag um den Kapitalismus zu verändern (vgl. Colectivo Situaciones 2003; Habermann 2004). Andere agieren mit konkreten Aneignungsstrategien in ihren Produktionszusammenhängen gegen die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft (vgl. Görg 2004) bzw. für eine Wiederaneignung des sozialen Raumes.

Die Analyse aktueller alternativer Strategien und Entwicklungen in Lateinamerika erfolgt jedoch auch vor dem Hintergrund einer konkreten Strukturanalyse. Die kapitalistischen Strukturen in Lateinamerika sind durch die sich wandelnde abhängige Eingliederung der peripheren Ökonomien in internationale ökonomische Prozesse (vgl. Journal für Entwicklungspolitik 2003a) und damit durch Kräfte, die auf alle Länder in ähnlicher Weise wirken, geprägt. Daher sind auch quer durch den Kontinent ähnliche Entwicklungsdynamiken zu beobachten. Nichts desto trotz weisen jedoch die konkreten Entwicklungsprozesse in den einzelnen Ländern, in nationalen und subnationalen Räumen wesentliche Unterschiede auf. Dies hängt einerseits mit einer unterschiedlichen internationalen Einbindung, andererseits mit spezifischen internen Entwicklungen zusammen. Sowohl die konkreten sozialen AkteurInnen und ihre Projekte als auch ihre Strategien divergieren daher wesentlich. Damit sind aufgrund struktureller Unterschiede die Durchsetzungschancen für emanzipatorische Projekte unterschiedlich (vgl. Jäger 2005).

Die in diesem Heft aufgegriffenen Ansätze alternativer emanzipatorischer Projekte sind allesamt weder ohne interne Widersprüche noch bieten sie konsistente Modelle für gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Vielmehr handelt es sich häufig um Suchprozesse und Experimente, die aus konkreten Praxen heraus entstehen und teilweise ausgeweitet werden. Mit diesem Heft erfolgt der Versuch, die Projekte in ihrer Unterschiedlichkeit darzustellen und vor dem Hintergrund ihres spezifischen strukturellen Hintergrundes begreifbar zu machen. Damit soll vorschnellem Urteilen über die Relevanz und strategisch-emanzipatorische Dimension von unterschiedlichen Praxen vorgebeugt

werden. Auch soll die Wichtigkeit einer breiten Palette emanzipatorischer Formen sozialen Handelns dargelegt werden. Weiters wird durch die Fallanalysen offensichtlich, dass von unterschiedlichen Strategien unterschiedliche Veränderungsdynamiken ausgehen und daher sehr wohl in spezifischen Kontexten bestimmte Strategien privilegiert erscheinen. Mit den konkreten Fallanalysen versuchen wir jedoch keineswegs einen vollständigen Überblick über mögliche emanzipatorische Handlungsstrategien zu geben. Vielmehr geht es um die Sensibilisierung für die Notwendigkeit kontextualisierter und gesamtgesellschaftlicher theoretischer Reflexion emanzipatorischer Projekte. Das Aufzeigen dieser auf unterschiedlichen Ebenen existierenden Praxen ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, um dem noch immer gängigen Bild von der Alternativlosigkeit der aktuellen Entwicklungen und Modelle etwas entgegenzustellen und aufzuzeigen, dass bereits heute alternative Wege beschritten werden.

Bettina Köhler geht im ersten Beitrag auf die wichtige Frage der Aneignung natürlicher Ressourcen in Lateinamerika ein. Insbesondere analysiert sie die Kämpfe um Ausgestaltung und Absicherung von Zugang und Kontrolle zu natürlichen Ressourcen und gesellschaftlichen Versorgungsleistungen. Diese wurden und werden immer durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse abgesichert. Durch die derzeit weithin beobachtbare Ausweitung von Inwertsetzungsprozessen werden bestehende Kompromisse neu bewertet und Konflikte erfahren eine neue Dynamik. Ein wichtiger Beitrag einer ganzen Reihe emanzipatorischer Ansätze besteht hier vielfach darin, diese Ausgestaltungsformen grundsätzlich zu repolitisieren. Die Analyse der emanzipatorischen Projekte wird theoretisch vor dem Hintergrund der oben kurz skizzierten Aneignungsdebatte und politökologischen Ansätzen vorgenommen.

Markus Auinger untersucht in seinem Beitrag im Produktionsprozess ansetzende Demokratisierungsversuche der brasilianischen ArbeiterInnenbewegung. Die Solidarökonomie als Alternatives Projekt gewinnt heute rasch an Bedeutung. Im Artikel werden mögliche Entwicklungslinien und das gesellschaftsverändernde Potenzial dieses emanzipatorischen Ansatzes vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen analysiert. Besonders interessant an dieser von der Demokratisierung des Produktionsprozesses ausgehenden Bewegung ist, dass diese mittlerweile auch sehr stark auf die Transformation des Staates abzielt und damit über traditionelle ähnlich gartete Strategien deutlich hinaus weist.

In einem weiteren Artikel zu Brasilien wird von Irmi Salzer die Landlosenbewegung MST analysiert. Die Untersuchung dieses weithin bekannten alternativen Projektes, das einen wesentlichen Beitrag zur Erweiterung und Vertiefung der Demokratie in Brasilien geleistet hat, geht auf dessen Erfolge bezogen

auf gesellschaftliche Veränderung nur eher am Rande ein. Vielmehr steht in dieser kritischen Auseinandersetzung die Analyse der Widersprüche innerhalb der Landlosenbewegung und des Umgangs mit ihnen im Vordergrund. Dabei geht es etwa um das Verhältnis zwischen der Führung, die deutlich radikalere Vorstellung von Gesellschaftsveränderung hat und der Basis, aber auch um andere wichtige Widersprüche. Als besonders wichtig für die Bewegung und darüber hinaus sind die konkrete Benennung und der produktive Umgang mit den Widersprüchlichkeiten gesellschaftsverändernder Praxis zu sehen. Der Artikel ist damit ein wichtiger Beitrag zur Selbstreflexivität sozialer Bewegungen.

Barbara Nothegger zeigt am Beispiel alternativer Medien in Chiapas, wie im Kontext des Projektes der Zapatisten versucht wird, mit einem selbstbestimmten Radioprojekt im Alltag der Menschen alternative Kommunikationsmöglichkeiten zu etablieren. Dies ist für die Bewegung wichtig, können doch damit Diskussionen über demokratisierende und befreiende Praktiken vorangetrieben werden. Die Aneignung dieser Technik und der Umgang mit dem Medium als Teil eines emanzipatorischen Projektes werden vor dem Hintergrund anderer Erfahrungen mit alternativen Radios analysiert. Dabei zeigt sich, dass emanzipatorische Medienprojekte vor allem in engem Zusammenhang mit sozialen und politischen Bewegungen und innerhalb der Reichweite derselbigen ihre Wirkung entfalten und damit emanzipatorische Prozesse katalysieren können.

Franziska Herdin untersucht die alternativen gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Venezuela. Bei diesem, heute weithin als eines der erfolgreichsten und vielversprechendsten emanzipatorischen Projekte gefeierten Prozess erscheint auf den ersten Blick die „klassische“ Strategie der gesellschaftlichen Veränderung durch „Eroberung der Staatsmacht“ vorzuliegen. Ein genaueres Hinsehen zeigt jedoch, dass es sich dabei wohl um eine wichtige, dennoch aber um eine verkürzte Sichtweise handelt. Denn beim *Bolivarianismo* geht es zwar auch darum, den Staat umzugestalten bzw. zu demokratisieren. Prozesse von Aneignung und radikalem Reformismus stellen jedoch einen weiteren wichtigen Eckpfeiler der Veränderungen dar. Damit zeigt sich in Venezuela eine ganze Breite von progressiven gesellschaftsverändernden Ansätzen. Diese Dynamik der Prozesse ist, wie im Artikel analysiert, u.a. deshalb möglich, weil Venezuela – im Unterschied zu vielen anderen Staaten in Lateinamerika – aufgrund spezifischer Gegebenheiten vergleichsweise geringeren extern beschränkenden Strukturen unterliegt.

Im abschließenden Artikel beschäftigt sich Alfredo Alejandro Gugliano mit alternativen Entwicklungen in Lateinamerika, im Rahmen derer die Staat-

lichkeit quasi von innen heraus transformiert wird. Konkret geht es um die Analyse der beiden prominenten Aushängeschilder für erfolgreiche progressive Veränderung auf lokalstaatlicher Ebene in Lateinamerika: Porto Alegre und Montevideo. Im Artikel wird aufgezeigt, was die Voraussetzung für derartige Projekte sind und welches emanzipatorische Potenzial allein auf dieser Ebene vorhanden ist, aber auch, wo die Grenzen für Veränderungen liegen.

Insgesamt zeigt sich mit den Beiträgen in dieser Ausgabe des Journals für Entwicklungspolitik, dass in unterschiedlichen Kontexten doch sehr verschiedene emanzipatorische Strategien praktiziert werden. In ihrer Unterschiedlichkeit haben diese gemein, dass sie auf Entwicklung als Freiheit abzielen. Neben dem Konzept der Aneignung ist insbesondere auch die Vorstellung eines radikalen Reformismus teils expliziter und oft impliziter Teil der alternativen Strategien. Die Reichweite und das progressive transformatorische Potenzial einzelner alternativer Ansätze kann – wie die einzelnen Beiträge verdeutlichen – nicht generell, sondern nur vor dem jeweiligen spezifischen strukturellen Hintergrund abgeschätzt werden. Ebenso zeigt sich auch, dass es spezifische Strukturen und Konjunkturen sind, die bestimmte Formen alternativer gesellschaftlicher Entwicklungen in Lateinamerika ermöglichen und entstehen lassen. Die neoliberale Krise in Lateinamerika stellt sich als ein ganz besonderer Nährboden für zahlreiche interessante und zum Teil sehr vielversprechende alternative Entwicklungen dar. Deren Zenit scheint jedoch noch lange nicht erreicht. Vielmehr weist die Verdichtung zahlreicher alternativer Projekte darauf hin, dass zukünftig noch wesentlich weitreichendere – allerdings heute noch kaum in ihren Konturen absehbare – alternative Entwicklungswege beschritten werden können.

Literatur

- Altvater, Elmar (2004): Die Globalisierung frisst ihre Kinder Oder Die Überwindung selbst verschuldeter Unmündigkeit durch Globalisierungskritik. Ein Resumée zweier Vorlesungen. http://www.attacberlin.de/fileadmin/sig/SIG-SN_Altvater_7_04.pdf, 2.9.2004.
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Hamburg: VSA.
- Boris, Dieter (2003): Zur Revitalisierung sozialer Bewegungen im globalisierungskritischen Kontext: Das Beispiel Lateinamerika. In: Faschingeder, Gerald/Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Strickner, Alexandra (Hg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien: Mandelbaum, 121-134.
- Brand, Ulrich (2005): Den Staat als soziales Verhältnis denken. Nicos Poulantzas und die Reformulierung kritischer Internationaler Politischer Ökonomie. In: Brand,

- Ulrich (Hg.): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA, 45-59.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2001): Dezentralisierung und local governance. In: Journal für Entwicklungspolitik 17 (3-4), 329-351.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2003): Die neue Armutsbekämpfung auf dem Prüfstand. In: Journal für Entwicklungspolitik 19 (2), 56-76.
- Cardoso, Fernando Henrique/Fallete, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt: Suhrkamp.
- Colectivo Situaciones (2003): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Berlin: Assoziation A.
- Coutinho, Carlos Nelson (2000): Contra a Corrente. Ensaios sobre democracia e socialismo. São Paulo: Cortez.
- Dagnino, Evelina (2002, Hg.): Sociedade Civil e Espaços Públicos no Brasil. São Paulo: Paz e Terra.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (1994): Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“. Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg: VSA, 213-228.
- Evers, Tilman (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Köln/Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Fiehler, Fritz (1999): Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung. Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman. In: PROKLA 115, 237-254.
- Fiori, José Luís (2001): 60 lições dos 90. Uma década de neoliberalismo. Rio de Janeiro: Record.
- Freire, Paulo (1984): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. (Manuskript 1968) Hamburg: Rowohlt.
- Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Cambridge: Polity Press.
- Gill, Stephen (ed. 1993): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge: Cambridge University Press.
- Görg, Christoph (2004): Enteignung oder Inwertsetzung. Zur Aktualität der „ursprünglichen Akkumulation“. In: Das Argument 257, 46 (5), 721-731.
- Gramsci, Antonio (1995): Philosophie der Praxis. Gefängnishefte 10 und 11. Berlin/Hamburg: Argument.
- Habermann, Friederike (2004): Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien. Königstein: Helmer.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage. (Erstauffl. 1968) Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt: Suhrkamp.

- Harvey, David (2004): Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. Hg. Christian Zeller: Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot. 183-216.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg: VSA.
- Jäger, Johannes/Melinz, Gerhard/Zimmermann, Susan (Hg., 2001): Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Jäger, Johannes (2005): Ökonomie, Sozialpolitik und soziale Lage in Lateinamerika. In: Lateinamerika Analysen 10: 55-74.
- Journal für Entwicklungspolitik (2002): Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie. Journal für Entwicklungspolitik 17 (3).
- Journal für Entwicklungspolitik (2003): Neue internationale Armutsprogramme: Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht? Journal für Entwicklungspolitik 19 (2).
- Journal für Entwicklungspolitik (2003a): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Journal für Entwicklungspolitik 19 (3).
- Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg. 2004): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Keil, Roger (2002): »Common-Sense« Neoliberalism: Progressive Conservative Urbanism in Toronto, Canada. In: Antipode 34 (3), 578-601.
- Keil, Roger; Brenner, Neil (2003): Globalisierung, Stadt und Politik. In: Scharenberg, Albert; Schmidtke, Oliver (Hg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und Strukturwandel des Politischen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 254-276.
- Knoke, Irene (2003): Politische Partizipation als Allheilmittel? In: Journal für Entwicklungspolitik 19 (2), 77-89.
- Küblböck, Karin (2004): Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen in Entwicklungsländern. In: Kurswechsel 2004 (3), 7-18.
- Laurell, Asa Cristina (Hg. 1992): Estado y Políticas Sociales en el Neoliberalismo. México: Fundación Friedrich Ebert.
- Leubolt, Bernhard (2004): Wettbewerbshegemonie oder demokratische Öffentlichkeit? Zur Rolle der sozialen Bewegungen in Brasilien. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 141-156.
- Marx, Karl (1972): Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“. (Erstausg. 1859) Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.
- Mayer, Margit (2003a): Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armuts politik. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, 265-280.

- Mayer, Margit (2003b): The Onward Sweep of Social Capital: Causes and Consequences for Understanding Cities, Communities and Urban Movements. In: *IJURR* 27 (1), 110-132.
- Novy, Andreas (2000): Unmasking Globalisation: From Rhetoric to Political Economy – The Case of Brazil. In: *The Cambridge Review of International Affairs* 14 (2), 290-307.
- Novy, Andreas (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderungen in der Eien Welt. Frankfurt/ Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Pelizzari, Alessandro (2003): Jenseits von Privatisierungspolitik: Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung. In: *Kurswechsel* 2003 (1), 61-70.
- Petras, James (2003): The New Development Politics. The Age of Empire Building and New Social Movements. Hants/ Burlington: Ashgate.
- Petras, James/Veltmeyer, Henry (2003): Globalization Unmasked. Imperialism in the 21st Century. 3. Aufl. (Erstaufl. 2001). Halifax/New York: Fernwood/Zed.
- Petras, James/Veltmeyer, Henry (2004): System in Crisis. The Dynamics of Free Market Capitalism. Halifax/New York: Fernwood/Zed.
- Poulantzas, Nicos (1980): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Neuauf. mit einer Einleitung von Alex Demirovic, Joachim Hirsch und Bob Jessop (1. frz. Aufl. 1978). Hamburg: VSA.
- Ronneberger, Klaus (2002): Contours and Convolutions of Everydayness: On the Reception of Henri Lefebvre in the Federal Republic of Germany. In: *Capitalism Nature Socialism* 13 (2), 42-57.
- Sader, Emir/Gentili, Pablo (1999): Pós-neoliberalismo II. Que Estado para que democracia? Petrópolis: Vozes.
- Salazar, Gabriel (2003): Historia de la acumulación capitalista en Chile. Santiago de Chile: Lom.
- Schild, Verónica (2004): Die Freiheit der Frauen und gesellschaftlicher Fortschritt. Feministinnen, der Staat und die Armen bei der Schaffung neoliberaler Gouvernementalität. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 82-100.
- Schui, Herbert (2003): Was eigentlich ist Neoliberalismus. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 19 (3), 19-34.
- Schwank, Oliver (2003): Staat, Markt und Demokratisierung im Entwicklungsprozess: Zur Neuorientierung der Weltbankpolitik in den 1990er Jahren. In: *JEP* 19 (3), 52-68.
- Sen, Amartya (2003): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Solidarität und Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft. 2. Aufl. (nach der engl. Erstausgabe 1999). München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Soares, Laura Tavares (2003): O desastre social. Rio de Janeiro: Record.

- Stützle, Ingo/Dyk, Silke van (2004): Alles umsonst? Linke Politik und Potenziale von Aneignungspraxen. http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/wgdw_uploads/Stuetzle-Dyk-Aneignung1x.pdf, 30.5.2005.
- Vögel, Monika/Obrovsky, Michael (2003): Nationale Armutsbekämpfungsstrategien – Fall oder Falle für NGOs. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (2), 90-104.
- Zeller, Christian (2004a): Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?. In: ders. (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 61-125.
- Zeller, Christian (2004b): Zur gesellschaftlichen Aneignung. In: ders. (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 295-313.

Abstracts

Die Mechanismen, Formen und Auswirkungen neoliberaler Umstrukturierungen in Lateinamerika wurden in den letzten Jahren vielfach behandelt. Dennoch zeigen sich in diesem Kontext auch zahlreiche alternative Entwicklungen im und zum Neoliberalismus. Der Artikel gibt einen konzeptionellen Überblick, wie progressive bzw. alternative gesellschaftsverändernde Projekte zu fassen sind und stellt dabei insbesondere auf die Konzepte Entwicklung als Freiheit, Aneignung und radikaler Reformismus ab. Überdies wird ein grober Rahmen entworfen, der es erlaubt, das Veränderungspotenzial von Ansätzen zu alternativen Entwicklungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher und sich wandelnder struktureller Bedingungen zu reflektieren.

The mechanisms, forms and effects of neo-liberal restructuring in Latin America have been frequently discussed in the past years. Nevertheless, numerous alternative developments within and to neo-liberalism are taking place. This paper provides a conceptual overview about how progressive alternative societal projects are to be understood. In so doing, the paper focuses particularly on the concepts of development as freedom, appropriation and radical reformism. Furthermore, a framework is lined out which allows to analyze the transformational power of different approaches to alternative developments before the background of different and changing structural conditions.

MARKUS AUINGER, JOHANNES JÄGER, BETTINA KÖHLER,
BERNHARD LEUBOLT, BARBARA NOTHEGGER

BETTINA KÖHLER

Ressourcenkonflikte in Lateinamerika

Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser

Konflikte um die Aneignung und Kontrolle von Ressourcen waren immer ein zentrales gesellschaftliches Konfliktterrain. Zurzeit finden verstärkt Auseinandersetzungen um die oftmals gravierenden sozialen und ökologischen Folgen von Privatisierungen und Inwertsetzungen infolge neoliberaler Restrukturierungen statt. Vielfach werden die Diskussionen jedoch mit unpräzisen Begrifflichkeiten geführt, die nicht immer den politischen Kern der Konflikte erfassen. Zu Beginn dieses Aufsatzes werden daher Dimensionen und Kategorien skizziert, die zu einem besseren Verständnis komplexer Ressourcenkonflikte beitragen sollen. Hierzu werden in einem konzeptionellen Teil drei unterschiedlichen Perspektiven auf die Mechanismen von Inwertsetzungsprozessen dargelegt. Eine Veranschaulichung erfolgt sodann exemplarisch anhand des Wassersektors. Hierbei wird hervorgehoben, dass eine Inwertsetzung von Wasser nicht auf eine abstrakte stoffliche Ressource, Dienstleistung oder Infrastruktur abzielt, sondern auf ein komplexes Ensemble von sozialen, ökonomischen, materiellen und diskursiven Arrangements der Wasserbereitstellung. Anhand der historischen Entwicklung der urbanen Wasserversorgung wird verdeutlicht, dass diese Arrangements immer auch umkämpft sind und sich historisch verändern. Abschließend werden eine Reihe von Konfliktpunkten infolge rezenter Trendverschiebungen hervorgehoben und Ansatzpunkte für Handlungsalternativen diskutiert.

1. Dimensionen von Ressourcenkonflikten

Ressourcenkonflikte können aus sehr unterschiedlichen Perspektiven verortet werden. Ein zentraler Problemzugang ergibt sich über Fragen der territorialen und sozialen Verteilung der ökonomischen und ökologischen Kosten und Erträge wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse (vgl. Raza 1997: 104). So war die Frage der Sicherung des Zugangs zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen immer auch ein zentraler Bestandteil und Motor kolonialer und imperialer Praktiken (vgl. z.B. Heinrich 2003). Ungleiche Ressourcenflüsse

werden auch als zentrales Merkmal ungleicher Entwicklung aufgeführt. So definiert beispielsweise Komlosy (2004: 68) Zentren bzw. Peripherien über die Absicherung bzw. die Einschränkung von Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen aus dem Gesamtsystem. „Strukturelle Abhängigkeit“ ergibt sich demnach aus Mechanismen, die den Abfluss von Werten, seien es Rohstoffe oder auch Arbeitskräfte, von den Peripherien in die Zentren festschreiben.

Bearbeitet werden aber auch die sozialen und ökologischen Folgen von Ressourcennutzungen. Hierbei werden zum einen traditionelle Aspekte von Umweltzerstörung durch Ressourcenextraktion beschrieben (vgl. Amelung 1997). Etwas weiter gefasst wird der Zusammenhang zwischen spezifischer wirtschaftlicher Entwicklung und der Erhöhung des Drucks auf natürliche Ressourcen analysiert (vgl. Raza 1997: 127). Mit dem Begriff „*environmental justice*“ werden inzwischen zunehmend auch die Folgen der ungleichen Verteilung von Umweltschäden thematisiert (vgl. Harvey 1996; Martinez-Allier 1999; Swyngedouw/Heynen 2003).

Bei Fragen nach der Verteilung von Nutzen und Kosten der Ressourcennutzung wird jedoch bereits implizit die objektive Existenz von bestimmten Ressourcen vorausgesetzt, zur Disposition steht die Ausgestaltung von „Gesetzen und Regeln der Gewinnverteilung“ (vgl. Görg 2004a, 1504). Dieser Blickwinkel vernachlässigt, dass Ressourcen keine objektiven, rein physischen Dinge darstellen, sondern ein soziales Verhältnis. Erst im Hinblick auf spezifische Interessen, in einem konkreten Verwertungskontext bzw. in Bezug auf bestimmte Produktionsweisen werden Dinge überhaupt erst als Ressourcen konstituiert, also in Wert gesetzt (vgl. DeGregori 1987; Heins/Flitner 1998; Raza 2003; Swyngedouw 2004). Dieser materielle, soziale und diskursive Konstitutionsprozess ist immer auch gesellschaftlich umkämpft. Bereits die Frage von wem und auf welche Weise Ressourcen definiert und die Prozesse der Inwertsetzung gestaltet werden, hat Auswirkungen darauf, wer Zugang hat und Kontrolle ausüben kann und welche Deutungen gleichzeitig ausgeschlossen werden. Ressourcenkonstitutionsprozesse sind damit wesentlicher Teil sozialer Auseinandersetzungen.

Die Frage nach den Konstitutionsmechanismen wird heute umso wichtiger, als unter neoliberalen Bedingungen eine Dynamisierung von Inwertsetzungsprozessen zu verzeichnen ist. Im Blick sind dabei so unterschiedliche Dinge wie Transportsysteme, Wasser- und Stromversorgung, ebenso wie Bildungs- und Gesundheitssysteme, biologische Vielfalt und soziale Alltagsbeziehungen. Die Tatsache, dass in diesem Zusammenhang so verschiedene gesellschaftliche Bereiche in einem Atemzug genannt werden verweist auf strukturelle Gemeinsamkeiten der ablaufenden Prozesse. Erst wenn die dabei implizierten Mechanismen und Folgen genauer in den Blick genommen wer-

den, so die These, lassen sich Ansatzpunkte für alternative Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen. Gleichzeitig spielt die spezifische Sperrigkeit der jeweiligen Gegenstände natürlich eine wichtige Rolle.

2. Konzeptionelle Aspekte von Inwertsetzungsprozessen

Anhand von drei unterschiedlichen theoretischen Ansätzen werden im Folgenden einige konzeptionelle Aspekte von Inwertsetzungsprozessen herausgearbeitet. In einem ersten Schritt werden Aspekte zu einer begrifflichen Klärung aufgegriffen. Im Kontext einer ökologischen Kritik der politischen Ökonomie, nach Altvater (1991) wird dabei der prozesshafte Charakter von Inwertsetzungsmechanismen ausgeführt. In einem zweiten Schritt wird das Konzept der Enteignungsökonomie in Anlehnung an Harvey (2004) vorgestellt, in welchem Inwertsetzungsprozesse als integraler Bestandteil kapitalistischer Ökonomien erklärt werden. Und schließlich wird drittens, mit dem Ansatz der Politischen Ökologie, eine komplexere Perspektive auf die inwertzusetzenden Gegenstände entworfen.

2.1 Inwertsetzung und Ressourcenkonstitutionsprozesse

Als zentrales Merkmal neoliberaler Politikmuster wird häufig die Ökonomisierung und Inwertsetzung immer weiterer Lebensbereiche identifiziert. Verwiesen wird auf die Ökonomisierung des Sozialen, die Ökonomisierung des Politischen (vgl. Pelizzari 2001), die Privatisierung sozialer Risiken (vgl. Jäger 2003) oder auch die Inwertsetzung von Natur (vgl. Görg 2004a) etc. Im Zentrum der Kritik steht zumeist das Primat marktwirtschaftlicher Rationalitäten über alle übrigen gesellschaftlichen Belange sowie die zunehmende Konzentration von Macht und Kontrollbefugnissen. Inzwischen liegen, auch für Lateinamerika, eine Vielzahl von Bilanzen der politökonomischen Prozesse von drei Jahrzehnten neoliberaler Politik vor (vgl. z.B. Boris 2001; Journal für Entwicklungspolitik 2003; Burchardt 2004).

Die zunehmenden Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung von Gesellschaft bzw. um die Verteidigung und Erschließung von Gestaltungsräumen werden heute u.a. anhand konkreter Konflikte, wie der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder der Inwertsetzung von biologischer Vielfalt geführt. Die jüngsten Diskursanpassungen im Bereich von Privatisierungspolitiken (vgl. unten) weisen darauf hin, dass ein präziserer Umgang mit den in diesem Kontext oft mehr oder weniger synonym verwendeten Begriffen „Privatisierung, Liberalisierung, Ökonomisierung, Kommodifizierung, Inwertsetzung“ notwendig ist, um die gesellschaftlich relevanten Mechanismen zu erfassen.

An zentraler Stelle stehen dabei Inwertsetzungsprozesse als charakteristisches Merkmal jedweder kapitalistischer Produktionsweise (vgl. Raza 1997; Wullweber 2004a). Eine wichtige Feststellung ist, dass dabei nicht nur materielle Artefakte, eine externe Natur oder Territorien inwertgesetzt werden, sondern immer auch soziale Verhältnisse. Anhand der Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen lassen sich einige Aspekte der dabei implizierten Mechanismen veranschaulichen. Zentral hierbei ist die Annahme, dass Ressourcen, trotz ihrer Materialität, nicht einfach als fertige Dinge existieren, sondern vielmehr selber ein soziales Verhältnis darstellen und als solches erst geschaffen werden. Wie oben angedeutet, können sowohl bei der Extraktion als auch im Tauschprozess dieser Ressourcen vielfältige Konflikte entstehen. Ein eingehender Blick auf die verschiedenen Etappen des Inwertsetzungsprozesses verdeutlicht jedoch, dass konkurrierende Interessen bereits auf allen Stufen dieses Prozesses auftreten und konfliktieren können.

In Anlehnung an Altwater (1991) lässt sich der Inwertsetzungsprozess von natürlichen Ressourcen in vier Stufen beschreiben. In einem ersten Schritt erfolgt die Identifikation der Ressource. Ein Ding oder ein Stoff wird gedanklich aus seinem Kontext isoliert und in Bezug auf einen konkreten Nutzen identifiziert, womit in der Regel andere mögliche Verwendungen weitgehend ausgeschlossen werden. Der Baum im Regenwald wird in diesem Moment nicht als Beitrag zum globalen Klima oder als Teil des Lebensumfeldes von WaldbewohnerInnen, sondern als Rohstoff für Tropenholz gedacht. Auf dieser Ebene können also Deutungskonflikte entstehen, in denen zwar noch nicht über die tatsächliche Verwendung von Ressourcen entschieden, aber je nach Diskursmächtigkeit bereits deren Bedeutung konfiguriert wird.

Erst in einem zweiten Schritt erfolgt die tatsächliche Extraktion von Ressourcen, also die physische Isolierung aus deren materiellem Kontext. Hierbei werden häufig die nichtrelevanten Bestandteile des Systems (also z.B. im Fall der Tropenholzextraktion der übrige Bestand an Flora und Fauna) vernichtet oder tief greifend umstrukturiert. Insofern ist dies die klassische Ebene, auf der Nutzungen die sich innerhalb konkreter Territorien gegenseitig ausschließen, miteinander konkurrieren. Zusätzlich haben sich heute jedoch auch weniger materielle Formen der Ressourcenextraktion etabliert. Im Falle genetischer Ressourcen geht es z.B. gerade nicht mehr darum, Pflanzen in großen Mengen physisch zu entnehmen, sondern sehr selektiv ihre genetischen Informationen zu extrahieren. Dennoch ist dies in vielen Fällen mit einer grundlegenden Restrukturierung ihrer Entnahmekontexte verbunden. Wullweber (2004a) und Görg (2003a) unterscheiden in diesem Zusammenhang auch zwischen einer fordistischen Umgangsweise, in der „Natur als Ressource in Form klassischer

Rohstoffe“ ausgebeutet wurde und einer postfordistischen Umgangsweise, die auf einer neuen, ‚nachhaltigen‘ Ausbeutung der Natur aufbaut.

In einem dritten Schritt erfolgt die Kommodifizierung, also die Umwandlung des extrahierten Stoffs in eine handelbare Ware. Hierfür ist eine weitere Strukturierung des Umfeldes erforderlich: Zur Verbringung dieser Ressourcen an die „Berührungspunkte des Weltmarkts“ ist eine entsprechende Infrastruktur, wie Transport- und Kommunikationssysteme erforderlich (Altvater 1991: 329). Und schließlich erfolgt eine Etablierung von Märkten. Diese konstituieren sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und materiell. Hierdurch erfolgt eine tief greifende Umstrukturierung des sozioökonomischen Umfeldes. In einem vierten Schritt erst erfolgt die Monetarisierung, d.h. qualitativ unterschiedliche Dinge werden durch das Zirkulationsmittel Geld vergleichbar und tauschbar gemacht. (vgl. Altvater 1991: 327). Eine zentrale Rolle spielt auf allen Stufen dieses Prozesses die „Durchsetzung von Rechts- und Eigentumsverhältnissen“ sowie die Regulierung und „herrschaftliche Absicherung“ von Verteilungskonflikten (Görg/Brand 2001: 66ff.).

In einer etwas anderen Herangehensweise identifiziert Castree (2003) auf einer noch abstrakteren Ebene als Altvater in seinem Phasenmodell eine Reihe von spezifischen Eigenschaften, die ein Ding im Zuge seiner Kommodifizierung bzw. Inwertsetzung in mehr oder weniger ausgeprägter Form, annimmt: *Privatisation*, also die Relevanz unterschiedlicher Formen exklusiver legaler Eigentumstitel, des Weiteren *alienability*, also die physische Trennung der Waren von ihren VerkäuferInnen, *individuation*, also die diskursive und materielle Herauslösung aus einem Kontext, *abstraction*, also z.B. die Aufteilung heterogener Einheiten in funktional und räumlich homogene und miteinander vergleichbare Klassen, *valuation*, also die Zuweisung von Tauschwert und die Bemessung in Geld, sowie *displacement*. Diese abstrakten Kategorien bieten insbesondere Anhaltspunkte bei der Analyse neuartiger oder unvollständiger Mechanismen von Inwertsetzung (vgl. unten).

Das Verhältnis der beiden Begriffe Inwertsetzung und Kommodifizierung wird jedoch durchaus unterschiedlich beschrieben. Bei Altvater (1991) ist die Kommodifizierung, also das zur Ware werden, einer von mehreren Schritten im Inwertsetzungsprozess. Görg (2004a) führt diese Unterscheidung aus, mit dem Hinweis, dass ein Handel mit Waren auch in nicht vollständig kapitalisierten Milieus stattfinden könne (also z.B. der Handel mit Saatgut auf lokalen Märkten). Inwertsetzung hingegen beschreibe den Prozess des vollständigen Unterwerfens nicht-kapitalistischer Verhältnisse unter den kapitalistischen Verwertungsimperativ. Diese Darstellung spielt auf den Marxschen Begriff der ursprünglichen Akkumulation an: Nach Marx besteht kapitalistische Akkumulation aus zwei zentralen Prozessen. Zum einen findet „Akkumulation durch

erweiterte Reproduktion“ statt. Unter Bedingungen von „Frieden, Eigentum und Gleichheit“ eignet sich hier das Kapital den durch Lohnarbeit produzierten Mehrwert an. Der zweite grundlegende Akkumulationsprozess wird mit dem Begriff der „primitiven“ oder „ursprünglichen Akkumulation“ gefasst. Im Zentrum steht hier die Inwertsetzung und Aneignung nichtkapitalistischer Milieus oder Produktionsformen durch das Kapital auf der Basis von Gewalt, Raub und Betrug (Harvey 2004: 195f.).

Bei anderen AutorInnen (bzw. vielfach auch im allgemeinen Sprachgebrauch) wird der Begriff Kommodifizierung synonym mit dem der Inwertsetzung verwendet (vgl. Castree 2003). Andere wiederum verwenden den Begriff Kommodifizierung im Sinne von Ökonomisierung oder Kommerzialisierung (also der Anwendung von marktwirtschaftlichen Rationalitäten auf beispielsweise öffentliche Dienstleistungen) in Abgrenzung zu Privatisierung (also der Übertragung von exklusiven Verfügungsrechten an Private) und Liberalisierung (also Marktöffnung). Diese Unterscheidung erhält insbesondere in Bezug auf die aktuellen Diskussionen um die Auswirkungen von Privatisierungen Bedeutung, denn wie Bakker (2003) für den Wassersektor ausführt, bedingen sich beide Prozesse nicht gegenseitig. So können öffentliche Betriebe also durchaus auch unter marktwirtschaftlichen Prämissen funktionieren.

Anschließend an diese begriffliche Klärung, wird im Folgenden das theoretische Konzept der „Enteignungsökonomie“ von David Harvey vorgestellt, welches Inwertsetzungsprozesse als strukturellen Bestandteil kapitalistischer Ökonomien beschreibt und Anhaltspunkte liefert, inwiefern sich die aktuelle Dynamik von früheren Phasen unterscheidet.

2.2 Enteignungsökonomie

Im Konzept der *spatio-temporal fixes* (vgl. Harvey 2004: 183) geht Harvey von der These aus, dass Kapitalismus strukturell dazu tendiert Überakkumulationskrisen hervorzubringen. Diese entstehen, wenn in einem gegebenen territorialen System Überschüsse an Arbeit und Kapital nicht mehr profitabel verwertet werden können. Der Kapitalismus trachtet nun danach, durch die „Mobilisierung und Fixierung von Kapital [...] Überschüsse von Kapital und Arbeit zu absorbieren“ (Zeller 2004a: 17). Ein kapitalistischer Mechanismus zur Absorption solcher Überschüsse liegt in deren raum-zeitlichen Verlagerung durch so genannte *spatio-temporal fixes*: Zeitliche Verlagerung durch Investitionen in langfristige Kapitalprojekte oder die räumliche Verlagerung mittels Erschließung neuer Absatzmärkte, Produktionskapazitäten oder Ressourcen bzw. sehr häufig durch Kombination von beidem. Von besonderer Bedeutung hierbei ist die Einbettung von Kapital in die gebaute Umwelt, etwa durch die Errichtung von materieller Infrastruktur. Erweist

sich diese Infrastruktur als produktiv, begünstigt sie z.B. „effizientere Formen zukünftiger Kapitalakkumulation“ (vgl. Harvey 2004: 185).

Diese raum-zeitliche Expansion zur Erschließung von produktiven Abflussmöglichkeiten für Überschüsse (ebd.: 189) erfolgt überwiegend durch gewaltbasierte, enteignende Formen der ursprünglichen Akkumulation (vgl. oben). Diese Prozesse seien zwar struktureller Bestandteil des Kapitalismus, verstärkten sich aber massiv im Falle des Auftretens von Überakkumulationskrisen. Um die Permanenz und die Aktualität von Prozessen der ursprünglichen Akkumulation zu betonen, spricht Harvey in diesem Zusammenhang auch von „Akkumulation durch Enteignung“ bzw. von einer Enteignungsökonomie (Harvey 2004: 196).

Durch die im Verlauf der seit den 1970er Jahren chronisch anhaltenden Überakkumulationskrisen erschlossenen spatio-temporal fixes seien die Krisen jedoch nicht gelöst worden, vielmehr würden die durch Expansion neu entstandenen „dynamischen Räume kapitalistischer Akkumulation“ ihrerseits wieder Überschüsse hervorbringen, „die auch sie mittels geographischer Expansion absorbieren müssen“ (ebd., 188). Dadurch hätten sich heute neue Dynamiken und Mechanismen der Akkumulation durch Enteignung etabliert. Die weitere „Einhegung von Gemeingütern“, die Kommodifizierung und Kontrolle natürlicher Ressourcen u.a. durch neue Formen von (intellektuellen) Eigentumsrechten, die Privatisierung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen wie der Trinkwasserversorgung etc. können insofern auch als Enteignung von öffentlichem, oft erst in gesellschaftlichen Kämpfen geschaffenem Eigentum bezeichnet werden (vgl. Zeller 2004a: 13).

Dagegen kritisiert Görg (2004b) am Enteignungsbegriff, dass dieser, mit seiner Betonung auf „Raub und Gewalt“ bei der Unterwerfung neuer Räume und Anwendungsfelder, zwar durchaus auf zutreffende Mechanismen hinweise, jedoch nicht den „gesellschaftlichen Kern der Prozesse“ treffe. Vielmehr finde die Ausweitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zunehmend auch unter Bedingungen von „Friede, Eigentum und Gleichheit“ statt und gehe mit der Konstitution legaler Rechts- und Eigentumsverhältnisse einher. Zentral sei, dass dadurch dennoch nicht-kapitalistische Lebens- und Arbeitsverhältnisse untergraben bzw. deren Grundlagen zerstört würden (vgl. Görg 2004a).

Aus einer eher abstrakten ökonomischen Perspektive liefert der geschilderte Ansatz von Harvey also ein griffiges Konzept zur Erklärung der heute beobachtbaren Inwertsetzungspraxen und deren Einschreibung in die gebaute Umwelt. Zentraler Beitrag dieses Ansatzes ist es, die gegenwärtigen krisenhaften Entwicklungen nicht als zwangsläufige Folge von Globalisierungsprozessen zu akzeptieren, sondern sie als strukturellen Bestandteil interessensgeleiteter

Strategien innerhalb der kapitalistischen Verwertungsdynamik zu beschreiben. Diesem Konzept gegenübergestellt wird im folgenden Kapitel der Ansatz der Politischen Ökologie, welcher bei der Analyse kapitalistischer Inwertsetzungsprozesse etwas andere Akzente setzt. Der Fokus liegt weniger auf der Analyse abstrakter kapitalistischer Dynamiken als auf der Sichtbarmachung des widersprüchlichen Wechselverhältnisses zwischen politökonomischen Prozessen, konkreten Kämpfen und materiellen Verhältnissen im weitesten Sinne.

2.3 Politische Ökologie

Im Zentrum des vor allem in der angelsächsischen kritischen Geographie bearbeiteten Ansatzes der Politischen Ökologie steht die Verbindung von politökonomischen Analysekatoren, ökologischen Fragestellungen und der Frage nach Machtverhältnissen. Das Konzept bildete sich ab den 1970er Jahren heraus. Im Zentrum stand zum einen eine Kritik an Neo-Malthusianischen Ansätzen, welche Umweltdegradation vorwiegend mit explodierendem Bevölkerungswachstum im Süden sowie untragbaren Konsummustern im Norden assoziierten. Zum anderen wird an die Analysepraxen der *cultural ecology* in Bezug auf kulturelle Praxen und Mensch-Umwelt-Interaktionen angeknüpft. Kritisiert wird jedoch deren unpolitische Haltung. Im Verlauf der 1980er Jahre dominieren vor allem strukturalistische Erklärungsansätze, welche materielle Verhältnisse deterministisch mit politökonomischen Kategorien erklären. In den 1990er Jahren bilden sich weitere Strömungen heraus, die an poststrukturalistische Ansätze anknüpfen und diskurstheoretische Ansätze und Fragen nach Wissen und Macht berücksichtigen (vgl. Peet/Watts 1996; Bryant/Bailey 1997; Bryant 1998). Die zuletzt genannte Ausprägung des Ansatzes wird im Folgenden aufgegriffen.

Im Zentrum steht die Annahme, dass Gesellschaft-Umweltbeziehungen in einem historisch-geographischen Produktionsprozess durch materielle und diskursive Praxen hergestellt werden. Dieser Produktionsprozess ist geprägt durch Machtverhältnisse und immer ein umkämpftes Terrain (vgl. Swyngedouw/Heynen 2003: 901). Materielle Bedingungen dienen immer Interessen und werden durch diese transformiert. Dabei schreiben sich Machtverhältnisse in die materiellen Bedingungen ein und wirken auf diese Weise wieder strukturierend auf soziale Verhältnisse. Macht, in diesem Zusammenhang, bedeutet auch immer, Kontrolle über die Umwelt von anderen auszuüben (Bryant 1998: 86).

Beklagte Bryant (1998) noch einen überwiegenden „Landzentrismus“ politökologischer Arbeiten, mit Fokus auf Fragen der agrarischen Landnutzung, so liegen mittlerweile eine Reihe vielversprechende weitere Anwendungsbeispiele vor. Von einer wachsenden Anzahl von AutorInnen wird unter dem

Stichwort einer „*Urban Political Ecology*“ das komplexe Verhältnis zwischen kapitalistisch strukturierten Gesellschaften, deren gebauter Umwelt und den Machtverhältnissen betrachtet (vgl. Gandy 2002; Swyngedouw/Heynen 2003; Desfor/Keil 2004). Der Bereich biologische Vielfalt wurde in der deutschsprachigen Debatte über das Konzept der „Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ bearbeitet (vgl. Heins/Flitner 1998; Görg 2003b; Brand/Görg 2003; Wullweber 2004b). Wenngleich im Konzept der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (vgl. Jahn/Wehling 1998) kaum explizite Bezugnahmen erfolgen, lassen sich hier doch Parallelen zur angelsächsischen *political ecology* ausmachen. In den letzten Jahren liegen aber auch Arbeiten vor, welche explizit eine Politische Ökologie des Wassers herausarbeiten (vgl. Bakker 2003; Gandy 2002; Swyngedouw 2004).

Aufgrund seiner sozioökonomischen Bedeutung und seiner Präsenz in einer Vielzahl von Prozessen lässt sich der Ansatz am Thema Wasser sehr gut veranschaulichen. Ausgehend von der Frage, welche Formen Inwertsetzungsprozesse im Wassersektor annehmen können werden im Folgenden unterschiedliche Dimensionen der aktuellen Wasserdebatte aufgegriffen und anschließend einer politökologischen Betrachtungsweise gegenübergestellt.

3. Perspektiven auf Wasser

Die internationale Konferenz zu Wasser und Umwelt (ICWE) im Januar 1992 in Dublin (kurz: Dublin-Konferenz), nur wenige Monate vor der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio (UNCED) wird immer wieder als Referenzdatum angegeben, an dem zum ersten Mal explizit und auf internationaler Ebene Wasser als „Wirtschaftsgut“ definiert wurde: „Water has an economic value in all its competing uses and should be recognized as an economic good“ (ICWE 1992). Ausgehend von dieser Prämisse ist Wasser eine Dekade später zum prominenten Thema internationaler Politikarenen avanciert. Zugleich wurde eben dieser Status von Wasser als Wirtschaftsgut Gegenstand wachsender Proteste.

Nicht immer ist eindeutig, welche Aspekte von Wasser als Wirtschaftsgut bzw. Öffentliches Gut betrachtet werden. Geht es um das H₂O-Molekül, den See oder Grundwasserleiter, das Glas Wasser aus dem Wasserhahn, das Leitungsnetz oder den Brunnen oder die Organisationsstruktur des Wasserversorgungsunternehmens? Die Frage, welche Aspekte von Wasser welcher gesellschaftlichen Gestaltung unterliegen bzw. was überhaupt kommodifiziert werden soll, wird auf unterschiedlichen Ebenen thematisiert. Die Wahl der Perspektive hat nicht nur theoretische, sondern auch politische Implikationen. Im

Folgenden werden vier unterschiedliche, in den gegenwärtigen Diskursen dominante Perspektiven einer politökologischen Konzeption gegenübergestellt:

Zum einen wird Wasser als Dienstleistung thematisiert, also als Trinkwasser, welches in der Regel durch vielfältige Bearbeitungsschritte prozessiert und zu den Haushalten transportiert wird. Auf dieser Ebene geht es u.a. darum, von wem, für wen und zu welchen Konditionen (u.a. zu welchem Preis) die Dienstleistung Trinkwasser, als elementares Lebensmittel, bereitgestellt werden soll. Dies impliziert auch Fragen nach wohlfahrtsstaatlichen Gestaltungsprinzipien in Bezug auf soziale Sicherheit und die Verteilung von individuellen Lebenschancen, vergleichbar mit Fragen etwa im Bereich Gesundheits- oder Bildungspolitik. Inwertgesetzt würden also in dieser Perspektive vor allem die gesellschaftlichen Arrangements der Wasserbereitstellung. Zum zweiten legt das komplexe (v.a. urbane) Netz materieller Artefakte auch nahe, Wasser in Bezug auf seine leitungsgebundene Infrastruktur zu thematisieren, vergleichbar mit Strom, Gas, Telekommunikation oder aber Verkehrsnetzen. Auf dieser Ebene stellt sich die Frage nach den Zuständigkeiten für eine entsprechende Infrastrukturpolitik. Die potentielle Rolle von Infrastruktursystemen als produktive Abflussmöglichkeit für überschüssiges Kapital (vgl. Harvey 2004: 189) wurde oben bereits dargestellt. Drittens wird auf Wasser immer wieder auch im Sinne einer „natürlichen Ressource“ Bezug genommen. Hier liegt vor allem der isolierte stoffliche Nutzen im Blick, welcher, wie bei anderen Bodenschätzen, aus der Natur extrahiert werden kann. Diese Betrachtungsweise ist bei Wasser allerdings besonders problematisch, da seine Nutzung in der Regel einer starken sozio-technischen Vermittlung bedarf. Darüber hinaus sind aufgrund seiner Dichte die Transportkosten pro Volumeneinheit meist höher als die erzielbaren Verkaufspreise (vgl. Bakker 2003). Bestrebungen wie Staudammprojekte oder der expandierende Flaschenwassermarkt (vgl. Clarke o.J.) lassen sich jedoch in diese Tendenz einordnen. Viertens, in einer eher naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise ist Wasser das zentrale Element der Biosphäre (vgl. Rippl 1995). In dieser Perspektive stellen sich vor allem Fragen, wie sich durch die menschliche Nutzung von Wasser dessen Verfügbarkeit und Qualität sowie die Funktionsfähigkeit von Ökosystemen verändert. Unter dem Stichwort *environmental services* existieren inzwischen zahlreiche Bestrebungen, die „einzelnen Nutzen“ zu quantifizieren und inwertzusetzen (vgl. Robertson 2004).

In einer politökologischen Perspektive wird das Verhältnis zwischen Wasser und Gesellschaft in einem wechselseitigen Produktionsprozess permanent hergestellt. Wasser, in seinen vielfältigen Erscheinungsformen, dient hier zum einen als zentrale Grundlage menschlichen Lebens und wird zum anderen permanent durch menschliche Arbeit prozessiert und transformiert. Diese Bedeu-

tung macht es zum Gegenstand sozialer Kämpfe um Zugang und Kontrolle. Auseinandersetzungen sind folglich immer eng gekoppelt an ökonomische Interessen und Machtfragen (vgl. Swyngedouw 2004). Infrastruktursysteme wie Leitungsnetze oder kulturtechnische Konstruktionen sind in dieser Perspektive ein integraler Bestandteil dieses wechselseitigen Produktionsprozesses. Sie können auch als Institutionen aufgefasst werden, die ihrerseits wiederum strukturierend auf Gesellschaften rückwirken (vgl. Coutard et al. 2005: 12). Wenn Macht in diesem Zusammenhang also auch bedeutet, Kontrolle über die Umwelt von anderen auszuüben (Bryant 1998: 86), dann können die materiellen und institutionellen Arrangements zur Prozessierung von Wasserflüssen auch als Einschreibungen bzw. „materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“ (vgl. Poulantzas 2002) aufgefasst werden. Eine kurze Darstellung der historischen Entwicklung urbaner Wasserversorgung in Lateinamerika soll im Folgenden diese Mechanismen verdeutlichen.

4. Zur historischen Entwicklung urbaner Wasserversorgungssysteme in Lateinamerika

Ein Blick auf die historische Entwicklung verdeutlicht die permanente Umkämpftheit von Konstellationen und damit den Stellenwert dessen, um was heute Auseinandersetzungen geführt werden. In dieser Perspektive steht durch neoliberale Restrukturierungen nicht ein idealer Naturzustand zur Disposition, sondern, im Fall von Wasser, die komplexen Arrangements der Wasserbereitstellung, die selbst erst durch soziale Kompromisse entstanden sind.

Gerade im ländlichen Bereich, z.B. im Umfeld der andinen Bewässerungslandwirtschaft existieren Beispiele für technisch und sozial hochkomplexe Arrangements der kollektiven Wassernutzung, die ihrerseits wieder durch neoliberale Inwertsetzungsprozesse unterwandert werden (vgl. Barkin 2001; Boelens/Zwartveen 2003). Der Fokus der folgenden Darstellung soll dennoch vorwiegend auf urbanen Systemen liegen, da sich an diesen einige Widersprüche der aktuellen Debatten gut veranschaulichen lassen. Aufgrund der Vielfältigkeit der sozialen und physisch-geographischen (vgl. Antón 1995) Ausgangsbedingungen und der Pfadabhängigkeit konkreter Entwicklungen kann die Darstellung nur exemplarisch erfolgen. Vielmehr soll es hier darum gehen, anhand eines stark vereinfachten schematischen Phasenmodells (Präfordismus, Fordismus, Postfordismus) einige verallgemeinerbare Aspekte und Trends aufzuzeigen. Dies mit dem Ziel, das Zusammenwirken von sozioökonomischen Prozessen und sozialen Kämpfen bei der Produktion der heutigen sozio-technischen Arrangements der urbanen Wasserversorgung aufzuzeigen.

4.1 Präfordismus

Ein Blick auf die lange und wechselhafte Geschichte urbaner Wasserversorgung (Swyngedouw 2003: 11) verdeutlicht, dass sich die Organisationsformen (öffentlich – privat – gemeinschaftlich) wie auch die Zielstellungen (Privatinteresse vs. Allgemeinwohl) mehrfach verschoben haben. Im Allgemeinen stellte sich die Frage nach technisch und administrativ aufwendigen Lösungen erst mit zunehmender Urbanisierung. Die Errichtung und der Betrieb erfolgten zu Beginn ausschließlich im Dienste privater Interessen, wodurch der Anschlussgrad gesellschaftlich stratifiziert war. Vor allem Wohlhabende wurden beliefert und Gebiete, in denen arme Bevölkerungsschichten lebten, waren (bzw. sind teilweise bis heute) weiterhin auf mehr oder weniger prekäre Subsistenzsysteme oder oftmals auf profitorientierte mobile Wasserhändler angewiesen (vgl. Swyngedouw 2004). Diese Muster sozialräumlicher Fragmentierung der Wasserversorgungssysteme lassen sich zum Teil noch heute ablesen bzw. werden durch neue Urbanisierungsschübe verstärkt.

Ab Ende des 19. Jhd. kam es sowohl in Europa als auch in Lateinamerika zu ersten Ansätzen einer Herausbildung urbaner Wasserversorgung als allgemein zugänglicher "öffentliche Dienstleistung". Die Narrative für deren Etablierung sind vielfältig und eng verknüpft mit den konkreten kulturellen, politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen. Immer wieder genannt wird das Interesse, die für alle Bevölkerungsgruppen bedrohliche Seuchengefahr aufgrund hygienischer Missstände zu bekämpfen (vgl. Swyngedouw 2003). Eng daran gekoppelt sind auch steigender Wasserbedarf, sich wandelnde Vorstellungen von Modernität, Technologien und urbanen Lebensformen sowie soziale Kämpfe. Die Effekte der Infrastrukturverbesserungen im späten 19. Jhd. kamen zwar teilweise auch breiteren Bevölkerungsschichten zugute. Neben einer Vielzahl konkurrierender Interessen spielten jedoch auch Bestrebungen, die Effizienz des urbanen Raums für Kapitalakkumulation zu erhöhen, eine Rolle (vgl. Gandy 2002: 37).

4.2 Peripherer Fordismus

Die Etablierung urbaner Infrastruktur-Netzwerke war zentraler Teil der nationalen Fordistisch-Keynesianischen Modernisierungssysteme ab Mitte des 20. Jhd. (vgl. Graham 2000: 144; Graham/Marvin 2001; Swyngedouw 2003; Coutard et al. 2005). Dies führte in der Nachkriegszeit vor allem in Nordamerika und Europa zu einer systematisch und flächendeckend angelegten fordistischen Infrastrukturpolitik, welche vom Nationalstaat gesteuert und geplant wurde. Die Investition in technische Infrastruktur wurde als Voraussetzung und Teil eines ökonomischen Wachstumsprojektes betrachtet, in dem die För-

derung von Nachfrage und die Sicherung von Investitionsbedingungen, z.B. durch leistungsfähige Infrastruktur, eine wichtige Rolle spielten. Zugleich war ein Ausgleich räumlicher Disparitäten und ein allgemeiner subventionierter Zugang auch Ausdruck der fordistischen Verteilungspolitik und des auf soziale Kämpfe zurückgehenden Klassenkompromisses (vgl. Swyngedouw 2003: 12; Harvey 1996: 406). Die lateinamerikanischen Entwicklungsstaaten verfolgten ab den 1950er Jahren im Rahmen ihrer binnenwirtschaftlich orientierten Industrialisierung im Ansatz ebenfalls das Ziel, Wirtschaftswachstum mit einem gewissen sozialen Aufstieg für relevante Gruppen der Lohnabhängigen zu verknüpfen (vgl. Becker 2004: 148). Es kam jedoch nur zur Ausprägung eines „unvollständigen Fordismus“ (Becker 1997: 149). Wasserversorgungssysteme wurden in diesem Zusammenhang zwar ausgebaut und staatlich betrieben, jedoch selbst in vergleichsweise modernisierten Städten wie Buenos Aires erreichten die Anschlussraten noch Ende der 1990er Jahre nur ca. 70% der Bevölkerung (Schneier-Madanes 2005: 153). Öffentliche Dienstleistungen kamen also auch im Fordismus in seltenen Fällen „allen“ zugute. Die bessere Ausstattung wohlhabender Siedlungsbereiche verdeutlicht, dass neben „dem Wohl der Allgemeinheit“ immer auch spezifische Interessen eine Rolle gespielt haben.

4.3 Peripherer Postfordismus

Mit dem sich durchsetzenden neoliberalen Paradigma vollzogen sich spätestens ab den 1980er Jahren mit der Schuldenkrise in allen Ländern Lateinamerikas Veränderungen, die zu einer Umstrukturierung des bisherigen Systems öffentlicher Dienstleistungen führten. Das „binnenmarktorientierte“ Entwicklungsmodell wurde zugunsten eines weltmarktorientierten Modells aufgegeben. Daher verloren die früheren Funktionen sozialpolitischer Maßnahmen zur Stabilisierung der Ökonomie durch Umverteilung und Nachfrageförderung an Bedeutung. Im Zuge von Hochzinspolitik und Dollar-Anstieg verteuerte sich der Schuldendienst, staatliche Sozialausgaben sowie Investitionen in öffentliche Infrastruktureinrichtungen wurden infolgedessen zunehmend zugunsten des Schuldendienstes gesenkt (vgl. Journal für Entwicklungspolitik 2003).

Ein wichtiger Faktor war zugleich der Druck von Kapitalinteressen die aufgrund von „Überliquidität in den Zentren“ neue Anlagefelder suchten (vgl. Imhof 2003). Diese wurden zunehmend in den vormals staatlich bereitgestellten Dienstleistungsbereichen ausgemacht. Demzufolge stieg mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF, BID) der Druck, diese Bereiche zu liberalisieren. Für die lateinamerikanischen Schuldnerländer bedeutete der Verkauf staatlicher Betriebe kurzfristige Einnahmequellen für die Bedienung des Schuldendienstes sowie die Voraussetzung für

weitere Kredite. Wurden in den 1980er Jahren vor allem Industrien, Banken sowie profitable Infrastrukturbereiche wie Telekommunikation und Flughäfen privatisiert, so ging es in den 1990er Jahren zunehmend auch um Grundversorgungsinfrastruktur wie Wasser, Verkehr und soziale Sicherungssysteme (vgl. Hoering 2005).

Der institutionelle Druck sowie die Delegitimation und finanzielle Demontage des öffentlichen Sektors bzw. der staatlichen Wasserbetriebe führten im Verlauf der 1990er Jahre zu Konzessionsvergaben an transnationale Wasserunternehmen. Zu den infolgedessen sich zuspitzenden Konflikten gibt es inzwischen zahlreiche Analysen. Ausgangspunkte der Auseinandersetzungen waren in den meisten Fällen private Konzessionsübernahmen neben schwerwiegender Korruption und Knebelverträgen, ein drastischer Anstieg von Verbraucherpreisen sowie die Unterlassung von Investitionen in die Infrastruktur seitens der Konzerne (vgl. Hall/Lobina 2002; Loftus/McDonald 2001; Herbas 2003; Gavalda 2003; Swyngedouw 2003; Schneier-Madanés 2005).

4.4 Reorganisierungstendenzen im peripheren Postfordismus

Nach einer Phase exzessiver und von der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommener Zerschlagungen öffentlicher Betriebe präsentiert sich die Lage inzwischen differenzierter. Auf der einen Seite ist deutlich geworden, dass mit der Versorgung armer Bevölkerungsschichten mit den bisherigen Methoden kein Gewinn zu machen ist. Hinzu kommen Risiken durch ökonomische und politische Instabilitäten, wie u.a. der wirtschaftliche Zusammenbruch von Argentinien gezeigt hat, sowie Imageprobleme. Das generelle Interesse privater Wasserbetreiber ist daher zurückgegangen (vgl. Hoering 2003). Außerdem haben neoliberale Versprechen wie Effizienzsteigerungen und Preissenkungen durch die bisherigen Erfahrungen an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Ausgehend von den bisherigen Legitimationsverlusten von Privatisierungspolitiken findet derzeit eine rhetorische Reorientierung der „offiziellen Wasserstrategien“ statt (vgl. World Bank 2004; Deckwirth 2004; Sacher 2004; Hoering 2005). Bisherige Formen von flächendeckend orientierter Privatisierung werden zwar inzwischen verworfen. Wesentliche Merkmale des neuen Diskurses sind jedoch weiterhin: eine Beteiligung des Privatsektors in ausgewählten Bereichen, weitere Entflechtungsmaßnahmen, also die Filetierung in profitable und nichtprofitabile Betriebsbereiche, Absicherung von Investitionsrisiken für Unternehmen und eine Stärkung staatlicher Regulierung.

Zugleich hat jedoch das gesamte Terrain eine Politisierung erfahren. Ikonische Beispiele wie die erfolgreichen Wasserkämpfe von Cochabamba (vgl. Herbas 2003) oder die Volksabstimmung gegen Wasserprivatisierung in Uruguay

(vgl. Grosse et al. 2004) haben hier eine wichtige Rolle gespielt. Inzwischen finden mit zunehmendem Selbstbewusstsein an vielen Orten Experimente mit alten oder neuen alternativen Betriebsformen statt (vgl. CEO 2005).

5. Aktuelle Konfliktterrains im Wassersektor

Nach einer anfänglichen Phase der exzessiven Zerschlagung von Strukturen scheint die aktuelle Phase der Neuausrichtung also eine Veränderung der Rhetorik sowie eine Ausdifferenzierung neoliberaler Strategien zu implizieren, ohne dass der prinzipielle Kurs grundlegend verlassen würde. Peck/Tickell (2002) sprechen hier auch von einer Phase des *roll-back neoliberalism*, und *roll-out neoliberalism*. Einer Analyse der den angepassten Strategien jenseits der Rhetorik zugrunde liegenden Mechanismen kommt also, in emanzipatorischer Perspektive, große Bedeutung zu. Im Folgenden werden einige Aspekte der neuen Strategien, in denen ein Konfliktpotential zu diskutieren ist, herausgegriffen.

5.1 Heutige Einschreibungspraxen im Wassersektor

Wenn die existierenden sozio-technischen Konstellationen der Wasserversorgung als Ergebnis historischer Manifestationen von Interessen gelesen werden, dann lautet heute eine zentrale Frage, worin die aktuellen Einschreibungspraxen bestehen. Die Politisierung der aktuellen Inwertsetzungstendenzen im Wassersektor erfolgte interessanterweise über den Begriff Privatisierung. Inzwischen wurde deutlich, dass mit teilweise vergleichbaren Konsequenzen auch öffentliche Betriebe einer Ökonomisierung unterzogen werden können. Gleichzeitig scheint mit den neuen Initiativen zur Privatsektorinvolvierung ein selektives und differenziertes System zur finanziellen, rechtlichen und institutionellen Absicherung von Verwertungsbedingungen und Einflussmöglichkeiten einherzugehen.

Schließlich können auch Diskurse darüber, was als adäquat zu erachten ist, auf sehr materielle Weise Zugriffsmöglichkeiten festschreiben, etwa bei Technologieentscheidungen. So ist neben der privaten Konzessionsübernahme für den Betrieb auch der Ausbau von staatlich geförderter Infrastruktur ein nicht zu unterschätzendes Betätigungsfeld für private Unternehmen. Diese Bedeutung wird z.B. durch die, teilweise auch von privaten Wasserunternehmen kalkulierten, sehr hohen Schätzungen für die erforderlichen Investitionssummen (Brot für die Welt 2004) zur Lösung der „globalen Wasserkrise“ nahe gelegt.

5.2 Zur politischen Ökologie von Kostendeckung und Entflechtungsprozessen

An zwei Punkten traten in den meisten Fällen von großen privaten Konzessionsübernahmen massive Konflikte auf: Einerseits bei der Frage der Zuständigkeit für Investitionen in die technische Infrastruktur. Andererseits bei der Frage der Gestaltung von Verbraucherpreisen. Die auf betriebswirtschaftliche Effizienz ausgerichteten neoliberalen Ideologien fordern prinzipiell: Kostendeckung, Abbau von marktverzerrenden Quersubventionierungen sowie Entflechtung von Unternehmen (also in der Regel die Aufspaltung in profitable und unprofitable Bereiche). Anknüpfend an die von Castree (2003) diskutierten Merkmale von Kommodifizierungsprozessen wird im Folgenden der Begriff der Kostendeckung als politisches Problem von Abgrenzungsmechanismen diskutiert.

Unabhängig von der Sinnhaftigkeit solcher Prinzipien kann am Beispiel von Wasserversorgungssystemen sehr gut aufgezeigt werden, dass Kostendeckung nie auf fixen objektiven Kriterien (im Sinne einer allgemeingültigen Kostenwahrheit) basiert, sondern in erster Linie auf einer interessensgeleiteten Abgrenzung von Betrachtungseinheiten beruht: Zum einen auf der Abgrenzung räumlicher Einheiten: Welche Gebiete werden in Betracht gezogen? Zum zweiten auf der Abgrenzung zeitlicher Einheiten: Ab welchem Zeitpunkt bzw. in welchen Zeiträumen werden entstehende Kosten in Kalkulationen einbezogen? Wie werden z.B. in früheren Zeiten durch öffentliche Mittel erfolgte Investitionen z.B. in ein urbanes Kanalsystem berücksichtigt? Inwieweit wirken also in den Leitungssystemen materialisierte frühere Machtstrukturen wieder auf die heutigen Ausgangsbedingungen zurück? Drittens basiert Kostendeckung auch auf Fragen der funktionalen Abgrenzung: Welche Tätigkeiten und Dienste fallen in die Kostenrechnung mit hinein? Geht es alleine um den Betrieb der Anlagen, die Rechnungshaltung und das Ablesen der Zähler, ist die Instandhaltung mit inbegriffen? Zählt der Ausbau des Netzes dazu? Was ist mit den Wasserschutz- und Quellgebieten, was mit an anderer Stelle entstehenden Kosten, wie Seuchen infolge mangelhafter Abwasserentsorgung (vgl. Bond 2003) oder Zerstörung von Ökosystemen? Und schließlich auch soziale Abgrenzungen: Wie werden unterschiedliche soziale Ausgangssituationen berücksichtigt? In welchen Stadtgebieten für welche Bevölkerungsgruppen wird das Kanalisationssystem zuerst ausgebaut (vgl. z.B. für die Städte Buenos Aires und Montevideo: Schneier-Madanes 2005; IMM o.J.)?

Infolge der steigenden Entflechtungstendenzen sind schließlich zunehmende Trends der Fragmentierung urbaner Versorgungsinfrastruktur, wie Wasser-, Strom-, Gas-, insbesondere aber Telekommunikationsleitungssysteme, zu verzeichnen (vgl. Graham/Marvin 2001; Graham 2000). Fragen von Entflecht-

tung und die Abgrenzung der relevanten Betrachtungseinheiten sind insofern also auch als Verteilungsfragen zu diskutieren.

5.3 Konflikte um Zugang und Kontrolle

In den *Millennium Development Goals* (MDG, vgl. www.unmillenniumproject.org) wurde 2000 für den Wassersektor das Ziel formuliert, die Zahl der Menschen ohne gesicherten Zugang zu Trinkwasser und Abwasserentsorgung in ausreichender Qualität bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Die Forderung nach Schaffung von Zugang zu Trinkwasser steht seitdem prominent auf den Agenden einer sich herausbildenden internationalen Wasserpolitik und mobilisiert staatliche Gelder (vgl. z.B. Deckwirth 2004). Problematisch daran ist der reduzierte technokratische Begriff von Wasserproblemen und Armut, „abgelöst von seinen strukturellen Ursachen, von ökonomischen Prozessen, von sozialen Ungleichheiten, von Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Ressourcen, Wohlstand, sozialer Sicherheit und Macht auf allen Ebenen“ (Wichterich 2005: 21). Die Symptome von Trinkwassermangel sollen mit finanziellen und technischen Mitteln bekämpft werden. Die Ermöglichung von Zugang erfolgt im Sinne einer neoliberalen Fürsorgepolitik (vgl. Nohlen 2003: 599; Jäger 2003). Zugleich wird von den beteiligten Institutionen wie Weltbank und internationalen Entwicklungsorganisationen eine Involvierung des Privatsektors durch finanzielle Anreize und Garantieinstrumentarien weiter forciert (vgl. Hoering 2003; 2005). Dies lässt in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen eher eine zunehmende soziale Fragmentierung sowie eine weitere Konzentration von Kontrollbefugnissen erwarten – mit weitreichenden Konsequenzen für künftige Gestaltungsoptionen. Wenn Arrangements der Wassernutzung jedoch als gesellschaftlich umkämpfte historisch-geographische Produktionsprozesse aufgefasst werden, dann sind Forderungen nach Zugang mit solchen nach Kontrollbefugnissen zu verknüpfen.

6. Ansatzpunkte für emanzipatorische Perspektiven

Ausgehend von drei unterschiedlichen konzeptionellen Ansätzen wurde gezeigt, dass eine Inwertsetzung von Wasser nicht auf eine abstrakte stoffliche Ressource, Dienstleistung oder Infrastruktur abzielt, sondern auf das Ensemble der involvierten sozialen, ökonomischen, materiellen und diskursiven Arrangements. Diese Arrangements entstehen in einem umkämpften Prozess, verdichten sich aber immer wieder in Form von konkreten Strukturen, wie Leitungsnetzen, Betriebsformen, Konsumnormen etc. Anhand der historischen Entwicklung der urbanen Wasserversorgung in Lateinamerika wurde dies in Grundzügen illustriert.

In dieser Perspektive können, etwas überspitzt, die derzeitigen Krisenerscheinungen der (Wasser-)Privatisierungspolitik sowie die wachsenden Konflikte um die Auswirkungen neoliberaler Politik auch als Chance für emanzipatorische Bewegungen gedeutet werden. Gegenstand von Auseinandersetzungen sind nicht nur die Folgen aktueller Formen von Inwertsetzung. Zu verzeichnen sind auch Prozesse einer Repolitisierung von Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die in den vergangenen Dekaden, auf der Grundlage sozialer Kompromisse, weitgehend unbemerkt die Alltagswelten strukturierten. Dies trifft z.B. für die im Laufe der Modernisierung weitgehend normalisierten und unsichtbar gewordenen urbanen Wassernetze zu (vgl. Graham 2000: 185). Effekte dieser Repolitisierung sind unter anderem, dass die Pluralität der in den konkreten Wasserversorgungssystemen wirksamen Interessen wieder in den Blick gerät und subalterne Interessen neu artikuliert werden (vgl. Graham 2000; Schneider-Madanes 2005, CEO 2005).

In diesem Zusammenhang ist es durchaus wichtig, in einem ersten Schritt die ansatzweise redistributiven Errungenschaften des Fordismus zu verteidigen, etwa durch Widerstand gegen weitere „Enteignungspolitik“ (vgl. Zeller 2004b) und die defensive Verteidigung funktionierender Systeme. Hierfür, sowie für den erfolgreichen Betrieb bestehender öffentlicher Systeme, gibt es gerade in Lateinamerika zahlreiche Beispiele im Wassersektor (vgl. CEO 2005). Darüber hinaus geht es jedoch auch darum, die Widersprüchlichkeiten der fordistischen Errungenschaften freizulegen und darüber hinausgehende Ansatzpunkte zu entwickeln.

Angesichts der Situation, dass auch im Bereich dominanter Verwertungsstrategien eine Adaption der Rhetorik erfolgt, ist eine präzise Analyse der für Inwertsetzungsprozesse relevanten Mechanismen und Begrifflichkeiten notwendig. Die oben vorgestellten Ansätze können dabei konzeptionelle Anhaltspunkte geben. Zentral ist hier für künftige Debatten um Alternativen auch eine Neubewertung von Begriffen wie Öffentlichkeit und Eigentum. So hat z.B. die Unterscheidung zwischen öffentlichem, privatem, staatlichem, gemeinschaftlichem Eigentum an Bedeutung gewonnen und wirft u.a. die Frage auf, was unter „öffentlich“ bzw. Öffentlichen Gütern zu fassen sei. In Abgrenzung zu den verbreiteten ökonomistischen Definitionen über Marktversagen (vgl. Martens/Hain 2002) führt Altvater (2003) aus, dass solche Definitionen weniger eine analytische Frage als Ergebnis von politischen Entscheidungen sind. Zeller (2004b: 302) verweist in diesem Zusammenhang auch auf die wachsende Bedeutung der Eigentumsfrage, die bislang vor allem von den herrschenden Klassen ernst genommen würde. Entgegen der alltagssprachlichen Verwendung geht es hierbei jedoch um komplexe und differenziert ausgestaltbare Eigen-

tumsverhältnisse. Diese umfassen ein „Bündel von Rechten, die ganz verschiedene Beziehungen der Menschen untereinander bezüglich einer Sache wie den Produktionsmitteln konstituieren“ (Leibiger 2004: 20).

Wichtig ist dabei aber auch anzuerkennen, dass alternative Ansätze durchaus bereits praktiziert werden und dass auch das neoliberale Modell nie bruchlos funktioniert hat. Ein Blick auf historisch-geographisch alternative Erfahrungen kann hier keine fertigen Modelle, aber Anregungen liefern. So werden Forderungen nach „öffentlichen Betriebsformen“ hier vielfach längst nicht mehr gleichgesetzt mit abstraktem staatlichem Betrieb, sondern implizieren auch Fragen nach mehr oder weniger direkter gesellschaftlicher Kontrolle und Aneignung (vgl. CEO 2005). Demokratische und gesellschaftliche Aneignungsprozesse (vgl. Zeller 2004b) müssen jedoch letztendlich in den konkreten Praxen erprobt werden.

Literatur

- Altvater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des ‚real existierenden Sozialismus‘. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar (2003): Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? In: *Peripherie* 23 (90/91), 171-201.
- Amelung, Torsten (1997): Globaler Umweltschutz als Verteilungsproblem im Nord-Süd-Konflikt. Ursachen und Lösungsmöglichkeiten dargestellt am Beispiel der Rodung tropischer Regenwälder. Frankfurt: Peter Lang.
- Antón, Danilo (1995): *Ciudades Sedientes. Agua y ambientes urbanos en América Latina*. Montevideo: Nordan/CIID.
- Bakker, Karen J. (2003): A Political Ecology of Water Privatization. In: *Studies in Political Economy* 70, 35-58.
- Barkin, David (Hg., 2001): *Innovaciones Mexicanas en el Manejo del Agua*. Mexiko: Centro de Ecología y Desarrollo.
- Becker, Joachim (1997): Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung. In: Raza, Werner/Novy, Andreas (Hg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 135-173.
- Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (3), 7-13.
- Becker, Joachim (2004): Konjunkturen des „Entwicklungsstaates“. In: Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmi/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.) *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, 145-160.
- Boelens, Rutgerd/Zwartveen, Margreet (2003): The Politics of Andean Water Policy Reforms. Local and Indigenous Rights in the Context of Privatization Policies. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 56-76.

- Bond, Patrick (2003): The Limits of Water Commodification in Africa. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 34-55.
- Boris, Dieter (2001): Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts. Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brot für die Welt (2004): Stimmt die Richtung? Analyse der aktuellen Finanzströme im Wassersektor. Hintergrund-Materialien 11. Stuttgart: Brot für die Welt.
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): *Third World Political Ecology*. London: Routledge.
- Bryant, Raymond L. (1998): Power, knowledge and political ecology in the third world: a review. In: *Progress in Physical Geography* 22 (1), 79-94.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2004): *Zeitenwende – Politik nach dem Neoliberalismus*. Stuttgart: Schmetterling.
- Castree, Noel (2003): Commodifying what nature? In: *Progress in Human Geography* 27 (3), 273–297.
- CEO – Corporate Europe Observatory (2005): *Reclaiming Public Water. Achievements, struggles and visions from around the world*. Porto Alegre: Novaprova.
- Clarke, Tony (o.J.): *Inside the Bottle. An Exposé of the Bottled Water Industry*. Ottawa: Polaris Institute.
- Coutard, Olivier/Hanley, Richard/Zimmerman, Rae (Hg., 2005): *Sustaining urban networks: the social diffusion of large technical systems*. London: Routledge.
- Deckwirth, Christina (2004): *Sprudelnde Gewinne? Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS*. WEED-Arbeitspapier. Bonn: Pegasus.
- De Gregori, Thomas (1987): Resources Are Not; They Become: An Institutional Theory. In: *Journal of Economic Issues*, 21 (3), 1241-1263.
- Desfor, Gene/Keil, Roger (2004): *Nature and the City. Making Environmental Policy in Toronto and Los Angeles*. Tucson: The University of Arizona Press.
- Gandy, Matthew (2002): *Concrete and Clay: Reworking Nature in New York City*. Cambridge: MIT Press.
- Gavaldá, Marc (2003): La guerra del agua en Bolivia. In: Rosenberger, Horst/Germinal, Ramón; Ordiguer, Andreu/Gavaldá, Marc (Hg.): *Agua, mercancía o bien común?* Barcelona: Alkornio ediciones, 323-345.
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2001): Postfordistische Naturverhältnisse. NGO und Staat in der Biodiversitätspolitik. In: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 65-94.
- Görg, Christoph (2003a): Zurück zum Nebenwiderspruch? Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik. In: Buko (Hg.): *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*. Berlin: Assoziation A, 70-83.
- Görg, Christoph (2003b): *Die Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Görg, Christoph (2004a): Inwertsetzung. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/II. Hamburg: Argument-Verlag, 1501-1506.
- Görg, Christoph (2004b): Enteignung oder Inwertsetzung. Zur Aktualität der „ursprünglichen Akkumulation“. In: Das Argument 257, 46 (5), 721-731.
- Graham, Stephen (2000): Constructing Premium Network Spaces: Reflections on Infrastructure Networks and Contemporary Urban Development. In: IJURR 24 (1), 183-200.
- Graham, Stephen; Marvin, Simon (2001): Splintering urbanism: networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition. London: Routledge.
- Grosse, Robert/Thimmel, Stefan/Taks, Javier (Hg., 2004): Las Canillas Abiertas de América Latina. La resistencia a la apropiación privada del agua en América Latina y en el mundo. Montevideo: Casa Bertolt Brecht.
- Hall, David/Lobina, Emanuele (2002): Water privatisation in Latin America. PSIRU-Report: Greenwich.
- Harvey, David (1996): Justice, Nature and the Geography of Difference. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des ‚neuen‘ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Wesfälisches Dampfboot: 183-215.
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismstheorie. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Ronnela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske+Budrich
- Heins, Volker/Flitner, Michael (1998): Biologische Ressourcen und ‚Life Politics‘. In: Flitner, Michael/Görg, Christoph/Heins, Volker (Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik. Opladen: Leske+Budrich, 13-38.
- Herbas, Gabriel/Ceceña Ana Ester (2003): Mobilisierung und Widerstand gegen Wasserprivatisierung in Cochabamba. In: Journal für Entwicklungspolitik 19 (4), 77-94.
- Hoering, Uwe (2003): Debatten und aktuelle Entwicklungen in der internationalen Wasserpolitik. In: Journal für Entwicklungspolitik 19 (4), 95-108.
- Hoering, Uwe (2005): Private Profite, öffentliche Kosten. Public Private Partnership in der Entwicklungszusammenarbeit. In: iz3w 285, 23-25.
- ICWE (1992): The Dublin Statement. Final Declaration of the International Conference on Water and the Environment (ICWE) in Dublin, Ireland, on 26-31 January 1992. <http://www.gdrc.org/uem/water/dublin-statement.html>, 3.5.2005.
- Imhof, Karen (2003): Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik 19 (3), 27-51.
- IMM – Intendencia de Montevideo (o.J.): El Plan de Saneamiento en Montevideo. <http://www.montevideo.gub.uy/ambiente/saneamiento.htm> (10.1.2004).
- Jäger, Johannes (2003): Konzeptionelle Anmerkungen zur Analyse wohlfahrtsstaatlicher Politik. Lateinamerika im globalen Kontext. In: Croissant, Aurel/Erdmann, Gero/Rüb, Friedbert W. (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Politiken in jungen Demokratien. Opladen: Leske+Budrich.

- Jahn, Thomas; Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen des theoretischen Konzepts. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich, 75-93.
- Komlosy, Andrea (2004): Das Werden der „Dritten Welt“. Geschichte der Nord-Süd-Beziehungen. In: Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmi/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.): *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, 57-80.
- Kohl, Benjamin (2004): Privatization Bolivian Style: A Cautionary Tale. In: *IJURR* 28 (4), 893-908.
- Leibiger, Jürgen (2004): Neue Dimensionen der Eigentumsfrage in der politischen Praxis der Gegenwart. In: *Diskurs* 16, 9-34.
- Loftus, Alexander J./McDonald, David A. (2001): Of liquid dreams: a political ecology of water privatization in Buenos Aires. In: *Environment&Urbanization* 13 (2), 179-199.
- Martens, Jens/Hain, Roland (2002): *Globale öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit?* Bonn: WEED; Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Martinez-Allier, Joan (2003): *The environmentalism of the poor. A study of ecological conflicts and valuation*. Cheltenham, Edward Elgar Publishing.
- Nohlen, Dieter (2003): *Lexikon der Politik*, Band 7. Berlin, Directmedia.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode* 34 (3), 380-404.
- Peet, Richard/Watts, Michael (1996): *Liberation Ecologies. Development, sustainability, and environment in an age of market triumphalism*. In: Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.): *Liberation Ecologies. Environment, development, social movements*. London: Routledge. 46-68.
- Pelizzari, Alessandro (2001): *Die Ökonomisierung des Politischen*. Konstanz: UVK.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Raza, Werner (1997): Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung. In: Raza, Werner/Novy, Andreas (Hg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 104-134.
- Raza, Werner (2003): Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 158-174.
- Ripl, Wilhelm (1995): Management of water cycle and energy flow for ecosystem control: the energy-transport-reaction (ETR) model. In: *Ecological Modelling* 78, 61-76.
- Robertson, Morgan M. (2004): The neoliberalization of ecosystem services: wetland mitigation banking and problems in environmental governance. *Geoforum* 35, 361-373.

- Sacher, (2004): Es geht nicht nur um die Dienstleistung. Wasserprivatisierung in Lateinamerika. In: *ila* 281, 12-14.
- Schneier-Madanes, Graciela (2005): Conflicts and the Rise of Users' Participation in the Buenos Aires Water Supply Concession, 1993-2003. In: Coutard, Olivier/Hanley, Richard E./Zimmerman, Rae (Hg.): *Sustaining Urban Networks. The Social Diffusion of Large Technical Systems*. London: Routledge, 151-171.
- Swyngedouw, Erik (2003): Privatising H₂O. Turning Local Water Into Global Money. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 10-33.
- Swyngedouw, Erik/Heynen, Nikolas C. (2003): Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale. In: *Antipode* 34 (4), 898-918.
- Swyngedouw, Erik (2004): *Social Power and the Urbanization of Water. Flows of Power*. Oxford: Oxford University Press.
- Wichterich, Christa (2005): Ein entwicklungspolitischer Katechismus. Die Millenniumsziele als globales Ethos unter neoliberalen Vorzeichen. In: *iz3w* 285, 20-22.
- World Bank (2004): *Water Resources Sector Strategy. Strategic Directions for World Bank Engagement*. Washington: World Bank.
- Wullweber, Joscha (2004a): Umkämpfte Natur. Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation. In: *PROKLA* 135, 245-262.
- Wullweber, Joscha (2004b): *Das Grüne Gold der Gene*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zeller, Christian (2004a): Die globale Enteignungsökonomie. In: ebd. (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 9-20.
- Zeller, Christian (2004b): Zur gesellschaftlichen Aneignung. In: ebd. (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 295-314.

Abstracts

Konflikte um die Aneignung und Kontrolle von Ressourcen und gesellschaftlichen Versorgungsleistungen spielen im Kontext neoliberaler Inwertsetzungsstrategien eine zentrale Rolle. Vielfach werden die Diskussionen jedoch mit unpräzisen Begrifflichkeiten geführt, die nicht immer den politischen Kern der Konflikte erfassen. Im Sinne einer begrifflichen Klärung werden drei unterschiedlichen Perspektiven auf die Mechanismen von Inwertsetzungsprozessen dargelegt. Anhand des Wassersektors wird infolge veranschaulicht, dass nicht eine abstrakte stoffliche Ressource zur Disposition steht, sondern komplexe soziale, ökonomische, materielle und diskursive Arrangements der Wasserbereitstellung, die erst infolge historischer Kämpfe entstanden sind. In einer emanzipatorischen Perspektive sind daher Forderungen nach Zugang zu Wasser immer mit der Frage nach Kontrolle über die Ausgestaltung dieser Arrangements zu verknüpfen.

Struggles over the appropriation and control of resource use are a key feature of neoliberal commodification processes. Frequently, critical debates are marked by blurring concepts which do not hit the political core. In order to clarify perspectives, three different concepts on commodification processes are presented. Following the example of water, in a next step it is shown, that commodification is not about abstract artefacts but about complex social, economic, material and discursive arrangements on modes of water use. These arrangements are product of historical social struggles. In an emancipatory perspective, access to water has to be intrinsically linked to questions of control and design of these arrangements.

Bettina Köhler
Institut für Architekturwissenschaften, TU Wien
Treitlstr.3 / 259.1
A-1040 Wien
bkoehler@iemar.tuwien.ac.at

MARKUS AUINGER

**Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine
Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien**

*„Vamos a trabajar para vivir en vez de vivir para trabajar“
(Wir werden arbeiten um zu leben, anstatt zu leben um zu
arbeiten)*

EDUARDO GALEANO

1. Einleitung

Gegenwärtig haben wir es in weiten Teilen der Welt mit einer rasch voranschreitenden Veränderung der Arbeitsverhältnisse zu tun, die sich in Brasilien, wie auch andernorts, nicht nur in abstrakten Statistiken niederschlägt, sondern vor allem in den konkreten Lebensbedingungen der Menschen. Einerseits die rapide Zunahme prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse, begleitet von einem Anwachsen des informellen Sektors und der Armut und auf der anderen Seite die Etablierung eines Marktfundamentalismus, der die Rolle des Staates grundlegend veränderte, führten zu einer Erosion des sozialen Gefüges (vgl.: Becker et.al. 2003; Fischer 2003, Singer 2004a, 2004d). Die daraus entstehenden Konflikte mündeten bereits wiederholt in politische und ökonomische Krisen. In Abwesenheit einer staatlichen Instanz, die die sozialen Folgen dieser Krisen abzufedern versucht hätte, sahen sich die Betroffenen meist in die Selbsthilfe gedrängt. Argentinien und Brasilien waren beide in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren Terrain sehr vielfältiger Projekte, die sich als Alternativen zum praktizierten „Turbo-Kapitalismus“ verstanden und sind heute ein oft genanntes Beispiel, wenn das gesellschaftsverändernde Potential sozialer Bewegungen diskutiert wird (vgl. zu Argentinien etwa Colectivo Situaciones 2003, zu Brasilien beispielsweise Singer/Souza 2000 oder Mance 2003). Besetzte Fabriken, regionale und nationale Tauschkreise oder Stadtteilversammlungen entstanden, wie von den ProtagonistInnen immer wieder betont wird, meist aus dem verzweifelten Kampf um die wirtschaftliche Existenzsicherung.

Die Projekte, die anfangs meist auf lokaler Ebene als Ausweg aus den Krisen der letzten Jahre initiiert wurden, zielten dabei auf eine (Wieder-) Herstellung der demokratischen Teilhabe an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ab, die im kapitalistischen Effizienz- und Konkurrenzdenken keinen Platz hat. Es wird sich zeigen, dass der Fokus dabei nicht nur auf einzelne, lokale Initiativen beschränkt bleibt, sondern vielmehr versucht wird, die sie umgebenden sozialen Ungleichheiten in der Neugestaltung der Gesellschaft bewusst mitzudenken. Diese Projekte werden daher oft als Aushängeschild für eine solidarische Ökonomie genannt. Das Ziel dieser Initiativen ist dabei ein relativ banales, nämlich die Ökonomie wieder in den Dienst der Menschen zu nehmen, anstatt, dem Primat der kapitalistischen Wirtschaft folgend, Arbeitskräfte als reinen Produktionsfaktor zu betrachten (vgl. Singer 1998, 2002).

Im vorliegenden Artikel stehen gesellschaftliche Auseinandersetzungen um den Arbeitsprozess in Brasilien im Zentrum einer politökonomischen Analyse. Die Vorgehensweise der Analyse berücksichtigt dabei sowohl die historische Kontinuität als auch aktuelle Entwicklungen im Zuge des Konflikts und soll damit den Prozesscharakter sowie die dahinter befindlichen Kräfteverhältnisse sichtbar machen. Es bietet sich an, zuerst eine theoretische Annäherung an den kapitalistischen Produktionsprozess und die Bedeutung der Erwerbstätigkeit für das soziale Leben auszuführen. Nachdem auf diese Weise die konfliktspezifische Natur des betrachteten Terrains verdeutlicht wurde, werden im Anschluss einige bedeutende historische Entwicklungen aufgezeigt, um die zurückliegenden Etappen der Auseinandersetzung zu skizzieren. Die Erweiterung der Vergangenheit um aktuelle Tendenzen soll schliesslich eine Identifikation der konkreten Demokratisierungsimpulse innerhalb des Arbeitsprozesses ermöglichen. Die Konzeption der Solidarökonomie brasilianischer Prägung und hier besonders dessen Relevanz für die betriebliche Demokratie, wird dabei den Rahmen für die Fallstudie liefern. Letztendlich soll die sich daraus ergebende Synthese aus theoretischen Konzepten, historischen Erfahrungen und betrieblicher Praxis in eine Bewertung des emanzipativen Potentials münden.

2. Theoretische Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses

Im Zuge der folgenden theoretischen Annäherung an den Arbeitsprozess an sich und im Sinne einer materialistischen Geschichtsauffassung wird „die Produktion und [...] der Austausch ihrer Produkte [als] die Grundlage aller Gesellschaftsordnung“ (Engels 1976: 76) verstanden. In Verbindung damit können soziale Auseinandersetzungen und politische Umwälzungen als Er-

gebnis des Kampfes um Gestaltung eben dieser ökonomischen Beziehungen betrachtet werden (vgl. Engels 1976: 74ff.). Die Strategien, die von diesem Standpunkt aus in der Geschichte bereits wiederholt erarbeitet wurden um den negativen sozialen Effekten des Kapitalismus Einhalt zu gewähren sind zahlreich. Ohne den Anspruch auf eine detaillierte Aufarbeitung der Ideengeschichte zu erheben, seien hier nur exemplarisch einige Strömungen erwähnt, die sich dem Arbeitsprozess unter Prämissen nähern, die auch im aktuellen brasilianischen Diskurs rund um Solidarökonomie und Selbstverwaltung als zentral gelten können. So war es nicht erst die Alternative Ökonomie der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts, die sich intensiv mit einer solidarischen Gestaltung der Arbeitsbeziehungen beschäftigte, sondern bereits der utopische Sozialismus des beginnenden 19. Jahrhunderts sowie insbesondere der etwas später entstehende Anarchismus bzw. Anarchosyndikalismus. Im Frühsozialismus waren es vor allem Luis Blanc oder Robert Owen, im Anarchismus vor allem Pierre Joseph Proudhon, die detaillierte Konzepte im Bereich der Wirtschaftsdemokratie und des Syndikalismus erarbeiteten, auf die sich später verschiedene Projekte solidarischer Wirtschaftsformen stützen sollten. Die dort ursprünglich formulierten Vorstellungen basieren auf der Aufklärung und deren Vorstellung vom „tätigen“ Menschen, „für den Arbeit ein Mittel zur Vervollkommnung seiner Individualität ist, sowie Bestätigung seiner Gesellschaftlichkeit“ (Gubitzer 1989: 22). Die sozialen UtopistInnen wandten sich unter anderem gegen den entfremdenden und ausbeuterischen Charakter der Arbeit und betrachteten das Recht auf Arbeit als „Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit auch bei der Arbeit“ (ebd.: 30).

Neuere Publikationen nähern sich dem Thema vermehrt mit der Forderung nach einer gemeinsamen Diskussion von Arbeits- und Menschenrechten (vgl. etwa Prutsch 2000; Mahnkopf 2003; Wolf 2003; und Singer 2003, 2004a). Paul Singer (2004a) kommt beispielsweise im Zuge der Argumentation, dass es sich bei Arbeitsrechten schließlich um soziale und in letzter Instanz um Menschenrechte handle zu dem Schluss, dass nur unter ihrer ausreichenden Garantie an den Fundamenten einer demokratischen Zivilisation weitergearbeitet werden kann. Betriebliche Demokratie stellt daher aufgrund der Bedeutung des Arbeitsprozesses für die Lebensbedingungen der Bevölkerung eine notwendige Voraussetzung für die Demokratisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche dar. Um mit den Worten Rosa Luxemburgs zu sprechen: „Nur Demokratie schafft mehr Demokratie“ (Luxemburg zitiert nach Demirovic 1997: 63). Der revolutionäre Charakter der Solidarökonomie, deren Grundzüge im folgenden Kapitel erläutert werden, wird jedoch erst dann greifbar, wenn das ihr zugrunde liegende Konzept der Demokratie zunächst von der traditionellen bürgerlichen Version abgegrenzt wird.

Die solidarische Ökonomie versteht sich dabei als ein Projekt, das sich auf mehrere Ebenen erstreckt und nicht etwa an der Schwelle des Betriebs zur Gesamtgesellschaft stehen bleiben kann. Sie fordert damit eine Demokratisierung, die zu tatsächlicher Teilhabe an der Gesellschaft, uns somit zur Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds ermächtigt (vgl. zu diesem Aspekt der Demokratie Novy 2002, 2003). Die bürgerliche Demokratie erscheint im Gegensatz dazu oft in ihrer, die ökonomische Ausbeutung legitimierenden, konservativen Funktion und verhindert somit eine wahrlich emanzipative Mitgestaltung des Lebensumfeldes. Im kapitalistischen Gesellschaftsmodell scheint es vielmehr, „Wahlen, Parteien und Parlamente hätten nur die Funktion, Massenloyalität zu erzeugen, indem sie den Anschein erweckten, die beherrschte Bevölkerungsmehrheit würde tatsächlich an politischen Entscheidungen beteiligt“ (Demirovic 1997: 13). Diese Feststellung leitet zur interessanten Frage über, wie sehr Demokratie und Kapitalismus miteinander zu vereinbaren sind. Im Kapitalismus machen die Maximen der ökonomischen Effizienz und der Sicherung von Eigentum und Produktivität die LohnarbeiterInnen zum „Gegenstand der Strategien zur Abpressung von Mehrarbeit“ (Demirovic 1997: 13), während gleichzeitig die Freiheit der Individuen sich bereits in der Konsumfreiheit erschöpft. Selbst die Formen von Demokratie, die sich auf ein Minimum an Teilhabe beschränken, verlangen jedoch persönliche Freiräume, die sich in Gestalt von Mitspracherechten, Möglichkeiten zur Beteiligung, individueller und eigenständiger Meinungsbildung sowie Engagement manifestieren (vgl. Demirovic 1997: 13f.). Insofern widersprechen sich die Logiken von Kapitalismus und Demokratie zwar teilweise, ergänzen sich zugleich aber auch, wie auch Bowles und Gintis (1986) feststellen.

Zwar wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Teilen der Welt damit begonnen, soziale und ökonomische Grundrechte abzusichern, um auf diese Weise eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Es wurden aber speziell seit den 1960er Jahren auch vermehrt Stimmen laut, die eine Demokratisierung einforderten, welche über das Terrain der Politik hinaus auch bisher tendenziell undemokratisch organisierte Bereiche der Gesellschaft und der Ökonomie ergreifen sollte (vgl. Novy 2003). Singer (2004a) kommt in seiner oben zitierten Analyse zu dem Schluss, dass eine Beschränkung eben dieser sozialen und ökonomischen Rechte auf Personen, die in einem (Normal-)Arbeitsverhältnis stehen, dazu führt, dass angesichts einer kontinuierlich zunehmenden Masse an Arbeitslosen und atypisch Beschäftigten diese Rechte tendenziell auf eine Minderheit beschränkt bleiben. An diese Erkenntnis knüpft er auch in seinen Publikationen zu den Prinzipien einer solidarischen Ökonomie an, indem er eine Verbindung von Leben und Arbeit fordert, die eine gemeinwesenorientierte

tierte Einbettung der Produktion in das gesamtgesellschaftliche Umfeld ermöglichen soll (vgl. Singer/Souza 2000 und Mance 2003 bzw. Singer 2002). Die solidarische Gestalt der Ökonomie wird dabei als notwendige Grundvoraussetzung für die Konstruktion einer auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft gedacht und grenzt sich dergestalt von Kapitalismus und Konkurrenz ab (vgl. Singer 2002).

3. Grundlagen der Solidarökonomie

Eines der Hauptanliegen von solidarökonomischen Konzepten muss daher in der Überwindung der wachsenden Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft liegen. Diese zunehmende Polarisierung zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen innerhalb einer Marktwirtschaft hat ihren Ursprung unter anderem in der Konkurrenz zwischen den Wirtschaftssubjekten. Der Kapitalismus wird hier sowohl in seiner Relevanz für den Produktionsprozess als auch für die Organisation und Regulation des sozialen Raums an sich betrachtet (vgl. Singer 1998). Marktwirtschaftliche Systeme beruhen auf den Steuerungseffekten der Konkurrenz. Die positiven Wirkungen des Wettbewerbs werden dabei vor allem im Entstehen eines vielfältigen Angebots und der Auslese der effizientesten ProduzentInnen gesehen. Erfahrungswerte zeigen jedoch, dass Marktverzerrungen durch Kartelle, Oligopole, Monopole oder staatliche Eingriffe nicht völlig ausgeschaltet werden können (vgl. Varian 2001). Die sozialen Folgen der Konkurrenz werden dabei meist völlig ausgeblendet. Den VerliererInnen im Wettbewerb – etwa Unternehmen, die in Konkurs gehen und Menschen, die dadurch arbeitslos werden – wird kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist jedoch eine Tatsache, dass die kapitalistische Entwicklung stark selektiv ist und eine polarisierte Gesellschaft produziert. Diese Situation setzt sich im Wettbewerb fort, indem auf der Seite der GewinnerInnen Vorteile und auf der Seite der VerliererInnen Nachteile akkumuliert werden, die insgesamt wiederum Ungleichheiten reproduzieren und zu einer Verstärkung der Polarisierung beitragen (vgl. Singer 2002). Um der ungleichen Verteilung innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken, ist es nötig, die Ökonomie auf Solidarität statt auf Konkurrenz zu gründen. Das Hauptanliegen der Wirtschaftssubjekte wäre es dann, zu kooperieren und nicht zu konkurrieren. Die Bedingungen hierfür sind unter anderem Organisationsformen, in denen der zielorientierte Zusammenschluss von Gleichen an die Stelle der vertraglichen Abhängigkeit von Ungleichen tritt (ebd.: 9). Hier sollte bereits deutlich werden, dass es sich dabei um ein Projekt mit revolutionärem Charakter (Singer 1998) handelt, da es dem Kapitalismus komplett entgegengesetzt ist und sich die Arbeitenden in

einer vollkommen anderen Situation wiederfinden. Die Trennung von Kapital und Arbeit, die als inhärentes Merkmal der kapitalistischen Produktion angesehen werden muss, wird dabei aufgehoben (vgl. Singer 2002, 2004c).

Produktivgenossenschaften können als Prototyp solcher Organisationsformen angesehen werden, da hier alle ArbeiterInnen neben ihrer ausführenden Funktion gleichberechtigte EigentümerInnen der Organisation sind und im selben Ausmaß an den Entscheidungen des Unternehmens teilhaben. Solidarisches Wirtschaften besteht dabei in der Abkehr von Privateigentum hin zu einem kollektiven Eigentum an den Produktionsmitteln. Der wesentliche Unterschied zwischen einem kapitalistischen und einem solidarischen Unternehmen liegt weiters in der Frage, wie die Administration zu gestalten sei. Während wir es in ersteren meist mit verschiedenen Formen mehr oder weniger starrer Hierarchien zu tun haben die der verrichtenden Arbeit einen fremdbestimmten Charakter geben werden in Unternehmen, die der Solidarökonomie zuzurechnen sind, unterschiedliche Modelle der Selbstverwaltung praktiziert (vgl. Singer 2002).

Die höchste Autorität innerhalb dieser Hierarchie kommt der Generalversammlung zu, in der Richtlinien erarbeitet werden, die von den mittleren und höheren Verwaltungsebenen befolgt werden müssen. Neben der Erledigung der betrieblichen Aufgaben muss sich außerdem jedes Mitglied um die allgemeinen Probleme kümmern, mit denen sich die Unternehmung als Ganzes konfrontiert sieht. Nur auf diese Weise kann eine intelligente und zielgerichtete Kooperation gewährleistet werden. Dafür ist der Informationsfluss von herausragender Bedeutung. Die größte Gefahr in selbstverwalteten Betrieben ist daher das Desinteresse der ArbeiterInnen bezüglich einer wahrhaft demokratischen Mitgestaltung der Unternehmensgeschichte. Sollten administrative Entscheidungen den partizipativen Charakter verlieren kann es passieren, dass Informationen nur mehr in ausgewählten Kreisen zirkulieren und als Folge diese Gruppe de facto die Leitung übernimmt. Andere Teile der Belegschaft nehmen nun nicht mehr an der Administration teil und akzeptieren so praktisch die Konzentration der Entscheidungsmacht in den Händen anderer. Aus diesem Grunde scheint es eine zentrale Aufgabe der Generalversammlung zu sein, das Demokratieverständnis aller ArbeiterInnen im Betrieb zu fördern (vgl. Singer 2002).

Wie wir gleich in der Fallstudie sehen werden, haben sich in Brasilien verschiedene Organisationen genau diese Schulung der ArbeiterInnen in den Prinzipien und der Methodologie der selbstverwalteten Unternehmensführung zur Aufgabe gemacht. Bevor jedoch auf den momentan in Brasilien stattfindenden Prozess einer Demokratisierung des Arbeitsprozesses eingegangen wird,

sollen zunächst die historischen Auseinandersetzungen skizziert werden. Damit soll eine Kontextualisierung der Arbeitskämpfe innerhalb des ökonomischen und sozialen Umfelds der jeweiligen Epochen ermöglicht werden.

4. Historische Kontextualisierung der Arbeitskämpfe in Brasilien

Der Großteil der heute gültigen Arbeitsrechte wurde in Brasilien, wie auch in den meisten anderen Teilen der Welt, im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts erkämpft. Die organisierte ArbeiterInnenschaft, die bereits im auslaufenden neunzehnten Jahrhundert nach und nach an Boden gegenüber den Interessen des Kapitals gewann, trat auf nationaler Ebene erstmals im Zuge des Kongresses von 1906 in Rio de Janeiro lautstark in Erscheinung. Bereits in den davor liegenden Jahrzehnten wurde jedoch mit dem Ende der Sklaverei eine entscheidende Veränderung der brasilianischen Gesellschaft eingeläutet.

Nach der Abschaffung der Sklaverei, die in Brasilien *de jure* am 13. Mai 1888 vollzogen wurde, dauerte es jedoch noch einige Zeit, bis jene tradierten sozialen Strukturen langsam aufgebrochen wurden, die das Land bereits hunderte Jahre geprägt hatten. Die aus den Zeiten der Sklaverei verbliebenen und sich nur langsam verändernden Abhängigkeitsbeziehungen zwischen LandarbeiterInnen und -eigentümern¹ blieben jedenfalls lange Zeit relevant und sind selbst für heutige Arbeitsbeziehungen noch von Bedeutung. (vgl. Prutsch 2003). Die sozialen Veränderungen im Rahmen der Platz greifenden Menschen- und Arbeitsrechte sind dabei als ein Prozess zu verstehen, der bereits 1822 im Zuge der Unabhängigkeitserklärung eingeläutet wurde. Großbritannien knüpfte damals seine Anerkennung Brasiliens an die Abschaffung der Sklaverei und folgte damit der Erklärung der europäischen Großmächte über die Abschaffung der Sklaverei auf dem Wiener Kongress von 1815 (vgl. Hofbauer 1995)². Erst 1850 wurde jedoch der Import von SklavInnen effektiv verboten und erst 1871 wurden Kinder von SklavInnen als Freie geboren (vgl. Prutsch 2003). Die eingeläutete Veränderung schlug sich jedoch nicht unmittelbar in den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen nieder, wie Prutsch feststellt: „Der Sklavenfreibrief sowie die Abolition änderten das Leben der Sklaven meist nicht radikal, die befreiten Sklaven arbeiteten oftmals bei denselben Herren als Lohnarbeiter weiter“ (Prutsch 2003: 13; vgl. zur Analyse der Periode der Abolition etwa auch Hofbauer 1995 oder Furtado 1975: 100ff.). Letztendlich erwies „sich die Abschaffung der Sklaverei als eine mehr politische denn wirtschaftliche Maßnahme“ (Furtado 1975: 117). Während die regionale Machtbasis in großen Teilen Brasiliens erheblich erschüttert wurde hatte sie auf die Produktionsverhältnisse und die Einkommensverteilung vorerst kaum

Auswirkungen. Oliveira (1981) führt beispielsweise für den Nordosten Brasiliens aus, dass sich im Zuge der Abschaffung der Sklaverei und der Eingliederung des Landes in den globalen kapitalistischen Produktionsprozess an den Eigentumsverhältnissen selbst wenig änderte (vgl. Oliveira 1981: 60ff.). Dies setzt sich bis heute fort und macht die Forderung nach einer Agrarreform zu einer heute noch aktuellen und wichtigen Forderung der sozialen Bewegungen Brasiliens. Immer noch sind nach Angaben sowohl des MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) als auch der Regierung mehr als die Hälfte der Ländereien im Besitz von nur einem Prozent der LandeigentümerInnen (vgl. www.mst.org.br, www.incra.gov.br)

Der immer noch relevante Einfluss des kolonialen Herrschaftssystems auf die sozialen Beziehungen wurde zwar durch die Abschaffung der Sklaverei sukzessive zersetzt (vgl. Furtado 1975), das „Goldene Gesetz“ von 1888 kam aber schließlich zu einem Zeitpunkt, als die Sklaverei ohnehin bereits ihre ökonomische Relevanz verloren hatte, da LohnarbeiterInnen aus Europa im Zuge der massiven Einwanderungsströme bereits große Teile der landwirtschaftlichen Produktion dominierten. Schon vor der Unabhängigkeit wurde auf Initiative der Regierung mit der Gründung von Kolonien europäischer MigrantInnen und der gezielten Einwanderungsförderung begonnen (Furtado 1975: 105ff.). Von 1881 bis 1900 wanderten über 1.650.000 Menschen nach Brasilien ein, von denen der weitaus größte Teil aus Europa und hier besonders aus Italien, Spanien, Portugal und Deutschland kam (Segatto 1985: 34). Es wurde, wie bereits zuvor, hauptsächlich Kaffee für den Weltmarkt produziert, nunmehr jedoch in freier Lohnarbeit. Am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als sich die ArbeiterInnen verstärkt zu organisieren begannen, kam schließlich der europäischen Immigration eine besondere Rolle zu. Anarchistische und sozialistische Ansätze aus der europäischen ArbeiterInnenbewegung fanden unter den MigrantInnen rasche Verbreitung, „zumal zahlreiche Einwanderer schon in den Herkunftsländern politisch und gewerkschaftlich aktiv gewesen waren“ (Veniss 1997: 31). Auf die Entstehung der anarchistischen Gewerkschaften, die vorwiegend mittels Streiks und Sabotage ihren energischen Widerstand gegen die unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen ausdrückten, folgte eine Periode der massiven Repression durch die Regierung. Der Generalstreik von São Paulo im Jahr 1917 kann dabei als Höhepunkt der Auseinandersetzungen bezeichnet werden (ebd.: 108). Nachdem sich die AnarchistInnen durch das brutale Vorgehen der Regierung sehr bald in einer ausweglosen Situation wieder fanden, übernahmen 1919 die KommunistInnen allmählich die Führung der Gewerkschaftsbewegung. Sie sahen sich allerdings ebenfalls kompromissloser Repression gegenüber und verloren nach

und nach wieder an Bedeutung innerhalb der ArbeiterInnenschaft. Im Vargas Regime von 1930 bis 1945 verschwanden die Gewerkschaften praktisch zur Gänze von der Bildfläche, während der Staat eine neue Rolle einnahm. Die ArbeiterInnenschaft wurde in der Folge „durch die Politik des ‚sozialen Friedens‘ unter Kontrolle gebracht, um eine uneingeschränkte Entwicklung des Industriekapitalismus zu gewährleisten“ (ebd.: 109). So wurden von der Regierung zu dieser Zeit vermehrt Zugeständnisse an die ArbeiterInnen gemacht sowie verschiedene Sozial- und Arbeitsrechte eingeräumt. In diesem Zusammenhang wären etwa gesetzliche Regelungen zu Mindestlöhnen, Urlaub und Pausen, die Einführung des Acht-Stunden-Tags und des Wahlrechts für Frauen sowie das Aufkeimen einer staatlichen Fürsorgepolitik zu nennen (vgl. Prutsch 2003). Eine Vielzahl dieser Maßnahmen stellte sich jedoch als halbherzig heraus und wird von vielen AutorInnen in erster Linie als Mittel zur Legitimation des diktatorischen Regimes Getúlio Vargas‘ betrachtet (vgl. etwa Furtado 1975; Prutsch 2003; Dedecca 2000). In Bezug auf den Arbeitsprozess muss dabei auf die unter Vargas verabschiedete *Consolidação das Leis de Trabalho* verwiesen werden, die zwar insgesamt gewisse Verbesserungen in den Arbeitsrechten mit sich brachte, aber gleichzeitig die weitgehende Kontrolle der ArbeiterInnen durch den Staat ermöglichte. Die Möglichkeiten des Widerstands gegen die kapitalistische Ausbeutung schwanden in der Folge zunehmend (vgl. Veniss 1997).

In der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg war die kapitalistische Ökonomie von einem rapiden Aufschwung gekennzeichnet, der vielerorts mit der Etablierung von demokratischen Systemen auf Staats- und zunehmend auch auf Betriebsebene einherging. Die bürgerliche Demokratie konnte sich während dieser Periode in vielen Ländern der damals noch so bezeichneten „Ersten Welt“ etablieren, während in den Ländern der „Dritten Welt“ die Gewerkschaftsbewegung (jedoch mit erheblichen Einschränkungen im brasilianischen Fall, die weiter unten noch ausgeführt werden) mit zunehmendem Erfolg einen funktionierenden gesellschaftlichen Interessensausgleich anstrebte, der als Bedingung für eine ähnliche Entwicklung betrachtet wurde. Während in Europa zu dieser Zeit der nationale Wohlfahrtsstaat in Folge positiver Konjunkturdaten immer mehr an Bedeutung gewinnt, sehen sich die Länder Lateinamerikas jedoch weitaus schwierigeren Umfeldbedingungen gegenüber. Die Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung, die in verschiedenen Varianten von den einzelnen Regierungen bereits seit mehreren Jahrzehnten praktiziert wurde, drohte zu scheitern. Es war versucht worden, damit die Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die einen Ausgleich der einseitig belasteten Handelsbilanz zum Ziel hatten, zu verringern. Der Staat versuchte dabei die wirtschaftliche Entwicklung der dy-

namischen Sektoren zu lenken und einen nationalen Absatzmarkt sowie eine Selbstversorgung mit Kapitalgütern zu schaffen. Evers (1977) spricht in diesem Zusammenhang aufgrund der vorwiegend von bürgerlichen Kreisen gesteuerten Modernisierung vom „bürgerlichen Entwicklungsstaat“. Dieser scheiterte jedoch zuletzt an verschiedenen internen und externen Faktoren (vgl. Boris 2001 und Becker 2002). In Brasilien, wie auch in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern, war diese Periode von der Machtübernahme durch das Militär gekennzeichnet, die die explosive ökonomische Situation, in der sich die Gesellschaft befand, nur mit Hilfe eines ausgeprägten Autoritarismus und brutaler Repression kontrollieren konnte. Die Gewerkschaftsbewegung musste zu dieser Zeit entscheidende Rückschläge hinnehmen und verlor praktisch sämtlichen Einfluss auf die demokratische Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Das System der Arbeitsrechte wurde zu Gunsten der Unternehmen verändert, was als Re-Regulierung der Arbeitsbeziehungen im Sinne des privaten Sektors verbunden mit deren Exklusion aus der öffentlichen Diskussion verstanden werden muss (vgl. Dedecca 2000).

Das fordistische Produktionssystem³ tritt in weiterer Folge in den 1970er Jahren in eine massive Krise ein, die mit ansteigenden Inflationsraten und einer ungünstigen Entwicklung der Leistungsbilanz einherging. Ausgesprochen günstige Konditionen für Auslandskredite ließen die vorübergehende Verschuldung in Fremdwährung als gangbaren Ausweg erscheinen. Als jedoch die US-Regierung 1979 beschloss, die Zinssätze radikal zu erhöhen, kam es zum Ausbruch der Verschuldungskrise (vgl. Boris 2001; Becker 2002). Die Gewerkschaften waren zu dieser Zeit von einer weiteren Fragmentierung weitgehend verschont geblieben. Spätestens seit den 1980er Jahren lieferten nun aber die unter dem Druck der internationalen Finanzinstitutionen durchgeführten neoliberalen Reformen die Regulierung der Arbeitsbeziehungen den Interessen des Kapitals aus. Die fast ausschließliche Konzentration auf Währungsstabilität brachte in der Folge unter anderem einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich, deren Werte zum Teil mit jenen der bisher gravierendsten sozialen und ökonomischen Krisen des Kapitalismus in den 1930er Jahren vergleichbar waren (Singer 2004a; vgl. auch Becker et.al. 2003; Novy 2003). Ende der 1990er Jahre betrug das industrielle Beschäftigungsniveau schließlich nur mehr 50% der Werte von 1989 und die Gehälter waren um 30% gefallen (Dedecca 2000). Für die detaillierte Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und nähere Informationen zu den hier nur kurz skizzierten Entwicklungen sei für Brasilien abschließend auf Veniss (1997) und für Lateinamerika allgemein auf Boris (1990) verwiesen.

5. Solidarökonomie in Brasilien heute – Transformation der Arbeitsprozesse in der Praxis

Um die gesamtgesellschaftliche Relevanz solidarischen Wirtschaftens zu verstehen ist es notwendig, den gesamten Kontext der Solidarökonomie zu betrachten. Brasilien eignet sich hier wiederum hervorragend als Fallstudie, da hier gerade in den letzten Jahren ein Aufschwung alternativer Ökonomiekonzepte festzustellen ist, der sich nicht nur an der rapide ansteigenden Zahl von Kooperativen ablesen lässt. Betriebliche Demokratie – etwa in Gestalt von landwirtschaftlichen und industriellen Kooperativen – muss dabei im Umfeld von Kreditgenossenschaften, solidarischen Netzwerken zur Realisierung von kommunalen Projekten, Partizipationsansätzen mit Bezug zur parlamentarischen Demokratie, regionalen Tauschkreisen, alternativem und fairem Handel, der Land- und HausbesetzerInnenbewegung und schließlich der Gewerkschaftsbewegung verstanden werden. Die Existenz eines alternativen Marktes, wie er etwa durch den fairen Handel ermöglicht wird, kann dabei beispielsweise in der Übergangsphase zu einer solidarischen Ökonomie stark zur Förderung von selbstverwalteten Unternehmensformen beitragen. In Verbindung mit partizipativen Ansätzen in der Budgetgestaltung bzw. allgemein der Umverteilung der Staatsfinanzen kann damit aber auch ein über den Markt hinaus gehendes Staatsprojekt entstehen, das zu einer solidarischen Gestaltung der Gesamtgesellschaft beitragen kann (vgl. Leubolt 2003). Die kapitalistische Regulation, in der sich Unternehmungen der Solidarökonomie zunächst zu rechtfertigen müssen, auszublenden, kann nur zu unzureichenden Bewertungen ihrer Bedeutung führen. Sie als autarke Inseln im Meer des Kapitalismus in ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz überzubewerten ist leider ein Fehler, der nur allzu oft gemacht wird.

Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die brasilianische Ökonomie bei weitem nicht zur Gänze kapitalistisch organisiert ist. Singer (2004c: 3) nimmt sogar an, dass momentan bereits mehr als die Hälfte des Arbeitsmarktes de facto nicht mehr nach klassisch kapitalistischen Prinzipien organisiert ist. So bezieht er in diese Bewertung unter sozialen Gesichtspunkten alle ArbeiterInnen mit ein, die einer (schein-)selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, aber auch beispielsweise Personen, die in Landwirtschaft und Fischfang, im Kunsthandwerk oder auch als VerkäuferInnen auf lokalen Märkten tätig sind. Klar ist, dass auf dem kapitalistischen Arbeitsprozess mittlerweile ein enormer Druck lastet, der in Entwicklungs- und Schwellenländern ebenso wie etwa in den OECD Staaten zu Prekarisierung und Informalisierung der Arbeit führt. Mahnkopf (2003) fasst diese Tendenzen als „Globalisierung der Unsicherheit“

zusammen und identifiziert damit ein „politisches Projekt einer gespaltenen Modernisierung“ (Mahnkopf 2003: 69). Diese Prozesse eröffnen in Summe Räume und schaffen gleichzeitig Notwendigkeiten für alternative Konzepte zur Gestaltung des Arbeitsprozesses.

Beispiele für derartige Projekte sind in Brasilien sehr viele zu finden, wobei besonders in den letzten zehn Jahren ein sprunghafter Anstieg an Neugründungen von selbstverwalteten Betrieben registriert wurde. Um ein Beispiel zu nennen kann etwa der Zeitraum von Dezember 1999 bis 2001 angeführt werden, in dem im Rahmen eines Abkommens zur Förderung der Solidarökonomie eine sehr intensive Zusammenarbeit zwischen der ANTEAG (*Associação Nacional dos Trabalhadores Em Empresas de Autogestão e Participação Acionária* – Nationale Vereinigung der Arbeiter in Betrieben mit Selbstverwaltung und Aktienbeteiligung) und der Regierung von Rio Grande do Sul stattfand. Als Resultat kam es dabei alleine in dieser Periode im südlichsten Bundesstaat Brasiliens zu 144 Neugründungen von selbstverwalteten Betrieben, während 87 weitere sich gerade konstituierten. Im gleichen Zeitraum wurden damit 3.441 Arbeitsplätze geschaffen. (ANTEAG 2002: 7). Heute kann sich die ANTEAG auf ihre Zusammenarbeit mit 672 Betrieben berufen, die in vielen Fällen aus der Pleite in die Selbstverwaltung geführt wurden und von denen ein Großteil heute noch besteht. So konnten in den letzten zehn Jahren eigenen Angaben zufolge mehr als 32.000 Arbeitsplätze in verschiedensten Sektoren geschaffen werden (ANTEAG 2004: 11). Der Erfolg der ANTEAG in den letzten Jahren lässt sich zum Großteil auf deren sehr erfolgreiche strategische Ausrichtung zurückführen. Sie erkannte die besondere Bedeutung dreier Achsen in der Förderung selbstverwalteter Betriebe: (a) Die Schulung der ArbeiterInnen in der Methodologie selbstverwalteter Arbeitsprozesse, (b) die Strukturierung der Organisation eines selbstverwalteten Betriebs und (c) die Gestaltung der Beziehungen von solidarökonomischen Unternehmen untereinander sowie ihr Verhältnis zum Markt (vgl. ANTEAG 2004: 15). Weiters konnte sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und Entstehungsgeschichte in vielen Fällen Starthilfe für zahlreiche Projekte liefern, die aus dem Konkurs eines Unternehmens entstanden. Das brasilianische Konkursgesetz, im Besonderen eine Klausel aus der Regierungszeit des populistischen Präsidenten Gétulio Vargas, kommt dabei der Bildung von Kooperativen nach dem Konkurs eines Unternehmens sehr entgegen und schafft in vielen Fällen die Möglichkeit der Aneignung der Produktionsmittel durch die ArbeiterInnen. Dem Gesetzestext entsprechend müssen aus der Konkursmasse zuerst die offenen Ansprüche der Beschäftigten beglichen werden, bevor die übrigen GläubigerInnen bedient werden (Eisenbürger 2002: 23). Obwohl sich das genaue Prozedere derartiger Prozesse natür-

lich wesentlich komplizierter und bürokratischer gestaltet als hier in der Kürze dargestellt wurden damit doch in mehreren Fällen die Überschreibungen von Betrieben an die Beschäftigten ermöglicht und somit die Bedingungen für eine selbstverwaltete Führung der Unternehmung geschaffen. Als prominentestes Beispiel wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die *Usina Catende* im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco verwiesen. In den 1940er und -50er Jahren hatte die mittlerweile bereits seit mehr als 100 Jahren bestehende Zuckerfabrik 5000 Beschäftigte und die größte Zuckerproduktion in ganz Lateinamerika. Die Fabrik wird nun seit mehr als zehn Jahren in Selbstverwaltung geführt und bietet mehr als 4000 Familien eine Einkommensquelle. Das Projekt *Harmonia Catende* entstand dabei aus der Notwendigkeit, nach dem Konkurs des Unternehmens im Jahr 1995 die Produktion und damit mehrere tausend Arbeitsplätze im ohnehin von enorm hohen Arbeitslosenraten gekennzeichneten Bundesstaat Pernambuco zu erhalten. Die Fabrik wurde in den darauf folgenden Jahren in die Selbstverwaltung übergeführt und war dabei nie als isoliertes Projekt konzipiert. Sie steht vielmehr in einem intensiven Austausch mit der Region in der sie sich befindet und trägt in Form von Projekten mit zur Ernährungssicherheit und Alphabetisierung der lokalen Bevölkerung bei (vgl. Eisenbürger 2002; Nascimento 2005; Schäfer 2005).

Parallel zum Aufschwung der Kooperativen nahm auch die institutionelle Verankerung der brasilianischen Solidarökonomie in den letzten Jahren immer mehr Gestalt an. Neben der Gründung der ANTEAG, die 1994 als Resultat des Ersten Nationalen Treffens der ArbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben ins Leben gerufen wurde, kann das Staatssekretariat für solidarische Ökonomie hervorgehoben werden, welches sich neben den entsprechenden Stellen der lokalen und regionalen Verwaltung in der aktuellen PT (*Partido dos Trabalhadores*- Arbeiterpartei)-Regierung der in diesem Artikel behandelten Materie annimmt. Weiters wären die Agentur für solidarische Entwicklung der Gewerkschaftszentrale CUT (*Central Única dos Trabalhadores*), die Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen in Ausland, eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, die Kirche und die Landlosenbewegung sowie, vor allem in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens, die Einrichtung einer Reihe von Forschungseinrichtungen zu erwähnen. Eine besonders vielversprechende Form der Institutionalisierung ist außerdem die stark wachsende Zusammenarbeit mit den Universitäten. So entstanden in den letzten Jahren, ausgehend von den Innovationswerkstätten der Unis, die sich der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft annahmen, eine Reihe von Technologischen Innovationswerkstätten für Genossenschaften (*Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares, ITCP*), die beim Aufbau einer solidarischen Öko-

nomie mithalfen. Mittlerweile hat sich ein Netzwerk an Innovationswerkstätten aus mehr als 80 Universitäten des Landes neben anderen Initiativen in der Stiftung UNITRABALHO (*Fundação Universitária de Estudos e Pesquisas sobre o Trabalho*) zusammengeschlossen, „deren Ziel es ist, die Dienste der Universitäten den Arbeitern und ihren Klassenorganisationen zur Verfügung zu stellen“ (Singer 2004d).

Im Bereich der Gesetze zu Kooperativen bestehen heute bereits zahlreiche Stellen, die sich für eine solidarische Ökonomie als förderlich erweisen, während weitere Initiativen momentan in Diskussion sind (vgl. beispielsweise Eisenbürger 2002; Mance 2003 oder Singer 2004b, 2004c). Das staatliche Kreditförderungsprogramm ist trotz des damit verbundenen bürokratischen Aufwands ebenso für viele Projekte eine erste Anlaufstelle im Zuge der Gründung von Kooperativen. Ferner gibt es auch vereinzelt regionale Programme, die schneller und mit weniger bürokratischem Aufwand Zugang zu Mikrokrediten ermöglichen (vgl. etwa Schäfer 2004; Singer 2004b, 2004c).

6. Schlussfolgerungen

Angesichts der dargestellten Fortschritte im Bereich der brasilianischen Solidarökonomie wird deutlich, dass wir es mit einem spürbaren Aufschwung alternativer ökonomischer Konzepte zu tun haben. Dieser wird nicht nur von der Regierung, sondern vor allem in Gestalt vieler Einzelinitiativen und Zusammenschlüsse auf lokaler und regionaler Ebene getragen und kontinuierlich weiter entwickelt. Die Frage, wie der Arbeitsprozess zu gestalten sei, wird damit in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet. Die Verankerung der solidarischen Ökonomie im Arbeitsministerium, an den Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen, in einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, der Kirche und der Landlosenbewegung bis hin zu eigens geschaffenen Finanzierungsprogrammen zeugen von einem wachsenden Bewusstsein über die Möglichkeiten, mit diesem Ökonomiemodell den Krisen des Kapitalismus entgegenzusteuern. Wird dabei der historische Kontext im Hinterkopf behalten wird deutlich, dass die Frage der Gestaltung der Ökonomie und damit des kapitalistischen Arbeitsprozesses seit jeher ein Terrain besonders intensiver Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Konflikte darstellt. Die Geschichte Brasiliens zeugt von verschiedensten Impulsen innerhalb der ArbeiterInnenenschaft, die allesamt auf eine demokratische Gestaltung der Produktionsverhältnisse abzielten. Ausgehend vom Widerstand gegen die Sklaverei über die Entstehung einer Gewerkschaftsbewegung bis hin zum aktuellen Aufschwung der solidarischen Ökonomie stehen dabei Einkommens- und Besitzverhältnis-

se und somit der kapitalistische Produktionsprozess an sich im Zentrum der angestrebten Veränderung. Die aktuellen Entwicklungen finden dabei vor dem Hintergrund der Krise des Normalarbeitsverhältnisses statt, mit der Menschen an den unterschiedlichsten Orten mit „jener Grunderfahrung existentieller Unsicherheit konfrontiert [werden], die für vor-fordistische Zeiten des Kapitalismus charakteristisch war“ (Mahnkopf 2003: 68f.). Die Einbettung selbstverwalteter Betriebe in ein solidarökonomisches Konzept, das seinen Fokus in der Bekämpfung dieser Krise auf die Gesamtgesellschaft richtet, verortet die davon ausgehenden Demokratisierungsimpulse dabei in einem antikapitalistischen politischen Projekt. Indem der kapitalistischen Konkurrenz die solidarische Kooperation entgegengesetzt wird steigt die Bedeutung der persönlichen Beziehungen und der solidarischen Netzwerke, die das Kollektiv über das Individuum erheben. Im Kontext der verschiedenartigen Initiativen die daraus entstanden sind kann ein neues Staatsprojekt identifiziert werden. Mance spricht in diesem Zusammenhang von einem „neuen historischen Block“ (Mance 2003: 2), der strukturelle Transformationen zugunsten einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung anstrebt. Das Ziel dieser Veränderungen ist die Befriedigung von Bedürfnissen, die von eben dieser Mehrheit als prioritär betrachtet werden (vgl. Singer 2004b). Bedeutend ist hierbei jedoch, dass es sich nicht nur um etwas mehr als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung handelt, deren gemeinsame Interessensartikulation in klassischen Demokratiekonzeptionen bereits für die Legitimation der Herrschaft über den Rest der Gesellschaft ausreichen würde, sondern dass wir es mit einem erweiterten Konzept von Demokratie zu tun haben. Die Emanzipation der großen Masse der Marginalisierten und VerliererInnen im gegenwärtigen Produktionsmodell nimmt in der gemeinsamen Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbeziehungen nun konkrete Formen an.

- 1 Landeigentum in Brasilien war zu Zeiten der Sklaverei eine praktisch ausnahmslos männliche Domäne, daher wird an dieser Stelle auf die geschlechtsneutrale Bezeichnung verzichtet.
- 2 Die Gründe für die vehemente Einforderung der Abolition von Seiten Großbritanniens sind vielfältig. Hinter der moralisch soliden Oberfläche standen jedoch vorwiegend wirtschaftliche und politische Motive, die die Vormachtstellung als Seemacht, die Beeinflussung des Zuckerpreises im Sinne seiner Kolonien auf den Antillen und einseitige Privilegien im Zuge der Implementierung eines liberalen Handelssystems absichern sollten (vgl. Furtado 2003: 101)

Literatur

- ANTEAG (2002): *Economia Solidária e Autogestão como Radicalização da Democracia*. São Paulo: o.V.
- ANTEAG (2004): *Autogestão e Economia Solidária – uma nova metodologia*. São Paulo: o.V.
- Becker, Joachim (2002): Aufstieg und Fall des „Entwicklungsstaates“. In: Fischer, Karin/Hanak, Irmtraut/Parnreiter, Christof: *Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien*. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 83-90.
- Journal für Entwicklungspolitik (2003): *Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika*. XIX, 3/2003.
- Boris, Dieter (1990): *Arbeiterbewegung in Lateinamerika*. Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft.
- Boris, Dieter (2001): *Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas*. Hamburg: VSA Verlag.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1986): *Democracy and Capitalism. Property, Community, and the Contradictions of Modern Social Thought*. London: Routledge & Kegan Paul.
- COLECTIVO SITUACIONES (2003): ¡Que se vayan todos! *Krise und Widerstand in Argentinien*. Berlin: Assoziation A.
- Dedecca, Claudio (2000): *As mudanças no sistema das relações de trabalho*. In: *Diplô Brasil (2000): Globalização e Mundo do Trabalho*. Caderno de Debates do Le Monde Diplomatique, edição brasileira, 2000 (1), 4-6.
- Demirovic, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Eisenbürger, Gert (2002): *Ohne Eigentümer geht es besser. Eine von der Gewerkschaft verwaltete Zuckerfabrik im Nordosten Brasiliens*. Bonn: ILA – Informationsstelle Lateinamerika e.V., 21-26.
- Engels, Friedrich (1976): *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*. Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.
- Evers, Tilman (1977): *Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in unterentwickelten Gesellschaftsformationen*. Köln/Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Furtado, Celso (1975): *Die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Furtado, Celso (2003): *Formação Econômica do Brasil*. São Paulo: Companhia Editora Nacional.
- Gubitzer, Luise (1989): *Geschichte der Selbstverwaltung. Materialien der AG SPAK, M 96: Reihe Selbstverwaltung*. München: AG SPAK Publikationen.
- Hofbauer, Andreas (1995): *Afro-Brasilien. Vom weißen Konzept zur schwarzen Realität; historische, politische, anthropologische Gesichtspunkte*. Wien: Promedia.

- Leubolt, Bernhard (2003): Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. In: Journal für Entwicklungspolitik XIX (3), 69-86.
- Mahnkopf, Birgit (2003): Zukunft der Arbeit: Globalisierung der Unsicherheit. In: Kurswechsel 2003 (3), 63-74.
- Mance, Euclides André (2003): Governo Lula e Economia Solidária – Desenvolvimento Sustentável, Geração de Trabalho e Renda e Erradicação da Fome.
- Nascimento, Claudio (2005): Do „BECO dos SAPOS” aos CANAVIAIS de CATENDE. Os ”Ciclos Longos” das Lutas Autogestionárias. Manuskript. Brasília: SENAES
- Novy, Andreas (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Frankfurt a.M./Wien: Brandes&Apsel/Südwind.
- Novy, Andreas (2003): Der umkämpfte Wohlfahrtsstaat. In: Faschingeder, Gerald/Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Strickner, Alexandra (Hg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Oliveira, Francisco de (1981): Elegia para uma Re(l)igião: SUDENE, Nordeste. Planejamento e conflito de classes. 3. Auflage. Rio de Janeiro: Paz e Terra.
- Prutsch, Ursula (Hg. 2000): Arbeit als Machtinstrument. Soziale, ökonomische und kulturelle Auswirkungen in Lateinamerika, Atención! - Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, Bd. 3, Frankfurt a.M.: Brandes&Apsel, Wien: Südwind.
- Prutsch, Ursula (2003): Brasilien 1889-1985. Von der ersten Republik bis zum Ende der Militärdiktatur. Online- Manuskript zur Vorlesung »Brasilien 1500-2000. Eine tropische Geschichte in atlantischer Perspektive«, Uni Wien, <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/brasilien/brasilien-titel.html>, 10.1.2005.
- Schäfer, Astrid (2004): Aus Not solidarisch. In: Jungle World 48/2004, <http://jungle-world.com/seiten/2004/47/4360.php>, 10.1.2005.
- Schäfer, Astrid (2005): Solidarisch Nähen. In: Jungle World 3/2005, <http://jungle-world.com/seiten/2005/03/4705.php>, 21.1.2005.
- Segatto, José Antônio (1985): História do movimento sindical no Brasil 1870-1930, São Paulo.
- Singer, Paul (1998): Uma utopia militante. Repensando o socialismo. Petrópolis, RJ: Vozes.
- Singer, Paul (2002): Introdução à Economia Solidária. São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo.
- Singer, Paul (2003): Cooperativas de Trabalho. Texto para discussão, Ministério do Trabalho e Emprego, http://www.mte.gov.br/Empregador/EconomiaSolidaria/TextosDiscussao/Conteudo/COOPERATIVAS%20DE%20TRABALHO%20_2.pdf, 10.1.2005.

- Singer, Paul (2004a): Em Defesa dos Direitos dos Trabalhadores. Texto para discussão, Ministério do Trabalho e Emprego, http://www.mte.gov.br/Empregador/EconomiaSolidaria/TextosDiscussao/Conteudo/DEFESA_DIREITO_TRABALHADORES.pdf, 10.1.2005.
- Singer, Paul (2004b): Desenvolvimento capitalista e Desenvolvimento solidário. In: Estudos Avançados 18 (51)/2004. São Paulo: Instituto de Estudos Avançados da USP, <http://www.scielo.br/pdf/ea/v18n51/a01v1851.pdf>, 10.1.2005.
- Singer, Paul (2004c): Economia Solidária. Interview von Renato Rovai und Anselmo Massad am 7.12.2004. http://brazil-brasil.com/index2.php?option=content&do_pdf=1&id=259, 10.1.2005.
- Singer, Paul (2004d): Solidarische Ökonomie in Brasilien heute. Eine vorläufige Bilanz. In: Kurswechsel 2004 (4) 89-101.
- Singer, Paul/SOUZA, André Ricardo de (2000): A Economia Solidária no Brasil. A Autogestão como Resposta ao Desemprego. São Paulo: Contexto.
- Varian, Hal R. (2001): Grundzüge der Mikroökonomik. München, Wien: Oldenbourg.
- Veniss, Patricia (1997): Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung in Brasilien. Wien: WU-Wien. Diplomarbeit.
- Wolf, Harald (2003): Befreiung der Arbeit als kapitalistisches Projekt? In: Kurswechsel 2003 (3), 101-110.

Abstracts

Im vorliegenden Artikel stehen gesellschaftliche Auseinandersetzungen um den Arbeitsprozess in Brasilien im Zentrum einer politökonomischen Analyse. Die Vorgehensweise der Analyse berücksichtigt dabei sowohl die historische Kontinuität als auch aktuelle Entwicklungen im Zuge des Konflikts und soll damit den Prozesscharakter sowie die dahinter befindlichen Kräfteverhältnisse sichtbar machen. Mittels einer theoretischen Annäherung an den kapitalistischen Produktionsprozess und der historischen Analyse sollen dabei konkrete Demokratisierungsimpulse im Bezug auf die Regulierung der Arbeitsbeziehungen identifiziert werden. Aktuelle Beispiele praktizierter betrieblicher Demokratie und deren institutionelles Umfeld werden dabei den Rahmen für die Fallstudie liefern und das emanzipative Potential der Solidarökonomie verdeutlichen.

The article discusses social conflicts in a politico-economical context, focusing on the working process in Brazil. The analysis proceeds while taking into account the historical continuity as well as recent developments in the course of the conflict, and thereby shows the process itself as well as the forces behind it. By means of a theoretical approximation to the process of capitalist produc-

tion and the historical analysis, impulses of democratization regarding the organization of work relations are to be identified. Recent examples for practiced democracy on an enterprise level, as well as their institutional surroundings will supply the framework for the case study and will clarify the emancipatory potential of solidarity economics.

Markus Auinger,
Liniengasse 52/17
1060 Wien
markusauinger@yahoo.de

IRMI SALZER

Der MST und sein alternatives Projekt: Die politische und gesellschaftliche Rolle der brasilianischen Landlosenbewegung

1. Einleitung

Die brasilianische Landlosenbewegung MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) gilt als eine der bedeutendsten Sozialbewegungen in Lateinamerika. Seit ihrer Gründung 1984 kämpft sie darum, ein alternatives politisches wie ökonomisches Projekt zu realisieren. Ihr enormer Zulauf, ihre mediale Präsenz und ihre nicht unwesentlichen Erfolge auf dem brasilianischen agrarpolitischen Parkett stempeln die Bewegung zur Hoffnungsträgerin für gesellschaftliche Kräfte, die an emanzipatorischen Veränderungen interessiert sind. Gleichzeitig ist der MST Feindbild der Agraroligarchie und anderer reformunwilliger Kreise. Er ist herber Kritik seitens eines Großteils der brasilianischen Medien ausgesetzt und wird sowohl von den ProponentInnen neoliberaler Politik als auch von den VertreterInnen der „alten Ordnung“ bekämpft.

Die politische Rolle des MST wird in der brasilianischen sozialwissenschaftlichen Forschung kontrovers diskutiert. Ehemalige UnterstützerInnen wie z.B. der liberale Agrarsoziologe und Politologe Navarro werfen dem MST „interpretativen Dogmatismus“ und Autoritarismus, geringe Repräsentativität und ideologische Verblendung vor und behaupten, der MST verkenne die aktuellen Handlungsspielräume in der Agrarpolitik (Navarro 2000: 3). Andere konstatieren einen konstruktiven Beitrag des MST auf dem Feld der Agrarreform (Guimarães 2000) und sehen im MST eine demokratische Sozialbewegung.

Seinem Selbstverständnis nach ist der MST eine autonom und basisdemokratisch organisierte Massenbewegung mit sozialen und politischen Zielen. Nach Guimarães (2000) hat er eine dreifache, zum Teil auch widersprüchliche Dimension: Als dynamische Sozialbewegung und als korporative Organisation versucht der MST, die unmittelbaren und existentiellen Interessen seiner Mitglieder durchzusetzen. Als politischer Akteur kämpft der MST für eine ideologische Veränderung der Gesellschaft, er tritt gegen den bürgerlichen Staat

auf und propagiert den Aufbau eines Systems mit „sozialistischem Charakter“ (MST 1991: 20).

Die Mehrdimensionalität und Widersprüchlichkeit der Zielsetzungen des MST spiegeln sich sowohl im Verhältnis des MST zur Zivilgesellschaft und zur Politik als auch in der Beziehung zwischen der Spitze der Bewegung und ihrer Basis.

Der vorliegende Artikel diskutiert den „politischen Beitrag eines außerhalb des politischen Systems angesiedelten Demokratisierungsakteurs“ (Calcagnotto/Gottwald 2003: 11). Er beschreibt die Ambivalenz zwischen den kurzfristigen Zielen der Bewegung und ihrem mittelfristigen alternativen politischen wie ökonomischen Projekt.

Um die Entstehungsbedingungen des MST und die strukturellen Hintergründe des brasilianischen Landkonflikts zu verdeutlichen, wird in einem ersten Schritt die historische Entwicklung der Landkonzentration in Brasilien beschrieben. Im darauffolgenden Abschnitt werden die Prinzipien und Ziele des MST, seine Handlungsinstrumente und seine Organisationsform nachgezeichnet und mit den aktuellen politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in Beziehung gesetzt, um zu einer Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Rolle des MST zu gelangen. Die Konflikte und Widersprüche, die mit dem ideologischen und ökonomischen Konzept des MST einhergehen, werden anhand des Widerstandes der MST-SiedlerInnen gegen die Vergesellschaftung ihrer Produktionsmittel thematisiert. Abschließend geht der Artikel der Frage nach, ob die Strategien und Zielsetzungen des MST einen Prozess der Befreiung unterstützen, in welchem die *Sem terra* (Landlosen) als Subjekte und GestalterInnen gesellschaftlicher Veränderungsprozesse wirken können.

2. Historische Entwicklung der Landkonzentration in Brasilien

Die portugiesische Krone installierte ab 1534 in Brasilien ein System der Besiedlung, das eine Herausbildung von Privateigentum an Grund und Boden unterband. Die Kontrolle über freies Land und die Verhinderung eines freien Bauernstandes waren essenzielle Voraussetzungen für das Gelingen der portugiesischen Kolonialstrategie einer exportorientierten landwirtschaftlichen Nutzung. Das zu besiedelnde Territorium wurde in zwölf *capitanias* aufgeteilt, welche als erbliche und unteilbare Lehensgüter samt Privilegien an den portugiesischen Adel vergeben wurden. Mit der Auflage, das Land für die Exportproduktion zu nutzen, wurden den SiedlerInnen dann sogenannte *sesmarias*, durchschnittlich 10-13.000 ha große Landgüter, zur Nutzung überlassen. (Novy 1998).

Die historischen, politischen und naturbürtigen Voraussetzungen begünstigten die Einführung der Zuckerexportwirtschaft. Mit der Option für das Monokulturlatifundium wurde die Besitzstruktur innerhalb der brasilianischen Landwirtschaft für viele Jahrhunderte festgeschrieben. Das Zuckergut als geeignete, organisierte Produktionsweise für die Sklavenökonomie (Novy 1998: 134) dominierte die brasilianische Wirtschaft bis ins 17. Jahrhundert. Der Großteil des Reichtums, der mit der Zuckerproduktion und später durch die Minenwirtschaft erzielt wurde, floss allerdings – mit Portugal als Zwischenhändler – nach England.

Mit der Regulationstheorie gesprochen beruhte das Akkumulationsregime Brasiliens in der Kolonialzeit auf einer „sklavereibasierten Akkumulation“. Im Hinblick auf die Entwicklung des Latifundienwesens scheint besonders die räumliche Dimension der Akkumulation von Bedeutung: Aufgrund der beinahe unbegrenzten Verfügbarkeit von Land konnte die räumliche Ausdehnung der Produktionsflächen ungehemmt vor sich gehen.

Als 1822 die Unabhängigkeitserklärung gegenüber Portugal ausgesprochen wurde, gelang es der brasilianischen Agraroligarchie, ihre Machtstrukturen zu erhalten. Die Großgrundbesitzer hatten erkannt, dass eine Regulierung des Zugangs zu Grund und Boden unumgänglich war, wollten sie ihre Position auch über das Ende der Sklavereiwirtschaft hinaus konsolidieren. Das System der Lohnarbeit konnte ihnen nur dann von Nutzen sein, wenn es gelang, eine große Menge von LohnarbeiterInnen in ihr Produktionssystem zu zwingen. Dazu musste jedoch die Möglichkeit von Subsistenzproduktion von vornherein ausgeschaltet werden.

1850 wurde deshalb gleichzeitig mit dem Verbot des Sklavenhandels das Landrecht (*Primeira Lei de Terras*) eingeführt. Dessen Zielsetzungen waren die Restriktierung des Zugangs zu Land und die Sicherung der Disponibilität der Arbeitskraft, beides unabdingbare Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems seitens der Großgrundbesitzer. Das seit der Unabhängigkeit Brasiliens vermehrt auftauchende *minifundio* (kleiner Landbesitz) sollte zurückgedrängt werden (Gancho et al. 1995). Das Landrecht bedeutete das erstmalige formale Auftreten von Privateigentum an Grund und Boden in Brasilien. Anstelle des bisherigen Besitzrechtes konnte auf den bereits in Besitz genommenen Flächen ein Eigentumsrecht begründet werden, die Latifundien der Agraroligarchie wurden so endgültig privatisiert. Die dadurch eröffnete Möglichkeit, Boden als vermarktbare Ware einzusetzen, führte zur „Konsolidierung des Latifundiums als grundlegende Struktur der Landverteilung in Brasilien“ (Stédile 1997: 11). Auf den noch unbesiedelten Flächen jenseits der *fronteira* (Besiedelungsgrenze) wurde der Staat als Eigentümer eingesetzt. Da-

mit konnte der Zugang zu Land über die Festlegung hoher Preise problemlos begrenzt und einer schrankenlosen „Eroberung“ unbesiedelter Flächen ein Riegel vorgeschoben werden. Da (Im)MigrantInnen in der Regel nicht über das notwendige Kapital verfügten, um Land teuer zu erwerben, mussten sie sich ins Lohnarbeitssystem integrieren lassen. Für die Agraroligarchie hingegen stellte es kaum ein Problem dar, neue Latifundien jenseits der Besiedelungsgrenze zu erwerben.

Trotz ihrer Machtposition innerhalb Brasiliens verharrte die Agraroligarchie auch zu Zeiten der ersten Republik in Abhängigkeit vom britischen Finanzkapital. Letzteres finanzierte einen Großteil der für die Agrarexportökonomie bedeutsamen Infrastrukturinvestitionen (Häfen, Eisenbahnen), zog einen Großteil der Handelsbilanzüberschüsse für Schuldendienste ab und erzielte hohe Gewinne durch den Export von englischen Industrieprodukten nach Brasilien.

Der Allianz aus britischem Kapital und oligarchischen Kräften gelang es bis 1914, sich gegenüber nationalstaatlichen, an einer eigenständigen Industrieentwicklung Brasiliens interessierten Kräften durchzusetzen. Dennoch wurden unter anderem durch protektionistische Maßnahmen der Zentralregierung Anstöße für die Entwicklung lokaler (Konsumgüter-)Industrien gegeben, während der Aufbau einer kapitalgütererzeugenden Industrie erst infolge der Weltwirtschaftskrise gelang. Die schrittweise Übernahme des fordistischen Industrialisierungsmusters ab der Zwischenkriegszeit konnte in Brasilien nicht auf einer „Industriebasis extensiver Akkumulation“ wie in Europa erfolgen, sondern musste auf einer auf den Export von Primärgütern orientierten Wirtschaftsstruktur aufbauen (Faria 1998: 175).

In den 1920er Jahren war es auch in Brasilien zu einer politischen und sozialen Aufbruchsbewegung gekommen. Die ArbeitnehmerInnen begannen sich zu organisieren, es kam zu Streiks und als Reaktion darauf zu einer Welle der Sozialgesetzgebung. Die Revolutionen in Russland und Mexiko mit darauffolgender Landumverteilung inspirierten die Forderungen nach einer Agrarreform in Brasilien. Die alten Machthaber – Agraroligarchie, Unternehmer und Industrielle – waren herausgefordert, ihre Position im Machtgefüge zu verteidigen. Entgegen der Hoffnungen der Arbeitnehmervertretungen, mit Hilfe der Industriellen die Agraroligarchie entscheidend zu schwächen, kam es zu einer Fortsetzung der bisherigen Allianz unter veränderten Vorzeichen. Das wenig produktive und archaische Latifundium musste sich nicht modernisieren, da es durch nationale Schutzmaßnahmen protegiert wurde. Die zaghaften Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Formierung wurden rasch im Keim erstickt. Durch die Einschränkung der Subsistenzlandwirtschaft aufgrund der

ländlichen Besitzkonzentration und durch den Arbeitskräfteabbau auf Plantagen und Latifundien infolge der Weltwirtschaftskrise kam es zu massiven Wellen der Landflucht. Als Konsequenz der gesellschaftlichen Umwälzungen (Industrialisierung, Urbanisierung, Proletarisierung) verlor die Agraroligarchie insgesamt zwar von 1945-64 einen Gutteil ihrer Macht und politischen Einflussmöglichkeit, gleichzeitig konnten jedoch rückständige Großgrundbesitzer vor allem im Nordosten ihre Position verteidigen, wenn nicht ausbauen. Die Landkonflikte verschärften sich und nahmen z.B. ab 1954 in Trombas e Formoso im Bundesstaat Goiás und Ende der 1950er Jahre in Paraná für die herrschenden Klassen bedrohliche Ausmaße an (Oliveira 1994: 24).

Vom Nordosten ausgehend begannen sich die KleinbäuerInnen in den *Ligas Camponesas* (Bauernligen) zu formieren; 1954 wurde in São Paulo die ULTAB (*União dos Lavradores e Trabalhadores Agrícolas do Brasil*; LandarbeiterInnenbewegung) gegründet. Die politischen Kämpfe für eine Agrarreform hatten damit eine nationale Dimension erreicht, die Forderungen nach einer Umwälzung der bestehenden Eigentumsordnung sowie nach menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen konnten von der Regierung nicht mehr ignoriert werden. 1963 wurde das *Estatuto do Trabalhador Rural*, die erste Arbeitsgesetzgebung für LandarbeiterInnen, verabschiedet. Die hoffnungsvollen Ansätze wurden jedoch mit dem Militärputsch 1964 zerstört.

Das erklärte Ziel der Militärregierung in Bezug auf die Entwicklung der Landwirtschaft bestand in einer Ausrichtung auf den kapitalistischen Markt. Am Fortbestand des Latifundiums brauchte dabei nicht unbedingt gerüttelt werden. Für die Armen auf dem Land blieben durch den rasanten Arbeitskräfteabbau in der Latifundienbewirtschaftung (infolge von Rationalisierungsmaßnahmen) nur zwei Alternativen – sich als IndustriearbeiterInnen zu verdingen oder sich an den Kolonisierungsprojekten im Amazonasgebiet zu beteiligen. Der immer größer werdende Druck äußerte sich in vermehrten sozialen Spannungen. Diesen versuchte die Militärregierung einerseits durch gewaltsame Unterdrückung zu begegnen, andererseits erließ sie das *Estatuto da Terra* (Landstatut), ein auf dem Papier radikales Projekt der Agrarreform, welches im Falle seiner (nie erfolgten) Umsetzung eine grundlegende Änderung der ländlichen Besitzstruktur zugunsten der marginalisierten Bevölkerung bewirkt hätte.

Im Süden Brasiliens vollzog sich ein Modernisierungsschub der Landwirtschaft, der in der Schaffung von agrarindustriellen Komplexen bestand. Die mit hohem technologischen Input und ohne Rücksicht auf ökologische Konsequenzen vorangetriebene „Modernisierung“ verschärfte die soziale Ungleichheit und Marginalisierung weiter. Die Erzeugung von für den Weltmarkt bestimmten *cash-crops* führte zu einer Zunahme der Flächennutzungskonkurrenz

zwischen agroindustriellen Unternehmen und KleinbäuerInnen und zu Versorgungsengpässen bei Grundnahrungsmitteln. Als Konsequenz der sozialen Polarisierung wanderten zwischen 1960 und 1980 ca. 30 Millionen Menschen in die Peripherien der Städte (Calcagnotto/Gottwald 2003: 12, 36).

Die neuerliche, schrittweise Einführung der Demokratie ab 1980 veränderte nur teilweise etwas an den Problemen Brasiliens. Auch diesmal gelang es den dominanten Interessen größtenteils, ihre Machtgrundlagen zu erhalten. Anstatt längst notwendige Strukturmaßnahmen zu tätigen, beschränk(t)en sich die neuen (alten) Machthaber darauf, die Symptome der ökonomischen Instabilität zu bekämpfen.

In den 1990er Jahren kam es jedoch zu einem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Das Finanzkapital setzte sich gegenüber Produktionsinteressen durch. Von nun an war (und ist) die Gewährleistung anlegerfreundlicher Bedingungen oberste wirtschaftspolitische Priorität. Ab 1994 verfolgte Brasilien deshalb eine Hartwährungspolitik und koppelte den Real an den US-Dollar. Aufgrund der dadurch gestiegenen Zinsbelastung und dem damit verbundenen Anwachsen der Schuldendienste litt der Ausgaben- und damit Handlungsspielraum des Staates. Dies äußerte sich in einer massiven Einsparungspolitik im Bereich der (Land-) Verteilung, der Bildung und Gesundheit.

Das neoliberale Projekt der Regierung Fernando Henrique Cardosos (FHC, 1995-2002) gründete sich auf der Inflationsbekämpfung als oberster Priorität. Die darauf basierenden Maßnahmen führten zu drastischen Verschlechterungen für die brasilianische Bevölkerung. Die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung wurden vor allem im Nordosten so prekär, dass es einen markanten Exodus in die Städte zu verzeichnen gab, wodurch die Anzahl der Landflüchtigen die Anzahl der während der Regierung Cardoso in *assentamentos* (Landreformsiedlungen) angesiedelten Landlosen überstieg. Die Regierung Cardoso behauptete zwar, mehr als eine halbe Million Landlose im Rahmen der Agrarreform angesiedelt zu haben, dies wird unter ExpertInnen jedoch bezweifelt (Paasch 2003: 26). Die spärlichen Erfolge waren entweder nur auf den Druck der Bewegungen hin erzielt oder als Palliativ für die arbeits- und landlosen Massen eingesetzt worden. So hatte der MST bis 2001 etwa 1500 Landgüter erkämpft, die mehr als 108.000 Familien die Möglichkeit der Landbewirtschaftung eröffneten. Während geschätzte 4,5 Millionen Familien als *Sem terra* galten, lagen ca. 40% des privat besessenen, potentiell produktiven Landes brach (<http://www.mst.org.br> sowie Paasch 2003).

Auch unter der Regierung Lula hat sich im Bereich der Agrarreform bislang wenig getan. Nachdem ihr anfänglich noch eine Art Schonfrist zugestanden wurde, hat sich der Druck seitens der sozialen Bewegungen in der Zwischenzeit verschärft.

3. Die politische und gesellschaftliche Rolle des MST

3.1 Ziele, Handlungsinstrumente und Organisationsstrukturen des MST

Der MST versucht nach eigenen Angaben drei Ziele zu erreichen (MST 1991): Den Landlosen den Zugang zu Land zu ermöglichen, eine Agrarreform durchzusetzen und eine gesellschaftliche Transformation zu erkämpfen.

Der MST vertritt die Auffassung, dass das (produktive) Land in den Händen derjenigen sein soll, die darauf arbeiten wollen. (Groß-)Grundbesitzern, die Land nur zum Zweck der Spekulation, der Machtausübung und/oder des Erzielens von Gewinnen durch Ausbeutung anderer nützen, soll der Besitztitel entzogen werden. Der Kampf um Land dient in erster Linie dazu, direkten Zugang zu fruchtbarem Land und den notwendigen Produktionsmitteln zu erlangen und davon ausgehend die Kontrolle der LandarbeiterInnen auf Weiterverarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen auszuweiten. Der Kampf um Land wird als Hauptmotor für den Kampf für eine Agrarreform bezeichnet. Eine Agrarreform, begriffen als profunde Änderung der ländlichen Besitzstruktur, kann in einer Gesellschaft, in der eine solche den Interessen der herrschenden Klassen zuwiderläuft, zwangsläufig nur mit einer Änderung des ökonomischen Systems einhergehen. Der unmittelbare Kampf um Land ist letztendlich nicht nur Selbstzweck, sondern Mittel, um die „Massen“ von der Notwendigkeit einer Machtübernahme und der Implantierung eines anderen Systems – das „notwendigerweise“ einen sozialistischen Charakter aufweisen muss (MST 1991: 20) – zu überzeugen.

Das zentrale, vom MST angewandte Druckmittel zur Erreichung seiner Ziele sind Landbesetzungen mit der anschließenden Errichtung von Zeltlagern. Dabei geht es dem MST nicht um die Aneignung fremden Eigentums, sondern vielmehr darum, die Regierung zur Erfüllung der in der Verfassung festgelegten Bestimmungen zu zwingen. Die Enteignung unproduktiven Landbesitzes aus sozialen Gründen ist sowohl in der Verfassung von 1988 (Art. 184) als auch im Agrargesetz von 1993 festgelegt. Bis zum Jahr 2001 beschränkte der MST seine Besetzungen auf unproduktive Ländereien. Erst als die Regierung Cardoso durch eine „*Medida provisória*“ (provisorische Maßnahme) TeilnehmerInnen von Landbesetzungen vom Agrarreformprogramm ausschloss und besetzte Ländereien zwei Jahre lang nicht enteignet werden durften, ging der MST dazu über, auch produktive Agrarbetriebe zu besetzen. Der MST ist davon überzeugt, dass fruchtbringende Verhandlungen mit der Regierung nur im Zuge von Landbesetzungen möglich sind. Die Landbesetzung hat für die Landlosen eine ähnliche Funktion wie Streiks für IndustriearbeiterInnen.

Neben dem Handlungsinstrument der Landbesetzung bedient sich der MST einer Fülle weiterer Druckmittel. Dazu zählen die Besetzung von öffentlichen Gebäuden, die Errichtung von Zeltlagern auf öffentlichen Plätzen, Fußmärsche, Demonstrationen, Kundgebungen, befristete Hungerstreiks, Rechtsklagen und die Herausgabe von Pamphleten und Zeitungen.

Die Organisationsstruktur des MST, die seit seiner Gründung 1984 laufenden Modifikationen unterworfen war, zeichnet sich durch eine Mischung aus basisdemokratischen Elementen und repräsentativen Wahlmechanismen aus (vgl. Calcagnotto/Gottwald 2003). Von der Basis (in den Zeltlagern und *assentamentos*) bis zur mittleren Ebene gibt es größtenteils gut funktionierende basisdemokratische Wahlmechanismen und Entscheidungsprozesse (vgl. Salzer 2005). Die nationalen Gremien des MST werden jedoch ohne direkte Beteiligung seiner Basis gewählt, sie werden von AktivistInnen bestimmt, welche meist auch nicht basisdemokratisch legitimiert werden. Eine völlige Durchlässigkeit der Gremien von der Basis bis zur Spitze ist also nicht gegeben, mangelnde Repräsentativität der obersten Gremien kann nicht ausgeschlossen werden.

3.2 Politische Organisation oder soziale Bewegung?

Die Kontroverse um den MST innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung Brasiliens kreist unter anderem darum, ob der MST nun eher eine formale politische Organisation oder eine soziale Bewegung sei. Avritzer zufolge dürfte der MST aus demokratietheoretischer Perspektive keine partikularen Interessen – wie die Übernahme der politischen Macht – verfolgen, wenn er als soziale Bewegung auftritt. Agierte er jedoch als politische Organisation, verlöre er seinen Status eines Betreibers öffentlicher Politik (Avritzer 2002). Nur wenn der MST die Kriterien einer sozialen Bewegung erfülle (flexible Organisationsstruktur, Konstruktion einer sozialen Identität, nicht formell eingerichtete Führungsgremien, Benutzung nicht-institutioneller Verhandlungskanäle; Navarro 2000), wären sein öffentlicher Status und damit die Verwendung öffentlicher Gelder gerechtfertigt (Avritzer 2002; Calcagnotto/Gottwald 2003). Im Gegensatz zum in der soeben beschriebenen Position enthaltenen Dualismus vertritt Guimarães (2000) eine eher dialektische Sichtweise des MST. Die dreifache Dimension des MST (dynamische Bewegung, korporative Organisation und politischer Akteur) ist Ergebnis zahlreicher widersprüchlicher und einander bedingender Entwicklungen. Abhängig vom jeweiligen politischen Klima, vom gesellschaftlichen Umfeld und von den aktuellen Bedürfnissen seiner Klientel tritt eine der drei Dimensionen stärker in den Vordergrund.

O'Donnell konstatiert in seinem Aufsatz zur Rolle der Demokratie in Lateinamerika die Existenz eines „sozialen Autoritarismus“, verstanden als

systematische Verweigerung von staatsbürgerlichen und sozialen Rechten (O'Donnell 2002). Die auch in Brasilien zu beobachtende unvollständige Durchsetzung dieser Rechte führt dazu, dass jegliche Politik zur Bekämpfung von Armut und ungleicher Verteilung Gefahr läuft, innerhalb der Grenzen klientelistischer und paternalistischer Praxis zu bleiben. Ein im Sinne von O'Donnells Argumentation demokratiepolitisch konstruktiver Beitrag des MST bestünde nun darin, durch Ausüben politischer Rechte (Versammlungs- und Pressefreiheit, Wahlen, etc.) die Implementation von staatsbürgerlichen und sozialen Rechten (in dieser Reihenfolge!) zu erzwingen. Die oben konstatierte Mehrdimensionalität und Widersprüchlichkeit des MST und seiner Zielsetzungen verhindern jedoch ein derart lineares Vorgehen. Der MST kämpft gleichzeitig für die Durchsetzung politischer, staatsbürgerlicher und sozialer Rechte und scheint den Umstand außer Acht zu lassen, dass seine langfristigen Ambitionen einer gesamtgesellschaftlichen Transformation seine kurzfristigen Ziele (wie z.B. der Zugang zu Land oder die Gewährung von Krediten an die SiedlerInnen) behindern dürften.

So beschreibt Calcagnotto (2003) in seiner Studie über das politische Verhältnis zwischen der Regierung FHC und dem MST ein auf beiden Seiten bestehendes spezifisches Verhandlungsdilemma, das letztendlich in eine Sackgasse führte. Das Dilemma der Regierung bestand darin, den MST durch Konzessionen als oppositionelle Kraft zu stärken. Das Dilemma des MST ergab sich aus dem Erfordernis, kurzfristig von einer Regierung Zugeständnisse und finanzielle Mittel fordern zu müssen, die er langfristig als Vertreterin eines abzulehnenden Wirtschaftsmodells bekämpfte (Calcagnotto/Gottwald 2003: 115 ff.). Der Gefahr einer Kooptation durch die bestehende finanzielle Abhängigkeit ist sich die MST-Spitze jedoch durchaus bewusst.

3.3 Der politische Beitrag des MST

Angesichts oben genannter Einschränkungen lässt sich die Frage, ob der MST als Protagonist auf dem Feld der Agrarreform eine konstruktive Rolle spielen und darüber hinaus zur Vertiefung der brasilianischen Demokratie beitragen kann, nicht eindeutig positiv beantworten.

Der MST leistet zwar einen Beitrag zum Abbau des brasilianischen Autoritarismus, indem er durch Aktionen und Verhandlungen, Besetzungen und die Errichtung von Zeltlagern vermehrte Landzuteilungen an Landlose erkämpft. Seine Praxis von Kampf und Verhandlungen hat Verhandlungs- und Partizipationskanäle eröffnet. Interaktionen mit Exekutive, Legislative und Judikative, regelmäßige Beziehungen und strategische Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen, Kommunalregierungen, Sozialpartnern und Unternehmervän-

den schufen „neue Arenen der Legitimierung [...] durch Interessensvermittlung und Identitätsbegründung an Stelle von Klientelismus und Patronage“ (Calcagnotto/Gottwald 2003: 130). Indem der MST auf die Realisierung der staatsbürgerlichen und sozialen Rechte drängt, hat er einen Anteil daran, das traditionelle politische System von Elitenkonsens, Kooptation und Klientelismus zu desavouieren. Dies ist gleichbedeutend mit einer Vertiefung der Demokratie.

Im Gegensatz dazu ist es dem MST bislang nicht gelungen, die Durchführung einer umfassenden Agrarreform (verstanden als Abbau der hohen Grundbesitzkonzentration in Brasilien) zu beschleunigen. Trotz der gestiegenen Anzahl von Landreformsiedlungen hat sich der Konzentrationsgrad in den 1990er Jahren weiter erhöht. Zudem forderten paralegale und illegale Aktionen des MST (wie Besetzungen, vor allem diejenigen produktiver Landgüter) den demokratischen Rechtsstaat heraus und verursachten möglicherweise eine partielle Schwächung von rechtsstaatlich legitimierte Institutionen. Überzogene Forderungen und ideologisch motivierte Attacken führten zu einer nicht optimalen Nutzung von Verhandlungs- und Verteilungschancen (Calcagnotto/Gottwald 2003: 132).

Andererseits könnten die Strategien des MST zumindest mittelfristig zu emanzipatorisch wirksamen Veränderungen der brasilianischen Gesellschaft beitragen. Die offensiv geführte Diskussion um die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Aneignung von Produktionsmitteln, Ressourcen und Wissen thematisiert die Grundlagen von Machtkonzentration und Elitenkonsens. Die Ablehnung des vorherrschenden privatkapitalistischen Konzepts und die Versuche, in den vom MST verwalteten Landreformsiedlungen Prinzipien einer solidarischen Ökonomie zu verwirklichen (Singer 2002; vgl. auch Auinger in diesem Band), stellen die Hegemonie der kapitalistischen Eigentumsideologie öffentlichkeitswirksam in Frage. Der Kampf gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung, gegen den Imperialismus und für eine Teilhabe der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit an demokratischen Entscheidungsprozessen hat zu einer Politisierung des öffentlichen Diskurses geführt.

Zusammenfassend betrachtet kann der politische Beitrag des MST zur Vertiefung der brasilianischen Demokratie somit als ambivalent bezeichnet werden.

3.4 Das Konzept der *cidadania*

Eines der Hauptanliegen der MST-IdeologInnen ist die ökonomische, soziale und politische Entwicklung der SiedlerInnen hin zu einer Verwirklichung des Konzepts der *cidadania* (BürgerInnenrecht; vgl. dazu Alvarez et al. 2004). Zur Erreichung dieses Ziels werden mehrere Strategien verfolgt:

Zu nennen sind hier zum Ersten die Bemühungen des MST hinsichtlich einer Identitätsbegründung seiner Mitglieder. Der Aufbau gemeinsamer Wertvorstellungen, die Formulierung eines gemeinsamen Ziels, die Einführung von Symbolen und Mythen und vor allem die kollektiv erlebten prekären Bedingungen während Besetzungen und in Landreformsiedlungen sind wichtige Identität-stiftende Faktoren. KritikerInnen werfen dem MST allerdings vor, seine Mitglieder ideologisch zu verblenden und durch antikapitalistische Revolutionspropaganda an sich zu fesseln (Navarro 2000). In der Tat können dem MST Tendenzen zu einer ideologisch simplifizierenden Beeinflussung seiner Basis nicht abgesprochen werden (Salzer 2005).

Zum Zweiten versucht der MST, das politische Bewusstsein der Landlosen zu stärken und sie dazu zu motivieren, als eigenverantwortliche und engagierte StaatsbürgerInnen aufzutreten. Zu diesem Zweck besteht er intern auf grundsätzlich basisdemokratischen Verfahren und auf der Partizipation möglichst aller Mitglieder an Entscheidungsfindungsprozessen. Die Teilnahme an Verhandlungen mit Großgrundbesitzern und BehördenvertreterInnen führt zu einer Veränderung subjektiver Einstellungen, zur Wahrnehmung eines neuen Gleichgewichts zwischen „Mächtigen“ und „Ausgeschlossenen“. Die in einer Tradition des Gehorsams und einem Klima der Unterordnung sozialisierten Landlosen werden zu aktiven Subjekten ihrer eigenen Geschichte, zu neuen sozialen AkteurInnen. Zusätzlich versucht der MST, durch ein eigenes pädagogisches Konzept die Bewusstseinsbildung seiner Mitglieder – vom Kleinkind bis zur Erwachsenen – voranzutreiben. Das Konzept beruht unter anderem auf dem befreiungspädagogischen Ansatz von Paulo Freire, der eine politische und dialogische Form der Erziehung vertritt (Freire 1970).

Der Ausgestaltung der inneren Demokratie des MST werden jedoch auch Grenzen gesetzt. Die Leitungsgremien haben, zum Teil aus Angst vor Kooptation, zum Teil um die Nachhaltigkeit und Identität der Bewegung zu sichern, teilweise auch aufgrund von Machtansprüchen, eine völlige Durchlässigkeit von der Basis bis zur Spitze bisher verhindert.

Zum Dritten dient das Konzept der kollektiven Produktionsgenossenschaften einer Stärkung des organisatorischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhalts der *assentados/as* (SiedlerInnen). Durch alternative, teilweise kollektive Anbaumethoden und Wirtschaftsweisen konnte der ökonomische und soziale Erfolg vieler Landreformsiedlungen sichergestellt werden (Carvalho 2000). Dies ist mit Carvalho als gesellschaftlich und politisch konstruktiver Beitrag des MST zu bewerten. Allerdings stößt das Konzept der kollektiven Produktion auch auf erbitterten Widerstand innerhalb der Bewegung (vgl. dazu Abschnitt 4.).

Zum Vierten versucht der MST, das Problem der Diskriminierung von Frauen in allen seinen Aktivitäten und auf allen seinen organisatorischen Ebenen zu berücksichtigen und aufzuarbeiten. Eines von den sechs, auf seiner Homepage angeführten generellen Zielen (*Objetivos Gerais*) lautet: „Alle Formen sozialer Diskriminierung zu bekämpfen und die gleichberechtigte Partizipation von Frauen anzustreben“. Zudem gibt es seit dem Jahr 2002 einen eigenen Sektor des MST, der sich nur mit Frauen- und Gleichberechtigungsfragen inner- und außerhalb der Organisation beschäftigt. Wenn auch die Diskriminierung von Frauen und der Machismo innerhalb des MST keinesfalls als ausgeräumt gelten können, sind das Vorhandensein eines diesbezüglichen Problembewusstseins und vor allem die Formulierung von diesbezüglichen Prinzipien als allgemeine Ziele der Organisation positiv zu bewerten. Die öffentliche Thematisierung von Diskriminierung und ein Diskurs über Gleichberechtigung und Partizipation von Frauen stellen sowohl aus feministischer als auch aus demokratiepolitischer Perspektive einen konstruktiven Beitrag dar.

4. Die Diskrepanz zwischen Realität und Ideologie

Die politische Zielsetzung einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzung Brasiliens basiert auf der Überzeugung der MST-VordenkerInnen, dass die Demokratisierung der sozialen Beziehungen auf dem Lande nur durch eine radikale Umgestaltung des brasilianischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells erfolgen kann. Der Klassenkampf ist in ihrer von sozialistischem Gedankengut beeinflussten Ideologie ein zentrales Element. Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die Arbeit mehr Gewicht habe als das Kapital, müssen das „Modell der Eliten“ und der „Imperialismus“ der großen internationalen Organisationen bekämpft werden (MST 1991).

Die revolutionären Zielsetzungen werden von den realen Entwicklungen des brasilianischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems konterkariert. Aber auch und vor allem die eigene Klientel, die landlosen Bauern und Bäuerinnen, kann wenig bis nichts mit der von den MST-Führungskräften vertretenen Ideologie anfangen: Studien zeigen, dass die meisten der MST-SiedlerInnen schwerwiegende Vorbehalte gegen jegliche Art von sozialistischen Produktions- und Distributionssystemen äußern (Fabrini 2002; Silva 2002; Salzer 2005). Die vom MST angestrebte gesamtgesellschaftliche Umwälzung spielt im Denken und Alltag der *assentados/as* aber eine eher marginale Rolle. Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen ist vielmehr das Genossenschaftskonzept des MST, das die MST-IdeologInnen als Baustein und Vorbild einer gesamtgesellschaftlichen Transformation konzipiert haben.

Das ab 1987 vertretene Konzept der Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften basierte auf der Einsicht, dass der ökonomische, soziale und auch politische Erfolg der Landreformsiedlungen nur dann zu gewährleisten wäre, wenn die sozialen Produktionsbedingungen einem tiefgreifenden Modernisierungsprozess unterzogen würden. In diesem Sinne sollte das Konzept der autonomen bäuerlichen Produktion für den Eigenbedarf ebenso begraben werden wie die *ideologia artesanal* (die Handwerkerideologie; im Sinne von selbständig und alleine für den gesamten Produktionsprozess zuständig). Anstatt dessen muss an der Entwicklung eines „gemeinschaftlichen Bewusstseins“ und einer *ideologia obreira* (Arbeiterideologie) gearbeitet werden (MST/CONCRAB 1996: 47). Damit setzte der MST seine Hoffnungen auf die Einführung einer landwirtschaftlichen Massenproduktion und den Aufbau kollektiver Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Das Fernziel war die „Schaffung von sozialistischen Produktionsinseln inmitten eines kapitalistischen Sees“ (Branford/Rocha 2002: 93); idealerweise also eine vollständige Kollektivierung von Arbeit und Landnutzung, um einerseits eine ökonomische Besserstellung der SiedlerInnen zu erreichen, andererseits politische Zwecke zu erfüllen.

Das genossenschaftliche Modernisierungskonzept wurde jedoch von der MST-Basis – bis auf wenige Ausnahmen – von Anfang an ignoriert, wenn nicht bekämpft. Viele der Ende der 1980er Jahre gegründeten Produktionsgenossenschaften lösten sich wieder auf oder hatten mit massivem Mitgliederchwund zu kämpfen; ein Großteil von ihnen war überschuldet. Die Mehrzahl der *assentados/as* weigerte sich, kollektiven Einheiten beizutreten und auch unter den FunktionärInnen kamen Zweifel auf. Die Leitungsgremien des MST unterzogen das gesamte System hierauf einer gründlichen Evaluation.

Die Ergebnisse führten zu einer Aufweichung des rigiden Genossenschaftsgedankens. Obwohl Kooperativen nach wie vor als anzustrebende und fortgeschrittenste Formen von Zusammenarbeit galten, respektierte der MST den Wunsch der *assentados/as* nach individueller Produktionsweise zumindest auf dem Papier. Der für das Genossenschaftskonzept zuständige Sektor des MST sah seine Hauptaufgabe nun in der Bewusstseinsbildung der SiedlerInnen, es ging darum, das „Mein“ durch ein „Unser“ zu ersetzen und einen Prozess der allmählichen Entwicklung von Kooperation einzuleiten. Ökonomische Ziele (wie die Steigerung des Lebensstandards der angesiedelten Familien) sollten mit politischen, sozialen und organisatorischen Zielen verknüpft werden.

KritikerInnen betonen jedoch, dass die Bedeutung der sozialen und politischen Ziele nur auf dem Papier vorhanden war (Fabrini 2002: 86). Die Konzeption des Genossenschaftssystems basierte nach wie vor auf ökonomischen Zielsetzungen. Trotz aller Rhetorik galt die Kooperative weiterhin als höchste

und wertvollste Form der Organisation. Der Widerstand dagegen wurde als „fehlendes Bewusstsein“ diffamiert. Erst als sich aufgrund der Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Lage der Bauern und Bäuerinnen Brasiliens seit dem Ende der 1990er Jahre auch die Situation der Produktionsgenossenschaften des MST weiter verschärft hatte, reagierte die MST-Spitze. Die nun proklamierte neue Phase der Kooperation beinhaltet einen fundamentalen Richtungswechsel der ideologischen Konzeption. Anstatt wie bisher die kleinbäuerliche Subsistenzproduktion als reaktionär und ökonomisch rückständig zu bezeichnen, versucht der MST erstmals, die Produktion für die Selbstversorgung als notwendiges und wertvolles Standbein in sein Konzept zu integrieren. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die SiedlerInnen im Kapitalismus in einem Kreislauf der Armut gefangen bleiben müssen, welcher von der Unterordnung der Bodenrente unter das Kapital herrührt, wird die Produktion für den Eigenbedarf als „ökonomischer Rückhalt“, quasi als Basis der Produktion für den kapitalistischen Markt propagiert (Silva 2002: 237). Der MST versucht nun also, die beiden – bisher als unvereinbar und antagonistisch bezeichneten – Produktionskonzepte unter dem Deckmantel des Kooperationsprinzips miteinander zu verweben. Mit diesem Richtungswechsel ist auch die Hoffnung verbunden, den seit Einführung des Genossenschaftskonzepts schwelenden Konflikt zwischen der bäuerlichen und der kollektiven Organisation der Produktion beizulegen.

5. Gegenmacht und Befreiung?

Der MST kämpft nun seit mehr als zwanzig Jahren für die Verwirklichung seines alternativen ökonomischen und politischen Projekts. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft scheint die Realisierung seiner Ziele ein ziemlich schwieriges Unterfangen. Die Hegemonie des Liberalismus – in seiner autoritären und seiner sozialen Ausprägung – lässt die Erfolge des MST als einen Tropfen auf den heißen Stein erscheinen. Liberalismus, Kommodifizierung und Marktfundamentalismus sind jedoch keine unabänderlichen Sachzwänge, keine ein für allemal zementierten Strukturen. Strukturen können durch menschliches Handeln verändert werden, gesellschaftliche Spielregeln können neu gestaltet werden. Dazu braucht es jedoch Gegen-Macht.

Die Kämpfe der brasilianischen Landlosenbewegung sind ein Versuch, Gegenmacht aufzubauen. Dabei bleibt sie aber größtenteils einem mechanischen Gegenmachtsmodell verhaftet. Durch die Verfügung über Ressourcen – zunächst einmal Land, aber auch Geld, Kredite, Organisationsfähigkeit, Ein-

fluss, Medienpräsenz, Wissen, Beziehungen – erhofft der MST, seine Interessen durchzusetzen. Seine Gegner sind die Mächtigen, also diejenigen, die über mehr Ressourcen verfügen. In dieser klaren Hierarchie gibt es eindeutig „Gute“ (die Ausgebeuteten, Unterdrückten, Landlosen, das Volk etc.) und eindeutig „Böse“ (die Regierung, die internationalen Organisationen, das Kapital, die Großgrundbesitzer etc.). Der MST verfolgt somit einen moralischen Essentialismus, der ihm zwar Popularität und Zulauf der Massen beschert, auf lange Sicht hingegen kontraproduktiv sein könnte (vgl. Novy 2002).

Ein Foucault'scher Begriff von Macht könnte dem MST einen anderen Weg weisen. Mit Foucault ist Macht nichts Statisches, sondern fließt in sozialen Beziehungen. Da jede Person in zahlreiche Beziehungen eingebunden ist und gute und böse Elemente in sich vereint, gibt es keine moralische Essenz. Um soziale Beziehungen und damit auch Machtverhältnisse verändern zu können, geht es darum, in diesen Beziehungen richtig zu handeln. „Richtig“ kann dabei aber kein Synonym für „gut“ darstellen, sondern muss innerhalb der widersprüchlichen Realität jedes Mal aufs Neue definiert und verhandelt werden (Foucault, 1977, 1983).

Wie widersprüchlich die Realität, wie realitätsfern die Definition von „Gut“ und „Böse“ ist, zeigt der Kampf des MST. Während die *Sem terra* sich in einem kollektiven Prozess der Identitätsbegründung als Opfer von Unterdrückung und Ausbeutung erkennen, misshandeln sie ihre Frauen. Während die FührerInnen des MST die globale Wirtschaftspolitik geißeln, versuchen die Produktionsgenossenschaften der Bewegung ihre Produkte auf dem Weltmarkt zu platzieren. Während der individualisierende und Herrschaftsverhältnisse produzierende Charakter von Privateigentum denunziert wird, errichten die *assentados/as* Zäune um ihre Parzellen und träumen von einem neuen Auto.

Eine Gegenmachtsbewegung, die nicht auf einem moralischen Essentialismus aufbaut, muss diese Widersprüche reflektieren, muss sich ihnen aussetzen und in einem kollektiven Prozess der Ermächtigung Handlungsmöglichkeiten aufspüren. Dazu benötigen die Beteiligten „ein gemeinsames Verständnis und ein gemeinsames Wissen über die Welt“ (Novy 2004: 2). Der Weg zur Erlangung dieses Wissens ist weder ein einfacher noch ein geradliniger, es gibt auch kein a priori festgesetztes Ziel außer demjenigen der Befreiung.

Können die Strategien und Zielsetzungen des MST einen Prozess der Befreiung unterstützen, in welchem die *Sem terra* als Subjekte und GestalterInnen gesellschaftlicher Veränderungsprozesse wirken?

Zweifelsohne kann dem MST eine konstruktive Rolle innerhalb der brasilianischen politischen Kultur nicht abgesprochen werden. Er leistet einen Beitrag dazu, die bestehenden Verhältnisse offen zu legen, Alternativen denkbar

zu machen und Perspektiven zu eröffnen. Durch den Kampf um Land, die Besetzung desselben und die Errichtung von *assentamentos* hat der MST den Prozess der „Territorialisierung“ der *Sem terra* ermöglicht (Fernandes 1996).¹ Die Diskussion um das Genossenschaftsmodell und um die Notwendigkeit gesellschaftlicher Aneignung von Produktion und Ressourcen hat dazu geführt, die Unverletzbarkeit privater Eigentumsrechte als Basis von Machtkonzentration und Elitenkonsens zu thematisieren. Indem der MST die soziale Machtkonzentration auf dem Land bekämpft, hilft er, die Grundlagen von Klientelismus und Populismus anzuprangern und abzubauen. Seine Verhandlungserfolge und seine Rolle als Demokratisierungsakteur haben dazu beigetragen, das auf Ausgrenzung basierende Herrschaftsmodell in Frage zu stellen. Dennoch sind die Konzepte und Strategien, die Ideologie und der Diskurs des MST diskussionswürdig. Der MST ist nach wie vor männerdominiert und nur bedingt demokratisch aufgebaut, er hat fundamentalistische Tendenzen und elitäre Züge. Seine ideologische Positionierung schwächt seine Verhandlungsmacht und trägt ihm den Vorwurf der autoritären Bevormundung seiner Basis ein. Sein antikapitalistischer Diskurs und sein Festhalten an einer evolutionistischen Entwicklungslogik stehen im Widerspruch zu den Bedürfnissen seiner Klientel und ihrem Ideal der bäuerlichen Autonomie (Fabrini 2002). Die Strategien des MST führten einerseits zur Etablierung von Verhandlungskanälen mit staatlichen Instanzen, andererseits trugen sie zur Desavouierung rechtsstaatlicher Instrumente bei.

Gleichzeitig gibt es jedoch auch Anzeichen dafür, dass die Defizite und Fehlentwicklungen, die dem MST vorgeworfen werden können, innerhalb der Bewegung nicht unerkannt geblieben sind bzw. bleiben. In einem kontinuierlichen langjährigen Lernprozess scheinen die ProtagonistInnen des MST zu begreifen, dass die interne Demokratie als ständige Herausforderung betrachtet werden muss, dass Strategien und Konzepte nicht losgelöst von den Bedürfnissen ihrer Basis umgesetzt werden können. Ansätze und Zeichen dafür sind z.B. die Versuche zur kollektiven Ermächtigung ausgehend vom Bildungsansatz Paulo Freires, die in Grundschulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen des MST angestrengt werden, oder auch die Einsicht, dass das Genossenschaftskonzept nicht die alleinige und heilsversprechende Wahrheit für alle SiedlerInnen verkörpern kann. Auch die Bestrebungen, die Diskriminierung von Frauen innerhalb der Bewegung zu bekämpfen, zeugen von Lern- und Reflexionsfähigkeit der Bewegung.

Die Geschichte des MST zeigt, dass die Bewegung Herausforderungen und Krisen durchaus zu meistern imstande ist bzw. aus der Überwindung derselben sogar gestärkt hervorzugehen vermag (Silva 2002: 239). Wenn es dem

MST auch weiterhin gelingt, seine Schwächen zu reflektieren und zu bekämpfen, kann sein emanzipatorisches Potential mittelfristig als bedeutsam eingestuft werden. Ein Prozess der Ermächtigung und der Politisierung der *Sem terra*, der Freiheit als positive Freiheit im Sinne der „Möglichkeit, das eigene Leben zu gestalten und an einem Gemeinwesen teilzuhaben“ (Novy 2005: 1) zum Ziel hat, könnte durchaus in einer gesamtgesellschaftlich wirksamen Dynamik münden.

- 1 Fernandes versteht unter Territorialisierung die Konstruktion politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Beziehungen auf dem Wege ihrer Verortung in konkreten Räumen (Fernandes 1996)

Literatur

- Alvarez, Sonie E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (2004): Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Avritzer, Leonardo (2002): Democracy and the Public Sphere in Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
- Branford, Sue/Rocha, Jan (2002): Cutting the Wire. The story of the landless movement in Brazil. London: Latin America Bureau.
- Calcagnotto, Gilberto/Gottwald, Markus (2003): Mehr oder weniger Demokratie? Der Beitrag der Landlosenbewegung MST zur Vertiefung der Demokratie in Brasilien. Beiträge zur Lateinamerikaforschung. Hamburg: Institut für Iberoamerikakunde.
- Carvalho, Maria do Carmo A. (2002): A Participação Social no Brasil Hoje. <http://www.dhnet.org.br/direitos/textos/ParticipacaoPol>, 30.5.2005.
- CONCRAB (1997): Sistema Cooperativista dos Assentados. São Paulo: Concrab.
- Fabrini, João Edmilson (2002): O projeto do MST de desenvolvimento territorial dos assentamentos e campesinato. In: Terra Livre Ano 18 (n. 19), 75-94.
- Faria, Luiz Augusto Estrella (1998): Regionale Integration und Entwicklung im Cono Sur. In: Journal für Entwicklungspolitik XIV (2), 167-191.
- Fernandes, Bernardo Mançano (1996): MST: formação e territorialização em São Paulo. São Paulo: Editora Hucitec.
- Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freire, Paulo (1970): Pedagogia do Oprimido. Rio de Janeiro: Editora Paz e Terra.
- Gancho, Candida Viales/Lopes, Helena de Queiroz Ferreira/ Toledo, Vera Vilhena de (1995): A Posse da Terra. São Paulo: Editora Ática.

- Guimarães, Juarez (2000): Os sem-terra e a razão republicana. In: Conjuntura Política-Junho 2000. <http://www.cevep.ufmg.br>, 30.5.2005.
- MST (1991): Documento básico do MST. Piracicaba: MST.
- MST/CONCRAB (1996): Cooperativas de Produção. Questões Práticas. São Paulo: MST.
- Navarro, Zander (2000): MST: Decifrar é preciso. <http://www.dataterra.org.br/documentos/zanderMST.htm>, 30.5.2005.
- Novy, Andreas (1998): Raum, Macht und Entwicklung in Brasilien. Habilitationsschrift. Eingereicht am Institut für Raumplanung und Regionalentwicklung an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Novy, Andreas (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Reihe Geschichte, Entwicklung, Globalisierung, Band 5. Frankfurt am Main, Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Novy, Andreas (2004): Von der Entwicklung zurück zur Befreiung. Die Entwicklungsforschung vor neuen Herausforderungen. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Novy, Andreas (2005): Befreiungspädagogische Anregungen für die Entwicklungsforschung. Unveröffentlichtes Manuskript.
- O'Donnell, Guillermo (2002): Reflexões sobre as democracias sul-americanas contemporâneas. In: Política Externa 11 (1, Juni-August), 66-77.
- Oliveira, Arioaldo U. de (1994): A Geografia das Lutas no Campo. São Paulo: EDUSP.
- Paasch, Armin (2003): Marktgestützte Landreformen: Eine Zwischenbilanz aus menschenrechtlicher Perspektive. In: Journal für Entwicklungspolitik XIX (1), 22-39.
- Salzer, Irmi (2005): Landnutzung, Frauen und Ökonomie(verständnis). Theorie und Praxis der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Diplomarbeit an der Universität für Bodenkultur Wien.
- Silva, Tânia Paula da (2002): Fundamentos teóricos do cooperativismo agrícola e o MST. In: Terra Livre Ano 18 (n. 19), 229-242.
- Singer, Paul (2002): Introdução á Economia Solidária. São Paulo: Fundação Perseu Abramo.
- Stédile, João Pedro (1997): A questão agrária no Brasil. São Paulo: Atual Editora.

Abstracts

Die brasilianische Landlosenbewegung MST leistet einen mehrdimensionalen Beitrag zur Vertiefung und Erweiterung der Demokratie in Brasilien. Die Ambivalenz der Zielsetzungen und Strategien des MST spiegelt sich sowohl in seinem Verhältnis zur Zivilgesellschaft und zur Politik als auch in der Beziehung zwischen der Spitze der Bewegung und ihrer Basis. Die Erfolge des MST und seine Rolle als Demokratisierungsakteur haben dazu beigetragen, das auf Ausgrenzung basierende Herrschaftsmodell in Frage zu stellen. Seine ideologische Positionierung schwächt andererseits seine Verhandlungsmacht und trägt ihm den Vorwurf der autoritären Bevormundung seiner Basis ein. Die Versuche zur kollektiven Ermächtigung seiner Mitglieder ausgehend vom Bildungsansatz Paulo Freires wiederum könnten einen Prozess der Politisierung und Befreiung der *Sem terra* einleiten.

The Brazilian landless people's movement MST contributes in a multidimensional manner to the consolidation of Brazilian democracy. The ambivalence of objectives and strategies of the MST reflects in its relationships both to the political system and civil society and also between the head of the movement and its base. The achievements of the MST and its struggle for democratisation have weakened the legitimation of the traditional ruling elites and challenged their regime based on clientilism and social exclusion. On the other hand, the ideological positioning of the movement undermines its negotiation power and leads to the allegation of paternalizing its base. In turn, the efforts to support a process of collective empowerment within the movement, inspired by the educational concept of Paulo Freire could promote a process of politicization and liberation of the *Sem terra*.

Irmi Salzer
7532 Litzelsdorf 204
irmi.salzer@opk.at

BARBARA NOTHEGGER

**Die zapatistische Autonomie und Medien –
Beispiel Radio Insurgente**

*„Die Rolle der Medien in der gegenwärtigen Politik zwingt uns
zu der Frage, in was für einer Welt wir leben wollen, und vor al-
lem, in welchem Sinn diese Gesellschaft demokratisch verfasst sein
soll“.*

NOAM CHOMSKY

Auch mehr als zehn Jahre nach ihrem bewaffneten Aufstand in den ersten Monaten des Jahres 1994 rückt die zapatistische Bewegung im Süden Mexikos in den Blickpunkt von SozialforscherInnen und Intellektuellen. Denn die ZapatistInnen, bestehend aus ihrem militärischen Arm, dem *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN), und ihrer zivilen Basis, überraschen immer wieder mit der schrittweisen Umsetzung radikal-demokratischer und emanzipatorischer Praktiken und Denkformen – trotz des anhaltenden Drucks des mexikanischen Militärs: Von einer kollektive Arbeitsorganisation (Gerber 2004) über eine partizipative Politikform (Le Bot 1997; Street 1999; Holloway 2002; González Casanova 2003; Lopez y Rivas 2004) bis hin zu einer ständigen Interaktion und Diskussion mit der chiapanekischen, mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft (RedAktion 1997; Nolasco 1999; Haug 2003).

Besonderes Interesse weckt die zapatistische Bewegung hinsichtlich ihres progressiven Zugangs zu und Umganges mit Medien. Nur wenige Bewegungen oder aufständische Gruppen schafften es vor ihnen sich Massenmedien derart geschickt zu Nutze zu machen (Ibarra 1995; Huffschmid 1997; Huffschmid 2004) und neue Medien wie das Internet derart wirksam einzusetzen (Clever 1998a, 1998b; Lins Ribeiro 1998; Budka 2004). Der Soziologe Manuel Castells bezeichnet die EZLN daher zu Recht als „first informational guerrilla movement“ (Castells 1997: 80), Wolfgang Fritz Haug spricht von einer „Diskursguerilla“ (Haug 1999: 159).

Dennoch wurde dieser „Krieg in der medialen Arena“ (Ibarra 1995) weitgehend überschätzt. Vor allem im Kontext euphorischer Debatten um das demokratische Potential und die demokratisierende Wirkung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien muss berücksichtigt werden, dass die Mehrheit der indigenen Bevölkerung einschließlich der ZapatistInnen keinen Zugang zu neuen Medien wie dem Internet haben. Der Bevölkerungsanteil mit Zugang zum Internet liegt in Mexiko bei elf Prozent, hingegen in den USA bei rund achtzig Prozent (Internetworldstats 2005). Einen weitaus zentraleren Stellenwert in der Diskussion über die Rolle der Medien im zapatistischen Kontext, und vor allem hinsichtlich eines Mediums für die ZapatistInnen selbst, hat das Radio. Die ZapatistInnen gründeten im Februar 2003 ihre eigene Radiostation mit dem Namen Radio Insurgente („Rebellisches Radio“). Wissenschaftliche Reflexionen dazu liegen bis dato nicht vor.

Das Thema einer tiefergehenden Betrachtung zu unterziehen, scheint überdies aus zwei Gründen besonders fruchtbar und sinnvoll: Einerseits deshalb, weil die ZapatistInnen immer wieder und in vielerlei Hinsicht Anstoß für Diskussionen und alternative Praktiken gaben (Brand 1999; Brand/Hirsch 2003; Colectivo Situaciones 2003). Daher wäre durch Radio Insurgente ein Impuls für einen emanzipatorischen Gebrauch von alternativen Medien und für eine weitere Diskussion über alternative Medien für andere Kontexte denkbar. Andererseits, weil eine konsistente „Theorie der alternativen Medien“ bis heute ausständig ist. Einige TheoretikerInnen legten zwar Ansätze vor (Enzensberger 1970; Prokop 1974; McLuhan 1997; Oy 2001). Doch, besonders im Hinblick auf Lateinamerika, ergab sich bis dato keine zufriedenstellende theoretische Behandlung der Thematik. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Rolle von Medien am Beispiel des Radios für eine herausragend alternative Bewegung – wie es die ZapatistInnen sind – herauszuarbeiten. Indirekt können damit auch Anregungen für die Rolle von Medien in radikalen Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika und darüber hinaus gegeben werden. Eine differenzierte Herangehensweise, die auch Spannungen und Widersprüche des neuen Medienprojektes dieser bekannten Bewegung nachgeht, soll zudem erste Anknüpfungspunkte für weiterführende theoretische Überlegungen liefern.

Zunächst wird die zapatistische Bewegung als Ganzes beleuchtet. Medien dienen, so der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit, neben der Unterhaltung, „der Kommunikation im Publikum“ (Habermas 1990: 55). So fungieren sie, wie Oy (2001: 40) dies ausdrückt, als Verstärker schon vorhandener Informations- und Kommunikationsstrukturen. Daher wird zu Beginn der Arbeit das soziale Umfeld dieses Publikums und dessen Struktur beleuchtet. In einem zweiten Schritt wird auf Radio Insurgente selbst eingegangen. Die Organisati-

on und Inhalte des Radios und dessen Rolle innerhalb der zapatistischen Bewegung sollen herausgearbeitet werden. Abschließend werden erste Schlussfolgerungen zur Frage nach der Rolle und Bedeutung von Radio Insurgente in der zapatistischen Bewegung, der emanzipatorischen Praxis des Radios und den Anknüpfungspunkten für alternative Medienprojekte außerhalb Chiapas sowie weitergehende theoretische Überlegungen gezogen.

1. Die Wurzeln des Zapatismus

Der Zapatismus als politische Strömung zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er als Prozess verstanden wird. „Den Zapatismus gibt es nicht“, meinte Subcomandante Marcos einmal und deutete darauf hin, dass sich die Bewegung permanent entwickelt. Das Motto lautet dabei *preguntando caminamos* („fragend schreiten wir voran“) (Cecena 1999: 38). Der Zapatismus bezieht sich daher nicht, so wie es Brand und Hirsch (2003: 841) treffend ausdrücken, auf vorgefertigte „Wahrheiten“. Stattdessen steht die kontinuierliche Suche nach selbstbestimmten gesellschaftlichen Praktiken im Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund dieses Anspruches ist auch eine Untersuchung des Umgangs mit Medien besonders interessant.

Die EZLN wurde Anfang der 1980er Jahre von einer Hand voll Leuten aus der StudentInnenbewegung der 1968er Jahre und einer kleinen Guerrilla-Gruppe, die in den 1970er Jahren entstanden war, in den Bergen Chiapas' gegründet. Anfangs lebte die EZLN isoliert von der ansässigen indigenen Bevölkerung und vertrat klassische avantgardistische politische Haltungen (Kerkeeling 2003: 137). Erst die harten Lebensbedingungen und die Erkenntnis, dass das Konzept der Guerilla nicht der potentiellen Basis der ansässigen Maya-Gruppen, wie *Tzeltales*, *Tzotziles*, *Choles*, *Jacaltecos*, *Tojolabales* oder *Zoques*, entsprach, führten zu einer Annäherung. Mitglieder der EZLN erlernten indigene Sprachen und interessierten sich für traditionelle, indigene Organisationsprinzipien. Die Indigenen ihrerseits, darunter auch viele Frauen, schlossen sich der militärischen Bewegung nach und nach an. Oft wurde die EZLN zur Verteidigung gegen paramilitärische Gruppen zu Hilfe gerufen (Marcos 1994: 151 f.; Muñoz Ramírez 2004a).

In den ersten Jahren des Bestehens der EZLN fand jener Austausch zwischen den klassischen Guerrilla-Konzepten und indigenen Traditionen statt, der die politischen Positionen und die Philosophie des Zapatismus bis heute prägt. So wird ein zentrales Entscheidungsprinzip auf *Tzeltal* „*huoc ta huoc*“ („sammeln, wiedergeben und wieder sammeln“) genannt und bezeichnet eine politische Form, die stark basisdemokratische, partizipative Züge trägt.

Entscheidungen werden demnach in traditionellen Dorfversammlungen erst dann getroffen, wenn Einstimmigkeit bzw. eine ausgehandelte Einstimmigkeit herrscht (Kerkeling 2003: 139; Munoz Ramírez 2004b). Führer dürfen daher nur in der kontinuierlichen Übereinstimmung mit der Basis handeln. Ausgedrückt wird diese politische Herangehensweise auch mit dem zentralen Prinzip des *mandar obedeciendo* („gehorchend befehlen“). Weiters gelten als politische Prinzipien: *revocación del mandato* („Auflösbarkeit des Mandates“), *gobernar como servicio* („Regieren als Dienst“), *autogestión y autoorganización del poder social* („Selbstverwaltung“ und „Selbstorganisation der sozialen Kräfte“), *representar y no suplantar* („vertreten aber nicht ersetzen“), *proponer y no imponer* („überzeugen statt siegen“) (González Casanova 2003; Lopez y Rivas 2004: 66).

2. Der Kampf um Autonomie

Die neoliberale Wirtschaftspolitik der mexikanischen Regierung Anfang der 1990er Jahre verschärfte die bereits ohnedies prekäre Lage der chiapanekischen Bevölkerung (Ricardez 1999: 46 f.). Die Basis der EZLN beschloss unter den dramatischen Lebensbedingungen mittels einer breiten *Consulta* (einer Umfrage unter der Basis) den bewaffneten Aufstand. Beginnend mit dem 1. Jänner 1994, Datum des In-Kraft-Tretens des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, nahm ein zwölfjähriger Bürgerkrieg seinen Lauf (Ricardez 1999: 60 f.). Die mexikanische Regierung sandte rund 17.000 Bundessoldaten. Auch heute sind noch mindestens 6.000 Soldaten in Chiapas stationiert. Neben den Bundessoldaten waren und sind auch (regierungstreue) paramilitärische Gruppen in Chiapas aktiv. Die zentralen Forderungen der ZapatistInnen sind bis heute „Arbeit, Land, Unterkunft, Nahrung, Gesundheit, Ausbildung, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden“ (EZLN 1993) und das Recht auf Autonomie, verstanden als „politische Rechte, eigene Angelegenheiten nach selbst bestimmten kulturellen Prioritäten, Normen und Kriterien zu gestalten“ (Kuppe 2004: 43).

In diesem Sinne beziehen sich die zapatistischen Autonomieforderungen auf „interne Organisationsformen [hinsichtlich] des Sozialsystems, der Rechtssysteme, der politischen Vertretungsbefugnis, des Landes und des Territoriums, der Sprache, der Kultur, der ethnischen Angelegenheiten und der Kommunikationsmedien“ (Lopez y Rivas 2004: 68). Die Autonomie ist dabei nicht gegen die „nationale Einheit“ im Sinne einer Abspaltung Chiapas' gerichtet, sondern soll lediglich Kompetenzen zwischen Dorfgemeinden und nationalen und regionalen Regierungsinstanzen festlegen, Gemeinden, so wie es der indigenen Auffassung

entspricht, als öffentliche Körperschaften definieren und die Übertragung öffentlichen Eigentums auf Gemeinden und Bezirke regeln (Lopez y Rivas 2004: 68).

Mehrmals wandten sich die ZapatistInnen mit ihren Forderungen an den mexikanischen Staat: In den Friedensverhandlungen unmittelbar nach dem Krieg; in den von der EZLN und der mexikanischen Regierung im Mai 1995 unterzeichneten Abkommen von San Andrés (*Acuerdos de San Andrés*), die diese Autonomieberechtigungen festlegen, sowie im Zuge einer parlamentarischen Anhörung im April 2001. Ihre Bemühungen scheiterten aber jedes Mal (Boron 2003; Munoz 2004a). Lediglich eine unter dem Namen *Ley Indígena* bekannte Gesetzesnovelle wurde 2001 vom Senat und Kongress verabschiedet. Nach Auffassung der EZLN-Führung weicht das *Ley Indígena* aber derart massiv von den bis dahin mit der Regierung vereinbarten Rechten ab, dass die EZLN-Führung von der „verfassungsrechtlichen Anerkennung der Rechte und Kultur der Großgrundbesitzer und Rassisten“ spricht (Kerkeling 2003: 189).

3. Zapatistische Autonomie

Parallel zu ihrem auf den Staat bezogenen politischen Kampf bauen die ZapatistInnen seit 1994, trotz Fehlens eines legalen Rahmens, autonome Strukturen auf. Bereits kurz nach dem Krieg kam es zu Landbesetzungen durch zapatistische, landlose Bauern und Bäuerinnen. Die ZapatistInnen eigneten sich dabei ungefähr 340 Ländereien mit insgesamt 100.000 Hektar an. Wie viel Hektar insgesamt bis heute im Besitz der ZapatistInnen sind, ist unklar (Kerkeling 2003: 171). Dazu setzte ein Prozess ein, in welchem unter großer ziviler Beteiligung Dorf-, Gemeinde-, und Landkreisregierungen für besetzt erklärt wurden. 38 der 111 chiapanekischen *municipios* (Landkreise) deklarierten sich als autonome, „rebellische Landkreise“. Auf diese Weise etablierte sich eine oppositionelle Administration. In den autonomen Gemeinden wurden „Autoritäten in Rebellion“ bestimmt, die sich am Prinzip des oben skizzierten Prinzips des *mandar obedeciendo* und an den „Revolutionären Gesetzen“ der EZLN orientieren. Die „Revolutionären Gesetze“ – die ersten wurden 1993 beschlossen – zielen vor allem auf die kollektive Bearbeitung des Landes, Frauenrechte und den Aufbau von unabhängigen Strukturen ab (Kerkeling 2003: 175). Dennoch wird nicht jede Gemeinde, die sich als zapatistisch erklärt, ausschließlich von ZapatistInnen bewohnt. Einige Gemeinden sind, was die politische Zugehörigkeit ihrer BewohnerInnen betrifft, gespalten. So leben ZapatistInnen mit regierungstreuen Bauern und Bäuerinnen oder heimlichen Paramilitärs Tür an Tür.

Obwohl die Zapatistinnen von Anfang der Bewegung an die Rechte der Frauen thematisierten – das „Revolutionäre Frauengesetz“ wurde 1993 beschlossen – und Zapatistinnen im Kampf 1994 eine zentrale Rolle spielten (rund 30 Prozent der *Comandantes* der EZLN sind weiblich), herrschen in der zivilen Basis bis heute traditionelle patriarchale Strukturen vor. Auf diese Ambivalenz weisen Rojas (1996) und Lovera/Palomo (1997) hin. Daher ist der Anteil der Frauen in politischen Funktionen wie in den unten beschriebenen *Juntas* sehr gering. Oft ist es nur eine Frau, die in der acht- bis zehnköpfigen *Junta* vertreten ist. Auch was die Schulbildung betrifft, ist es Mädchen von der Familie aus nicht gestattet, in die Schule zu gehen. Viele Frauen und Mädchen sprechen daher auch nicht Spanisch (Munoz Ramírez 2003b, 2003c). Dennoch wird diesem Umstand innerhalb der Bewegung zunehmend mehr Beachtung geschenkt und aktiv – in Form von Frauenkooperativen oder Bildungspolitik – entgegengewirkt.

Der Aufbau der Autonomie erlebte mit der Gründung von fünf überregionalen Verwaltungs- und Koordinationszentren, den so genannten *Caracoles* (Schnecken, Muscheln), im August 2003 einen Höhepunkt. Seit diesem Zeitpunkt dienen die *Caracoles* als Vermittlungsstelle zwischen den einzelnen Gemeinden und mit VertreterInnen aus dem Feld der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft (Hofbauer 2003). Darüber hinaus sind sie Sitz der so genannten *Juntas de Buen Gobierno* (Räte der Guten Regierung) – im Gegensatz zur „schlechten Regierung“ des Staates (Brand/Hirsch 2003: 838). Die *Juntas* bestehen aus acht bis zehn gewählten Mitgliedern der jeweiligen autonomen Gemeinde- und Landkreisregierungen, die alle ein bis zwei Wochen rotieren. Sie arbeiten ehrenamtlich und werden von ihrer Heimatgemeinde unterstützt (Plotzki 2004). Die fünf *Caracoles* befinden sich in:

Caracol 1: La Realidad „Madre de los Caracoles del mar de nuestros sueños“

Caracol 2: Morelia

Caracol 3: La Garrucha „Resistencia hacia un nuevo amanecer“

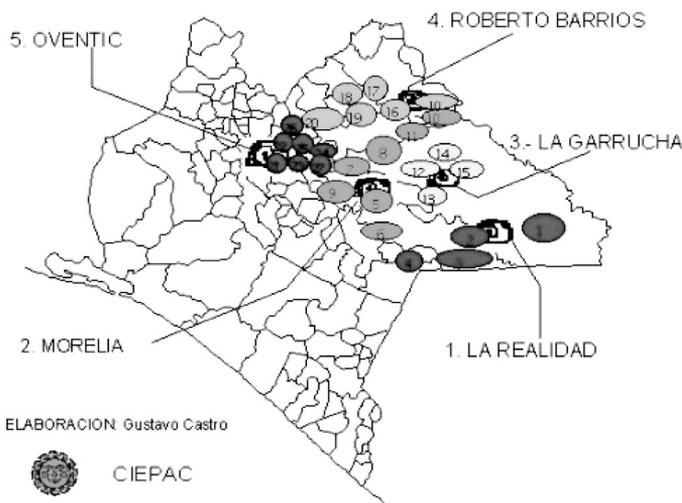
Caracol 4: Roberto Barríos „Que habla para todos“

Caracol 5: Oventic „Resistencia y rebeldía por la humanidad“

(Munoz Ramírez 2004c).

Die ZapatistInnen lehnen seit 1994 bewusst jegliche staatliche „Hilfe“ ab. Stattdessen arbeiten sie selbst an verschiedenen autonomen Projekten. Erlöse aus solchen Initiativen, wie der Verkauf von Kaffee aus einer Kaffeekooperative, sowie die monetäre Unterstützung durch mexikanische und internationale Organisationen und Einzelpersonen sowie der Tauschhandel innerhalb der zapatistischen Gemeinschaft, dienen der Finanzierung der Projekte (Kerkeling

 **LOS CARACOLES DEL EZLN**
LAS JUNTAS DE BUEN GOBIERNO EN CHIAPAS



Quelle: Ciepac (2005: <http://www.ciepac.org/images/maps/caracol03.jpg>)

2003: 176; Munoz Ramírez 2004b). Im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stehen der Aufbau eines zapatistischen Gesundheitssystems, die Organisation von Produktions- und Vermarktungskoopertiven sowie ein eigenes Schulsystem.

1 Die ZapatistInnen verfügen über zwei eigene Krankenhäuser, die sich in den *Caracoles* La Realidad und Oventic befinden. Sehr viele Landkreise haben eine eigene, kleine Klinik oder wenigstens eine *casa de salud* (Gesundheitszentrum). Die Behandlung in den zapatistischen Gesundheitseinrichtungen ist für ZapatistInnen gratis. Auch Nicht-ZapatistInnen kommen regelmäßig für Untersuchungen und zur Behandlung, da auch sie, genau so wie ihre zapatistischen Nachbarn, staatlich schlecht versorgt werden.

2 Bildung ist für die ZapatistInnen ein zentraler Bestandteil, um Widerstand zu leisten. Fast jedes Dorf verfügt daher über eine eigene Schule. Viele junge Indigenas wurden, zunächst von Helfern aus Italien und Mexiko Stadt, zu Lehrern ausgebildet. Mittlerweile lernten die ZapatistInnen, selbst LehrerInnen auszubilden. Alleine im *Caracol* Roberto Barrios gibt es 159 *Escuelas en Resistencia* (Schulen im Widerstand), in welchen 4.000 zapatistische Mädchen und Buben unterrichtet werden.

3 Die wichtigsten Kooperativen sind die Kaffeekooperativen „Mut Vitz“ und „Ya'chil Xojobal Chu'lcha'n“ im *Caracol* Oventic. Rund 1.500 Kleinbäuerinnen und -bauern sind in den beiden Kooperativen organisiert und exportieren biologisch angebauten Kaffee nach Europa und in die USA (Munoz Ramírez 2004c).

Darüber hinaus arbeiten die ZapatistInnen an einer Reihe von anderen ökonomischen Projekten. Es existieren in der zapatistischen Zone Kooperativen wie Webereien, Schweine- und Hühnerzüchtereien, Bäckereien, Kunsthandwerksbetriebe oder Lager für landwirtschaftliche Produkte. Einige *Caracoles* verfügen über ein Internetcafe, es gibt Umweltprojekte, ein Laboratorium für Naturkräuter, Sportplätze etc. Im Frühjahr 2002 startete überdies der Betrieb eines für die lokalen Verhältnisse breiten Mediums: Des zapatistischen Radiosenders „Radio Insurgente“ mit dem Untertitel „La voz de los sin voz – voz de la EZLN“ (Stimme der Stimmlosen – Stimme der EZLN).

4. Radio Insurgente:

Das neue lokale Medienprojekt der ZapatistInnen

Das Radio ist in Mexiko jenes Medium unter den Massenmedien, welches über die höchste Reichweite verfügt und somit auch für abgelegene Regionen wie Chiapas nutzbar ist. Zwar ist das Fernsehen das zentrale, nationale Medium. In Chiapas spielt es jedoch, abgesehen von einigen Fernsehgeräten, die kollektiv verwendet werden, eine weniger relevante Rolle (Hayes 2000: 116; Fuhrmann 2004).

In Mexiko senden über 1.000 Radiostationen. Die genaue Anzahl *der radios comunitarias* darunter ist aber offen. 21 Stationen, die Mitte der 1980er Jahre vom staatlichen *Instituto Nacional Indigenista* (Nationales Indigena-Institut – INI) gegründet wurden um ein Ventil für die Proteste indigener Gruppen zu schaffen, senden über ganz Mexiko verteilt für Indigene (Gutiérrez Rentería 2001). In Chiapas und im zapatistischen Gebiet ist dies der Sender Radio Las Margaritas bzw. XEVFS La Voz de la Frontera (Vargas 1995). Es muss davon ausgegangen werden, dass viele der *radios comunitarias* in der Illegalität arbeiten. Denn die *radios comunitarias* werden nicht explizit im bundesweiten Radio- und Televisionsgesetz (*Ley Federal de Radio y Televisión*) anerkannt. Es existieren zwar Mechanismen – wie die Verleihung einer *concesión* (Konzession) oder einer *permiso* (Erlaubnis) – die zu einer staatlichen Anerkennung der *radios comunitarias* führen. Doch das Versprechen seitens der Regierung, diese Erlaubnisse zu erteilen, ist bis dato nicht vollständig erfüllt (Villanueva 2005; AMARC 2005). Auch Radio Insurgente sendet illegal.

Die chiapanekischen Indigenen klagten stets über rassistische Tendenzen bei den in Chiapas zu empfangenden Radioprogrammen. Nicht nur kommerzielle Sender, wie das dominierende Radio Comitán, sogar das staatliche „Indigenenradio“ Radio Las Margaritas, wurden für diskriminierende Praktiken, regierungskonforme Inhalte und die Ausblendung spezifischer, lokaler Anliegen und Probleme der indigenen Bevölkerung kritisiert (Fuhrmann 2004: 274). Dieses Manko veranlasste eine Hand voll zapatistischer Frauen Radio Insurgente ins Leben zu rufen.

4.1. Radio Insurgente in der Tradition der radios comunitarias

Radio Insurgente, auf Deutsch „Rebellisches Radio“, wurde von einer Gruppe zapatistischer Frauen im Februar 2002 gegründet. Mittlerweile engagieren sich auch Männer beim Radio. Radio Insurgente kann als ein typisches Lokalradio in der Tradition der *radios comunitarias* gesehen werden. *Radios Comunitarias*, auch als *radios alternativas*, *radios populares*, *radios libres* oder *radios participatorias* bezeichnet, entstanden in Lateinamerika in unterschiedlichsten Kontexten und mit den verschiedensten Zielen. Die ersten *radios comunitarias* waren Radios, die von Minenarbeitern in bolivianischen Bergwerken Ende der 1950er Jahre gegründet wurden. Auch die katholische Kirche initiierte in den vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl von Radioprojekten in ganz Lateinamerika (Mata 1994; Jerolitsch 1998; Kuhl 2000; Strack 2003). Bekannt wurden auch Propaganda- und Widerstandsradios wie das 1980 gegründete El Salvadorianische Radio Venceremos (López Vigil 1994). Heute reicht das Spektrum der *radios comunitarias* von staatlichen „Indigena-Radios“ über urbane Stadtteilradios wie die *Favela*-Radios in Sao Paulo bis hin zu Radios, die von breiten sozialen Bewegungen wie dem brasilianischen *Movimento Sem Terra* initiiert wurden oder feministischen Radioprojekten wie dem Radio Internacional Feminista (Einen aktuellen Überblick gibt ALER 2004). Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, dass jeder Versuch, eine allgemeine Charakteristik oder eine Definition solcher Radiosender entwerfen zu wollen, stark vereinfachend sein muss. „Popular radio broadcasting in Latin America is diverse, heterogenous and changing. However, among such diversity there is something in common. [...] Popular communication attempts to allow popular subjects to communicate among themselves and with society, without the restrictions implied by the manipulated participation offered by the hegemonic system of mass media“ (Mata 1994: 202). *Radios comunitarias* dienen also, im Gegensatz zu Massenmedien, der Kommunikation unter dominierten und marginalisierten Bevölkerungsschichten – jenen, die Mata mit *popular subjects* bezeichnet und die im mexikanischen Kontext üblicherweise indigen sind. Die

Mehrheit der AutorInnen konstatiert *radios comunitarias* auch einen hohen Bildungs- und Kulturanspruch (Mata 1994; AMARC 2005). Zusammenfassend schreibt Lòpez Vigil: „The purpose [of community radios] is to build community life“ (AMARC 2005). Die Frage, inwieweit *radios comunitarias*, wie Albert (1997) dies meint, nicht kommerziell sein dürfen und inwieweit sie danach trachten müssen, hierarchische Strukturen zu verändern oder abzubauen, um als *radios comunitarias* zu gelten, wird von (betroffenen) RadiomacherInnen im Kontext der *radios comunitarias* und TheoretikerInnen sehr unterschiedlich beantwortet.

Radio Insurgente, welches im Rahmen dieser Arbeit einer näheren Betrachtung unterzogen wird, kann dabei, wie im Folgenden deutlich wird, als Radio gesehen werden, das, wie die meisten *radios comunitarias*, einen starken lokalen Bezug hat. Es ist aber, im Gegensatz zu vielen anderen Radioprojekten, in eine breite und starke Bewegung eingebunden. Darüber hinaus trägt es Züge eines Propagandaradios und eines feministischen Radios. Radio Insurgente ist gewissermaßen eine „Mischform“ verschiedener Ausprägungen der *radios comunitarias*, wobei der Aspekt des „Lokalradios“ überwiegt.

4.2. Die Arbeitsweise von Radio Insurgente

Radio Insurgente besteht insgesamt aus drei verschiedenen Radiostationen, die gemäß ihrer Lage und ihrer technischen Ausrüstung ein Programm realisieren (Munoz Ramírez 2004c). Zu hören sind die Sendungen in fünf verschiedenen chiapanekischen Regionen, vom Hochland bis zur *Selva Fronteriza* (Grenz-Urwald) und der *Selva Tzetal* (Tzetal-Urwald). Zudem verfügt Radio Insurgente über ein zentrales Aufnahmestudio (Radio Insurgente 2005). Alle Stationen arbeiten auf UKW, eine Station zusätzlich auf Kurzwelle, so dass deren Programm auch in anderen Regionen hörbar ist, sogar in Guatemala und El Salvador. Auf der Homepage von Radio Insurgente (www.radioinsurgente.org) werden wichtige Beiträge als Archivmaterial gespeichert (Munoz Ramírez 2004b).

Radio Insurgente agiert, was die Produktion der Sendungen betrifft, unabhängig. In politischen Fragen allerdings ist das Radio in die zapatistischen Strukturen eingeordnet. Das bedeutet, dass bestimmte Programme, vor allem Sendungen über Frauenrechte, mit den örtlichen, politischen Vertretern in Dorfversammlungen besprochen und genehmigt werden müssen. Ähnlich wie alle anderen zapatistischen Projekte erhält sich der Sender durch Spenden und den Verkauf von Eigenproduktionen auf CD (beispielsweise von Subcomandante Marcos geschriebene und gesprochene Hörspiele). Radio Insurgente arbeitet nicht-kommerziell und, wegen der beschränkten finanziellen Mittel, mit

einer bescheidenen technischen Ausrüstung. Des Öfteren kommt es deshalb zu Sendungsausfällen (Fuhrmann 2004: 274). Immer wieder kommt es auch zu Störungen und Interferenzen durch die Bundesarmee und paramilitärische Gruppen, die den Sender bekämpfen wollen (Azzellini 2003; Fuhrmann 2004; Munoz Ramírez 2004b).

Die Verfolgung durch das Militär und paramilitärische Gruppen sowie die durch Geldknappheit begrenzten Möglichkeiten sind daher auch die größten Schwierigkeiten, mit denen die RadiomacherInnen von Radio Insurgente konfrontiert sind. Im Gegensatz zu den vor Radio Insurgente in Chiapas existierenden Radios nimmt sich das zapatistische Radio, wie im Folgenden nun gezeigt wird, den Bedürfnissen „seines“ Publikums an, indem es – ohne die rassistischen Tendenzen der anderen Radios und die traditionellen patriarchalen gesellschaftlichen Strukturen zu reproduzieren – über Erfolge, Probleme und Ereignisse in der zapatistischen Bewegung berichtet.

4.3. Inhalte und HörerInnen

Die einzelnen Programme, teilweise in Spanisch wie auch in verschiedenen Maya-Sprachen, werden von jeder der drei Stationen individuell gestaltet. Neben Reportagen über einzelne Dörfer, beispielsweise über neue Kooperativen, Fortschritte im Gesundheitswesen oder den Schulunterricht, haben die RadiomacherInnen auch Musikwunsch- und Grußsendungen im Programm. Radio Insurgente unterstützt dabei immer wieder lokale Musikgruppen, indem es sein Studio für Aufnahmen bereitstellt. Daneben gibt es einen sich aus nationalen und internationalen Geschehnissen zusammensetzenden Nachrichtenblock. Die Sendung „Kurze Welle“ (*onda corta*), die Hörspiele aus der Feder des EZLN-Sprechers Marcos beinhaltet, wird von allen Stationen ausgesandt. Bei wichtigen politischen Ereignissen, wie beispielsweise dem Geburtstagsfest der *Caracoles*, überträgt Radio Insurgente live. Auch die Reden der EZLN-Kommandanten bei verschiedenen Gelegenheiten, wie am WTO-Gipfel in Cancún, werden beachtet (Munoz Ramírez 2004b; Radio Insurgente 2005). Einen besonderen Schwerpunkt legt Radio Insurgente auf Programme, die Gesundheitsvorsorge und Rechte der Frauen thematisieren. Immer wieder erklingen Aufrufe wie der folgende aus dem Radio: „Genosse Bauer, denk immer daran daß die Frauen die gleichen Rechte haben wie du selbst. Sie haben das Recht als Person respektiert zu werden“ (Azzellini 2003).

Die Programme richten sich in erster Linie an die zapatistischen Bauern und Bäuerinnen. Auch nationale und internationale MenschenrechtsbeobachterInnen, die in Chiapas Dienst leisten, werden von Radio Insurgente angesprochen. Für sie spielen die RadiomacherInnen immer wieder Musik von

bekannten Popgruppen. Darüber hinaus wird Radio Insurgente von nicht-zapatistischen Bauern und Bäuerinnen gehört. Immer wieder bitten auch sie den Sender um bestimmte Lieder oder fordern Material an, um sich über den zapatistischen Kampf zu informieren. Gelegentlich bitten sie sogar um den Eintritt in die Bewegung (Munoz Ramírez 2004b). Der Sender richtet seine Botschaften aber auch an mexikanische Regierungstruppen und Paramilitärs. Beispielsweise mit dem humorvollen Aufruf Marcos': „Wir senden den Paramilitärs einen Gruß, die umherstreichen und unsere Unterstützungsbasen bedrohen. Wir werden euren Bosheiten nicht mehr einfach zuschauen, ab jetzt werden wir euch sehr teuer bezahlen lassen (Geräusch zweier Messer). Hört lieber Radio Insurgente, die Stimme der EZLN, die auch für Indigenas sendet, die keine Zapatisten sind, und ihnen den Kampf erklärt, damit sie sich ebenfalls organisieren und engagieren“ (Munoz Ramírez 2004b).

5. Schlussfolgerungen

Obwohl die mexikanische Regierung die Vorstellungen der ZapatistInnen hinsichtlich einer Autonomie rechtlich nicht anerkennt, setzen die ZapatistInnen ihre Forderungen dennoch praktisch um. Im Rahmen dieser De-facto-Autonomie zeigen sie, dass die konsequente Suche und schrittweise Umsetzung einer selbstbestimmten Lebensweise einen ganzen Komplex von Lebensbereichen berührt. Wie in der vorliegenden Arbeit dargelegt, handelt es sich etwa um die Ausgestaltung des Prinzips *mandar obedeciendo* als partizipative Politikform, die Organisation von Kaffee-, Kunsthandwerks- oder Tierzuchtkooperativen und um den Aufbau eines Schul- und eines Gesundheitssystems, die den Bedürfnissen der ZapatistInnen gerecht werden. Das alles erfolgt weitgehend „jenseits des Staates“. In den Abkommen von San Andrés aus dem Jahr 1995 beziehen die ZapatistInnen ihre Autonomieforderungen auch auf Kommunikationsmittel. Wie in allen anderen Bereichen wurden auch im Medienbereich diese Forderungen nicht eingelöst und die ZapatistInnen bauten, außerhalb eines gesetzlichen Rahmens hinsichtlich der Autonomie und außerhalb des mexikanischen Mediengesetzes *Ley Federal de Radio y Televisión*, ihr eigenes Radio auf.

Es zeigt sich, dass Radio Insurgente tief in die Bewegung eingebunden ist und dem Anspruch eines *radio comunitaria*, also der Kommunikation innerhalb eines marginalisierten Publikums, dessen Bildung, dem *community building* und der Kommunikation mit der Gesellschaft als Ganzes, wie oben dargelegt, gerecht wird. Dabei wirkt es wie ein „Beschleuniger“ des Autonomieprozesses, da es über Projekte und Ereignisse berichtet und Erfahrungen

oder Erfolge jenen Menschen, die nicht selbst diese Projekte oder Erfahrungen machten, mittels Radio zugänglich macht und sie anspricht, selbst Initiativen zu ergreifen. Es kennzeichnet sich dabei, so wie die anderen zapatistischen Projekte, durch Offenheit und Respekt gegenüber jenen, die nicht der Bewegung angehören wie Nicht-ZapatistInnen oder das Militär. In diesem Sinne ist Radio Insurgente bis zu einem bestimmten Grad ein Kommunikationsmittel zwischen zwei Fronten. Dennoch ist Radio Insurgente gewissermaßen eine „Mischform“ zwischen verschiedenen Ausprägungen der *radios comunitarias*: Es ist ein Propagandaradio, weil es immer wieder politische Botschaften oder Erzählungen des Subcomandante Marcos sendet. Es ist aber auch ein feministisches Radio, weil Frauen eine zentrale Rolle als Radiomacherinnen und in der Berichterstattung spielen. Dominierend ist der Aspekt des „Lokalradios“.

Was die eingangs aufgeworfene Frage nach dem emanzipatorischen und demokratischen Potential betrifft, so zeigt sich zweierlei: Hinsichtlich seiner Inhalte ist Radio Insurgente „emanzipatorisch“, da es, wie jedes Medium, über vorhandene Diskussionen, Ereignisse und Praktiken berichtet. Und diese sind bei den ZapatistInnen eben nicht so, dass sie hegemoniale Strukturen reproduzieren, sondern sich um die schrittweise Umsetzung einer selbstbestimmten Lebensweise drehen. Die Organisation des Radios betreffend scheint dieser Anspruch jedoch noch nicht ausreichend eingelöst. Denn Ziel eines alternativen Radios ist es ja nicht nur, über „andere“ Praktiken zu berichten, sondern diese auch selbst umzusetzen. Der hohe Frauenanteil innerhalb von Radio Insurgente ist ein wesentlicher, nicht zu vernachlässigender Moment in der Emanzipation und im Selbstvertrauen der Zapatistinnen. Doch denkbar wären ja auch viel weitergehende radikal-demokratische Schritte, wie es die ZapatistInnen auch in anderen Bereichen handhaben: Über offene Wunsch- und Grußsendungen hinausgehende, von den zivilen Basen bestimmte demokratische Beiträge, die über Programme im Sinne eines *mandar obedeciendo* beraten, wären dabei ein Ansatz.

Offen muss an dieser Stelle bleiben, ob die „politischen Interventionen“ bei Radio Insurgente seitens der Entscheidungsträger in den Dorfversammlungen ein demokratisches und demokratisierendes Ziel haben. Vor allem in einer westlich geprägten Sichtweise ist die politische (und kommerzielle) Unabhängigkeit der Medien ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Trotzdem ist es aber vorstellbar, dass Radio Insurgente durch die indirekte „Kontrolle“ seitens der Autoritäten automatisch demokratischer wird, da sie selbst dem Prinzip des *mandar obedeciendo* unterworfen sind. Dieser Widerspruch deutet vor allem auf eine viel grundlegendere Frage hin: Welche Rolle wird Medien überhaupt zugestanden? Sind sie „Kontrollorgan“ für die Ein-

haltung einer Demokratie oder müssen sie selbst zum Zwecke einer Demokratie „kontrolliert“ werden?

Die vorliegende Arbeit sollte nicht als „abschließendes Urteil“ missverstanden werden. Die ZapatistInnen zeigten in der Vergangenheit immer wieder, dass sie sich in ihren Formen ständig, im Sinne des *preguntando caminamos*, verändert haben. Somit ist davon auszugehen, dass auch das Projekt Radio Insurgente nicht abgeschlossen ist. Die bisherigen Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, dass es sich dabei – wegen des spezifischen Kontextes – um ein sehr vielversprechendes Projekt handelt, dessen zukünftige Entwicklung genaue Beobachtung und Analyse verdient.

Literatur

- Albert, Michael (1997): What makes alternative media alternative? <http://www.zmag.org/whatmakesalti.htm>, 03.12.2004.
- ALER (2004): *La práctica inspira*. Quito: ALER.
- AMARC (2005): What is community radio? Stellungnahmen von bekannten RadioaktivistInnen. <http://www.amarc.org>, 01.03.2005.
- Azzellini, Dario (2003): Rebelliges Radio aus Chiapas – Radio Insurgente der EZLN geht auf Sendung. http://www.links-netz.de/T_texte/T_azzellini_chiapas.html, 01.03.2005.
- Boron, Atilio (2003): Der Urwald und die Polis. Fragen an die politische Theorie des Zapatismus. In: *Das Argument* Nr. 253 (Heft 6/2003), 796-809.
- Brand, Ulrich (1999): Grenzüberschreitungen. „Chiapas“ und emanzipatorische Politik in den Metropolen. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 8-25.
- Brand, Ulrich/Hirsch, Joachim (2003): Suchprozesse emanzipativer Politik. Resonanzen des Zapatismus in Westeuropa. In: *Das Argument* Nr. 253 (Heft 6/2003), 835-844.
- Budka, Philipp (2004): Indigene Widerstandsbewegungen im Kontext von Globalisierung und Informations- und Kommunikationstechnologien. In: *Journal für Entwicklungspolitik* Vol. XX (Nr. 1/1004), 33-43.
- Castells, Manuel (1997): *The Power of Identity*. Oxford: Blackwell.
- Cecena, Ana Esther (1999): Die veränderte Bedeutung von Sprache und Politik. Die Revolution des Zapatismus. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 26-40.
- Cleaver, Harry (1998a): *The Zapatistas and the Electronic Fabric of Struggle*. In: Holmway, John/Pelaez, Eloíña (Hg.): *Zapatista! Reinventing Revolution in Mexico*. London: Pluto Press, 81-103.

- Cleaver, Harry (1998b): The Zapatista Effect: The Internet and the Rise of an Alternative Political Fabric. In: *Journal of International Affairs* Jg. 51 (Nr. 2), 621-640.
- Colectivo Situaciones (2003): Resonanzen der zapatistischen Bewegung in Argentinien. In: *Das Argument* Nr. 253 (Heft 6/2003), 821-828.
- Chomsky, Noam (2003): *Media Control*. Hamburg: Europa Verlag.
- EZLN (1993): Primera Declaración de la Selva Lacandona. <http://www.ezln.org/documentos/1994/199312xx.es.htm>, 10.01.2005.
- Fuhrmann, Leonie (2004): Vom Feudalismus direkt ins 21. Jahrhundert. Wie der zapatistische Sender Radio Insurgente die Autonomie mitgestaltet. In: *Iz3w* Jän./Feb. 2004 (Nr. 274), 30-32.
- Gerber, Philip (2004): *Preguntando caminamos*. Zürich: Lizenziatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- González Casanova, Pablo (2003): Los Caracoles Zapatistas. <http://www.jornada.unam.mx/2003/sep03/030926/per-portada.html>, 20.5.2005.
- Gutiérrez Rentería, María Elena (2001): Informe de México. <http://www.comunica.org/chasqui/>, 20.5.2005.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Haug, Wolfgang Fritz (1999): Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Hamburg: Argument Verlag.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): Zivilgesellschaft – Kämpfe im Zweideutigen. Zur Kontroverse über die neozapatistische Politik. In: *Das Argument* Nr. 253 (Heft 6/2003), 845-860.
- Hayes, Joy Elisabeth (2000): *Radio Nation: Communication, popular culture, and nationalism in Mexico, 1920-1950*. Arizona: The University of Arizona Press.
- Hofbauer, Sophie (2003): Von den Aguascalientes zu den Caracoles. Eine neue Etappe im Aufbau der indigenen Autonomie. In: *Lateinamerika Anders* 28 (Nr. 4), 12-13.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht übernehmen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Huffschmid, Anne (1995): *Subcomandante Marcos. Ein maskierter Mythos*. Berlin: Espresso.
- Huffschmid, Anne (1997): Die Wortergreifung – Notizen zu einer Diskursguerilla. In: *RedAktion* (Hg.): *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln: ISP, S. 137-146.
- Huffschmid, Anne (2004): *Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit*. Heidelberg: Synchron Wissenschaftsverlag der Autoren.
- Ibarra, Epigmenio (1995): Der Krieg in den Medien. In: Huffschmid, Anne (Hg.): *Subcomandante Marcos. Ein maskierter Mythos*. Berlin: Espresso, 115-124.
- Internet World Stats (2005): *Internet Usage Statistics for the Americas*. <http://www.internetworldstats.com>, 01.03.2005.

- Jerolitsch, Monika (1998): *Companera Solidaria. Vorschläge zur ethnischen Gestaltung einer Informationsgesellschaft anhand Erfahrungen lateinamerikanischer Radiostationen*. Wien: Diplomarbeit an der Universität Wien.
- Kerkeling, Lutz (2003): *La lucha sigue! – EZLN: Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*. Münster: Unrast.
- Kuhl, Harald (2000): *Alte und Neue Medien in Lateinamerika*. In: Brüne, Stefan (Hg.): *Neue Medien und Öffentlichkeiten. Politik und Telekommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Band 2. Hamburg: DÜI, 105-120.
- Kuppe, René (2004): *Diskurse zur Begründung multikultureller Autonomie in Lateinamerika*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* Vol. XX (Nr. 4/2004), 43-61.
- Le Bot, Yvon (1997): *Subcomandante Marcos. El sueño zapatista*. Mexico: Plaza y Janés.
- Lins Ribeiro, Gustavo (1998): *Cybercultural Politics: Political Activism at a Distance in a Transnational World*. In: Alvarez, Sonia/Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (Hg.): *Cultures of Politics. Politics of Culture. Re-Visioning Latin American Social Movements*. Colorado/Oxford: Westview Press, 325-352.
- Lopez Vigil, Ignacio Jose (1994): *Rebel Radio. The story of El Salvador's Radio Venceremos*. Willimantic: Curbstone Press.
- Lopez y Rivas, Gilberto (2004): *Die Autonomie der Indiovölker in Mexiko*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* Vol. XX (Heft 4/2004), 62-73.
- Marcos (1994): *Historische Entwicklungen der EZLN*. In: Topitas (Hg., 1994): *Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas*. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziationen, 151-155.
- Mata, Marita (1994): *Being woman in popular radio*. In: Rinao, Pilar (Hg.): *Woman in Grassroots Communication. Furthering Social Change*. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage Publications, 192-211.
- McLuhan, Marshall (1997): *Medien verstehen. Der McLuhan Reader*. Mannheim: Bollmann.
- Munoz Ramírez, Gloria (2004a): *20+10. Das Feuer und das Wort*. Münster: Unrast.
- Munoz Ramírez, Gloria (2004b): *Interview mit Gloria Munoz Ramírez vom 26.10.2004*. <http://www.gruppe-basta.de>, 06.01.2005.
- Munoz Ramírez, Gloria (2004c): *Los Caracoles*. In: *La Jornada*, Nr. 7208, 19.09.2004, Sonderbeilage «Chiapas la resistencia - Suplemento especial de aniversario». <http://www.jornada.unam.mx/2004/sep04/040919/chiapas.html>, 20.5.2005.
- Nolasco, Patricio (1999): *Staat, Macht, Zivilgesellschaft. Eine Annäherung an die zapatistische Position*. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 216-240.
- Oy, Gottfried (2001): *Die Gemeinschaft der Lüge*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Plotzki, Johannes (2004): *Trotz Repression hat die Autonomie Wurzeln geschlagen*. http://www.chiapas.ch/index.php?artikel_ID=395&start=0&j=10, 06.01.2005.

- Prokop, Dieter (1974): Massenkultur und Spontaneität. Zur veränderten Massenkommunikation im Spätkapitalismus. Frankfurt: Suhrkamp.
- Radio Insurgente (2005): <http://www.radioinsurgente.org>, 01.03.2005.
- RedAktion (Hg., 1997): Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Köln: ISP.
- Ricardez, Rubén Jiménez (1999): Aufstieg und Fall einer „perfekten Diktatur“. Das neoliberale Mexiko als Kontext einer perfekten Diktatur. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Münster: Westfälisches Dampfboot, 42-65.
- Strack, Peter (2003): Pio XII – Ein Radio geht zum Volk. In: *ila* Nr. 262 (Feb/03), 13-15.
- Street, Susan (1999): La parable verdadera (das wahre Wort) des chiapanekischen Zapatismus. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Münster: Westfälisches Dampfboot, 241-260.
- Vargas, Lucila (1995): Social Uses and Radio Practices: The Use of Participatory Radio by Ethnic Minorities in Mexico. Colorado/Oxford: Westview Press.
- Villanueva, Ernesto (2005): Radios comunitarias: Camino a la violencia? http://www.mexico.amarc.org/index.php?option=com_content&task=view&id=14&Itemid=49, 01.03.2005.

Abstracts

Die zapatistische Bewegung im Süden Mexikos baut seit über zehn Jahren autonome Strukturen auf. Dabei versuchen die Zapatisten radikal-demokratische Politik- und Wirtschaftsformen zu praktizieren. Der vorliegende Beitrag analysiert das zapatistische Medienprojekt Radio Insurgente.

For more than ten years the Zapatistic movement in Mexico has been building autonomous structures. In daily life they are trying to implement radical-democratic forms of politics and economics. This article analyses the Zapatistic media project Radio Insurgente.

Barbara Nothegger
 Custozzagasse 2/6
 1030 Wien
 barbara.nothegger@gmx.at

FRANZISKA HERDIN

**Der bolivarianische Prozess in Venezuela –
eine Alternative zum Neoliberalismus!?**

1. Einleitung

Hugo Chávez war auch im Februar 2005 wieder der Star am Weltsozialforum in Porto Alegre. Wie auch der von den USA unterstützte, aber schlussendlich misslungene Putschversuch am 11. Februar 2002 zeigte, wird Chávez und damit das vom ihm verkörperte Projekt nicht nur von seinen Befürwortern, sondern auch von seinen Gegnern als sehr wichtig begriffen. Anders als am 11. September 1973 beim Militärputsch in Chile, wo mit Unterstützung der CIA der demokratische Weg zum Sozialismus abrupt gestoppt werden konnte, ist es in Venezuela vorerst nicht gelungen das politische Projekt zu zerstören. Worum handelt es sich konkret bei diesem Projekt? Worauf stützt sich sein bisheriger Erfolg? Handelt es sich beim Bolivarianismus tatsächlich um eine gangbare Alternative zum Neoliberalismus?

Mittels politökonomischer Analyse begeben sich in diesem Beitrag auf die Suche nach Antworten auf diese Fragen. In einem ersten Schritt werden die historischen Grundlagen, die dem bolivarianischen Projekt den Boden bereitet haben, untersucht. Erst die krisenhafte Entwicklung des ökonomischen und politischen Systems in Venezuela scheint den Boden für eine starke Bewegung gegen die weitere Einführung neoliberaler Maßnahmen und gegen die langandauernde Zweiparteienherrschaft bereitet zu haben. In einem weiteren Schritt werde ich analysieren, inwieweit es gerechtfertigt ist, dass der Bolivarianismus des venezolanischen Präsidenten Chávez immer wieder in aktuellen Diskussionen als mögliches alternatives Modell zum vorherrschenden System der neoliberalen Globalisierung herangezogen wird. Dabei geht es auch um die Frage, ob die partizipative Demokratie Venezuelas und das zur Debatte stehende anti-neoliberale Modell der bolivarianischen Republik als ineinandergreifend zu sehen sind. Insbesondere der Untersuchung der Rolle des Militärs, dem in der Geschichte Lateinamerikas stets eine wichtige politische Bedeutung zugeschrieben werden muss, kommt auch hier ein wichtiger Rang zu. In der Folge

werden auch die Bedeutung der (nationalen) Medien und die Verknüpfung mit der internationalen politischen Ebene analysiert.

Schlussendlich sei noch angemerkt, dass sich dieser Beitrag nicht mit der politikwissenschaftlichen Theorie des Populismus als Analyseinstrument des Bolivarianismus von Chávez auseinandersetzt, weil die populistische Analyse meines Erachtens zu kurz greift und die wirklich bedeutsamen Aspekte des bolivarianischen Prozesses darin keine angemessene Berücksichtigung finden.

2. Historische Entwicklungen in Venezuela

2.1 Politisches System

Mit der Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1958 konsolidierte sich in den folgenden Jahren ein demokratisches Modell, welches in der Literatur auch als „populistisches System der Absprache zwischen Eliten“ bezeichnet wird (Rey 1991 zit. in Kornblith 1996: 396). Es sah eine repräsentative, von Mehrheitsentscheidungen getragene Demokratie vor und beruhte auf der Anerkennung eines Pluralismus sozialer, wirtschaftlicher und politischer Interessen, wobei es sich hierbei einschränkenweise um die Interessen der mächtigen Minderheiten wie der Streitkräfte, der Kirche, der Unternehmensgruppen und der Gewerkschaften und nicht der breiten Bevölkerung handelte. Zudem basierte dieses Modell auf dem Zusammenspiel dreier fundamentaler Faktoren: Einer hohen Finanzkraft aus den Erdöleinnahmen zur Befriedigung der Forderungen aus den heterogenen Gruppen und Sektoren; der Fähigkeit der politischen Parteien und *pressure groups*, diese Forderungen aufzufangen, zu kanalisieren und zu präsentieren sowie relativ bescheidener Ansprüche aus der Bevölkerung. Dieses Modell war von seiner politischen Stabilität her gesehen bis Ende der 1970er Jahre erfolgreich. Zwischen 1958 und 1998 wechselten sich die zwei großen konservativen Parteien, AD (sozialdemokratische Partei) und COPEI (christdemokratische Partei), an der Regierungsmacht ab, wobei an dieser Stelle erwähnt sei, dass die beiden traditionellen Parteien bereits bei den Wahlen 1994 mit einem Legitimationsverlust und internen Konflikten zu kämpfen hatten. In den 1980er und 1990er Jahren traten jedoch die mit diesem System verbunden Probleme im Zuge einer ökonomischen Krise (ausgelöst nicht zuletzt durch niedrige Erdölpreise) besonders dramatisch zu Tage: Sozioökonomisches Ungleichgewicht, Zentralismus, Parteienfilz, Parteilichkeit von Institutionen und Korruption. Es kam zum Zusammenbruch im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Wasser- und Abwasserversorgung und im Wohnbereich. Angesichts der grundlegenden sozialen Verschlechterungen machte sich eine Abneigung gegenüber dieser Art von Demokratie breit, welche ihren Wider-

hall in immer größeren Wahlenthaltungen bis zu über 50% fand (Kornblith 1996: 372 f., 380 f., 388).

2.2 Ökonomische Struktur

Der *desarrollismo* war spätestens seit den 1930er Jahren das prägende Leitkonzept der ökonomischen Entwicklungen in Venezuela. Die staatliche (und auch als solches bezeichnete) Entwicklungsplanung in Venezuela lässt sich allerdings bis in die 1930er Jahre zurückverfolgen und drückt sich seitdem in den im fünfjährigen Abstand veröffentlichten Entwicklungsplänen aus. Man kann damit von einer staatlich organisierten Akkumulation sprechen. Der Wachstums- und Modernisierungsprozess und dessen Dynamik werden in Venezuela maßgeblich durch das Öl bestimmt (Maringoni 2004). Im Zuge der damit verbundenen ökonomischen Entwicklung veränderte sich die Beschäftigungsstruktur und der Staat wurde zum Motor des Industrialisierungsprozesses; zum Zweiten löste die Erdölförderung interne Migrationsbewegungen aus, die sich in einer massiven Urbanisierung niederschlugen, welche folgend einen Wandel in den Lebens- und Konsumgewohnheiten nach sich zog; zum Dritten kamen Vorstellungen einer demokratischen Verteilung der Erdöleinnahmen sowie über Rechtsstaatlichkeit zum Vorschein; zum Vierten entwickelte sich eine Art Rentenideologie (Werz 1983: 61; Schmidt-Relenberg u.a. 1980: 45).

Mit dem Ende der 1970er Jahre schlitterte Venezuela jedoch in eine tiefe Krise. Und dies obwohl sich der Ölpreis 1973 vervierfachte und die Ölindustrie 1976 verstaatlicht wurde. Somit hätten direkte staatliche Einnahmen an sich sichergestellt werden können, wären sie nicht größtenteils im Korruptionsgeflecht untergegangen. Die Folge war die Aufnahme von internationalen Krediten der Weltbank und des IWF. Dem Zeitgeist gemäß begegnete man auch in Venezuela der ab den 1980er Jahren bestehenden hohen Staatsverschuldung mit einem neoliberalen Programm. Es folgte die Privatisierung von Teilen der Leder- und Aluminiumindustrie, die Preisbindungen für Grundnahrungsmittel wurden aufgehoben; es kam zur Inflation und Anfang der 1980er Jahre zu einer massiven Kapitalflucht. Während der gesamten Dekade konnte mit dem neoliberalen Methodenkoffer die Krise jedoch nicht gelöst werden, sondern die Situation verschlimmerte sich noch weiter. Der 1989 zum zweiten Mal an die Macht kommende Präsident Carlos Andrés Pérez (AD) versuchte daher dem Zeitgeist und den Vorgaben des IWF folgend radikale Maßnahmen umzusetzen: Weitere (oft allerdings Teil-) Privatisierungen in der Stromerzeugungsindustrie, im Transport- und Kommunikationswesen (Verkauf der zwei staatlichen Fluglinien und Liberalisierung des venezolanischen Telekommunikationsanbieters CANTV) sowie in der Wasser- und Abwasserindustrie bei gleichzeitiger Ab-

wertung der venezolanischen Währung (Bolvar), Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeit, massive Subventionskurzungen und damit einhergehende starke Preissteigerungen (bis zu 100%) für öffentliche Leistungen. Das brachte das Fass zum Überlaufen und bereitete dem Bolivarianismus den Boden (Info-Verteiler 2003: 50 f.; Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003).

3. Der Bolivarianismus in Venezuela

Der Bolivarianismus geht auf Simon Bolivar – einen bedeutenden Freiheitskämpfer, der sich für die Unabhängigkeit von Spanien und ein vereintes Lateinamerika eingesetzt hat, zurück. In der nationalen Identitätskonstruktion spielt diese Person für Venezuela seitdem eine wichtige Rolle (Maringoni 2004).

3.1 Der „Caracazo“ oder eine erste Zuruckschlagung neoliberaler Politik(en)

Die Reaktionen aus der Bevölkerung ließen nicht lange auf sich warten: Ausgelöst durch enorme Fahrpreissteigerungen im öffentlichen Transportwesen begannen sich am 26. Februar 1989 um 5 Uhr morgens die *Barrio*-BewohnerInnen rund um Caracas zu mobilisieren, die nicht bereit waren, die erhöheten Preise zu zahlen, um zum Arbeiten in die Hauptstadt zu gelangen. Die Protestbewegung breitete sich schnell zunächst unter der studentischen, dann aber auch unter der gesamten verarmten Bevölkerung nicht nur in Caracas, sondern auch in Valencia, Barquisimeto und Maracaibo aus. Es kam zu einer „sozialen Explosion“ mit Plünderungen, die sich gegen die VertreterInnen der neoliberalen Politik in Regierungskreisen, der Weltbank und des IWF richtete und für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen bereit war zu kämpfen. Sie wurde von keiner politischen Partei angeführt, sondern formierte sich aus der Bevölkerung selbst und paralyisierte die Hauptstadt für mehr als 20 Stunden. Am 28. Februar 1989 wurde von Pérez der Ausnahmezustand ausgerufen und eine Ausgangssperre verhängt. Zuvor bereits wurde die *Guardia Nacional* und die metropolitane Polizei beauftragt, die „Ordnung“ wieder herzustellen; nachdem dies nicht zu gelingen schien, wurden militärische Truppen aus dem Grenzgebiet und aus der Selva abgezogen und nach Caracas beordert, die die brutale Niederschlagung der Massenproteste unterstützen sollten. Die Zahl der Todesopfer beträgt nach offizieller Angabe 277. Menschenrechtsorganisationen wie z.B. die NGO COFAVIC hingegen sprechen von mindestens 311 Todesopfern, wobei sich auch diese Zahl einschrankenderweise nur auf die Personen bezieht, von denen man Information hat. Mit anderen Worten geht

man hier von einer höheren Anzahl an verstorbenen Personen aus. Unter den Todesopfern befanden sich vor allem FührerInnen lokaler Basisorganisationen (Apatia-No 2002; Info-Verteiler 2003: 50 f.; Vilker 2003: 93 f.; Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Trotz Zurückschlagung des *Caracazo* blieb die Stimmung aufgeheizt, da zumindest zum Teil die neoliberalen Veränderungen umgesetzt worden waren. Vor dem Hintergrund dieser sich abzeichnenden Polarisierung versuchte eine Gruppe des Militärs – das in Venezuela im Unterschied zu anderen Militärapparaten in Lateinamerika schon seit langem auch unteren Schichten verbunden war – am 4. Februar 1992 die Macht zu übernehmen. Der Versuch der isolierten Gruppe misslang jedoch und wurde nach wenigen Stunden niedergeschlagen. Der Anführer war ein damals weitgehend unbekannter Offizier namens Hugo Chávez. Die Ereignisse des 4. Februar brachten Hugo Chávez, der nunmehr ins Gefängnis wandern musste, jedoch ungeahnte Anerkennung bei den benachteiligten Sektoren der Bevölkerung ein (Marinogoni 2004). Eine beachtliche Mehrheit der Bevölkerung (70%) zeigte sich mit den Zielsetzungen der militärischen Aktion einverstanden (Díaz 1993: 155).

3.2 Die Durchsetzung des bolivarianischen Projektes

Nach der Amnestierung von Hugo Chávez Frías durch Präsident Caldera begab sich Chávez auf demokratischem Weg zur Macht. Er gründete eine neue politische Kraft, das *Movimiento V República* (MVR), mit der er in einem Bündnis aus linksgerichteten (Basis-) Bewegungen in den Wahlkampf zog und die Wahlen 1998 gewann. Zu dem Bündnis gehörte die MAS (Movimiento al Socialismo), die MEP (Movimiento Electoral del Pueblo), die PCV (Partido Comunista de Venezuela) sowie fünf weitere den Mittelstand und die Bauern vertretende Parteien. Bei den Präsidentschaftswahlen im darauffolgenden Jahr erhielt Chávez 56% der Stimmen (Info-Verteiler 2003: 51; Vilker 2003: 94 f.). Als erste Amtshandlung seiner Präsidentschaft unterzeichnete Chávez noch am Tag seiner Vereidigung ein Dekret, mit dem er ein Referendum über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung anberaumte, um damit „die notwendigen demokratischen Veränderungen für eine ‚Neugründung‘ der Republik voranzutreiben“ (Melcher 1999: 216). Mit der neuen Verfassung sollten die bestehenden korrupten Staatsstrukturen grundlegend umgestaltet und die tiefen sozialen Ungerechtigkeiten überwunden werden. Zudem war vorgesehen, dass alle, vor allem die zuvor marginalisierten Sektoren der Gesellschaft (wie z.B. die indigenen Völker) bis auf die als korrupt bezeichneten VertreterInnen der bisherigen Parteien und Interessensgruppen, an der Beratung teilnehmen sollten. Am 25. April 1999 erhielt schließlich das Referendum über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung eine Zustimmung

von 80% (Melcher 1999: 216 f., 221). Es folgten sieben Monate intensiver Verhandlungen der aus allen Bevölkerungssegmenten stammenden *constituyentes*, was als erstes Zeugnis einer kohärenten Partizipation von „unten“ verstanden werden kann. Am 15. Dezember 1999 wurde die neue Bolivarianische Verfassung in ihrer endgültigen Version von den venezolanischen BürgerInnen mit knapp 72% angenommen und mit Januar 2000 ist sie in Kraft getreten (Areion 2001). Auf Basis der neuen Verfassung wurden im August 2000 erneut Präsidentschaftswahlen abgehalten, die Chávez mit 60% der Stimmen für sich entscheiden konnte (Info-Verteiler 2003: 51).

Der sich mit dem Prozess der Entwicklung der neuen Verfassung abzeichnende sozialintegrierende und teilnehmende Charakter der Politik von Chávez hat auf der einen Seite in einem beachtlichen Ausmaß zur Mobilisierung großer, bisher politisch vollkommen ausgeschlossener Bevölkerungsschichten geführt, die hinter ihm stehen. Auf der anderen Seite stößt die Regierung Chávez auf massive Ablehnung bei den Nutznießern des bisherigen politischen Systems in Venezuela. Ihre stärksten GegnerInnen finden sich unter den venezolanischen KapitalistInnen, die von „imperialistischen“ Staaten, vor allem von den USA und deren Medien Rückendeckung erhalten (Info-Verteiler 2003: 53). Vereinfacht lässt sich also schließen, dass sich die soziale Basis des bolivarianischen Projektes vor allem auf die Unter- und zum Teil auf die Mittelschicht stützt, wohingegen seine GegnerInnen mehrheitlich Angehörige der Oberschicht und oberen Mittelschicht sind. Besonders augenscheinlich wird dies auch, wenn man sich die Menschen genauer ansieht, die man auf den gegensätzlichen Demonstrationen antrifft: Während sich auf den Demonstrationen der Opposition überdurchschnittlich viele „hellhäutige“ und auffallend gut gekleidete Personen befinden, sind die Massenveranstaltungen für Chávez von der Vielfalt der Menschen in Venezuela gekennzeichnet.

3.2.1 Die Rolle des Militärs

Das Militär ist für das bolivarianische Projekt zentral. Der Putschversuch der Opposition gegen Hugo Chávez und sein bolivarianisches Projekt am 11. April 2002 war einerseits nur mit Hilfe abgespaltener Teile des Militärs, vor allem auf Generalstabsebene der höheren Offiziere durchführbar. Andererseits waren es neben den Menschenmassen, die zu Tausenden aus den Vororten in die Stadt strömten, um die Rückkehr von Chávez aus dem Exil oder besser aus dem Ort, an dem er gefangen gehalten wurde, zu verlangen, ebenfalls die Militärs, die diesen Angriff auf Chávez wieder abwehren wollten und sich ihm gegenüber loyal erklärten – in dem bedeutsamen Unterschied, dass es sich bei ihnen um Truppen der unteren Ränge handelte. Die Reorganisation der patri-

otisch-bolivarianischen Teile der Streitkräfte ist folglich für das Überleben und die zukünftige Kontinuität des bolivarianischen Prozesses äußerst wichtig (Info-Verteiler 2003: 3 f.; Interview mit Guíérrez am 2.12.2003). Chávez hatte jedoch bereits vorher viele loyale Offiziere in seine Regierung geholt, um gegenüber der Opposition auf Gouverneurs- und Gemeindeverwaltungsebene sowie auf Seiten des Kongresses und des Obersten Gerichtshofes ein Gegengewicht zu haben. Das Militär ist jedoch nicht nur als Machtapparat zentral und daher heiß umkämpft, es wurde z.T. auch für zivile Zwecke eingesetzt. Mit Hilfe des Militärs konnte der Plan Bolívar 2000 auf den Weg gebracht werden. Ziel war es allgemein, für das Wohl des Volkes zu sorgen und eine Art Notstandhilfe gegen Hunger, für die ärztliche und medikamentöse Versorgung, für Straßenbefestigungen, für die Unterstützung bei der Gründung von Kooperativen, für die Sicherheit und gegen Kriminalität umzusetzen, was weitgehend erfolgreich ablief. Insgesamt waren 40.000 Soldaten eingebunden, worunter sich auch Einheiten der Marine (Plan Pescar 2000) und der Luftwaffe – um in die abgelegenen Dschungelgebiete zu fliegen (Plan Casiquiare 2000) – befanden (Chávez im Interview mit Harnecker im Januar 2003).

3.2.2 Die Bedeutung der Medien

Venezuelas Mediengesellschaft ist zweigeteilt: Dem einem staatlichen Fernsehsender (Canal 8) stehen die Massenmedien der Privatunternehmungen gegenüber. Dieses überwältigende Ungleichgewicht ist aufgrund der Verflechtungen mit den Interessen der Finanzgruppen um Gustavo Cisneros und des „alten Systems“ rund um den sich im Exil befindlichen Carlos Andrés Pérez Teil des politischen Konfliktes. Von Seiten der privaten Medien gab es von Anfang an die Strategie, die Regierungsarbeit von Chávez zu sabotieren und die Durchsetzung des Bolivarianismus zu verhindern. Quasi als Gegenöffentlichkeit zu den privaten Massenmedien gibt es *Foros de Información*, die im ganzen Land von chavistischen JournalistInnen, StudentInnen und ProfessorInnen unter rege Teilnahme der Bevölkerung abgehalten werden. Seitens der Regierung gibt es überdies Versuche per Gesetz gegen manipulierende Agitation vorzugehen. Die Nationalversammlung beschloss im Dezember 2004 das „Gesetz über die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen“ (*Ley Resorte*), welches seitens der Opposition als Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit interpretiert wird. Ein ernsthafter Blick auf das neue Gesetz zeigt jedoch, dass es nicht auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit zielt, sondern auf ein Ende des Missbrauchs der Medienmacht durch eine Minderheit. So hat das Gesetz laut Paragraph 1 zum Ziel „bei Verbreitung und Empfang von Botschaften die soziale Verantwortung der Anbieter von Radio- und Fernsehdiensten, der Wer-

bekunden, der nationalen unabhängigen Produzenten und der Nutzerinnen und Nutzer zu etablieren, um den demokratischen Ausgleich zwischen ihren Rechten, Pflichten und Interessen zu fördern.“ Und Paragraph 2 betont: „Die Interpretation und Anwendung dieses Gesetzes ist [...] den folgenden Prinzipien verpflichtet: der freien Äußerung von Ideen, Meinungen und Gedanken, der freien und pluralen Kommunikation, dem Verbot einer präventiven Zensur, der späteren Verantwortung, der Demokratisierung, Beteiligung, Solidarität und sozialen Verantwortung, Souveränität, Sicherheit der Nation und dem freien Wettbewerb.“ (Netzwerk Venezuela 2005)

Die Notwendigkeit des Vollzugs des neuen Gesetzes bekräftigt auch der bekannte US-Soziologe James Petras, der sich „angesichts der ungeheuren Manipulationen in den Privatsendern Venezuelas entsetzt“ zeigte und davon überzeugt sei, dass er derartiges in den Jahrzehnten seiner aktiven Laufbahn noch nie gesehen habe (Kuppe im Interview mit derStandard.at, Juni 2003; Zehetmayer 2003: 13).

3.2.3 Die internationale Dimension des Kampfes um das bolivarianische Projekt

Die internationale Meinungsbildung funktioniert wesentlich über bürgerliche Massenmedien und ist für die Entwicklungen in Venezuela von nicht unwesentlicher Bedeutung, da dadurch auch die Einstellung der Menschen zur Position einzelner Regierungen in Hinblick auf die Prozesse in Venezuela beeinflusst wird. Wilpert (im Interview mit Stratenwerth/Zeilner 2003: 7) erklärt am Beispiel Venezuelas, warum die internationale Presse (fast) ausschließlich die Meinung der nationalen Privatmedien, d.h. mit anderen Worten der Opposition, widerspiegelt. Zum Teil liegt diese einseitige internationale Berichterstattung am Mangel an ausländischen KorrespondentInnen in Venezuela, die, wenn sie für kurze Zeit vor Ort sind, die lokalen Medien heranziehen, welche wiederum – wie bereits gezeigt – mehrheitlich gegen Chávez und seine Politik sind. Ansonsten werden offensichtlich die über CNN und CNN-Spanien herausgegebenen Pressemitteilungen von den ausländischen Medien blind für die eigene Berichterstattung übernommen. An diesem Punkt kommen nun die Rolle der USA sowie die Verflechtungen zwischen Politik und dem Sender CNN ins Blickfeld, welcher als Sprachrohr der Bush-Regierung aufzutreten scheint.

Die US-Regierung ist der Chávez-Regierung nicht gerade wohlgesinnt. Wird doch dort ein Projekt entwickelt, das die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberaler Reformen offensichtlich in Frage stellt. Auch die Initiative Chávez' einer unabhängigen Ölpolitik, seine Reisen zu den von den USA verurteilten

„Schurkenstaaten“ sowie die Erhöhung des Ölpreises aufgrund der gesenkten Förderquoten scheinen den USA ein Dorn im Auge zu sein. Ebenso missfallen ihnen die gegenseitigen Freundschaftsbekundungen zwischen Chávez und Fidel Castro sowie die damit einhergehenden diversen Abkommen und Unterstützungsprogramme zwischen Venezuela und Kuba. Deutlich wurde die Ablehnung der USA gegenüber Chávez vor allem im Zuge des Putschversuches im April 2002. Während die US-Regierung zunächst „nur“ die Interimsregierung von Pedro Carmona sofort anerkannte und diese als „Ausdruck der friedlichen Demonstration“ (Ari Fleisch, Sprecher des Weißen Hauses, am 12.04.2002 zit. in Ramm 2002: 6) bezeichnete, wurden mit der Zeit die Verwicklungen der USA in den Putsch immer deutlicher. Nach der Auffassung zweier Vertreter der unabhängigen „Organisation für Angelegenheiten der Hemisphäre“ war die US-Regierung bereits vorher über das Putsch-Szenario gut informiert gewesen (vgl. detailliert Scher 2002). Dies wiederum würde die Frage bejahen, ob die CIA in seine Vorbereitungen involviert war. Zum „Verhängnis“ offizieller USAussagen wurde indes die bekundete Kenntnis eines allerdings nie vorhandenen Rücktrittsschreibens von Chávez, welche man laut Fleischer über Fax erhalten habe. Über die Quelle dieser Nachricht herrscht allerdings Schweigen (Ramm 2002b: 6).

Die offizielle Anerkennung oder Verurteilung der Übergangsregierung von Carmona im April 2002 durch die diversen Länder ist ein deutlicher Beleg für oder gegen Chávez und sein bolivarianisches Projekt. Neben den USA sprach sich auch Spanien sogleich für die Interimsregierung aus. Folgende Regierungen allerdings verurteilten den „nicht demokratisch legitimierten“ Vorgang in Venezuela auf dem Gipfeltreffen der Rio-Gruppe in Costa Rica am 13. April 2002: Mexiko, Brasilien und Argentinien bekundeten die Nicht-Anerkennung der Regierung. Alejandro Toledo, das peruanische Staatsoberhaupt, ging in seinen Forderungen noch weiter; er rief die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf, Sanktionen gegen Venezuela zu verhängen, würde das Land länger gegen die demokratische Ordnung verstoßen. Und auf Kuba wurde von Castro eine 30.000 Menschen umfassende Demonstration angeführt, die die Freilassung von Chávez forderte (Ramm 2002a: 7).

Auch die Ebene internationaler Organisationen und deren Statements sind im internationalen Meinungsbildungsprozess wichtig. Während der IWF-Leiter für Außenbeziehungen, Thomas Dawson, in Übereinstimmung mit der Bush-Regierung am 12. April 2002 einem Journalisten kund tat, dass der IWF bereit sei, die neue Verwaltung von Pedro Carmona in jeglicher Weise zu unterstützen (Im Original: „[...] we stand ready to assist the new administration in whatever manner they find suitable.“ Bretton Woods Project 2002) und so-

mit den Putsch gegen Chávez offiziell begrüßte, ist die Haltung der Weltbank etwas diplomatischer. So heißt es, dass die Bank in völliger Übereinstimmung mit den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Zielen der venezolanischen Regierung stehe, die ein beschleunigtes Wachstum, Armutsreduzierung und die Schaffung von erhöhter (Chancen-) Gleichheit und Gleichberechtigung der Bevölkerung vorsehen. Jedoch werden von Seiten der Weltbank auch Schwierigkeiten in der Verständigung darüber, mit welchen Mitteln diese erreicht werden sollen, gesehen (Weltbank 2002), was darauf schließen lässt, dass anscheinend das *wie* der bolivarianischen Politik nicht wirklich mit der Vorgehensweise der Weltbank im Einklang steht. Dies würde auch sehr verwundern – gehört die Weltbank doch zu den Institutionen, die – dem Washingtoner Konsens treu – neoliberale Wirtschafts- und Politikmaßnahmen weltweit durchzusetzen versuchen.

Die Beschäftigung der OAS mit Venezuela scheint intensiver zu sein. So wurden vor allem im Laufe des Jahres 2002 mehrere Resolutionen zur politischen Lage erlassen, welche am 9. Dezember mit einer Unterstützungserklärung der Regierung Chávez endeten, Hilfe für die Konsolidierung ihres demokratischen Prozesses zu leisten. Grundsätzlich nimmt das Generalsekretariat der OAS eine unabhängige Rolle ein, auf der Suche nach einer friedlichen, demokratischen und verfassungs- und wählerkonformen Lösung für die politischen Spannungen zwischen der Chávez-Regierung und der Opposition. Unter der Berücksichtigung der Initiative der venezolanischen Regierung, einen Prozess des Dialoges voranzutreiben und zu realisieren, soll diese Lösung gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) und dem Zentrum Carter gefunden werden (CP 2002).

Neben den bürgerlichen Massenmedien und der contra-Chávez-Berichterstattung wird jedoch auch Gegenöffentlichkeit aufgebaut, die das bolivarianische Projekt in einem anderen Licht erscheinen lässt. Dabei ist neben zahlreichen solidarischen Zirkeln vor allem auf das „Weltsolidaritätsforum mit der bolivarianischen Revolution“ zu verweisen, welches von 10. bis 14. April 2003 in Caracas stattfand. Namhafte TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Ländern waren der britische Schriftsteller Tariq Ali; Ignacio Ramonet, Bernard Cassen und José Bové, alle drei Repräsentanten der französischen globalisierungskritischen Bewegung Attac; Evo Morales, der bolivianische Indigenaführer; Robin Blackburn vom *New Left Review*; die chilenische Publizistin Marta Harnecker; Gloria Gaitán aus Kolumbien; der bereits erwähnte US-Soziologe James Petras sowie die irische Filmemacherin Kim Bartley u.v.m. (junge Welt 2003; Zehetmayer 2003: 14). Etwa drei Monate später, von 18. bis 20. Juni

2003, fand in Paris-St. Denis das „Erste Europäische Treffen der Solidarität mit der Bolivarianischen Revolution in Venezuela“ statt. Delegierte der verschiedenen bolivarianischen Zirkel und Solidaritätsorganisationen aus vielen Ländern der Europäischen Union trafen hier zur Diskussion zusammen und verabschiedeten als Ergebnis der Gespräche die „Erklärung von Paris der Europäischen Bolivarianischen Zirkel“ (nachzulesen bei Trogar 2003).

3.3 Eckpfeiler bolivarianischer Politik

3.3.1 Partizipative Demokratie

Die Verfassung ist der Kernbestandteil des Bolivarianischen Projektes. In der Präambel der Bolivarianischen Verfassung ist das Ziel formuliert, die Republik neu zu begründen, „um eine demokratische, partizipative und führende, multiethnische und plurikulturelle Gesellschaft in einem föderalen und dezentralisierten Rechtsstaat zu errichten, welcher die Werte der Freiheit, der Unabhängigkeit, des Friedens, der Solidarität, des Gemeinwohls, der territorialen Integrität, des Zusammenlebens und den Gesetzesrahmen für diese und zukünftige Generationen stärkt und der das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf Kultur und Bildung, auf eine soziale Rechtssprechung und auf eine Gleichheit ohne Diskriminierung oder irgendeine Form der Unterordnung sicherstellt [...] sowie die lateinamerikanische Integration in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Nicht-Intervention und der Selbstbestimmung der Völker voran treibt und festigt [...].“ (Constitución de la República Bolivariana de Venezuela 2000: 5 f.; freie Übersetzung durch die Autorin).

Die wichtigsten Elemente des Bolivarianismus sind hier bereits angesprochen: Es handelt sich um ein emanzipatorisches Projekt, das mit der Teilhabe aller Bevölkerungssektoren die ethnisch-kulturelle Vielfalt anerkennend eine neue demokratische Gesellschaft aufbauen will; in einem Staat, der Kollektivwerte wie Freiheit, Frieden, Solidarität, Wohlstand und Zusammenleben für die jetzige und künftige Generationen sowie Kollektivrechte wie das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf eigene Kultur, auf Bildung, auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ohne Diskriminierung und Unterordnung zu gewährleisten sucht. Indirekt gibt das Zitat auch bereits Aufschluss über die vorgesehene bolivarianische Außenpolitik, in der es prinzipiell um die Annäherung und Stärkung der regionalen Blöcke in Lateinamerika (insbesondere des MERCOSUR) bei gleichzeitiger Ablehnung der von den USA vorangetriebenen „Gesamtamerikanischen Freihandelszone“ (FTAA/ALCA) geht, was ein deutliches Einbremsen der neoliberalen Kontinentalisierung zur Folge haben soll.

Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, dass es sich hier bei der politischen Entscheidungsmacht des Volkes um mehr als eine Wahl der staatlichen Prä-

sentanten alle vier bis sechs Jahre oder um tagtägliche „politische“ Entscheidungen über das individuelle Markt- bzw. Kaufverhalten handelt, in der neoliberalen Überzeugung, dass der Markt und der neoliberal befreite Mensch „den Rest“ regeln.

Ein weiterer bedeutsamer Schritt, den Chávez mit seinem bolivarianischen Projekt gesetzt hat, ist die in Venezuela erstmalige Anerkennung der Rechte indigener Völker. (Für einen detaillierten Überblick über den Prozess der Anerkennung der Rechte indigener Völker in Venezuela siehe Schmidtkunz 2003: 66-71) In diesem Zusammenhang ist die damit einhergehende Anerkennung nicht nur der Vielfalt von Kulturen und ihrer spezifischen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organisationsformen, sondern vor allem von pluralistischen Rechtssystemen (Artikel 260) bedeutsam; was einem Angleichen der Rechtssysteme zur Beseitigung von Handels- und Investitionshindernissen im Sinne des Neoliberalismus diametral gegenüber steht.

Das Grundprinzip des Modells der partizipativen Demokratie der Regierung Chávez' sieht keinen Politik-, sondern einen Systemwechsel vor, indem den BürgerInnen mehr Pflichten und Rechte gegeben werden als in periodischen Abständen ihre Stimmen bei den offiziellen Wahlen abzugeben, wie es das Vorgängermodell der repräsentativen Demokratie vorsah. Die Rolle des Volkes als Souverän wird stark betont; seine Entscheidungen sollen direkten Einfluss auf die Politik haben (Vivas Velasco im Interview mit Neuber, Juni 2003). Gleichzeitig geht es um die Übernahme von Verantwortung der BürgerInnen im Zuge von Volksinitiativen, die das Recht haben, sich zusammen zu schließen, um als Basisorganisationen (sog. *Círculos Bolivarianos*) mit der Bolivarianischen Verfassung in den Händen und dem Bewusstsein um ihre sozialen Rechte ihre Alltagsprobleme – Trinkwasser- und medizinische Versorgung, Bildung, Verkehrsanbindung, Sicherheit, aber auch ihre Arbeitssituation – in Angriff zu nehmen und rasch zu einer Lösung zu finden (Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003; Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003).

Ihre politische Bedeutung liegt darin, den Erfolg des revolutionären Prozesses zu garantieren. Das Volk muss sich vereinen und organisieren, um die Verteidigung und die Vertiefung der politischen und sozialen Veränderungen abzusichern, und zwar indem der Einfluss des Gemeinwesens auf die Amtsführung der Regierung zunimmt und indem das politische und ideologische Bewusstsein gestärkt wird, um einer Gegenrevolution entgegen zu wirken (García Ponce 2001). Die soziale Kontrolle der Amtsführung der Regierung zeigt sich in dem verfassungsmäßigen Recht und den darin enthaltenen Möglichkeiten, gemeinsam mit den Regierungsinstanzen der sog. *Consejos Locales de Planificación* über (Entwicklungs-) Projekte, Budget und Finanzierung zur Verbesse-

rung der Situation der Betroffenen zu entscheiden (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003).

Ein weiteres deutliches Element der Partizipation und Volkssouveränität liegt in dem Recht auf Widerruf eines jeden Regierungsabgeordneten, von Gemeindeebene bis zum Präsidenten. Die Artikel 72 bis 74 der Bolivarianischen Verfassung legen die Bestimmungen des Referendums fest. Nach der Hälfte der Amtszeit muss sich jede Beamtin bzw. jeder Beamte einem Referendum stellen, sofern mindestens 20% der wahlberechtigten Stimmen dafür sind. Um die betroffene Person im Amt zu bestätigen, muss die Anzahl der Stimmen, mit der die Beamtin oder der Beamte ursprünglich gewählt wurde, um mindestens eine weitere Stimme überschritten werden. Verantwortlich für die Durchführung und die Erstellung der notwendigen Vorgehensweisen der Durchführung eines solchen *referendo revocatorio* ist der unabhängige Nationale Wahlrat (CNE).

3.3.2 *Anti-neoliberale und solidarische Wirtschaftspolitik*

Interessant ist, dass Chávez gar nicht mit einem sonderlich radikal anti-neoliberalen Wirtschaftsprogramm angetreten ist. Auch unmittelbar nach Regierungsantritt argumentierte man in diesem Bereich eher vorsichtig und schwammig (Maringoni 2004). Dies hat sich dann im Zuge des starken Widerstands, mit dem sich die Regierung konfrontiert sah, jedoch erheblich geändert. So charakterisiert Manuel Gutiérrez, Vertreter der Venezolanischen Botschaft in Wien, die bolivarianische Wirtschaftspolitik mittlerweile klar als ein anti-neoliberales, nicht aber antikapitalistisches Modell. Erklärend verweist er darauf, dass die aktuelle Verfassung zwei Wirtschaftsarten für Venezuela vorsieht: Die Marktwirtschaft und die soziale – oder auch solidarische – Wirtschaft. Der Staat habe die Verpflichtung die Marktwirtschaft zu bewahren, allerdings zugunsten eines verstärkten Binnenmarktes zur Überwindung der Abhängigkeit insbesondere von Lebensmittelimporten (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Diese Politik der Steigerung der Selbstversorgungskapazität steht damit klar im Gegensatz zu neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitiken, die auf noch größere internationale Handelsverflechtungen setzen (Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003). So verwundert es beispielsweise auch nicht, dass Artikel 113 der Verfassung Monopole verbietet. Weiters verpflichtet sich der Staat, die solidarische (sozial-partizipative) Wirtschaft zu intensivieren und notwendige Bedingungen für die Lösung der sozialen Probleme durch die solidarische Wirtschaft bereit zu stellen. So soll die kollektive, gemeinschaftliche Organisation der Produktion angeregt werden, was wieder der privaten, individuellen Produktionsbasis im Sinne des Kapitalismus und Neoliberalismus entgegen steht (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Ein

weiteres Detail, welches ich noch anführen möchte, ist die neu gegründete Institution *Banco para Mujeres*. Sie vergibt Mikrokredite für spezifische Frauenprojekte, vor allem zur Förderung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit. Die finanzielle Ausstattung der Bank läuft über einen Fonds, den die Regierung eingerichtet hat und in den Überschüsse aus dem internationalen Erdölgeschäft fließen.

Prinzipiell geht es also um das Einschlagen neuer Entwicklungswege, welche mit dem Konzept einer endogenen oder autozentrierten Entwicklung beschrieben werden könnten. Ganz in diesem Sinn müssen auch die Ereignisse in der Erdölindustrie betrachtet werden. Das von Chávez als „Wiederauferstehung“ bezeichnete Treffen der OPEC in Caracas im Oktober 2000 brachte zwei bedeutsame Ergebnisse: Erstens hält sich Venezuela seitdem an die vereinbarten Förderquoten, was einer Drosselung der Ölexporte gleich kommt, und zweitens treibt dies den Ölpreis in die Höhe, was deutliche Einnahmesteigerungen zur Folge hat (Info-Verteiler 2003: 52). Voraussetzung dafür war der Austausch der Vorstandsmitglieder der Erdölgesellschaft *Petróleos de Venezuela Sociedad Anónima* (PDVSA). Eine Vorgehensweise, die nach der Regierungsübernahme durch eine andere Partei bisher in Venezuela durchaus üblich war. Zudem wurden nach dem großen Generalstreik im Dezember 2002, den man auch als Erdölputsch bezeichnen kann, 3.000 Leute aus dem Führungsmanagement, die den Destabilisierungsplan der Opposition unterstützten, abgezogen und teilweise mit (ehemaligen) (Mit)Arbeitern ersetzt (Kuppe 2002: 24; Tagliaferro 2003: 6). Die endgültige Übernahme der PDVSA durch Chávez-loyale Kräfte stellt eine notwendige Absicherung der Regierung in diesem – für Venezuela strategisch bedeutendsten – ökonomischen Sektor dar (Maringoni 2004).

Exportsteigerungen, wie es das neoliberale Projekt unter anderem auch vorsieht, würden der verfolgten endogenen Entwicklung grundsätzlich entgegen wirken, so Gutiérrez, weil das exportorientierte Modell die nationale Produktion nach den externen Bedürfnissen ausrichte und nicht nach den internen. Dem will man nun entgegenwirken, indem die Wirtschaft zunehmend diversifiziert werden soll. Dabei gilt es vor allem, die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie zur Substituierung der Nahrungsmittelimporte gemäß der bolivarianischen Konzeption von Gesellschaft mittels der Förderung von Kooperativen durch Subventionen wieder anzukurbeln (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Überdies sind die Versuche, grenzüberschreitende Finanztransaktionen zu besteuern, interessant. Damit soll erstens Finanzspekulationen Einhalt geboten werden, zweitens will man so an den großen Gewinnen des internationalen Kapitals teilhaben und drittens soll damit die Devisen-

flucht, die dramatische Ausmaße angenommen hatte, beendet werden (Tagliaferro 2003: 6). Das Ziel eines ökologischen Wirtschaftens findet seinen ersten Niederschlag ebenfalls in der Präambel der aktuellen Verfassung. Auch in diesem Zusammenhang kann die Drosselung der Erdölexporte gesehen werden; denn weniger Erdölförderung heißt auch verlangsamte Suche nach neuen Erdölvorkommen mittels Explorationen und das bedeutet wiederum weniger Umweltbelastung. Ein anderes Beispiel für umweltbewusste Politik ist das *Ley de Pesca*, welches Einschränkungen in der Schleppnetzfisherei vorsieht. Steigerungen in den Fischfangerträgen werden damit gebremst und die irreparable Zerstörung der maritimen Flora und Fauna durch die Schleppnetze verhindert (Gómez 2001).

Betreffend die Handelspolitik spricht sich Chávez deutlich gegen die Realisierung von ALCA aus: „Mit Realisierung der ALCA würden wir den Weg zu noch schrecklicheren Ungleichheiten in unserer von Gewalt heimgesuchten Gesellschaft eröffnen. ALCA zu unterschreiben hieße den Akt des Todesfalles unserer Völker zu unterschreiben.“ (Otaegi 2003; freie Übersetzung durch die Autorin).

Als Alternative zu ALCA wird etwa eine Intensivierung des MERCOSUR angeführt. Überdies wird die Schaffung eines Lateinamerikanischen Währungsfonds zur monetären Stabilisierung der Region angeregt. Außerdem wird eine stärkere regionale Kooperation im Bereich strategischer Sektoren – wie etwa Erdöl – gefordert (Otaegi 2003; Tagliaferro 2003).

3.3.3 Agrarreform als Basis für eine solidarische autonome Ökonomie

Die bolivarianische Agrarreform zielt darauf ab, nicht produktiv genutztes Land neu zu verteilen. Davon betroffen sind vor allem Großgrundbesitzer, die meist in Folge der Agrarreform von 1961 – großteils widerrechtlich – zu riesigen Flächen von Land gekommen sind, für die keinerlei gültige Besitztitel vorliegen und die somit rechtens dem Staat gehören. Ihre Ländereien werden mit dem *Ley de la Tierra* an Bauern und Kleinproduzenten, bevorzugt in Form von Genossenschaften, übergeben. Die Großgrundbesitzer erhalten den Marktpreis für die Grundstücke, die enteignet werden. Bis Mitte des Jahres 2003 sind 20.000 Familien in den Neubesitz von Agrarland von durchschnittlich 10 Hektar gekommen; im Jahr 2003 sollen insgesamt mehrere 100.000 Hektar verteilt worden sein (Gómez 2001; Info-Verteiler 2003: 9; Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003; Tagliaferro 2003: 6).

Es geht aber nicht nur um die Zuteilung von brachliegendem Ackerland, sondern insbesondere auch um die Vergabe von Landtiteln an die *Barrio*-BewohnerInnen in urbanen Gebieten, vor allem in Caracas. Diese Landtitulie-

rungsprogramme bedeuten die Legalisierung der Wohnstätten vormalig an sich illegaler SiedlerInnen. Dies soll den neuen GrundbesitzerInnen helfen, sich gegen SpekulantInnen, die ein „profitables“ Geschäft machen wollen, zu wehren und sie auch vor Vertreibung schützen. Für die Vergabe von öffentlichem Land haben sich in den Städten *Comités para Tierras Urbanas* gebildet, die mit den staatlichen Instanzen eng zusammenarbeiten. Getragen von sozialen Absichten hat die Agrarreform allerdings auch eine gewichtige wirtschaftspolitische Funktion: Sie ist ein Element in der kohärenten Verfolgung, die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten zu überwinden (Info-Verteiler 2003: 9; Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003).

Im Zusammenhang mit der Agrarreform und in Hinblick auf eine diesbezügliche Sondergesetzgebung für die indigenen Völker zeigt sich wiederholt ein differenzierter, nicht unilateraler, sondern plurilateraler Ansatz zur Lösung der Problemfelder bestimmter sozialer Gruppen oder in diesem Fall der indigenen Völker. Mit dem Kapitel 8 der Venezolanischen Verfassung wurden die Rechte der indigenen Völker erstmals in Venezuela festgeschrieben. Diese sehen unter anderem einen eigenen rechtspolitischen Status der indigenen Ethnien sowie eine unabhängige indigene Rechtssprechung vor. Die Demarkierung des jeweiligen indigenen Territoriums steht allerdings zunächst an oberster Stelle, wobei darauf Rücksicht genommen wird, dass Weitläufigkeit für Jagd- und Sammelaktivitäten sowie die spezifischen Anbaumethoden aus einer Kombination extensiver Nutzung des Bodens mit *shifting cultivation* und Mischkulturen für das Überleben der indigenen Völker auf ihren Territorien entscheidend sind.

3.3.4 Die Sozialpolitik

Der bolivarianische Prozess konnte bisher zwar sozialpolitisch deutliche Erfolge verzeichnen, die ökonomische und damit die soziale Lage ist von den Unternehmerstreiks 2002 und 2003 jedoch nicht unerheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Dennoch wurden gegengleich die Sozialausgaben deutlich ausgeweitet: Die Gesundheitsausgaben stiegen von 2,5% des PIB 1998 auf 5% im Jahr 2003, die Kindersterblichkeit konnte so von 21 auf 17 Promille gesenkt und die Untergewichtigkeit bei Neugeborenen von 9% auf 6% verringert werden; das Bildungsbudget wurde von 3% des PIB 1998 auf 6,8 (7)% im Jahr 2002 (2003) angehoben. Dies muss in einem engen Zusammenhang mit der 40%igen Steigerung von neuen Schuleinschreibungen gesehen werden; die Armut konnte von 49,4% (1999) auf 45,5% (2001) gesenkt werden, die absolute Armut von 21,7% (1999) auf 17,4% (2001); das Trinkwassernetz wurde seit 1998 für weitere zwei Millionen EinwohnerInnen, die zuvor keinen Zugang hatten, erweitert; der Mindestlohn, der bis Februar 1999 100.000,- Bolívares

monatlich betrug, wurde bis Ende September 2002 auf 190.080,- Bs. erhöht und beläuft sich mittlerweile auf 247.104,- Bs. monatlich, was einer realen jährlichen Steigerung von 12,4% entspricht. Schließlich wurde innerhalb von 2 Jahren der Bau von 92.000 Wohnungen gefördert, was dem Gesamtwert der neu errichteten Wohnungen zwischen 1989 und 1998 entspricht (Tagliaferro 2003: 6; Vilker 2003: 96; SISOV 2003).

Die in Gang gesetzten Sozialprogramme betreffen zunächst vor allem die Bereiche Gesundheit und Bildung. Nutznießer in den Städten sind vor allem die *Barrio*-BewohnerInnen, die mit den diversen Plänen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage und ihrer Lebensqualität erreicht werden sollen.

Die zwei Hauptpfeiler dieses für die besonders armen Viertel entwickelten Programms sind in einem ersten Schritt Alphabetisierungsmaßnahmen und das Zur-Verfügung-Stellen einer ärztlichen Grundversorgung. Der Plan beinhaltet in einem zweiten Schritt den Ausbau der sog. bolivarianischen Schulen, Sportmöglichkeiten, Sozial- und Jugendarbeit, Betonierung der unbefestigten Straßen und Treppen, Reparaturen von Häusern sowie Rechtsberatung.

- *Misión Robinson*: Namensgeber dieses Programmes ist der Lehrer und Mitkämpfer von Simon Bolívar, Simon Rodriguez, dessen Publikationen das Pseudonym „Robinson“ tragen. Ganz im Sinne Bolívars, der Bildung als die Voraussetzung für die Entwicklung eines Volkes ansah, wird auch hier Alphabetisierung als Bedingung dafür erachtet, dass Menschen sich politisch betätigen, ihr Leben bewusst zu gestalten beginnen und so ihren GegnerInnen trotzen können. Ziel ist es, landesweit ein bis zwei Millionen Menschen zu alphabetisieren, wobei der Fokus zunächst in den *Barrios* liegt. Als eine weitere unabdingbare Voraussetzung – neben der Fähigkeit Lesen und Schreiben zu können – um sich politisch zu betätigen, ist die Registrierung und der Besitz eines Ausweises als rechtlich anerkannte/r BürgerIn. Die *Misión Identidad* geht dieser Notwendigkeit landesweit nach (Arvelaiz / Durán 2003).

Inhalt der *Misión Robinson* ist auch die Idee der „Volksbibliothek“: *Alle SchülerInnen sollen kostenlos 15 bis 20 Bücher, vor allem zu den Themen Politik und Geschichte sowie Verfassung, erhalten. Weiters sollen insgesamt 500.000 LehrerInnen (Voraussetzung sind drei Jahre Oberstufenausbildung) zum Einsatz kommen. Die Kurse belaufen sich auf drei Monate, die Bezahlung liegt bei 150% des Mindestlohnes pro Monat. Als Vorbild gelten die Alphabetisierungserfolge im Zuge der Revolution auf Kuba. Darum verwundert es nicht, dass etwa 500 KubanerInnen bei der Einschulung der LehrerInnen tätig sind. Hierin begründet liegen die polemischen Äußerungen der Opposition, dass sich Venezuela „kubanisiere“. 100.000 freiwillige VenezolanerInnen, darunter*

auch Indigenas, nehmen bereits in Form einer Lehr- oder Verwaltungstätigkeit aktiv an dem Programm teil (Cañizález 2003; Info-Verteiler 2003: 9).

- *Barrio-Ambulanzen:* Da die *Barrios* bisher ärztlich vollkommen unzureichend versorgt wurden, richtet die Regierung Ambulanzen für die grundlegende Gesundheitsversorgung der dortigen Bevölkerung ein. Eingebunden in diese Mission sind vor allem freiwillige kubanische ÄrztInnen und ArzthelferInnen, die für ein sehr geringes Gehalt arbeiten und bei den AnrainerInnen der Ambulanzen untergebracht sind. Somit wohnen und leben sie mit den *Barrio*-BewohnerInnen zusammen, was den Vertrauensbildungsprozess begünstigt.
- *Mercado popular:* Hierbei handelt es sich um Lebensmittelpakete von der Regierung, die in den Armenvierteln billig verkauft werden. Ziel ist die Sicherstellung einer ausreichenden und ausgewogenen Ernährung auch für die Ärmsten (Info-Verteiler 2003: 9).

Prinzipiell ist hier das Ziel, einen unentgeltlichen Zugang nicht nur zur Grundausbildung, sondern seit Ende Juli 2003 auch zur bolivarianischen Volksuniversität zu garantieren. Weiters gibt es in den bolivarianischen Schulen eine Grundnahrungsversorgung (Frühstück und eine warme Mahlzeit) für die SchülerInnen, um die Aufnahmefähigkeit zu erhöhen und vor allem, um Kinder in die Schule zu holen, die sonst informellen Tätigkeiten nachgehen und den Schulbesuch ver(ab)säumen.

Weiters sieht das *Ley de Educación* (Artikel 102 bis 111) *weitreichende Regelungen für Privatschulen vor. Während früher private Bildungsinstitutionen völlig unabhängig waren, sind sie heute gegenüber dem Staat rechenschaftspflichtig und müssen ihre Lehrpläne offen legen bzw. an staatliche Vorgaben anpassen. In Artikel 107 werden diese grob umrissen: Es geht um eine obligatorische Umwelterziehung, die Erziehung zu BürgerInnen, um die Lehre der spanischen Sprache (el castellano), der Geschichte und Geographie Venezuelas sowie um die Übermittlung der Prinzipien des bolivarianischen Gedankengutes (Gespräch mit Kuppe am 6.12.2003; Gómez 2001).*

Diese Art der Sozialpolitik, in der es nicht um punktuelle Notprogramme zur Armutsreduzierung geht, sondern um ein langfristiges Projekt zur Steigerung der sozialen Kapazitäten der (armen) Bevölkerung, ist ein weiteres Kennzeichen anti-neoliberaler Politik.

4. Bolivarianismus als gesellschaftspolitische Alternative?

Die politökonomische Analyse hat gezeigt, dass sich eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber dem Modell der repräsentativen

Demokratie breit gemacht hat. Vor allem ab den 1980er Jahren, in denen zunehmend die negativen Auswüchse des vormals stabilen Systems in Erscheinung traten, wurde diesem Modell die Legitimation entzogen: Die Finanzkraft ließ nach; aufgrund von Parteienfilz und Korruption nahm die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien ab, den Forderungen der heterogenen, von mächtigen Minderheiten getragenen Gruppen nachzugehen; vor allem aber stiegen die Ansprüche der breiten Massen am Reichtum und an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen teilhaben zu wollen. Im Zuge der (versuchten) Einführung und Durchsetzung neoliberaler Politiken kam die Diskrepanz zwischen den politischen RepräsentantInnen und Mächtigen und der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Als Zeichen der Unzufriedenheit und der gewachsenen Mündigkeit der Menschen kam es im Februar 1989 zu einer sozial-explosiven Protestaktion, die als *Caracazo* in die Geschichte Venezuelas einging. Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigten einen politischen (System-)Wechsel, der allerdings erst 10 Jahre später eintreten sollte.

Die detaillierten Ausführungen hinsichtlich der Faktoren, die dafür sprechen, dass der Bolivarianismus von Chávez ein alternatives und zugleich anti-neoliberales Modell zu begründen versucht, bekräftigen die Annahme einer gesellschaftspolitischen Alternative. Auch wenn sich die bolivarianische Wirtschaftspolitik zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft bekennt, so darf der Blick darauf nicht verschränkt werden, dass daneben eine sozial-solidarische Wirtschaft auf- und ausgebaut werden soll. Das kapitalistische System soll hingegen vielmehr zur Umverteilung finanzieller Ressourcen genutzt werden, als der stetig steigenden Kapitalakkumulation einiger weniger zu dienen. Die Bedeutung von Eingriffen in diesen kapitalistischen Markt nach Chávez belegt das folgende Zitat des venezolanischen Präsidenten: „Mit der unsichtbaren Hand des Marktes hat man die Politik als Akteur zum Verstummen gebracht.“

Dass die kohärente Partizipation der breiten Bevölkerung, die in dem Konzept der partizipativen Demokratie zum Ausdruck kommt, das Kernstück des bolivarianischen Ansatzes darstellt, ist deutlich geworden. Hierin liegt auch der Dreh- und Angelpunkt in der Erklärung des Bolivarianismus als gesellschaftspolitische Alternative und somit als anti-neoliberales Modell. Man kann folglich von einer durchgängigen Ideologie sprechen und muss beides ineinandergreifend analysieren. In dem Sinn muss ich auch meine eingangs formulierte These bestätigen: Das bolivarianische Projekt baut auf einem politischen Bewusstseinsbildungsprozess auf, um eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und somit eine politische Teilhabe über den offenen Zugang für alle zu schaffen. Erweiternd lässt sich noch anfügen, dass ein solcher Prozess – will

er erfolgreich sein – mit einer tatsächlichen Übertragung politischer Entscheidungsmacht auf die Bevölkerung einhergehen muss.

In Hinblick auf die Rollen des Militärs und der Medien im derzeitigen Venezuela ist es im ersten Fall besonders wichtig, die patriotischen Teile zu (re-)organisieren und ihre Basis weiter auszubauen, um einem oppositionellen Putsch entgegen zu wirken bzw. ihn im Keim ersticken zu können. Damit tragen die Streitkräfte zu Überleben, Weiterbestand und der weiteren Konsolidierung der „bolivarianischen Revolution“ in bedeutsamem Ausmaß bei. Dem gegenüber steht die von der Opposition getragene Übermacht der Privatmedien – mittels manipulativer Berichterstattung wird versucht, die Erfolge und Legitimität des bolivarianischen Projektes und des Präsidenten zu ignorieren und zu sabotieren. An dieser Stelle anzusetzen versucht das Gesetz über die soziale Verantwortung der Medien. Meines Erachtens müssen jedoch weitere Anstrengungen von Seiten der *chavistas* unternommen werden, um für eine wirklichkeitstreue und umfassendere Informationsversorgung nicht nur der nationalen Bevölkerung, sondern auch international zu sorgen.

Was schließlich die internationalen Reaktionen auf das bolivarianische Projekt anbelangt, so wurde gezeigt, wie wichtig es ist, mehrere Ebenen bei der Analyse zu berücksichtigen. Es wurden die Ebenen der Regierung, der Zivilgesellschaft und von internationalen Institutionen untersucht und ausgeführt, wer Chávez und das bolivarianische Projekt unterstützt und wer eine (deutlich) ablehnende Haltung ihm und seiner Politik gegenüber einnimmt.

Zusammenfassend lässt sich das bolivarianische Projekt als eine Emanzipation „von oben“ für eine Bewegung „von unten“ beschreiben. Über die direkte politische Teilhabe und Kontrolle bei gleichzeitiger Förderung eines politischen und kritischen Bewusstseinsbildungsprozesses soll das Schaffen von Öffentlichkeit und die damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens, der Gesellschaft und des Gemeinwesens erreicht werden. Die bolivarianischen Zirkel, die neuen lokalen Instanzen und die Möglichkeit des Referendums sollen den Zugang und die Teilhabe „aller“ ermöglichen. Dem gegenüber steht ein neoliberales Modell, welches darauf abzielt, die politische Teilhabe der Menschen auf die in periodischen Abständen stattfindenden Wahlen ihrer repräsentativen VertreterInnen sowie auf die alltäglichen Marktentscheidungen als KonsumentInnen zu reduzieren.

Eine weitere Bestätigung für die bolivarianisch-gesellschaftspolitische Alternative liegt in der Zusicherung der rechtlichen (*Misión Identidad*) und materiellen Basis im Zuge der Schaffung von Öffentlichkeit. Der Ausbau der (bolivarianischen) staatlichen Schulen bei gleichzeitiger Kontrolle über die privaten Bildungseinrichtungen, der Ausbau des staatlichen Gesundheitssystems wie

auch die statistisch belegten Zahlen der Erhöhung beider Budgets sprechen für sich. Es handelt sich letztlich um ein langfristig angelegtes Projekt zur Reduzierung der Armut und zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen in Venezuela. Der vorherrschende Neoliberalismus schlägt vollkommen andere Wege ein, liegt hier doch die Lösung in punktuellen Armutsreduzierungsstrategien und in der Privatisierung der vormals staatlichen sozialen Einrichtungen wie des Gesundheitssystems und der Bildungsinstitutionen zur Steigerung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

Ein weiteres wichtiges Element einer materiellen Grundsicherung liegt in der Vergabe von Eigentumsrechten an Grundstücken in den Barrios der Großstädte, mit Schwerpunkt auf Caracas, sowie der Agrarreform, die ich hier auf einen „Rückkauf“ und eine neue Zuteilung von Land inklusive rechtmäßiger Besitztitel durch den Staat reduzieren möchte. Der Marktmechanismus, das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, wird in diesem Fall ausgeschaltet.

Die vorgesehene Entwicklung hin zu einem multiethnischen und plurikulturellen Staat, so wie es die neue Verfassung vorsieht, findet ihren Niederschlag in der Anerkennung der Rechte indigener Völker und in dem derzeit stattfindenden Prozess zur Verwirklichung eines Rechtspluralismus.

Dies alles impliziert eine weitgehende Umsetzung von Entwicklung als Freiheit im Sinne Sens, der Entwicklung als die Freiheit des Menschen versteht, möglichst viele Möglichkeiten zu haben, das eigene Leben so zu führen, wie man es sich vorstellt. Somit müssen die Regeln einer Gesellschaft mitgestaltet werden können, wobei die soziale Gleichheit als Chancengleichheit aller daran teilzunehmen eine notwendige Bedingung darstellt. Dieser Gestaltungsprozess muss auf vernünftigen Überlegungen, auf Kommunikation und der kollektiven Bearbeitung von Interessenskonflikten beruhen, um die Dialektik von Freiheit und (erneuten) Zwängen zu organisieren (Esser u.a. 1994: 217-227). Schlussendlich schließt die gesellschaftspolitische Alternative des Bolivarianismus auch eine Wertschätzung der Vielfalt und den Respekt gegenüber dem Anderen mit ein und steht somit einer neoliberalen Ausrichtung nach Einheitlichkeit und ganz allgemein Angleichung von Systemen diametral gegenüber.

Literatur

- Apatia-No (2002): Acerca del 27 FEB (El Caracazo). http://www.geocities.com/apatiano/E_27f.htm, 9.04.2005.
- Areion Edition (2001): Bolivarische Republik Venezuela. /2001. <http://www.urbanplus.tintagel.net/venezuela.html>, 31.10.2001.
- Arvelaiz, Maximilian/Durán, Moisés (2003): Venezuela, la encrucijada histórica de un pueblo. ALAI-AMLATINA. Preetext, 24.11.2003.

- Asamblea Nacional Constituyente (2000): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela 1999. Caracas: La Piedra.
- Bretton Woods Project (2002): IMF welcomes Coup in Venezuela. 7.05.2002. [http://www.brettonwoodsproject.org/article.shtml?cmd\[126\]=x-126-16229,10.10.2003](http://www.brettonwoodsproject.org/article.shtml?cmd[126]=x-126-16229,10.10.2003).
- Cañizález, Andrés (2003): ¿Se cubaniza Venezuela? .07.2003. http://www.rnw.ul/sp/toolbar/informe_venezuela.html, 28.08.2003.
- CP (Consejo Permanente de la OEA) (2002): Respaldo a la institucionalidad democrática en Venezuela y a la gestión de facilitación del Secretario General de la OEA. 16.12.2002. <http://www.oas.org/OASpage/eng/Venezuela/CP10628S01.htm>, 10.10.2003.
- DerStandard.at (2003): Keine Beweise, dass Chávez die Círculos Bolivarianos bewaffnet. E-Mail-Interview mit René Kuppe: Lateinamerika sieht im derzeitigen Prozess eine reale Alternative zu den Auswüchsen des weltweit verordneten neoliberalen Modells. 23.06.2003. <http://derstandard.at/druck.asp?id=1329974,24.06.2003>.
- Díaz, Rolando (1993): Hintergründe und Ursachen der gewerkschaftlichen Krise in Venezuela. In: Köhler, Holm-Detlev/Wannöffel, Manfred (Hg.): Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 147-157.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (1994): Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“. In: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg: VSA.
- García Ponce, Guillermo (2001): Características de la organización del pueblo. El Mundo Viernes. Oktober 2001. http://www.geocities.com/rbhistoria/Circulos/art_CB_GarcioPonce.htm, 27.08.2003.
- Gómez Gómez, Juan Vicente (2001): Veamos el por qué. Caracas, 28.11.2001. <http://www.geocities.com/rbhistoria/Leyes/veamosporque.htm>, 27.08.2003.
- Harnecker, Marta (2003): Also sprach Zarathustra. <http://freitag.de/2003/04/03040401.p.h.p>, 17.01.2003.
- Info-Verteiler (2003): Der revolutionär-bolivarianische Prozeß in Venezuela. September 2003. Stiftgasse 8. Wien.
- junge Welt (2003): Caracas TeVe. Wochenendbeilage vom 21.06.2003. <http://www.jungewelt.de/2003/06-21/027.php>, 24.06.2003.
- Kornblith, Miriam (1996): Krise und Wandel des politischen Systems in Venezuela. In: Hofmeister, Wilhelm/Thesing, Josef (Hrsg.): Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika. Frankfurt am Main: Vervuert, 367-405.
- Kuppe, René (2002): Das tapfere Volk. In: Südwind-Magazin Nr. 6, Juni 2002, 24.
- Luengo, Néstor Luis/González, Lissette (1995): La pobreza en Venezuela. In: Contribuciones 47 (3), 167-192.
- Maringoni, Gilberto (2004): A Venezuela que se inventa. Poder, petróleo e intriga nos tempos de Chávez. São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo.

- Melcher, Dorothea (1999): Venezuela: eine friedliche Revolution? In: Gabbert, Karin u.a. (Hrsg.): Lateinamerika Analysen und Berichte. Migrationen. Band 23. Bad Honnef: Horlemann Verlag, 212-223.
- Netzwerk Venezuela (2005): Das neue Mediengesetz unter der Lupe. Ein Angriff auf die Meinungsfreiheit? <http://www.netzwerk-venezuela.de/inhalt/artikel/detail.php?nr=283&kategorie=artikel>, 9.04.2005
- Neuber, Harald (2003): Neue Basisdemokratie in Venezuela: Kann Gesellschaft verändert werden? Interview mit Ramón Darío Vivas Velazco (Rechtsanwalt und Abgeordneter des venezolanischen Parlaments für die MVR). Juni 2003. <http://www.jungewelt.de/2003/06-11/017.php>, 24.06.2003.
- Novy, Andreas/Jäger, Johannes (2003): Internationale Politische Ökonomie. Das Beispiel Lateinamerika. Virtuelles Skript von LASON. <http://www.lateinamerikastudien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-titel.html>, 31.10.2003.
- Otaegi, Leire (2003): Propuestas regionales de Chávez. 19.12.2003. http://www.rnw.ul/sp/toolbar/informe_venezuela.htmlhttp://www.rnw.ul/sp/toolbar/informe_venezuela.html, 28.08.2003.
- Ramm, Tommy (2002a): Hugo wieder Boss. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 355, Mai 2002, 4-8.
- Ramm, Tommy (2002b): Washington hat sich zu früh gefreut. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 355, Mai 2002, 6.
- Ramonet, Ignacio (2003): Kontrolle ist besser. In: Le Monde diplomatique. Nr. 7178. 10.10.2003. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/10/10.mondeText.artikel,a0227.idx,1>, 31.10.2003.
- Scher, Andre (2002): Chávez auf Versöhnungskurs. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 336, Juni 2002, 7-9.
- Schmidtkunz, Franziska (2003): Autodesarrollo indígena. Die gelebte indigene Perspektive auf Entwicklung. Eine ethnologische Analyse mit Beispielen aus Venezuela. Diplomarbeit: Wien.
- Schmidt-Relenberg, Norbert/Kärner, Hartmut/Köhler, Volkmar (1980): Selbstorganisation der Armen: ein Bericht aus Venezuela. Frankfurt am Main: Vervuert.
- SISOV (Sistema Integrado de Indicadores Sociales para Venezuela) (2003): Empleo y remuneraciones. <http://www.sisov.mpd.gov.ve/indicadores/empleo/empleoremuneraciones/.../index.htm>, 12.12.2003.
- Stratenwerth, Dinah/Zeiler, Stephanie (2003): „Venezuela hemmt den Irak-Krieg“. Interview mit dem Soziologen Gregory Wilpert. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 344, Februar 2003, 7-8.
- Tagliaferro, Eduardo (2003): Venezuela und die Tobin-Steuer. In: Lateinamerika Anders 28 (Nr. 1), Februar 2003, 6.
- Trogar, Carlos (2003): Europäische Solidarität mit der Bolivarischen Revolution. In: Lateinamerika Anders. Panorama Nr. 4, September 2003, 28-29.
- Vilker, Ana Silvia (2003): Argentinien und Venezuela: Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus. In: Journal für Entwicklungspolitik. Drei Jahrzehnte

- te Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven Vol. XIX (Nr. 3-2003). Wien: Mandelbaum Edition Südwind, 87-99.
- Weltbank (2003): Venezuela - Interim country assistance strategy. 18.11.2002. http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDS_IBank_Servlet?pcont=details&eid=000094946_02112704014929, 31.10.2003.
- Werz, Nikolaus (1983): Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela. München/Köln/London: Weltforum Verlag.
- Wilpert, Gregory (2003): Venezolanische Opposition in der Sackgasse? In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 344, Februar 2003, 4-5.
- Zehetmayer, Birgit (2003): Keine Atempause für Chávez. In: Lateinamerika Anders 28 (Nr. 3), Juni 2003, 13-16.
- Zelik, Raul (2003): Zur politischen Situation in Venezuela. Interview mit Roland Denis (seit 25 Jahren in der linksradikalen Bewegung in Venezuela aktiv, saß bis 03/2003 im Planungsministerium der Regierung Chávez). August 2003. http://www.links-netz.de/T_texte/T_zelik_venezuela.html, 01.12.2003.

Interviews

- Franziska Herdin mit Manuel Gutiérrez. Venezolanische Botschaft in Wien. 2.12.2003.
- Franziska Herdin mit René Kuppe. 2. Gesamtösterreichische Entwicklungstagung Graz. 6.12.2003.

Abstracts

Der bolivarianische Prozess in Venezuela wird in politökonomischen und gesellschaftspolitischen Diskussionen häufig als möglicher alternativer Weg zum vorherrschenden Neoliberalismus herangezogen. Der vorliegende Beitrag erklärt, warum diese Deutung richtig ist, und zeigt, dass es sich beim Bolivarianismus um eine durchgängige Ideologie handelt, welche eine gesellschaftspolitische Alternative und somit ein anti-neoliberales Modell zum Ziel hat. Aufbauend auf den historischen Entwicklungen in Venezuela – Wegbereiter für die bolivarianische Politik – wird der Bolivarianismus einer genaueren politökonomischen Analyse unterzogen. Dabei werden auch die Rolle des Militärs sowie die Bedeutung der nationalen und internationalen Medienlandschaft unter die Lupe genommen.

In politico-economical and sociopolitical discussions the bolivarian process in Venezuela is often referred to a possible alternative way to the predominant neoliberalism. The present article explains why this interpretation is correct and shows the continuous ideology of the bolivarianism, which aims at a sociopolitical alternative and consequently at an anti-neoliberal model. On the basis of historic developments in Venezuela – precursor of bolivarian politics – the bolivarianism is subject to a specific politico-economical analysis. In doing so the role of the Military and the significance of national and international media are also checked out.

Franziska Herdin
franziska.herdin@chello.at

ALFREDO ALEJANDRO GUGLIANO

Demokratie als Raum für die Entwicklung einer BürgerInnenschaft
(*cidadania*²)

Ein Vergleich zwischen dem Partizipativen Budget von Porto Alegre (Brasilien) und der Partizipativen Dezentralisierung von Montevideo (Uruguay)

1. Einführung

Dieser Artikel soll zur Vertiefung einer neuen Richtung innerhalb des Demokratie-Diskurses beitragen, die neben der Betonung von Aspekten, die sich auf das politische System beziehen – das oft ausgehend von den Begriffen *governance* und *accountability* untersucht wird – auch eine Qualitätsanalyse des demokratischen Prozesses anstrebt. Dies ist eine zentrale Perspektive für aktuelle Studien, da es, wie Ulrich Beck (1998: 11)³ hervorhebt, mehr Zweifel als Sicherheit gibt betreffend das Ausdehnungsvermögen der Symbiose zwischen Kapitalismus und Demokratie auf andere Regionen außerhalb der westlichen Länder; es besteht nur wenig Gewissheit über die Kapazität dieser Verbindung, angesichts des derzeitigen Verschlechterungsprozesses physischer, kultureller, sozialer und auch ökologischer Bedingungen auf der Erde, konkrete Vorteile zu bieten.

Indessen führt die Tatsache, dass in der aktuellen, von der Globalisierung gekennzeichneten Entwicklungsphase des Kapitalismus die Demokratie das vorherrschende politische System darstellt, nicht dazu, dass alle Demokratien als gleichwertig erachtet werden könnten. In diesem Sinne werden hier zwei Konzepte untersucht, die im Hinblick auf die Ausweitung der BürgerInnenpartizipation in Lateinamerika als äußerst relevant gelten. Der Artikel bezieht sich auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den partizipativen Verwaltungsmodellen in den Städten Montevideo, das seit 1990 von einer Koalition linker Gruppierungen namens *Frente Amplio* verwaltet wird, und Porto Alegre, das zwischen 1989 und 2004 von der brasilianischen Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores – PT*) verwaltet wurde. Im Fall Uruguays handelt es sich um ein Dezentralisierungsprojekt, das auf der Schaffung lokaler Verwaltungszentren (*Centros Comunais Zonais – CCZ*) basiert und im Fall Brasiliens um die

Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung an der Stadtplanung durch das Partizipative Budget (PB).

Verschiedenste Autoren bedienten sich in den letzten Jahren hinreichend der qualitativen Perspektive zur Untersuchung von Demokratien; sie untersuchen neben anderen Problemstellungen hauptsächlich den Verlauf junger Demokratien, die ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Südeuropa, Lateinamerika, Osteuropa und später in Afrika und Asien gebildet wurden. Diese von Samuel Huntington (1991) als so genannte „Dritte Welle der Demokratisierung“ (*third wave of democracies*) zusammengefassten Ansätze waren von einem spezifischen Kontext geprägt, in dem die Reorganisation der Staatsbürgerlichkeit und der BürgerInnenrechte einerseits und andererseits der Neoliberalismus und der Versuch, den Staat den Marktbeziehungen zu unterwerfen, nebeneinander bestanden.

Im Gegensatz zu der Zeit nach 1945, als die Demokratien von Umständen geprägt waren, die sich nach der Initiative des Staats richteten, ein nationales Projekt aufzubauen, mussten sich die jungen Demokratien in dem Moment, da sie ihre ersten Schritte in Richtung einer Konsolidierung des politischen Systems wagten, einem ganz besonderen Kontext stellen, in dem vier Elemente hervortraten: Zunächst der Zerfall des Kommunismus und das Ende eines stets vom Kalten Krieg und der bipolaren Teilung der Welt bedrohten Zusammenlebens. Das zweite Element war die Verringerung des Einflussbereichs des Nationalstaats, der zwar als Gerüst zur Regelung einer Reihe von Beziehungen auf nationaler Ebene fortbestand, aber schließlich seine Fähigkeit zur Sozialzentralisierung größtenteils verlor. Das dritte Element bestand in der Schwierigkeit, eine neue „Weltordnung“ zu errichten, angesichts der Unfähigkeit z.B. der Vereinten Nationen (UNO) in Konflikten, bei denen multinationale Interessen mitspielten, zu vermitteln. Schließlich soll als viertes Element die rasche Ausdehnung des Wirtschaftsmarkts hervorgehoben werden, der nun durch den Einsatz neuer Kommunikationstechnologien, welcher neue Märkte und Ausweitungsmöglichkeiten des Privatkapitals eröffnet hat, angekurbelt wird.

Angesichts solch tief greifender Wandel durchlief auch das Studienfeld selbst, das sich der Untersuchung des demokratischen Prozesses widmete, Momente der Neudefinition vieler seiner theoretischen Parameter, darunter sogar die Bedeutung des zu untersuchenden Studienobjekts (Touraine: 1991; Schmitter/Karl: 1991)⁴.

In Bezug auf das zuvor Angeführte betont Guillermo O'Donnell (1999: 580), dass derzeit „[...] die Demokratie nicht nur auf Ebene des Systems, sondern auch des Staats und unter gewissen Aspekten aus dem allgemeinen sozialen Kontext heraus untersucht werden sollte“. In gleicher Richtung verteidigt

auch Manuel Antonio Garretón (2003: 47) die Ansicht, dass die Demokratie nicht nur die Notwendigkeit darstelle „[...] Aufgaben, die durch unvollendete Gründungen, Übergänge und Reformen liegen geblieben sind, zu vervollständigen, sondern die *polis* und die politischen Systeme zu rekonstruieren, sowie eine neue Form der Beziehung zwischen Staat, Politik und Sozialakteuren zu definieren“. Und Boaventura de Sousa Santos (1998: 122) betont schließlich, dass die Demokratie angesichts der Globalisierung nicht mehr auf den Staat beschränkt bleiben darf, entsprechend der Notwendigkeit, auch die nicht-staatliche Ebene zu demokratisieren und unter Berücksichtigung dessen, dass „[...] allein die Konvergenz der zwei Demokratisierungsprozesse die Wiederherstellung eines öffentlichen Raumes demokratischer Entscheidung gewährleistet“.

Trotz unterschiedlicher Nuancen in den Argumentationen, die diese Diskussion bilden, was angesichts der unterschiedlichen theoretischen Perspektiven, die den einzelnen Arbeiten zugrunde liegen, durchaus verständlich ist, kann man doch bei vielen Autoren eine Konvergenz bezüglich einiger Aspekte beobachten, die zu einer Neudefinition des Begriffs Demokratie beitragen könnten. Darunter seien als wesentlichste Aspekte die folgenden hervorgehoben:

- Auffassung der Demokratie als ein räumlich und zeitlich dimensioniertes Konzept, wodurch die Übertragung erfolgreicher Modelle von einem Land auf ein anderes verhindert werde;
- Charakterisierung der Demokratie über das politische System hinaus, unter Einbezug des Staates, der Gesellschaft und der Subsysteme (in den Bereichen Recht, Kultur, Bildungswesen etc.);
- Betonung der Vermittlung zwischen lokaler und globaler Ebene, sowie subnationalen Ebenen, im Sinne einer Redimensionierung jener Faktoren, von denen die politische Stabilität abhängt;
- Einbezug neuer Themenbereiche, die in den Demokratie-Diskurs einfließen, wie etwa die Beziehung Mann / Frau, Ethnie, Nachhaltigkeit, politische Kultur etc.
- Achtung der gesellschaftlichen Bedingungen der demokratischen Entwicklung, darunter jene Aspekte im Zusammenhang mit Menschenrechten, Sozialkapital, Gewalt, Arbeitslosigkeit etc.

Nachdem die Demokratie nach dem Fall der Berliner Mauer (1989) weltweit als souveräne Alternative politischer Staatenorganisation galt, erfahren die westlichen Demokratien gegenwärtig die Folgen der fortschreitenden Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die Verwaltbarkeit der Nationalstaaten sowie den Einfluss dessen, was in einem Teil der Fachliteratur als *disaffection* (Putnan/Pharr/Dalton 2000) bezeichnet wird, vielleicht aber besser als totale Gleichgültigkeit, Desinteresse der BürgerInnen für die staatliche Politik, die

politischen Parteien und vor allem für die BerufspolitikerInnen beschrieben werden könnte⁵.

Das vielleicht Bemerkenswerteste an alledem ist, dass während die Demokratie viel von ihrer Glaubwürdigkeit einbüßt und Marktbeziehungen – insbesondere durch Wirtschaftsreformen – zunehmend die Planung der nationalen Politik in den neuen Demokratien bestimmen, gleichzeitig auch eine ganz neue Wiederauferstehung der Zivilgesellschaft zu beobachten ist.

Der Ausdruck „Wiederauferstehung der Zivilgesellschaft“ wurde bekanntlich vor allem von den Untersuchungen von Guillermo O'Donnell und Philippe Schmitter (1988) ausgehend verwendet, um jenen Prozess zu beschreiben, in welchem die Zivilgesellschaft in Diktaturen im Süden Europas und in Lateinamerika ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre auf die Straße geht, um Änderungen im System einzufordern. In Fortsetzung der ursprünglichen Charakterisierung wird nun in diesem Artikel vorgeschlagen, dass wir heute, besonders in den westlichen Demokratien, eine neue Phase dieses Prozesses erleben, in der die BürgerInnenmobilisierung nicht mehr auf einen Bruch mit dem System abzielt, sondern grundsätzlich Gewinne für die Allgemeinheit erstrebt, wie etwa die Erhaltung öffentlicher Plätze (Plätze, Schulen, Straßen) und eine Verbesserung sozialer Dienstleistungen und der Lebensqualität für die Gemeinschaft.

Einige dieser Ansätze gedeihen oft fernab der staatlichen Ebene. So entwickeln ehrenamtlich Tätige, NGOs oder verschiedene soziale Kollektivorganisationen, die an religiöse Gemeinschaften, Unternehmergruppen, kulturelle Vereinigungen etc. gebunden sind, obwohl sie öffentliche Mittel erhalten, ihre eigenen Aktivitäten unabhängig vom Willen staatlicher Machthaber. Andere Konzepte entstehen im Grunde durch Staatshand, meist in Verbindung mit der Zivilgesellschaft, und zielen darauf ab, einen noch nie zuvor besetzten Raum in liberaler öffentlicher Sphäre einzunehmen, auf Ebene der Partizipation in Regierungsstrukturen, und daher werden diese Versuche allgemein als Versuche partizipativer Demokratie oder als Versuche des Einbezugs der BürgerInnen in die öffentliche Verwaltung bezeichnet. Und genau das ist der Gegenstand der durchgeführten Untersuchungen der partizipativen Verwaltungsformen in Montevideo und Porto Alegre.

2. Unterschiede der Demokratisierung in Brasilien und Uruguay

Die politische Geschichte der brasilianischen und der uruguayischen Gesellschaft weist einige Unterschiede auf. Laut Constanza Moreira (2001: 13): „[...] im Hinblick auf die Politik im Laufe des Jahrhundert ist auffällig,

das Brasilien bis 1930 ein zwischen den Eliten kompetitives System besaß, bis 1945 ein autoritäres Regime korporativer Art, zwischen 1945 und 1964 eine eingeschränkte Demokratie, zwischen 1964 und 1985 ein Militärregime und zwischen 1985 und 1990 eine eingeschränkte Demokratie. Uruguay konsolidierte hingegen bis 1903 keine Stellung politischer Kompetenz, war dann bis 1919 eine eingeschränkte Demokratie und konnte von da an als volle Demokratie betrachtet werden, die von zwei autoritären Perioden unterbrochen war (1933-1942/1973-1984).“

In Bekräftigung dieser Beschreibung hebt Francisco Weffort (1989: 80) einige wichtige Unterschiede zwischen den angeführten Ländern hervor, um zum Schluss zu kommen: „Ist Brasilien ein Land mit chronischer Instabilität der Parteien, so besitzt Uruguay [...] eine Geschichte parteilicher Stabilität.“

Allgemein war der Verlauf der brasilianischen Politik vom Aufbau einer politischen Hegemonie vonseiten der agrarexportierenden Eliten durch eine Verwehrung der grundlegenden BürgerInnenrechte gegenüber breiten Bevölkerungsgruppen gezeichnet. Dies tritt besonders klar zutage, wenn man die ständigen Reformen der Parteienstruktur Brasiliens betrachtet, welche die Bildung starker Parteien mit traditioneller WählerInnenschaft verhinderten, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese ebenso schnell aufgelöst wurden wie neue Parteikürzel geschaffen wurden. Die Tatsache, dass AnalphabetInnen von 1891 bis 1985 kein Wahlrecht besaßen, festigte gleichermaßen die Diskriminierung der ärmsten Bevölkerungsgruppen, denen für fast ein Jahrhundert ab der Einführung der Republik jegliche politischen Mindestrechte verwehrt blieben⁶.

Das Fortbestehen eines formalen Systems politischer Ausgrenzung breiter Bevölkerungsschichten in Brasilien veranlasste verschiedene Autoren, wie Francisco Weffort (1992), dazu, den Begriff „brasilianisches Dualsystem“, wie er in der brasilianischen akademischen Literatur der 1940er und 1950er Jahre häufig verwendet wird, wieder aufzugreifen, um sich auf Eigenheiten eines politischen Modells zu beziehen, in dem politische Partizipation ein Vorrecht darstellte.

Im Falle Uruguays war das 20. Jahrhundert vom so genannten *imaginário batllista* (benannt nach den reformistischen Regierungen unter José Battle y Ordóñez 1903-1907 und 1911-1915) geprägt, einer Haltung, die auf der „[...] Heiligung des Konsens, der Beschwichtigung von Konflikten und der Ausdehnung der Verhandlungskultur“ (CAETANO 1999: 425) beruht. Der *batllismo* war die hegemonische Strömung der Colorado-Partei während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, zu deren Prinzipien die Trennung von Kirche und Staat, kostenlose Schulbildung auf allen Stufen, die Nationalisierung öffentli-

cher Dienstleistungen und der Wirtschaft sowie die Ausweitung der sozialen Gesetzgebung gehörten. Durch die Ausweitung des Einflusses dieser politischen Tradition über den 1929 verstorbenen Präsidenten Batlle y Ordóñez hinaus ergab sich als Hauptkonsequenz die Definition einer soliden Sozialgesetzgebung, die insbesondere auf der 40-Stunden-Woche, einem Mindestlohn für Landarbeiter und der Neuorganisation des Pensionssystems basiert. Symbol dieser Periode war die Annahme der Verfassung von 1919; neben anderen Maßnahmen strukturierte diese den aus Vertretern der Regierung und der Oppositionspartei bestehenden nationalen Verwaltungsrat, der dafür zuständig war, die wichtigsten Handlungen der Regierung zu verfolgen und zu diskutieren.

Trotz bestehender Kontroversen über die Folgen dieses Konzepts in Bezug auf die Wirtschaftspolitik und über die erheblichen Schwierigkeiten des Staats Uruguay, die von der Reformpolitik des *batllismo* geschaffenen Erwartungen zu erfüllen, steht der Einfluss dieser Zeit auf die Verfassung eines der stabilsten politischen Systeme der Region außer Frage. Nach Charles Gillispie (1986) wurde das uruguayische System, auf dem *batllismo* aufbauend, mit großer politischer Stabilität ausgestattet und als „demokratischstes Modell Lateinamerikas“ betrachtet. Den Argumenten des genannten Autors zufolge war der demokratische Verlauf in Uruguay in den siebzig Jahren, die dem Militärputsch von 1973 vorangingen, auf höchstmögliche Parteiorganisation und die Wahrung der politischen BürgerInnenrechte ausgerichtet.

Wenn in Brasilien einerseits nie eine dem *batllismo* ähnliche politische Form auftrat, so entwickelte sich andererseits doch eine stark ausgeprägte Verhandlungskultur unter der Elite. Diesbezüglich erachtet Michel Debrun (1983) die „Versöhnung“ als eines der Schlüsselemente der brasilianischen Politik, da diese als wichtigstes Mittel eingesetzt wurde, um dafür zu sorgen, dass politische Veränderungen nicht signifikant in den Verlauf der Machtgefüge der Gesellschaft eingreifen, und gewährleistete, dass – selbst in Fällen größten Wandels vonseiten der Regierung – die Grundlagen von Herrschaft und politischem Prestige der Eliten unerschüttert blieben.

Erwähnenswert ist hier die Differenzierung, dass in Uruguay der Verhandlungsprozess zwischen den Eliten eine einschließende Rolle spielte, während es in Brasilien auf Seiten der politisch dominanten Gruppen gang und gäbe war, weiterhin politische Rechte zu versagen.

Bezüglich der Redemokratisierung der 1980er Jahre ist hervorzuheben, dass der Prozess in beiden Ländern auf Initiative von Militärregierungen hin ausgelöst wurde. In Brasilien kennzeichnete den Übergang die berühmte Ansprache des Präsidenten der Republik, General Ernesto Geisel, im Jahr 1974, in der er auf die Möglichkeit eines „langsamen und allmählichen Übergangs zur

Demokratie“ verwies. (COUTO 1998: 138-139). In Uruguay beginnt dieser Prozess mit der Volksabstimmung am 30. November 1980, die von Militärs selbst organisiert wurde, um das politische System durch eine neue Verfassung zu legitimieren und ausreichende Unterstützung zur Stabilität der diktatorischen Regierungen zu sichern.

Die Ergebnisse dieser hier beschriebenen politischen Formen fielen sehr unterschiedlich aus. Die Volksabstimmung in Uruguay bedeutete einen schweren Schlag für die Militärdiktatur. Trotz der Zensur und des enormen Propaganda-Apparats der Regierung stimmten 52,7% der Bevölkerung gegen die neue Verfassung, und zwar bei einer Wahlbeteiligung von 85%. Durch die Niederlage in ihrer Strategie der Volksabstimmung waren die Militärs in Uruguay, obwohl sie die Staatsführung weiter innehielten, gezwungen, den Übergang zur Demokratie zu beschleunigen, was in Form der vier Jahre später stattfindenden Präsidentschaftswahlen geschehen sollte. Auf der anderen Seite hielten sich die mit ihrer Strategie eines überwachten Übergangs erfolgreichen Militärs in Brasilien bis 1984 mit starker politischer Kontrolle an der Macht, also noch zehn Jahre nach den Ansprachen von General Geisel, bei denen es zu den großen Demonstrationen der „*Diretas já*“-Bewegung kam, die demokratische Direktwahlen einforderte.

Des Weiteren ist es wichtig aufzuzeigen, dass der Übergang zur Demokratie sowohl in Brasilien als auch in Uruguay über Verhandlungen verlief, die Militärs und Opposition miteinbezogen. Diese als „ausgehandelte Übergänge“ bekannte Form einer Neuentstehung der Demokratie war geprägt – wie bei Frances Hagopian (1990: 149) angeführt – von der „[...] Verhandlung von Abkommen mit dem Ziel, sämtliche möglichen Konfliktquellen aus dem politischen Programm zu entfernen“.

Obwohl es in Brasilien einen Übergangspakt gab, der Militärs und zivile Verantwortungsträger der Opposition an eine ausgehandelte Systemveränderung band, findet sich, von einigen Presse-Aussagen solcher Verhandlungsteilnehmer abgesehen, kein Beweis, dass diese Besprechungen zwischen autoritären und demokratischen Segmenten stattgefunden haben. Schließlich wurde dies zu einem Kennzeichen des brasilianischen Redemokratisierungsprozesses, entsprechend José Álvaro Moisés (1985: 142): „Der Übergang zur Demokratie in Brasilien charakterisierte sich – [...] – durch seinen Verlauf [...] als ein beispielhafter Fall des kontinuierlichen Übergangs, d.h. ein Prozess, der nicht nur einen starken Einfluss der Streitkräfte auf die Institutionalisierung der Demokratie aufweist, sondern außerdem in allen Bereichen des brasilianischen öffentlichen Lebens über eine breite, starke und verteilte Präsenz früherer, aus dem alten Regime stammender politischer Muster verfügte“.

In diesem Fall ginge es konkret um eine wechselseitige Beziehung zwischen autoritärer Elite und Opposition, die die Umsetzung eines kontrollierten und den Interessen beider Gruppen entsprechenden Übergangsprogramms anstrebten und dabei eine stärkere Radikalisierung der Zivilgesellschaft verhinderten (Mainwaring 1986). Mit dem Erfolg dieser Strategie übertrugen die Militärs durch eine Wahl in einer aus ParlamentarierInnen gegründeten Wahlversammlung im Jahr 1984 die Regierung auf gemäßigtere Teile der Opposition, die durch höhere Gewalt (das Ableben des Präsidentschaftskandidaten Tancredo Neves) bei den Wahlen schließlich durch einen der wichtigsten BürgerInnenvertreter der Militärregierung der 1970er Jahre, den Präsidenten José Sarney, vertreten wurden.

In Uruguay verlief diese Verhandlung über die so genannten „Clube Naval-Pakte“, offizielle Sitzungen mit Regierungsmitgliedern und Vertretern der *Colorado*-Partei und des *Frente Amplio* (die *Blanco*-Partei weigerte sich, an diesem Forum teilzunehmen), aus denen eine gemeinsame Agenda über die Fortsetzung des Redemokratisierungsprozesses hervorging. Indem sie ihre politische Stärke klar aufzeigten, erlangten die uruguayischen Militärs eine Reihe politischer Garantien, die den nationalen Sicherheitsrat, die Militärtribunale, Beförderungen innerhalb der Heereshierarchie etc. umfassten. (Gilliespie op.cit.: 286-289). Des Weiteren wird bei Juan Linz und Alfred Stepan (1999: 189-190) treffend betont: „Die bedeutendste Einschränkung, die in dem zwischen den Parteien und den Militärs geschlossenen *Pacto do Clube Naval* ausgehandelt wurde, bestand darin, dass Wahlen nur unter der Bedingung abgehalten werden dürften, dass Wilson Ferreira, charismatischer Anführer einer der wichtigsten Parteien, des *Partido Blanco*, nicht für das Präsidentenamt kandidiere. [...] Hingegen minderte der Umstand, dass die *Blanco*-Partei andere Kandidaten stellte und die Links-Koalition (*Frente Amplio*) in die Teilnahme an den Wahlen einwilligte, die Illegitimität der Wahlen“.

Trotz aller Einschränkungen im Rahmen des Übergangs in Brasilien und Uruguay erlebten beide Länder, wenige Jahre nach dem Ende dieses Prozesses, bei den Wahlen ein Wachstum linker Parteien mit einer starken Eingliederung in soziale Bewegungen, was in den Sieg der brasilianischen Arbeiterpartei bei den Kommunalwahlen von Porto Alegre (1989) und des *Frente Amplio* in der Verwaltung von Montevideo (1990) mündete.

3. Die Partizipativen Modelle in Porto Alegre und Montevideo

Das Partizipative Budget von Porto Alegre und die Lokalen Verwaltungszentren von Montevideo sind wichtige Beispiele für den Versuch, die BürgerIn-

nenbeteiligung an der öffentlichen Verwaltung auszuweiten, indem Anhaltspunkte geboten werden, um die verschiedenen Voraussetzungen zu verstehen, die der Bildung partizipativer Demokratien freien Lauf lassen können, sowie um die Vielfalt der Erscheinungsformen derselben wahrzunehmen. Diese Aspekte gewinnen an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, dass die beiden Städte in der gleichen Phase der Geschichte, aber ohne jegliche Verbindung oder Absprache, eine Politik im Sinne der Ausweitung der demokratischen Partizipation einführen.

Zum Verständnis der Ausmaße des Prozesses, auf den hier Bezug genommen wird, erscheint es nützlich, einige grundlegende Charakteristika der Verwaltung der beiden untersuchten Städte, wenn auch in verkürzter Form, darzustellen.

Montevideo ist das bedeutendste der 19 *Departamentos*, in die Uruguay gegliedert ist. Auch wenn die Stadt flächenmäßig nur 0,3% des uruguayischen Staatsgebiets einnimmt (530 km²), weist sie eine Bevölkerungszahl von 1,3 Millionen Einwohnern auf, was 40% der uruguayischen Bevölkerung entspricht, und besitzt einen Anteil von 58% am BIP. Was die Verwaltung betrifft, so ist der oberste Inhaber der Exekutive der Stadt der Bürgermeister (*intendente*); die Legislativgewalt liegt bei der *Junta Departamental* (Senat), die sich aus 31 Mitgliedern, den sogenannten *ediles*, zusammensetzt.

Die meisten von der Kommunalverwaltung durchgeführten Tätigkeiten betreffen Dienstleistungen im Bereich Infrastruktur. Die Regierung ist zuständig für die Wasserversorgung und Kanalisierung, öffentliche Beleuchtung, Pflasterung und Ausbesserung von Straßen, Erhaltung von Parkanlagen, Plätzen und Bäumen. Darüber hinaus ergänzt sie eine Reihe sozialer Dienstleistungen, die auf nationaler Ebene angeboten werden, wie etwa im Bereich der medizinischen Erstversorgung und der Kinder- und Jugend- sowie Seniorenpolitik. Die Stadtgemeinde ist auch für vielfältige Problemstellungen im Bereich Grund und urbane Flächennutzung zuständig; für Baustellen- und Baugenehmigungen, wie etwa für den Bau von Einkaufszentren oder *shopping centers*; und für die Festsetzung, Erhebung und Verwaltung von verschiedenen öffentlichen Steuern.

In dieser Stadt durchläuft der partizipative Prozess derzeit einen Ansatz zur Dezentralisierung der Kommunalen Gewalt, der auf der Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung in verschiedensten Bereichen der öffentlichen Verwaltung basiert. Indem er diese Politik der Dezentralisierung eingrenzt, betont Alicia Veneziano (2001: 76) die Entwicklung von: „[...] sozialpolitischen Linien betreffend Frauen, Jugendliche und Gesundheit sowie von gesellschaftsfördernden politischen Maßnahmen und einer Reihe einzeln verteilter Dienstleistungen. Durch das dezentralisierte System wurden

Impulse für eine Teilhabe gesetzt, nicht nur in diesen politischen Bereichen, sondern auch für die Erstellung des kommunalen Fünfjahresbudgets, für die Raumordnungsplanung und die strategische Planung“ (Veneziano 2001: 76).

Das Modell der Dezentralisierung von Montevideo unterteilt die Stadt in Zonen, die von den *Centros Comunais Zonais* (CCZ) verwaltet werden; bei diesen CCZ handelt es sich um Einrichtungen, bei denen Angestellte und Fachkräfte tätig sind, deren Aufgabe darin besteht, sozialpolitische Maßnahmen zu entwickeln, die Abwicklung von Verwaltungsabläufen zu beschleunigen und Dienstleistungen auf sublokaler Ebene umzusetzen, wie die Beleuchtung in einzelnen Stadtteilen, Straßenerhaltung etc. Schätzungen zufolge waren in diesen Zentren 2004 etwa eintausend Angestellte in diese Tätigkeiten eingebunden.

Die Verwaltung der CCZ folgt einer dreigeteilten Organisationsstruktur: An erster Stelle steht die Koordination der Zentren, wozu Vertrauenspersonen ernannt werden, die die Stadtregierung in der Verwaltungszone repräsentieren. Zweitens gibt es die lokale Delegiertenversammlung (*Junta Local*) als Verbindungskanal zwischen der Verwaltungszone und dem formalen politischen System der Stadt, insofern als ihre Mitglieder zwar vom Bürgermeister ernannt, aber aus den in der *Junta Departamental* vertretenen politischen Parteien gewählt werden. Ihre Zuständigkeit liegt darin, über entsprechende sozialpolitische Maßnahmen zu entscheiden und sie zu führen sowie die Arbeit der Zentren zu beaufsichtigen. Drittens gibt es den Nachbarschaftsrat, ein Organ, dessen VertreterInnen direkt von der Bevölkerung gewählt werden, wobei zu den Wahlen alle WählerInnen der Verwaltungszone, in der sich das jeweilige Zentrum befindet, aufgerufen sind. Die Aufgabe der Räte besteht darin, soziale Kontrolle auf die Tätigkeiten der Zentren auszuüben und bei ihrer Festlegung zu beraten.

Porto Alegre ist bereits die zehntgrößte Stadt Brasiliens (496,8 km²), mit einer Einwohnerzahl von 383.356. Obwohl es sich um eine der bedeutendsten Städte des Landes handelt, ist der Beitrag Portos Alegres aus wirtschaftlicher Sicht bescheiden: Laut Daten aus dem Jahr 2001 besitzt die Stadt einen Anteil von 10,86% am BIP des Bundesstaats Rio Grande do Sul, dessen Hauptstadt sie ist. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung wird die exekutive Gewalt der Stadt von der *Prefeitura*, der der Bürgermeister vorsteht, ausgeübt und die legislative Gewalt von der *Câmara Municipal*, die sich derzeit aus 33 als *vereadores* bezeichneten Mitgliedern zusammensetzt. In Bezug auf die Aufgaben misst das brasilianische Verwaltungsmodell der exekutiven Gewalt größere Kompetenzen zu als das uruguayische, da diese für die Verwaltung einer breiten Palette sozialer Dienstleistungen und stadtpolitischer Maßnahmen auf lokaler Ebene zuständig ist.

In Porto Alegre demokratisiert das PB, wie es in der Stadt zwischen 1989 und 2003 eingesetzt wurde, die kommunale Finanzverwaltung durch die Beteiligung der Bevölkerung an der Planung der jährlichen Investitionen der Stadtgemeinde. So meint Boaventura de Sousa Santos (1998: 465), „it was based on an institutional innovation aimed at guaranteeing popular participation in preparing and carrying out the municipal budget, hence in the distribution of resources and definition of investment priorities.“

Im Vergleich gingen sowohl in Porto Alegre als auch in Montevideo die Ansätze zur Demokratisierung der öffentlichen Gemeindeverwaltung von einer ganzen Reihe konstitutioneller Änderungen aus, die zwischen Ende der 1980er und Mitte der 1990er Jahre getätigt wurden und eine Ausweitung der Verwaltungskompetenz auf Gemeindeebene sowie eine Öffnung von Kanälen, die potentiell eine stärkere BürgerInnenbeteiligung in diesem Prozess ermöglichen könnten, umfassten.

Im Fall Brasiliens sah die Verfassung von 1988 drei Formen für eine Budgeterstellung vor: Einen mehrjährigen Plan (*Plano Plurianual* – PPA), der sich auf Ausgaben, Arbeiten und Dienstleistungen bezieht, die länger als ein Jahr dauern; ein Gesetz über budgetäre Richtlinien (*Lei de Diretrizes Orçamentárias* – LDO), durch das hauptsächlich die Ziele und Prioritäten für die auf die Ausarbeitung des PPA folgende Periode festgelegt werden; und ein Gesetz über das Jahresbudget (*Lei Orçamentária Anual* – LOA), welches das eigentliche in dem Jahr zu verwendende Budget darstellt (nach Art. 165 und 166 der brasilianischen Verfassung). Die Verfassung garantierte den Gemeinden jedoch Autonomie in Bezug auf die Form, wie diese Prozesse ausgeführt werden sollten, wodurch sich ein beachtlicher Spielraum zugunsten der Entwicklung des partizipativen Modells auftat, das im kürzlich veröffentlichten Stadtstatut (2002) betrachtet wird, nunmehr ausgehend von der Charakterisierung der demokratischen Stadtverwaltung, die in diesem Text verstanden wird als: „die Bildung gleichberechtigter Organe in der Stadtpolitik; die Schaffung von Mechanismen zur Befragung der Öffentlichkeit; die Veranstaltung von Diskussionsrunden auf Gemeindeebene, Förderung von Volksinitiativen zum Gesetzesentwurf und die partizipative Budgetverwaltung“. (Das Stadtstatut dient einer Normierung zwecks Fortführung des mit der Verfassung von 1988 initiierten Prozesses zur Regelung der Verwaltung des städtischen Raums in Brasilien. Die Demokratisierung in den Städten wird im Speziellen in Kapitel IV des Statuts behandelt.)

Im Falle Uruguays war der Ausgangspunkt für die Umsetzung dieses Modells ein Zusammenspiel gesetzlicher Maßnahmen mit dem Zweck, die Schaffung der CCZ zu rechtfertigen. Ganz speziell erließ Staatspräsident Tabaré

Vasquez wenige Tage nach seinem Amtsantritt die Resolution 190 vom 4. Mai 1990, welche die Stadt in 18 Kommunalzentren teilte und somit die ersten Schritte in Richtung einer Dezentralisierung der Gemeinde setzte. Diese Maßnahme, die anfangs unter den Oppositionsparteien sehr umstritten war, wird durch Annahme des verfassungsändernden Gesetzes vom August 1994 auf nationaler Ebene ergänzt.

Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem *Frente Amplio* und einem breiten Spektrum politischer Segmente, stellte die so genannte Mini-Reform der Verfassung nicht nur eine Ausweitung der Gewalt der Gemeinde und der lokalen Verwaltungsstrukturen dar, sondern auch einen entscheidenden Schritt in Richtung Legalisierung des uruguayischen Dezentralisierungsprogramms. Zu den wesentlichen durch diese Maßnahme herbeigeführten Änderungen gehören: Die verpflichtende Dezentralisierung des Staats (Art. 50); die garantierte Autonomie der departamentalen Regierungen bei der Unterzeichnung von Abkommen und Vereinbarungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene; die Ausweitung der Autonomie der Stadtgemeinden zur Nutzung von Mitteln aus nationalen Steuern (Art. 297); flexiblere Befugnisse für die Gemeinden, lokale Steuern einzuhoben und andere Formen zur Ausweitung von Mitteln auf lokaler Ebene (Art. 298); Reduktion der Steuerbelastung für Privatunternehmen, die in *Departamentos* im Landesinneren investieren etc.

Obwohl es eine entscheidende Interferenz der Verfassungsreformen in der Entstehung der partizipativen Vorschläge auf lokaler Ebene gibt, fällt die Form auf, in der das Problem der Legalisierung dieser Prozesse in den beiden Städten behandelt wurde.

In Porto Alegre stand der legale Aspekt eindeutig nicht im Vordergrund der Regierungsstrategie, was erkenntlich wird, wenn Genro e Sousa (2001: 48) hervorhebt, dass „[...] seine Regelung [des PB] nicht durch kommunale Gesetzgebung erfolgt, sondern durch die Gesellschaft selbst, in autonomer Weise“. Diesbezüglich sei noch betont, dass trotz der relativen Fortschrittlichkeit des Grundgesetzes der Stadtgemeinde von Porto Alegre und seiner bedeutenden Errungenschaften im Sinne der Volksbeteiligung (insbesondere in Kapitel VII derselben – Von der Souveränität und der Volkspartizipation), die Frage des PB nicht in expliziter Form aufscheint, sondern nur die Volkspartizipation in der Erstellung des Gemeindehaushalts vage festgehalten ist. (Hier wird speziell auf Art. 116, § 1^o Bezug genommen: „Die Beteiligung der Gemeinschaft, auf Basis der Gemeindezonen, in den Phasen der Erarbeitung, Festlegung und Kontrolle der Durchführung des mehrjährigen Budgetplans, budgetärer Richtlinien und des Jahresbudgets wird gewährleistet.“)

In Montevideo wiederum ist von Anfang an eine starke Beschäftigung mit der Legalisierung partizipativer Foren feststellbar, wobei die Resolution 133 vom 28. Februar 1990, durch die Staatspräsident Tabaré Vazquez die ersten Schritte in Richtung einer Verwaltungsdezentralisierung der Hauptstadt Uruguays setzt, den Beginn einer gesetzlichen Regelung kennzeichnet. Von dieser Maßnahme ausgehend, förderte die Gemeindeverwaltung den Einsatz der „Gemischten Kommission für die Dezentralisierung“, der Regierungsmitglieder und die in der Stadt vertretenen politischen Parteien angehören, um einen breit angelegten Diskussionsprozess auf Gemeindeebene anzukurbeln, was drei Jahre später zur Annahme des *Decreto* 26019 vom 1. Juli 1993 durch die *Junta Departamental* führte. Dieser Beschluss legalisierte die Schaffung von achtzehn lokalen Zentren und genehmigte die Einrichtung der lokalen Delegiertenversammlungen und der Nachbarschaftsräte.

Erwähnenswert ist im Falle Uruguays, dass die Konzentration auf die Legalisierung des partizipativen Prozesses, wie sie in Porto Alegre nicht vorhanden war, verstärkt Verhandlungen zwischen der exekutiven Gewalt und der Gesellschaft hervorrief. Dies bringt San Martín (1994: 116) ganz klar zum Ausdruck: „Ohne Zweifel bezeichnend für diesen ganzen Prozess ist die ständige Suche nach dem notwendigen politischen Konsens, um jegliche parteipolitische Färbung des Dezentralisierungsprozesses zu vermeiden. So gelingt es, dass Sektoren aller politischen Parteien den Prozess nicht nur unterstützen, sondern sich auch einbringen und auf diese Weise seine Konsolidierung unabhängig von der Orientierung der künftigen Departamentalregierungen von Montevideo gewährleisten“.

Genau das ist einer der deutlichsten Unterschiede zwischen den untersuchten Modellen, bedenkt man, dass in Brasilien die Diskussion um das PB auch heute noch Kontroversen zwischen PT-Regierung und Oppositionsparteien hervorruft.

4. Formen der BürgerInnenbeziehungen in die öffentliche Verwaltung

Die aufgezeigten Unterschiede zwischen dem Demokratisierungsprozess in Brasilien und in Uruguay wurzeln in der politischen Geschichte des jeweiligen Landes und beeinflussten direkt die Beweggründe, aus denen sich die Hauptmerkmale der partizipativen Prozesse auf lokaler Ebene bildeten.

Die Organisation des partizipativen Prozesses erfolgt in Montevideo nach der Einteilung in 18 *Centros Comunitarios Zonales*, die die 64 Viertel, die *barrios*, im städtischen und ländlichen Raum verbinden. Sie stellen die Ausdehnung der Staatsgewalt in den einzelnen Zonen der Gemeinde dar und haben sowohl administrative Funktion, indem sie die öffentlichen Dienstleistungen dezentra-

lisieren, als auch vermittelnde Funktion in Bereichen, die mit der BürgerInnen-teilhabe an der öffentlichen Verwaltung zusammenhängen.

In Porto Alegre stützte sich das partizipative Modell nicht auf dezentralisierte institutionelle Strukturen (z.B. *subprefeituras*), sondern auf je nach Wohnzone und aktuellen Themen organisierten Bürgerversammlungen. Wie im zuvor angeführten Beispiel wurde die Stadt in 16 Zonen geteilt, in denen verschiedene öffentliche und allen BürgerInnen offen stehende Versammlungen abgehalten wurden. Neben der örtlichen Unterteilung der Stadt, durch die die wohnortabhängige Partizipation angekurbelt wurde, bot der partizipative Prozess in Porto Alegre den BürgerInnen zusätzlich die Möglichkeit, sich in den sechs Themenbereichen des PB zu integrieren, was einen Anreiz zur Partizipation je nach Interesse an bestimmten Themen im Bereich der Stadtverwaltung schuf⁷.

Bis 2001 fand der partizipative Prozess in der Hauptstadt von Rio Grande do Sul, unabhängig von Zone oder Themenbereich, in zwei BürgerInnenversammlungsrounden statt, wobei auch während der Zeit dazwischen „Zwischensitzungen“ abgehalten wurden. Durch all diese Versammlungen evaluierten die BürgerInnen, brachten Vorschläge ein und entschieden über den Einsatz des öffentlichen Kommunalbudgets⁸. 2002 und 2003 wurde die zweite Runde der Volksversammlungen gestrichen, im Rahmen der Bemühungen der Gemeindeverwaltung, den Teilhabeprozess am PB zu vereinfachen, auch unter Einsatz neuer Einbezugsformen über das Internet.

In Montevideo entstand die Diskussion um die Ausweitung der BürgerInnenteilhabe an der Stadtverwaltung aus dem Wunsch, das institutionelle Bild der urbanen Verwaltung umzuformen und den Reformprozess des Staats zu beschleunigen, in dem zugleich die Notwendigkeit einer Modernisierung des öffentlichen Apparats beteuert sowie auch die Distanz eines neoliberalen Reformmodells beibehalten wurde, das dem Konzept eines „Konsens von Washington“ entsprach, welcher die Auflösung des Staats in wirtschaftlichen Marktbeziehungen predigte.

Ausgehend von der dargestellten Perspektive verlief der partizipative Ansatz in Uruguay über die Debatte der Dezentralisierung der Stadt – ein Thema, über das innerhalb des politischen Spektrums Uruguays weitgehend Konsens bestand. Dies veranlasste die partizipative Demokratie in Montevideo dazu, wie bereits erwähnt, eine klare gesetzliche Struktur zu schaffen, mit dem Ziel, nicht nur die organisierte Zivilgesellschaft einzubeziehen, sondern die Gesamtheit der im Parlament vertretenen politischen Sektoren. Es kann nicht oft genug betont werden, dass der partizipative Prozess – wenn er auch ein Ergebnis des Siegs des *Frente Amplio*, eines 1971 gegründeten Zusammenschlusses linker

Gruppierungen, ist – sich als eine einvernehmliche Strategie der parlamentarischen VertreterInnen Uruguays zwecks Modernisierung des öffentlichen Apparats konsolidierte. So steht bei Becker, Jagger und Raza (2001: 73): „in bedeutendem Maße lag die Motivation für diese Reform in der Notwendigkeit, die lokale Bürokratie – einen höchst zentralisierten und ineffizienten Apparat, versteinert durch jahrzehntelang praktizierten Klientelismus in der Personalverwaltung – zu rationalisieren“.

Was den Ursprung des PB betrifft, so vertritt eine der meist verbreiteten Hypothesen den Standpunkt, dass dieses eine Folge des Drucks durch städtische Sozialbewegungen sei, vor allem durch Organisationen von BewohnerInnen aus Vierteln mit einer starken Organisationstradition in der Stadt. Entscheidend war in diesem Prozess, laut Sérgio Baierle (2000), die Gründung der UAMPA (Verband der Nachbarschaftsvereinigungen von Porto Alegre) im Jahr 1983, die einen bedeutenden Fortschritt für die politische Zentralisierung dieser lokalen Initiativen und eine bessere Koordination der Ansprüche der BewohnerInnen an die Stadtverwaltung darstellte. Aus einer ähnlichen Perspektive weist Luciano Fedozzi (2000) darauf hin, dass das PB sich aus der Verbindung zweier zentraler Faktoren ergeben habe: Der bereits genannten Organisation von Volksbewegungen und der Bemühungen der öffentlichen Verwaltung, die Gemeindegewalt zu demokratisieren.

Neben den bereits angeführten politischen Akteuren muss auch die brasilianische Arbeiterpartei (PT) als Schlüsselement zum Verständnis der Entstehung des PB gesehen werden, da die Partei bereits seit Anfang der 1980er Jahre die Demokratisierung des öffentlichen Budgets als ein zentrales Element zur Neugestaltung der Stadtverwaltung betonte⁹.

Jedenfalls darf die zentrale Rolle, die die EntscheidungsträgerInnen stadtregierungspolitischer Maßnahmen in der Verwaltung der Arbeiterpartei einnahmen, nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere der Gemeinderat des Bürgermeisters Olívio Dutra und des Vizebürgermeisters Tarso Genro, beide derzeit Minister der Regierung Lula, spielten eine entscheidende Rolle bei der Neuformulierung der politischen Verwaltungsstrategie.

So verlagerte sich der Schwerpunkt der politischen Planung der Regierung allmählich von einer auf Volksräten basierenden Organisation – ein vor allem durch die Studie von Antonio Gramsci (1981) über die Turiner Arbeiterräte inspirierter Ansatz – hin zur Wertschätzung einer Organisationsform des PB. Obwohl die Volksräte bei den Wahlen 1988 Bestandteil des politischen Programms des PT waren, bedeutete ihre Ersetzung durch das PB eine Wende im politischen Konzept der Kommunalregierung, in Richtung einer allmählichen Ausweitung der BürgerInnenteilhabe an der direkten Staatsverwaltung.

Im Falle Montevideos war der partizipative Prozess stets in Händen der exekutiven Gemeindegewalt und des Fachreferats der Abteilung für Dezentralisierung, einem 1990 unter Leitung des *Frente Amplio* gegründeten Organ mit dem Zweck, den Dezentralisierungsprozess der Stadtverwaltung fachkundig zu gestalten.

Im Gegensatz zu Porto Alegre, wo der Vorschlag eines partizipativen Haushalts nicht im Wahlprogramm des PT aufschien, bildete die Dezentralisierung bereits insofern einen Bestandteil der Wahlkampagne, die dem Wahlsieg der Linken 1989 in Uruguay voranging, als der damalige Kandidat Tabaré Vazquez bei mehreren Gelegenheiten auf eine Verbindung zwischen Dezentralisierung und Volksteilhabe als eine der Achsen einer zukünftigen Regierungsverwaltung anspielte (San Martín op. cit.: 23-27).

Wenn auch einerseits die Machthaber die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung bestimmt haben, so soll auf jeden Fall betont werden, dass andererseits der von Sozialbewegungen ausgeübte Druck entscheidend für die Art und Weise war, wie diese Demokratisierung verlief. Darin liegt ein anderer bedeutender Unterschied zwischen den untersuchten Modellen. In Porto Alegre spielte eine starke Tradition lokaler Initiativen dahingehend eine besondere Rolle, dass sich das hegemonische partizipative Modell auf die organisierten Gemeinschaften der Stadtteile konzentrierte. Im Gegensatz dazu entstand in Uruguay, wo ein ähnlicher Druck fehlte, ein Demokratisierungsmodell, in dem die institutionelle Sphäre wesentlich stärker ist als die Teilhabe der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit anderen Worten führte eine größere Durchlässigkeit für soziale Druckausübung dazu, dass das Profil der PT-Verwaltung grundlegend von Versammlungen geprägt war, d.h. die freien BürgerInnenversammlungen wurden zum Schlüsselement des partizipativen politischen Prozesses. Im Falle der Verwaltung durch den *Frente Amplio* führte das Nichtvorhandensein etwas Vergleichbaren zur Bildung eines im Wesentlichen institutionellen Modells, d.h. es basiert auf der Stärkung institutioneller Beziehungen, die die exekutive und die legislative Gewalt sowie die BewohnerInnen der Stadtteile umfassen.

Ein weiterer, ebenso wichtiger Aspekt sind die Unterschiede zwischen einem Modell, das die Demokratisierung des Budgets verteidigt, und einem anderen, das sich der Dezentralisierung zuwendet. Die Demokratisierung des öffentlichen Haushalts stellt ohne Zweifel einen der wichtigsten Punkte zur Demokratisierung der staatlichen Strukturen dar. In seinem Kern behandelt dieser Ansatz nicht nur die Frage, was der Staat investieren muss, sondern auch, wo die Investitionen zu tätigen sein werden, was einen zentralen Punkt darstellt, um ein Stadtkonzept zu kritisieren, das den physischen Raum auch zu

einem Raum sozialer Ausgrenzung macht. Darüber hinaus gestattet diese Strategie die Erhaltung und Vertiefung des Bürgerschaftsbewusstseins unter EinwohnerInnen der Gemeinde in dem Maße, in dem sie dazu aufgerufen sind, Ausgaben und die Politik öffentlicher Arbeiten kollektiven Bedürfnissen entsprechend zu verwalten.

Bei der partizipativen Dezentralisierung deuten die Ziele schon in eine andere Richtung, da bei dieser Strategie der erste Schritt darin besteht, Verantwortlichkeiten zu verteilen und die BürgerInnenteilhabe im Alltag der Stadtverwaltung zu stimulieren, und nicht im eigentlichen Einbezug der BürgerInnen in die Diskussion um den öffentlichen Haushalt. Kurz gesagt, während in Brasilien anfangs ein Partizipationsprozess der Bevölkerung in der Finanzverwaltung der Stadt stimuliert wurde, war das oberste Ziel in Uruguay eindeutig, Dienstleistungen zu dezentralisieren, um daraufhin zur Dezentralisierung des Budgets überzugehen.

Dieser Unterschied zeigt sich ganz deutlich sowohl im Erfahrungsverlauf dieser beiden Städte als auch in Form ihrer entsprechenden Verwaltungsstrukturen. Auf der einen Seite erfolgte in Montevideo 1993 ein Übergang von einer anfänglichen Struktur, die die Organisation von Versammlungen der EinwohnerInnen begünstigte, hin zu einem Gefüge, in dem die Nachbarschaftsräte zur bevorzugten Einrichtung für die BürgerInnenpartizipation in den *Centros Comunitarios Zonales* wurden; auf der anderen Seite wird in Porto Alegre der Versammlungscharakter des partizipativen Prozesses von Anfang an immer mehr gestärkt, was ersichtlich wird aus dem Übergang 1994 von einer anfangs aus lokalen Versammlungen aufgebauten Struktur zu einer anderen, die auch die Möglichkeit der BürgerInnenpartizipation an themenbezogenen Versammlungen mit einschließt.

Dies ist ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen diesen Ansätzen und zeigt ganz klar zwei unterschiedliche Formen einer auf die Entwicklung der BürgerInnenpartizipation ausgerichteten Dynamik. Priorität hatte in Porto Alegre stets die Verbesserung des partizipativen Prozesses an sich, wobei die Betonung auf der Präsenz der BürgerInnen in der Diskussion betreffend die Stadtverwaltung lag. In Montevideo hingegen ging es in erster Linie stets um die Verbesserung partizipativer Strukturen, die Mechanismen für eine direkte und repräsentative Demokratie enthalten sollten.

Selbstverständlich wird hier kein Qualitätsunterschied angesprochen, sondern nur der formale Unterschied, wobei außer Frage steht, dass beide Modelle gleichermaßen in der Lage sind, traditionelle Verwaltungsformen öffentlicher Politik zu revolutionieren, und äußerst wertvolle Beiträge zu einem neuen Diskurs über die Teilhabe der Zivilgesellschaft an Prozessen sozialer Veränderung darstellen.

5. Abschließende Überlegungen

Zum Abschluss dieses Artikels sollen noch einige Bemerkungen zu den partizipativen Organisationsmustern in jeder Stadt hervorgehoben werden.

Zuerst soll die gegensätzliche Organisation der beiden untersuchten partizipativen Ansätze unterstrichen werden, wobei erwähnenswert ist, dass während im Beispiel Uruguays die Dezentralisierung des Umsetzungssystems der öffentlichen Politik vorrangig ist, im Fall Brasiliens das Hauptziel darin besteht, den Entscheidungsprozess in Bezug auf die Organisation von Investitionen in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Politik zu demokratisieren. In diesem Sinne besteht in beiden Städten eine Lücke zwischen Partizipation und Dezentralisierung, insofern als die Beteiligung des/der einzelnen Bürgers/Bürgerin oft sehr zerstreut ist, wodurch verschiedenen Probleme im Hinblick auf eine bessere Einfügung der BürgerInnen in die Verwaltung entstehen.

Unter einigen in diesen Städten aufgetretenen Problemen sei hier angeführt, dass die BürgerInnen, die an Versammlungen zum PB teilnahmen, auf Schwierigkeiten stießen, in den partizipativen Strukturen festgesetzte budgetäre Prioritäten weiterzuverfolgen, da die Umsetzung oft durch den Mangel finanzieller Mittel der Stadtregierung, welche schließlich die Einhaltung der auf das PB bezogenen Beschlüsse zentralisierte, verwehrt blieb. In Montevideo geht die Festlegung der zu setzenden politischen Maßnahmen auch heute noch viel stärker über die formalen Strukturen der Gemeindeverwaltung als über partizipative Kanäle, was die Einfügung der BürgerInnen in diesen Prozess noch beeinträchtigen kann.

Das zweite Problem ist, dass der von der Zivilgesellschaft in Porto Alegre erreichte Autonomiegrad wesentlich höher liegt als in Uruguay, wo sich die Partizipation der Bevölkerung im weitesten Sinne auf die Wahl der Mitglieder des Nachbarschaftsrates beschränkt. Es kann indessen nicht geleugnet werden, dass der qualitative Wirkungsgrad des partizipativen Prozesses in Montevideo deutlich höher ist als in der Stadt Porto Alegre, wo viele Erwartungen der BürgerInnen nämlich geschmälert werden, da jener Anteil des Stadtgemeindebudgets, der der partizipativen Haushaltsdebatte zugedacht ist, begrenzt ist. In diesem Sinne nähert sich das uruguayische Modell viel eher der Idee einer staatlichen Reform an als dies in Porto Alegre der Fall ist, ein Umstand, der keinesfalls unterschätzt werden darf.

Das Konzept einer budgetären Neugestaltung in Porto Alegre besitzt außerordentliche und unbezweifelbare Qualitäten was die BürgerInnenteilhabe betrifft, da dieser Prozess ja die Dynamik der Stadtorganisation revolutioniert und die Bevölkerung mobilisiert. So gesehen handelt es sich um ein Modell, das Sozialkapital hervorbringt und traditionell ausgeschlossene Gesellschafts-

gruppen zurück in Richtung einer aktiven BürgerInnenschaft und sozialen Integration führt. Dennoch stellt es bei der Umsetzung des PB, zumindest in der Form, wie es bisher verwendet wurde, ein großes Problem dar, dass dieses eine enorme Abhängigkeit gegenüber den Wahlergebnissen, d.h. gegenüber den jeweiligen MachthaberInnen, schafft.

So folgte der Niederlage der brasilianischen Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen 2003 große Unsicherheit über das Fortbestehen des PB in dieser Stadt, denn obwohl der derzeitige Bürgermeister von Porto Alegre, José Fogaça, für dieses Modell öffentlich Sympathie bekennt, besteht ein starker Widerstand jener politischen Kräfte, die die Opposition unter der PT-Regierung bildeten und nun die Stadtregierung führen, ein Programm umzusetzen, das in Brasilien stark mit dem PT identifiziert wird.

Genau das passierte 2002 mit dem Konzept des PB auf bundesstaatlicher Ebene in Rio Grande do Sul, als die Niederlage des Regierungskandidaten bei der Gouverneurswahl dieses Bundesstaats diesen Versuch einer budgetären Demokratisierung erstickte, da selbige nicht auf die Unterstützung des neu gewählten Gouverneurs zählen konnte.

Derartige Situationen schwächen mit der Zeit die Aussicht auf eine partizipative Demokratie, die von ihren Grundannahmen an als ein Modell für die Gesamtheit der BürgerInnen konzipiert sein müsste und nicht für ein einzelnes politisches Spektrum; d.h. das PB sollte als ein universaler Ansatz mit dem Ziel der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung verstanden werden und nicht nur als das Programm einer isolierten politischen Partei.

Speziell diesen Aspekt betreffend ist das Konzept von Montevideo erfolgreicher, da die Partizipative Dezentralisierung von Anfang an Ergebnis einer Diskussion zwischen verschiedenen politischen Segmenten war, wodurch das Modell eine Stärkung angesichts der vorhersehbaren Schwankungen der Wahlergebnisse erfuhr und die Möglichkeit eines Wechsels der politischen Parteien in der Regierung verbessert wurde. Außerdem führte die dem Konzept innewohnende reformistische Perspektive dazu, dass die Partizipative Dezentralisierung und das formale Staatsgefüge einen Verschmelzungsprozess durchliefen, infolgedessen sämtliche involvierten Sozialakteure (legislative und exekutive Gewalt, BürgerInnen) schließlich für den Erfolg des Projekts unabkömmlich wurden; dadurch wird folglich die Kontinuität dieses Konzepts, unabhängig vom Wahlerfolg des *Frente Amplio* in der Hauptstadt Uruguays, gefördert.

Das uruguayische Konzept der Dezentralisierung gewährleistet in der Form, wie es aufgebaut ist, im Endeffekt eine bessere Integration der einzelnen Segmente der kommunalpolitischen Strukturen innerhalb der CCZ. In diesen Einrichtungen werden die VertreterInnen der Regierung, der politischen Par-

teien und der BürgerInnen dazu angetrieben, einen öffentlichen Diskussions- und Verhandlungsraum aufzubauen, der sich als grundlegend für die Umsetzung einer kollektiven Verwaltung erweist.

Mit diesem Artikel sollte allgemein auf die hauptsächlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den partizipativen Konzepten von Montevideo und Porto Alegre hingewiesen werden. Der unterschiedliche Verlauf der brasilianischen und der uruguayischen Realität wurde dargestellt, sowie jene Faktoren, die dazu beitrugen, dass sich diese Konzepte, trotz unzähliger Überschneidungen, unterschiedlich entwickelten. Abschließend soll noch unterstrichen werden, dass mit dem hier eingesetzten Untersuchungsmodell nur eine einzige Absicht verfolgt wurde, und zwar die Verbesserung der Prozesse der BürgerInnenteilhabe an der öffentlichen Verwaltung, denn indem wir aus den Fehlern und Erfolgen dieser neuen politischen Experimente lernen, werden wir auf dem Weg zu einem Modell, das die Entwicklung unserer Demokratien qualifiziert, voranschreiten könnten.

Übersetzung: SIGRID STROH

- ¹ Der Leitbegriff *ciudadania* ist im Sinne einer aktiven Bürgerschaft oder Staatsbürgerschaft bzw. eines Bürgerschaftsbewusstseins zu verstehen. (Anm. d. Üb.)
- ² Alle in diesem Artikel vorkommenden Zitate wurden sinngemäß ins Deutsche übersetzt bzw. rückübersetzt und stellen daher keine Zitate im originalen Wortlaut dar. (Anm. d. Üb.)
- ³ Allgemein traf dieser Prozess sämtliche Wissensgebiete, die mit der Sozialanalyse zusammenhängen und sich nicht nur durch eine Krise der Begriffe, die uns traditionellerweise halfen, die Gesellschaft zu verstehen, ein „Herausarbeiten der Konturen jener Kategorien, die soziale Beziehungen zu strukturieren schienen“, gedeutet werden können (Hespanha 2002: 164), sondern auch durch eine Krise im Bereich der Paradigmen, die die modernen Sozialmodelle prägten, unter Berücksichtigung dessen, dass es „schon nicht mehr um [...] die nationale Gesellschaft oder den Nationalstaat geht, sondern auch und insbesondere um die Weltgesellschaft“ (Ianni 1999: 23).
- ⁴ Im Zusammenhang mit dieser Diskussion argumentiert Wallerstein, dass das Ende des Kommunismus fälschlicherweise als ein Ende der Geschichte interpretiert worden sei, im Sinne von Francis Fukuyama, während es passender sei, selbiges als „definitive Markierung des Zusammenbruchs des Liberalismus als eine unser Welt-system definierende Geokultur“ zu betrachten. (2003: 33)
- ⁵ Das Wahlrecht für Analphabeten, das ursprünglich im Verfassungstext von 1824 festgeschrieben ist, wurde 1882 durch die *Lei Saraiva* abgeschafft. Nach seiner Wiedereinführung durch das verfassungsändernde Gesetz Nr. 25 vom 25. Mai 1985 (*emenda constitucional*), das einen Großteil des aus dem Militärregime stammenden Wahlrechts änderte, ist das Wahlrecht für AnalphabetInnen in der neuen Verfassung von 1988 verankert. (Anm. d. Üb.: Das Fehlen der weiblichen Form

ist hier bewusst gewählt, da in Brasilien das allgemeine Wahlrecht für Frauen erst 1932 eingeführt wurde.)

- 6 Die örtliche Teilung bildet folgende Zonen: Ilhas, Humaitá-Navegantes, Leste, Lomba do Pinheiro, Norte, Nordeste, Partenon, Restinga, Glória, Cruzeiro, Cristal, Centro-Sul, Extremo Sul, Eixo da Baltazar, Zona Sul und Centro. Die Themenbereiche andererseits sind: Verkehr und Transportwesen; Wirtschaftsentwicklung und Besteuerung; Stadtorganisation und urbane Entwicklung; Gesundheit und Sozialwesen und schließlich Bildung, Kultur und Freizeit.
- 7 Konkret wurden in der ersten Versammlungsrunde, bei der die *Prefeitura* ihre budgetären Erwartungen für die betreffende Periode vorstellte, Bestimmungen und Kriterien für die Diskussion der Budgetaufstellung festgelegt und VertreterInnen zur Bildung eines Delegiertenforums gewählt. Daraufhin organisierte das gewählte Delegiertenforum die so genannten Zwischensitzungen, bei denen die Bevölkerung vorrangige öffentliche Arbeiten und Tätigkeiten ihrer entsprechenden Zonen und Themenbereiche formulierten. Nach Festlegung dieser Prioritäten kam es zu einer zweiten Diskussionsrunde, bei der die Forderungen nach ihrer Dringlichkeit ge-
reicht wurden und der Rat des PB, als mitverantwortliches Leitungsorgan der Budgetentwicklung, gewählt wurde.
- 8 Ein Beispiel dafür ist die Wahlkampagne im Jahr 1984, als die Kandidaten für das Bürgermeisteramt, Raul Pont, und das Vize-Bürgermeisteramt, Clóvis Ingelfritz, das Wahlmanifest *Conquista Porto Alegre* (Eroberung Porto Alegre) veröffentlichten, in dem sie 13 Hauptziele für die Stadtverwaltung darlegten; hervorgehoben seien hier die ersten beiden Ziele, die die Bildung der Volksräte bzw. das öffentliche Budget betreffen, wodurch die Tendenz einer Verbindung von Volksteilhabe mit der Frage der Budgetaufstellung – wenn vielleicht auch nur oberflächlich – ersichtlich wird.

Literatur

- Baierle, Sérgio (1998): The explosion of experience: the emergence of a new ethical-political principle in popular movements in Porto Alegre, Brazil. In: ALVAREZ, Sonia/Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (Orgs.): Cultures of Politics: re-visioning latin american social movements. Boulder: Westview Press, 118-138.
- Beck, Ulrich (1998): La sociedad del riesgo. Barcelona: Paidós.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Raza, Werner G. (2001): Economía política de Montevideo. Desarrollo urbano y políticas locales. Montevideo: Coscoroba.
- BRASIL (2002): Constituição da República Federativa do Brasil: promulgada em 05 de outubro de 1988. 29^a. edição atualizada e ampliada. São Paulo: Saraiva.
- Debrun, Michel (1983): A conciliação e outras estratégias. São Paulo: Brasiliense.
- Fedozzi, Luciano (2000): O poder da aldeia. Porto Alegre: Tomo.
- Caetano, Gerardo (1999): Ciudadanía política e integración social en el Uruguay. In: Sabato, Hilda (Coord.): Ciudadanía política y formación de las naciones. México: Fondo de Cultura económica, . 405-430.

- Carvalho, José Murilo de (2001): *Cidadania no Brasil*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira.
- Couto, Ronaldo Costa (1998): *História indiscreta da ditadura e da abertura*. Brasil 1964-1984. Rio de Janeiro: Record.
- Fiorillo, Celso A. P. (2002): *Estatuto da Cidade comentado*. São Paulo: Revista dos Tribunais.
- Garretón, Manuel Antonio (2003): *Democratización y nuevas relaciones Estado-sociedad en América Latina*. In: Gugliano, Alfredo Alejandro (Org.): *Democracia en las Américas*. Pelotas: Educat, 11-48.
- Genro, Tarso/Sousa, Ubiratan (2001): *Orçamento participativo. A experiência de Porto Alegre*. 4ª. ed. ampliada. São Paulo: Perseu Abramo.
- Gillespie, Charles (1986): *La transición uruguaya desde el gobierno tecnocrático-militar colegiado*. In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (ed.): *Transiciones desde un gobierno autoritario*. América Latina. Barcelona: Paidós, 261-294.
- Gramsci, Antonio (1981): *Os conselhos de fábrica*. São Paulo: Brasiliense.
- Hagopian, Frances (1990): *Democracy by undemocratic means? Comparative Political Studies v. 23 (n.2)*, 147-170.
- Hespanha, Pedro (2002): *Mal-estar e risco social num mundo globalizado: novos problemas e novos desafios para a teoria social*. In: SANTOS, Boaventura de Sousa (Org.): *A globalização e as ciencias sociais*. São Paulo: Cortez, 161-196.
- Huntington, Samuel (1991): *The third wave. Democratization in the late twentieth century*. Norma: University of Oklahoma Press.
- Ianni, Octávio (1999): *A sociologia e as questões sociais na perspectiva do século XXI*. In: Santos, José Vicente Tavares dos/Gugliano, Alfredo Alejandro (ed.): *A sociologia para o século XXI*. Pelotas: Educat, 15-32.
- Mainwaring, Scott (1986): *Transitions through Transaction: Democratization in Brazil and Spain*. In: Selcher, Wayne (ed.): *Political Liberalization in Brazil: Dynamics, Dilemmas, and Future*. Boulder: Westview Press, 175-215.
- Moisès, José Álvaro (1989): *Dilemas da consolidação democrática no Brasil*. In: Moisés, José Álvaro/ALBUQUERQUE, José Augusto Guillon (Org.): *Dilemas da consolidação da democracia*. São Paulo: Paz e Terra, 119-177.
- Moreira, Constanza (2001): *La izquierda em Brasil y Uruguay: cultura política y desarrollo político-partidário*. In: MALLO, Susana (ed.): *La larga espera: itinerários de la izquierdas en Argentina, Uruguay y Brasil*. Montevideú: Banda Oriental, 18-47.
- O'Donnell, Guillermo/SCHMITTER, Philip pe (1988): *Transiciones desde un gobierno autoritario. Conclusiones tentativas sobre las democracias inciertas*. Barcelona: Paidós.
- O'Donnell, Guillermo (1999): *Teoria democrática e política comparada. Dados v. 42 (n.4)*, 577-654.
- Portillo, Álvaro (2001): *Innovación política y transformaciones en Montevideo luego de ocho años de gobierno de izquierda*. In: STOLOWICS, Beatriz (Coord.): *Gobiernos de izquierda en América Latina*. México: Plaza y Valdes, 65-80.

- Putnam, Robert/Pharr, Susan/Dalton, Russell (2000): What's Troubling the Trilateral Democracies? In: Putnam, Robert/Pharr, Susan (ed.): *Disaffected Democracies*. Princeton: Princeton University Press, 3-30.
- San Martin, Laura Cabrera (1994): *La descentralización en Montevideo. Montevideo: Fin de Siglo*.
- Santos, Boaventura de Sousa (1998): *Reinventar a democracia*. Lisboa: Gradiva.
- Schmitter, Philippe/KARL, Terry Lynn (1991): What's democracy... and is not. *Journal of Democracy* v.2 (n.3 summer), 75-89.
- Santos, Boaventura de Sousa (1998): Participatory Budgeting in Porto Alegre: toward a redistributive democracy. *Politics & Society* v. 26 (n.8), 461-510.
- Uruguai (1997): *Constitución de la República Oriental del Uruguay*. Montevideo: Fundación de Cultura Universitária.
- Veneziano, Alicia (2001): La descentralización participativa de Montevideo: 10 años de gestión innovadora. <http://www.chasque.net/vecinet/idsemi16.htm>, 30.5.2005.
- Wallerstein, Immanuel (2003): *O fim do mundo como o concebemos*. Ciência Social para o século XXI. Rio de Janeiro: Revan.
- Weffort, Francisco (1992): *Qual democracia?* São Paulo: Companhia das Letras.
- Weffort, Francisco (1): Incertezas da transição na América Latina. In: Moisés, José Álvaro/Albuquerque, José Augusto Guillon (Org.): *Dilemas da consolidação da democracia*. São Paulo: Paz e Terra, 69-116.

Abstracts

In diesem Artikel sollen die verschiedenen Formen diskutiert werden, die der Strukturierung von Mechanismen der BürgerInnenteilhabe an der öffentlichen Kommunalverwaltung zugrunde liegen. Zur Darstellung dieses Themas wird das Modell des Partizipativen Budgets (PB) von Porto Alegre und das der Partizipativen Dezentralisierung von Montevideo untersucht, die als zwei der wichtigsten Ansätze zur Erneuerung demokratischer Regierungen auf lokaler Ebene im Mercosur gelten.

The article wants to discuss the different forms of structures on which mechanisms of participation of citizens are based on. To illustrate this topic the model of the participative budget (PB) of Porto Alegre and the one of participative decentralisation of Montevideo are analysed. The models are considered two of the most important approaches for the renewal of democratic governments on a local level in the Mercosur.

Alfredo Alejandro Gugliano
 Universidade Católica de Pelotas, Pelotas (RS) – Brasil
 aag@direto2.ucpel.tche.br

KRITIK POLITIK FEMINISMUS

AUF

EINE FRAUENZEITSCHRIFT



AUF das Schwerpunktheft
4 x im Jahr feministische Analysen
Jahresabo 19 Euro

AUF info
6 x im Jahr Frauen-News und Termine
Jahresabo 11,50 Euro

Kleeblattgasse 7
A-1010 Wien
Tel: +43/1/533 91 64
Fax +43/1/532 63 37

www.auf-einefrauenzeitschrift.at
e-mail: auf@auf-einefrauenzeitschrift.at

**Hödl, Gerald Hödl (2004):
Österreich und die Dritte
Welt. Außen- und Entwick-
lungspolitik der Zweiten Re-
publik bis zum EU-Beitritt
1995. Wien: Promedia. 303 S.,
Euro 21,90.**

Mit dem Buch des Zeithistorikers Gerald Hödl liegt erstmals eine Gesamtdarstellung der österreichischen Politik gegenüber der so genannten Dritten Welt für den Zeitraum von 1955 bis 1995 vor. Dieses Faktum ist bereits ein erster Indikator für die Zusammenhänge zwischen politischer Relevanz, öffentlicher/veröffentlichter Wahrnehmung und wissenschaftlicher Behandlung von Themenstellungen.

Aufgrund der im ersten Abschnitt skizzierten Tendenzen der globalen ökonomischen und politischen Entwicklungen, sowohl unter dem Aspekt des Ost-West-Konflikts als auch an Hand des Zentrum-Peripherie-Modells analysiert, unterscheidet Gerald Hödl drei Phasen, die sich als zeitliche Struktur durch die gesamte Studie ziehen: Die erste von Beendigung des ersten Weltkriegs bis Anfang der siebziger Jahre, die zweite bis 1982 und die letzte bis Mitte der neunziger Jahre. Dabei wird der Versuch unternommen, mehrere analytische Ebenen miteinander in Beziehung zu setzen: Die Entwicklung des internationalen Systems, die Veränderungen in der theoretischen Beschäftigung (Entwicklungs- und Modernisierungstheorien), sowie die

Perzeption und Programmatik als auch der Diskurs und die politische Praxis der österreichischen Außen- und Entwicklungspolitik.

Die Trennung der beiden letzten Bereiche dürfte offenbar aus Gründen einer übersichtlicheren Darstellung erfolgt sein, da, wie ja auch aus den oftmaligen administrativen Kompetenzverschiebungen ersichtlich, die Entwicklungspolitik auch als Teil der Außenpolitik begriffen werden muss.

In der ersten Phase von 1945 bis ca. 1973 verfolgte Österreich – im Gegensatz zur Schweiz – eine »aktive Neutralitätspolitik«. Als Beispiele werden der Beitritt zu den Vereinten Nationen, die Etablierung Wiens als drittem UN-Sitz und das Engagement bei den friedenserhaltenden Operationen, beginnend mit dem Einsatz im Kongo, angeführt. Nach Erreichung des ersten außenpolitischen Ziels, einer Reintegration Österreichs in das internationale Staatensystem, bemühte sich die österreichische Außenpolitik um die Erschließung von Absatzmärkten für heimische Produkte und eine wachstumsorientierte Entwicklungshilfe zur raschen Industrialisierung. Als Instrumente dienten ihr, laut Gerald Hödl, auf politischer Ebene eine intensiviertere Besuchsdiplomatie in afro-asiatischen Staaten und die Erstellung eines Afrika-Konzepts, auf entwicklungspolitischer Ebene die massive Vergabe von Exportkrediten, die die sonst sehr bescheidene Bilanz öffentlicher Entwicklungshilfe einigermaßen kaschierten.

Regionaler Schwerpunkt, der nach dem Gießkannenprinzip bedient wurde, war zunächst Asien und hier vor allem die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, die zu Österreich bereits „in einem Naheverhältnis“ (S 237) standen und erst in weiterer Folge Afrika, jedoch erhielten lediglich prowestliche und blockfreie Staaten staatliche Transferleistungen.

Den Beginn der zweiten Phase setzt der Autor mit dem „Ölschock“ 1973 an, der in Österreich als Bruch in den Nord-Süd-Beziehungen rezipiert wurde. Hier kommt es auch erstmals zu parteipolitischen Auffassungsunterschieden: Während die SPÖ ein *Appeasement*-Konzept präferierte und die UN als unerlässliches Instrument für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erachtete, propagierte die ÖVP den *Containment*-Ansatz und kritisierte, wie auch die USA, die UN wegen der – nunmehrigen – Stimmenmehrheit der Länder der Dritten Welt. Im Umgang mit Befreiungsbewegungen – und speziell bei gewalttätig ausgetragenen Konflikten – bemühte sich die SPÖ-Regierung um Deeskalation und Verhandlungslösungen. Überlegungen zu einem »Dritten-Weg-Modell« für die Entwicklungsländer zwischen Kommunismus und Kapitalismus, resultierten in Kontakten zur SWAPO in Namibia, dem südafrikanischen ANC, der angolischen MPLA und der FSLN in Nicaragua. Die antikommunistische, auf dem Gießkannenprinzip

aufbauende Vergabepolitik der österreichischen Entwicklungshilfe wurde in dieser Phase jedoch fortgesetzt und umfasste – trotz anderslautender Rhetorik – auch Länder, die systematisch Menschenrechte verletzen.

Ab ca. 1982 setzt für Gerald Hödl die dritte Phase der österreichischen Außenpolitik ein.

Der Kalte Krieg erreichte mit dem Wettrüsten einen neuen Höhepunkt, die Politik der Nichteinmischung wurde zunehmend zugunsten einer Politik der kollektiven Sicherheit im Hinblick auf die Menschenrechte modifiziert, Interventionen – auch militärische – zunehmend legitimiert, Entwicklungszusammenarbeit dementsprechend immer stärker politischer Konditionalität unterworfen.

Österreichische Alleingänge, wie etwa das Verbot des Tropenholzimports aus Südostasien, scheiterten aber größtenteils, sodass weitere Sanktionen nur mehr im Einklang mit der internationalen Staatengemeinschaft gesetzt wurden. In diese Periode fielen auch die letzten Auseinandersetzungen zwischen SPÖ und ÖVP über die Haltung zum sandinistischen Nicaragua.

Programmatisch folgte der österreichische EZA-Diskurs der globalen Entwicklung: Zusätzlich zur Grundbedürfnisstrategie wurden Umweltschutz und Frauen-Fragen im Kontext von Entwicklung thematisiert. Wie bereits seit den 1950er und 1960er Jahren bildeten Bildung und Landwirtschaft die sektoralen Schwerpunkte der ös-

terreichischen EZA, das Gießkannenprinzip wurde zugunsten der Bildung von Schwerpunkt- und Kooperationsländern, darunter etliche afrikanische LDC's, aber auch Schwellenländer, aufgegeben; an der Höhe der ODA-Leistungen änderte dies jedoch nichts: Am Ende des Untersuchungszeitraums konnte sich Österreich mit 0,33% des BNP lediglich an den OECD-Durchschnitt annähern.

Gegen Ende der 1980er Jahre konzentrierte sich Österreich auf den Beitritt zur Europäischen Union, außereuropäische Themen wurden demgemäß hintangestellt. Die „guten Dienste als Vermittler“ im Kreisky'schen Sinn reduzierten sich zusehends auf Rhetorik, der kein politisches Handeln folgte. Durch die Kriege in Ex-Jugoslawien und die Fokussierung auf die Balkanpolitik wurden nach Einschätzung des Autors die außereuropäische Peripherie gänzlich vernachlässigt. Nicht einmal der Genozid in Ruanda fand einen Niederschlag in der politischen Debatte. Mit dem EU-Beitritt konstatiert Gerald Hödl schließlich das Ende der eigenständigen österreichischen Außenpolitik, ohne dies allerdings auszuführen.

Die vorliegende Analyse von fünf Jahrzehnten österreichischer Außen- und Entwicklungspolitik kommt zu dem Schluss, dass Österreich fest integrierter Bestandteil jenes Herrschaftsgeflechts war (und ist), mit dem die industrialisierten Staaten („kapitalistischen Zentren“) große Teile der

Peripherie ihrer Kontrolle unterwarfen bzw. immer noch unterwerfen. Die Kräfteverhältnisse schwankten je nach historischer Periode, und von ihnen hing es in erster Linie ab, welches Bild man sich von der „Dritten Welt“ machte, welche Instrumente man im Umgang mit ihr für angemessen, welche Konzessionen für erforderlich, welche Interessen für durchsetzbar hielt.

Besonders bestechend an der Studie ist vor allem, dass und wie die unterschiedlichen Ebenen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Die österreichische Außen- und Entwicklungspolitik - in ihrer Rhetorik wie in ihrem realen Handeln - wird nicht als singuläres Phänomen begriffen, sondern in den Kontext der globalen politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung sowie der internationalen entwicklungspolitischen Debatte gestellt. Wünschenswert, aber in diesem Kontext sicherlich nicht leistbar, wie der Autor auch im Vorwort betont, wären als zusätzliche Analyseebene die politischen und sozio-ökonomischen Veränderungen sowie die Perzeptionen der peripheren Länder gewesen.

Dass nationalstaatliche Außenpolitik immer und vor allem der Durchsetzung staatlicher – vornehmlich (sicherheits)politischer und ökonomischer - Interessen dient, ist eine von globalen Entwicklungen unabhängige Konstante politischen Handelns. Dass dies im Falle der Beziehungen zu den Ländern der dritten Welt und vor allem bei der Entwicklungszusammen-

arbeit – zumindest auf der Diskursebene – zu einem Spannungsverhältnis zwischen humanitären/ethischen und wirtschaftlichen Motiven führt, ist nicht weiter verwunderlich.

Während der Handlungsspielraum kleinstaatlicher neutraler Außenpolitik immer sehr stark von internationalen Rahmenbedingungen determiniert war wären bei der Entwicklungspolitik und –zusammenarbeit sicherlich größere Gestaltungsmöglichkeiten – nicht zuletzt bei der materiellen Ausgestaltung – möglich gewesen.

Besonders interessant ist es, in der historischen Rückschau nachzulesen, welche Argumente bereits vor vielen Jahren und Jahrzehnten im Zentrum kontroversieller Auseinandersetzungen standen, wie z.B. die Frage der Übertragbarkeit von politischen und wirtschaftlichen Modellen der kapitalistischen Zentren auf periphere Staaten – eine Diskussion, die nichts an Aktualität eingebüßt hat. Dies gilt auch für die Veränderungen in der Perzeption von Bedrohung: vom globalen Krieg zwischen Nord und Süd in Folge des Systemgegensatzes Kapitalismus – Kommunismus bis zu den „neuen Bedrohungen“ als Folgen von sozialer, politischer und wirtschaftlicher „Unterentwicklung“ vor allem auf EU-Europa, nachzulesen u.a. in der EU-Sicherheitsstrategie. Dass die seit dem 11. September unter definitorischer Ausweitung des Sicherheitsbegriffes (*comprehensive security*) einsetzende Eindämmungspolitik von Prozessen und Phänomenen, die als

bedrohlich empfunden werden, sich auch in politischer Konditionalität von Hilfe gepaart mit politischem Interventionismus verschiedenster Spielart niederschlägt, liegt in der Logik einer vornehmlich auf Ressourcensicherung zielenden Außenpolitik. Der Definition des Autors der Beziehungen der industrialisierten zur „Dritten Welt“ als Macht- und Gewaltverhältnis ist daher leider zuzustimmen.

Die Zielsetzungen der Studie, die Darstellung der Beziehungen der industrialisierten zur „Dritten Welt“ unter Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Sphäre in „angemessener Weise“ (S. 16) wurden größtenteils erfüllt. Vor allem die sehr gut dokumentierte und auf reiches Quellenmaterial gestützte Analyse der entwicklungspolitischen Debatten in Österreich, in der auch die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien herausgearbeitet werden – obwohl dies nicht der eigentlichen Absicht des Autors entsprach – als auch das sehr umfangreiche Literaturverzeichnis und die biographischen Hinweise österreichischer PolitikerInnen machen das Buch zu einer Pflichtlektüre für außen- und entwicklungspolitisch interessierte LeserInnen. Der einzige Schönheitsfehler ist die nicht gendergerechte Schreibweise, auch wenn die politische Realität, vor allem in der Außenpolitik, sicherlich noch immer eine männlich-dominierte ist.

SILVIA MICHAL-MISAK

Die Autorinnen und Autoren

Markus Auinger studiert Handelswissenschaft und Lateinamerikanistik in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Brasilien und Mexiko.

Alfredo Alejandro Gugliano ist Doktor der Soziologie und Politikwissenschaften (*Universidad Complutense de Madrid*, Spanien), Professor an der Universidade Federal de Pelotas (Brasilien) und Forscher des Nationalen Rats für wissenschaftlich-technologische Entwicklung (*Conselho Nacional de Desenvolvimento Científico e Tecnológico* – CNPq).

Johannes Jäger ist Volkswirt an der Fachhochschule des bfi Wien und Lehrbeauftragter im Rahmen des Projektes Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Bernhard Leubolt studiert an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Absolvent des Interdisziplinären Lehrgangs für höhere Lateinamerikastudien in Wien. Darüber hinaus ist er Mitarbeiter im Internationalen Referat der Österreichischen HochschülerInnenschaft Bundesvertretung.

Franziska Herdin studierte Ethnologie, Sozial- und Kulturanthropologie sowie Internationale Ent-

wicklung in Wien. Ihr regionaler Forschungsschwerpunkt liegt in Venezuela.

Irmi Salzer studierte Landschaftsplanung an der Universität für Bodenkultur Wien. 1998 sechsmonatiger Forschungsaufenthalt im Bundesstaat Sao Paulo, Brasilien. Diplomarbeit über Landnutzung und Ökonomieverständnis in einer Landreformsiedlung des MST. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: ökologische Landbewirtschaftung, feministische Planung, kooperative Produktionsformen, partizipative Freiraumgestaltung mit Kindern und Jugendlichen.

Bettina Köhler ist Landschaftsplanerin und arbeitet an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien. Schwerpunkte: Stadtentwicklung und globale Transformationsprozesse, Umwelt- und Ressourcenkonflikte, Digitale Medien und Gesellschaft.

Barbara Nothegger studierte Handelswissenschaften in Wien und Mexiko City. Sie ist Absolventin des Lehrgangs für Höhere Lateinamerikastudien des Lateinamerikainstitutes Wien und schreibt an ihrer Masterarbeit zum Thema Alternative Medien in Lateinamerika. Sie arbeitet als freie Journalistin in Wien.

Die letzten Ausgaben

- 1/01 Überbevölkerung – Unterentwicklung /
Overpopulation – Underdevelopment
- 2/01 Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit /
The Future of Development Cooperation
- 3-4/01 Mexiko – eine kritische Bilanz von 15 Jahren freiem Handel in Nordamerika
Mexico – A Critical Assessment of 15 Years Free Trade in North America
- 1/02 African Empowerment: Knowledge and Development
- 2/02 Mutationen der Entwicklungspolitik / Mutations of Development Politics
- 3/02 Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in
der Peripherie / Networks, Knowledge Production and New Elites in the
Periphery
- 4/02 Südostasien zu Beginn des 21. Jahrhunderts /
South-east Asia at the Brink of the 21st Century
- 1/03 Landreformen in Afrika / Land Reform Policies in Africa
- 2/03 Neue Internationale Armutsprogramme: Neoliberalismus mit
menschlichem Gesicht? / New International Poverty Programs:
Neoliberalism with a Human Face?
- 3/03 Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und
Perspektiven / Three Decades of Neoliberalism in Latin America. Outcome
and Perspectives
- 4/03 Wem gehört das Wasser? Die Kommodifizierung öffentlicher
Dienstleistungen / Who owns the Water? The Commodification of Public
Services
- 1/04 Junge Zugänge / Young Approaches to Development Studies
- 2/04 Gender & Peacebuilding. Frauen und Geschlechterverhältnisse in Post-
Conflict Situationen / Gender & Peacebuilding. Women and Gender Rela-
tions in Post-Conflict Situations
- 3/04 Kunst - Kultur - Entwicklung / Art - Culture - Development
- 4/04 Multikulturelle Autonomie in Lateinamerika / Multicultural Autonomy in
Latin America
- 1/05 „Entwicklung“ im Schulunterricht / “Development” in School Education

Die kommenden Hefte

- 3/05 Recht auf Nahrung
- 4/05 WTO at the Crossroads

Informationen für AutorInnen

Manuskripte sind per e-mail zu senden an jep@mattersburgerkreis.at bzw. auf Diskette oder CD-ROM per Post an: Journal für Entwicklungspolitik, Berggasse 7, A-1090 Wien. Der Beitrag darf komplett den Umfang von 20 Seiten (2-zeilig) nicht überschreiten. Legen Sie je ein kurzes Abstract in Deutsch und Englisch (je ca. 100 Worte) sowie eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei. Am Ende des Beitrags sollte ein Verzeichnis der gesamten verwendeten Literatur stehen. Zitierweise im Text: Geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.

Das Manuskript muss als Word-Dokument oder in einem anderen Windows-kompatiblen Dateiformat eingesandt werden. Grafiken und Abbildungen sollten in schwarz/weiß gestaltet sein und als TIFF bzw. EXCEL-Datei extra abgespeichert werden.

Redaktionsschluss für das Heft Nr.1 ist der 31.12., für das Heft Nr.2 der 31.3., für das Heft Nr.3 der 30.6. und für das Heft Nr.4 der 30.9.

Information for Contributors

Manuscripts should be submitted electronically to jep@mattersburgerkreis.at or by mail on a disc/CD-Rom to Journal für Entwicklungspolitik, Berggasse 7, A-1090 Wien. The complete manuscript should not exceed 20 pages (double spacing). All submissions must contain an abstract in German and English (each should not exceed 100 words) and a short curriculum vitae. The author's name, affiliation and e-mail address should be clearly indicated. A complete bibliography listing every work referenced in the text must be included at the end of the submitted text.

References should have the following format: Name, year of publication and the pagination for text references.

The document must be submitted in Word or another word processing program for windows. Graphs and tables/figures should be designed in black/white and saved as TIFF or EXEL- files.

The deadlines for submitting manuscripts are as follows:

Issue no. 1: 31.12., issue no. 2: 31.3., issue no. 3.: 30.6., issue no. 4: 30.9.

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXI, 2-2005, ISBN 3-85476-157-0

Preis des Einzelhefts: Euro 9,80, sFr 17,50

Preis des Jahresabonnements: Euro 39,-, sFr 69,-

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Berggasse 7, A-1090 Wien,

e-mail: office@mattersburgerkreis.at

Das Abonnement kann zum Jahresende unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden.

1. Auflage 2005

© Mandelbaum Verlag Wien

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Umschlaggestaltung & Satz: Michael Baiculescu, Mandelbaum Verlag, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Hochschulen, Berggasse 7, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.